

Die Agrarpolitik der Regierung Brüning

von

Dieter Walz

aus

Ebermannstadt

1971

1972#231



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Die Agrarpolitik der Regierung Brüning

Inaugural-Dissertation
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

vorgelegt

von

Dieter Walz

aus

Ebermannstadt

Prof. Dr. Hans Lades in Dankbarkeit



Tag der mündlichen Prüfung : 7. 5. 1971

Dekan: Universitätsprofessor Dr. U. Fülleborn

Referent: Universitätsprofessor Dr. H. Lades

Korreferent: Universitätsprofessor Dr. K. Kluxen

Bemerkungen des Verfassers

Die hier vorgelegte Studie zur Agrarpolitik des Kabinettes Brüning versteht sich aus der Sicht des Verfassers als vorbereitende - wenn auch in sich bereits durchaus abgeschlossene - Arbeit für sein umfangreiches Forschungsprojekt, an dem er seit nunmehr über 2 Jahren arbeitet und das er im Jahre 1973 zu einem Abschluß zu bringen gedenkt. Im Laufe der vorbereitenden Arbeit für dieses Projekt ergab sich gleichsam mit Notwendigkeit auch eine Beschäftigung mit agrarpolitischen Problemen. Dabei erschien es dem Verfasser sinnvoll, diesen Problemkreis, der nur einen kleinen Teil des von ihm untersuchten Problemkomplexes ausmacht, einstweilen herauszugreifen und für die Zwecke einer Dissertation zu verarbeiten, da das gesamte Forschungsvorhaben in seinem Anspruch wesentlich über eine Dissertation hinausgehen soll und wird. In dem gesamten Forschungsprojekt gilt es nämlich, unter Zuhilfenahme der Instrumentarien der Ökonomie, der Politikwissenschaften, der Geschichte, der Soziologie und der Sozialpsychologie, die gesamte Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning (also die Wirtschaftspolitik im engeren Sinne, die Finanz-, Währungs-, Sozial-, Agrar-, Geld- und Kreditpolitik) in ihren Zusammenhängen und Wechselwirkungen mit individual-, sozial- und massenpsychologischen Faktoren, dem Verfassungssystem, den gesellschaftlichen Strukturen, sozioökonomischen und politischen Machtkonstellationen, außenpolitischen Faktoren usw. im Hinblick auf die Herausarbeitung der Interdependenzen zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Ära Brüning zu analysieren, um dann primär (wenn auch keineswegs ausschließlich) von dieser empirisch fundierten Analyse ausgehend zu versuchen, ein Faktorenkombinationsmodell größeren Gültigkeitsgrades zu entwickeln, das Aufschluß über die Beziehungen zwischen Wirtschaftskrisen und parlamentarisch-demokratischen Systemen geben soll unter dem Gesichtspunkt der "Problemlösung", den Bestand der Demokratie auch über Wirtschaftskrisen hinweg zu sichern.

Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Hans Lades (Neuere Geschichte, Politologie - Uni-

versität Erlangen-Nürnberg), der nicht nur die Dissertation betreut hat, sondern der auch mein obengenanntes Forschungsprojekt mitinitiierte und an seinem Fortgang regen Anteil nimmt. Er sowie Herr Prof. Dr. Gustav Clausing (Volkswirtschaftslehre, Staatswissenschaften - Universität Erlangen-Nürnberg), die in Vorlesungen, Hauptseminaren, Übungen und Colloquien in mir die Einsicht in die Interdependenz der Ökonomie zu den übrigen Seinsbereichen menschlichen Lebens zu wecken verstanden und mich so zu einer die Grenzen einzelner Fachbereiche überschreitenden interdisziplinären Arbeitsweise ermutigten, ohne die weder die Dissertation noch das obengenannte Forschungsprojekt möglich wären, nahmen immer regen Anteil am Fortgang der Dissertation und standen mir zu klärenden Diskussionen jederzeit zur Verfügung. Herrn Prof. Dr. Lades und Herrn Prof. Dr. Clausing sei an dieser Stelle nochmals mein aufrichtiger Dank ausgesprochen.

Bei Herrn Prof. Dr. Hans Joachim Rüstow (Volkswirtschaftslehre, insbesondere empirische Konjunkturforschung - Universität Erlangen-Nürnberg; wissenschaftlicher Berater am Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München) konnte ich in Vorlesungen und Übungen eine vertiefte Kenntnis der Probleme der Wachstums- und Konjunkturtheorie sowie der Wachstums- und Konjunkturpolitik gewinnen, was mir in meiner Dissertation (noch viel mehr dann natürlich bei dem genannten Forschungsprojekt) sehr zustatten kam. Ihm sei ebenfalls herzlich gedankt.

Nürnberg, im Herbst 1970

Dieter Walz

(Dieter Walz)

Bemerkung:

Nach der Fertigstellung dieser Abhandlung erschienen die Brüning-Memoiren (Heinrich Brüning, Memoiren 1918 - 1934, Stuttgart 1970). Der Verfasser konnte nach der Lektüre dieses Werkes den sicheren Eindruck gewinnen, daß nichts in ihm gebracht wird, was geeignet erscheint, die vom Verfasser erarbeiteten Ergebnisse zur Agrarpolitik des Kabinettes Brüning irgendwie zu modifizieren, zu falsifizieren oder zu vertiefen. Vielmehr werden in diesen Memoiren, mit denen sich der Verfasser in seinem geplanten größeren Forschungsprojekt noch sehr eingehend und kritisch auseinandersetzen wird, die Probleme der Agrarpolitik allenfalls gestreift (siehe: Brüning-Memoiren, S.249-S.254 und passim). Brüning bringt lediglich ungeordnete und unvollständige Aufzählungen einiger sehr verschieden gewichtiger agrarpolitischer Maßnahmen und einige spärliche Hinweise auf die in der einschlägigen wissenschaftlichen Sekundärliteratur längst herausgearbeitete destruktive Einstellung der agrarischen Interessen gegenüber der Regierung Brüning. Von einer systematisch-theoretischen Analyse der ökonomischen und/oder politischen und gesellschaftlichen Ursachen, Bedingungen, direkten Auswirkungen und Folgen der agrarpolitischen Maßnahmenbündel des Kabinettes Brüning kann in den Brüning-Memoiren überhaupt nicht die Rede sein.

G l i e d e r u n g

§ 1 Notwendige einleitende Vorbemerkungen

1. Zur Zielsetzung dieser Abhandlung
2. Zur Methodik dieser Studie
- 2.1. Einige Bemerkungen zur Auswahl der Quellen
- 2.2. Methodischer Vierschritt
3. Einige zum Verständnis der weiteren Darlegungen notwendige Fakten
- 3.1. Die große Depression in Deutschland - einige besonders wichtige statistische ökonomische bzw. sozioökonomische Daten
- 3.2. Die Weltagrarkrise
- 3.3. für den agrarpolitischen Entscheidungsprozeß in der Ära Brüning besonders relevante politische Machtkonstellationen
- 3.3.1. Die Berufung Brünings
- 3.3.2. Die parlamentarisch tolerierte Präsidialregierung
- 3.4. Das wirtschaftspolitische Grundkonzept der Regierung Brüning
- 3.4.1. Reparationspolitische Aspekte
- 3.4.2. Deflationspolitik
- 3.4.3. Parallelpolitik
- 3.4.4. Zur Frage der Systemkonformität zwischen der Agrarpolitik der Regierung Brüning und dem wirtschaftspolitischen Grundkonzept des Kabinettes

§ 2 Langfristige Determinanten einer deutschen Agrarpolitik um 1930

1. Langfristige Entwicklungstrends im deutschen Agrarsektor (insbesondere der nordostdeutschen Landwirtschaft)

2. Ideologische, politische und gesellschaftliche Faktoren in der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der ostdeutschen Landwirtschaft
3. Einige sozioökonomische Daten und ihre Interpretation
 - 3.1. Der relative Rückgang der Erwerbspersonen im Agrarsektor bei zunehmender Industrialisierung im Deutschen Reich
 - 3.2. Erwerbslose in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen
 - 3.3. Zahl der agrarischen Betriebe, Betriebsfläche und die Erwerbspersonen in der Landwirtschaft nach der sozialen Stellung

§ 3 Zusammenfassender Überblick über die wesentlichsten Gesetze und Verordnungen zur Agrarpolitik in der Ära Brüning

§ 4 Agrarpolitische Maßnahmen zur Beeinflussung des ausländischen Angebots (insbesondere zollpolitische Maßnahmen) und zur Einwirkung auf die inländische Nachfrage

1. Zölle für Getreide und Produkte der Veredelungswirtschaft in der Ära Brüning
2. Beimischungszwang (Roggen), Eosinroggen, Weizenvermahlungszwang und Zwangsverwendungssatz (Kartoffelstärkemehl)
3. Das System der Einfuhrscheine und seine Problematik
4. Graphisch-statistische Analyse der Auswirkungen der agrarprotektionistischen Maßnahmen auf die Agrarpreisentwicklung in Deutschland, die agrarischen Importe und Exporte sowie die Konsumnachfrage nach Agrarprodukten in Deutschland
5. Probleme und Interessenkonflikte von Getreidebau und Veredelungswirtschaft
6. Staatliche Maßnahmen zur Verbesserung der Marktorganisation

§ 5 Maßnahmen zur Entschuldung (Umschuldung)

1. Vorbemerkungen zum Zusammenhang von Kapitalbildung und landwirtschaftlicher Verschuldung
2. Die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft vor dem 1. Weltkrieg
3. Die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft vom 1. Weltkrieg bis in die Ära Brüning
4. Die Ursachen der Neuverschuldung der deutschen Landwirtschaft nach dem 1. Weltkrieg
5. Umschuldungsmaßnahmen in der Ära Brüning
 - 5.1. Anfänge der Umschuldungsmaßnahmen vor dem Amtsantritt der Regierung Brüning
 - 5.2. Umschuldungsmaßnahmen während der Regierungszeit Brünings
 - 5.2.1. Erste Ansätze in der Anfangsphase der Regierung Brüning
 - 5.2.2. Osthilfegesetz und Industriebankgesetz
 - 5.2.3. Zur volkswirtschaftlichen Beurteilung des Osthilfegesetzes
 - 5.2.4. Tendenzen in der Osthilfe bis zu Brünings Sturz
 - 5.2.4.1. Die Bestellung eines Reichskommissars für die Osthilfe
 - 5.2.4.2. Die Verordnung zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet vom 17.11.1931
 - 5.2.4.3. Entschuldung und Sicherung bis zu Brünings Sturz

§ 6 Zum Problem der Siedlungspolitik in der Ära Brüning

1. Einige kritische Bemerkungen zur ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Funktion der Siedlung in der Weimarer Republik
2. Die Ostsiedlung bis zu Brünings Sturz

§ 7 Kritische Zusammenfassung der Darlegungen zur Agrarpolitik des Kabinettes Brüning

1. Einengung des Handlungsspielraumes des Kabinettes
Brüning in der Agrarpolitik
2. Ökonomische Ergebnisse und soziale Aspekte der Agrar-
politik des Kabinettes Brüning
3. Politische und interessenpolitische Aspekte der Agrar-
politik des Kabinettes Brüning
4. Lehren für die Gegenwart

Bemerkung: Kritischer Textapparat und Literaturverzeich-
nis befinden sich am Schluß der Abhandlung

§ 1: Notwendige einleitende Vorbemerkungen.

1. Zur Zielsetzung dieser Abhandlung.

Bei der seit dem Erscheinen von K.-D. Brachers bahnbrechendem Werk über die Auflösung der Weimarer Republik" (1) in Fluß gekommenen historischen und politikwissenschaftlichen Forschung über die Endphase der Weimarer Republik läßt sich in aller Deutlichkeit immer wieder bei den einschlägigen wissenschaftlichen Abhandlungen feststellen, daß man zwar durchaus saubere Deskriptionen der jeweils zu untersuchenden historisch-politischen Faktenabläufe für den genannten Zeitraum liefert und , initiiert durch Brachers Werk, auch bereits die Einwirkung von Interessengruppen auf den politischen Entscheidungsprozeß beschreibt, daß man aber deshalb noch keineswegs - sieht man einmal von den Abhandlungen ab, deren Verfasser glauben, die komplexen sozioökonomischen und historischen Seinszusammenhänge durch die Subsumation unter ein bereits vorgegebenes orthodox-marxistisches Schema hinreichend erklären zu können (2) - zu einer wissenschaftlichen Erklärung der Ketten von Ursache - Wirkungszusammenhängen im historisch-politischen sozioökonomischen Seinsprozeß jener Jahre vorangeschritten ist (3). Die Ursachen für diesen Tatbestand dürften mannigfaltig sein. Der Verfasser - von Hause aus ein Historiker, der sich dann noch zusätzlich der Ökonomie, Soziologie, Politologie und Sozialpsychologie zuwandte - sieht sie vor allem in folgenden Punkten (4):

- 1.) Ideologische Motive. Man glaubt durch die Heranziehung gesellschaftswissenschaftlicher Instrumentarien, die leider heute vielerorts noch "suspekt an sich" erscheinen, schon u. U. nicht mehr systemkonform zu arbeiten. Desgleichen könnte gelegentlich auch eine latente Angst, durch die angewandten sozialwissenschaftlichen Instrumentarien zu Forschungsergebnissen zu gelangen, die mit logischer Konsequenz etwa

eine Modifizierung bestehender Strukturen zu fordern scheinen, was natürlich auch dem "inneren Selbstfrieden" eines nicht reflektierenden "Nur-Konformisten" schadet, mit im Spiele sein.

- 2.) Die Unterschätzung ökonomischer und sozialer Faktoren für Ursachen, Ablauf und Folgen historisch-politischer, sozioökonomischer Seinsprozesse. Diese Unterschätzung wiederum stellt bei manchen Historikern eine "kulturelle Selbstverständlichkeit" (5) dar; es mag allerdings nicht völlig ausgeschlossen werden, daß sie gelegentlich um irgendwelcher bestimmter Zielsetzungen willen bewußt gepflegt und ideologisch "gerechtfertigt" wird.
- 3.) Ein falsch verstandener Wissenschaftsbegriff. Da bei der Erklärung der Ketten von Ursache-Wirkungszusammenhängen in größeren historisch-politischen, sozioökonomischen Handlungsabläufen notwendigerweise nicht ohne die Einbeziehung von Werturteilen gearbeitet werden kann (6), sind eine Anzahl von Wissenschaftlern, teilweise unter dem Einfluß des Neopositivismus, der Ansicht, man könne infolge des Einfließens von Werturteilen keine wissenschaftlich-objektive Analyse mehr erstellen und müsse daher von vornherein auf derartige Untersuchungen verzichten. Daß es aber durchaus grundsätzlich möglich ist, trotz und gerade bei bestehenden Werturteilen und Zielvorstellungen auf die hin sich der Wissenschaftler kritisch zu überprüfen hat, komplexere historisch-politische sozioökonomische Seinsprozesse objektiv zu analysieren und die Erkenntnisse dann sogar fruchtbar für eine Verbesserung (gemessen an den reflektierten Wert- und Zielvorstellungen) der Bedingungen menschlicher Existenz zu nutzen, haben Männer mit so verschiedenen Blickrichtungen wie R.K. Merton (7), Gronau und Wurzbacher (8) sowie Habermas (9) nachgewiesen. Auch der Verfasser wird seinem bereits erwähnten Forschungsprojekt eine zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Dissertation schon ausgearbeitete eigene Darlegung zum Problem einer wissenschaftlich objektiven und praxisbezogenen Analyse komplexer historisch-politischer, sozioökonomischer Handlungsabläufe vorausstellen.

- 4.) Die mangelnde Verbindung der Geschichtswissenschaften und der Politologie zu den anderen Zweigen der Gesellschaftswissenschaften (Ökonomie, Soziologie und u.U. auch der Psychologie). Es ist beispielsweise heute noch durchaus denkbar (insbesondere im Bereich der Geschichtswissenschaften), daß man eine in der Fachwelt wohl kommentierte Dissertation über einen größeren Problemkreis im Deutschen Reich in der Zeit der großen Depression schreibt, ohne über ein breites Grundwissen im Bereich der Volkswirtschaftslehre, volkswirtschaftspolitik und der Soziologie zu verfügen.
- 5.) Die praktischen Schwierigkeiten einer integrierenden gesellschaftswissenschaftlichen Analyse. Sie erfordert, sofern nicht ein interdisziplinäres Forschungsteam am Werk ist, vom einzelnen Wissenschaftler eine Ausbildung in mehreren Disziplinen, die Fähigkeit vielfältige Methoden anzuwenden und aufeinander abzustimmen sowie das Vermögen, aus dem Geflecht der Ursache-Wirkungszusammenhänge die relevanten Zusammenhänge herauszuarbeiten. Daneben kämpft man, so man nicht von vorneherein nur einen bewußt eng begrenzten Sektor einer integrierenden gesellschaftswissenschaftlichen Analyse unterzieht, im allgemeinen vergeblich gegen das Entstehen voluminöser Werke (10), von denen man dann befürchten muß, daß sie zwar zitiert, kaum aber gelesen werden. -

Wenn wir den Rahmen etwas enger ziehen und nicht die ganze Endphase der Weimarer Republik (vom Amtsantritt Brünnings bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung), sondern stattdessen nur die Ära Brüning in ihn aufnehmen, so gilt das, was wir über die historischen und politikwissenschaftlichen Abhandlungen zur Endphase der Weimarer Republik feststellten, für diesen engeren Zeitraum in gleicher Weise. Es gibt bis heute keine Abhandlung, die etwa, ermuntert durch den hoffnungsvollen Beginn Brachers (11), versucht hätte, dessen neue Forschungsansätze voll zu nutzen und zu einer Analyse der Inter-

dependenzen zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Ära Brüning voranzuschreiten; ein Umstand, den der Verfasser bei seiner Arbeit an dem erwähnten Forschungsprojekt schmerzlich vermißte und der ihn viel Zeit kostete. Doch selbst wenn wir die Ära Brüning noch nach engeren Forschungseinheiten unterteilen und begrenzen, wie etwa in die gesamte Wirtschaftspolitik des Kabinettes Brüning oder etwa in einzelne Bereiche dieser Wirtschaftspolitik (Wirtschaftspolitik im engeren Sinne, Finanzpolitik, Agrarpolitik usw.), so bietet sich das gleiche Bild. Die historisch-politischen Faktenabläufe sind hinreichend beschrieben worden, auch die Einwirkungen einzelner Interessengruppierungen auf den jeweiligen politischen Entscheidungsprozeß wurden in beträchtlichem Umfang erarbeitet, wenn auch deshalb in keiner Weise schon in ihren tieferen Ursachen erklärt. Eine fundierte Kenntnis und kritisch-wissenschaftliche Urteilsfähigkeit über die ökonomischen Prozesse in jener Ära (12), sowie die Anwendung soziologischer Kategorien auf den Gesamtzusammenhang der zu erforschenden Materie kann nicht festgestellt werden. So bleiben alle historischen und politikwissenschaftlichen Analysen, bei denen etwa (und dies muß immerhin schon als ein gewisser Fortschritt gewertet werden) ökonomische und/oder soziale Phänomene auf irgendeine Weise in den historisch-politischen Faktenablauf integriert werden sollen, denkbar unbefriedigend, weil es nicht gelang, die Interdependenzen zwischen Politik und Wirtschaft oder gar etwa zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufzuzeigen und so zur Erklärung historisch-politischer, sozioökonomischer Handlungsabläufe beizutragen. Der umfangreiche Komplex ökonomischer und sozialer Faktoren wird in seiner Bedeutung für Art und Ablauf der einzelnen historisch-politischen Prozesse, die man deskriptiv durchaus exakt erfaßte, nicht voll ausgelotet. Man sieht, um es in einem bildhaften Vergleich auszudrücken, als Beobachter auf einem bestimmten, flächenmäßig abgegrenzten Teil einer Wasseroberfläche (= historisch-politische Handlungsabläufe, so

wie sie bei einer reinen Deskription sich darstellen), unter der ein riesiger Eisberg neben dem anderen sich ausdehnt (= ökonomische und soziale Determinanten historisch-politischer Entscheidungsprozesse) nur kleine Spitzen der Eisberge aus dem Wasser ragen und glaubt, in völliger Verknennung ihrer tatsächlichen Größe (= Bedeutung für die historisch-politischen Faktenabläufe), die Wasseroberfläche gebe bereits hinreichend Aufschluß über das, was unter ihr sei (nämlich auch nur Wasser, so wie es sich dem Betrachter der Wasseroberfläche darbietet). Daß etwa unterhalb der Wasseroberfläche die Eisspitzen sich zu riesigen Eisbergen ausweiten könnten, die u. U. sogar mehr Raum (= Relevanz im historischen Seinsprozeß) einnehmen als das Wasser selbst (historisch-politische Handlungsabläufe in ihrer Gesamtheit und noch nicht für die Deskription aufbereitet, vereinfacht und zusammengefaßt), kommt dem Betrachter nicht in den Sinn (bzw. wird u. U. verdrängt). Wenn man nun wirklich nur die Beobachtung der Wasseroberfläche sich ausdrücklich zum Ziele setzte, mag dies noch dahingehen; erhebt man aber in irgendeiner Weise den Anspruch, etwa von dieser Oberfläche aus auch auf die tieferen Regionen unter der Wasseroberfläche einen Analogieschluß ziehen zu können (= die beschriebenen historisch-politischen Entscheidungsprozesse, in die einige wenige ökonomische und/oder soziale Fakten "integriert" wurden, seien in ihrer Struktur erschöpfend deskribiert worden, sie bedürften keiner weiteren Aufschlüsselung und Erklärung mehr, die im übrigen auch gar nicht zu leisten sei; allenfalls könne man höchstens noch eine immanente Logik der deskribierten historisch-politischen Handlungsabläufe herausanalysieren als das non plus ultra wissenschaftlichen Arbeitens (13)), so erleidet man Schiffbruch (= die historisch-politischen Handlungsabläufe werden nicht in ihren komplexen Ursache - Wirkungszusammenhängen aufgeschlüsselt, die Interdependenz der Politik zu den Bereichen der Ökonomie und der Gesellschaft wird nicht oder nur unzureichend erforscht; von einer Erklärung der historisch-politischen

Prozesse kann nicht die Rede sein; die fehlende Aufschlüsselung der komplexen Ursache-Wirkungszusammenhänge im historisch-politischen, sozioökonomischen Seinsprozeß läßt eine derart verfahrenende Politologie und Geschichtswissenschaft entweder zum getreuen Diener der jeweiligen, gelegentlich wechselnden Herren oder (das eine muß das andere keineswegs ausschließen) zur l'art pour l'art werden)....

Bezüglich der Agrarpolitik des Kabinettes Brüning, die in der vorliegenden Studie analysiert werden soll, bietet die einschlägige wissenschaftliche Literatur folgendes Bild:

- a.) Seit Brachers Werk sind die Einwirkungen der agrarischen pressure-groups auf den politischen Entscheidungsprozeß in der Ära Brüning zunehmend ins Blickfeld der wissenschaftlichen Forschung gerückt, so daß heute sowohl die Auflage Hindenburgs gegenüber Brüning bei seinem Amtsantritt, nunmehr ganz entschieden die Agrarinteressen, insbesondere die Interessen der ostelbischen Landwirtschaft, zu berücksichtigen, ebenso als deskribiert und bewiesen angesehen werden muß (14) wie die weiteren massiven Einflußnahmen der agrarischen pressure-groups auf den agrarpolitischen Entscheidungsprozeß sowie die Rolle der ostelbischen Junker beim Sturz der Regierung Brüning (15). Jedoch begnügt man sich in der einschlägigen Literatur - sieht man einmal von den Versuchen ab, die Einflußnahmen der ostelbischen Großgrundbesitzer auf den politischen Entscheidungsprozeß unter ein bereits vor Untersuchungsbeginn feststehendes orthodox-marxistisches Schema zu subsumieren (16) - mit einer Beschreibung dieser Einflußnahmen, ohne in diesem Zusammenhang nach den "tieferen" Ursachen für dieses Verhalten der agrarischen pressure-groups zu fragen. Der Verfasser hält es z.B. für völlig unzureichend, etwa sich mit der Feststellung zu begnügen, die agrarischen Interventionen gegen das Kabinett Brüning seien darauf zurückzuführen, daß dieses eben die agrarischen Forderungen

unzureichend erfüllte. Dies ist nur die - sicherlich als Voraussetzung für weitere Überlegungen notwendige - erste Ebene eines Erklärungsversuches. Nun wäre nämlich weiter nachzuforschen, weshalb in der Ära Brüning überhaupt noch die agrarischen Interessen es als natürlich empfanden, gegenüber den anderen Gruppierungen im Volk eine Vorzugsstellung und Vorzugsbehandlung zu beanspruchen und weshalb gegen ihre Forderungen nach Privilegien sich nicht ein entschiedener Widerstand der anderen Gruppierungen im Volk ergab.

- b.) In den einschlägigen wissenschaftlichen Abhandlungen wird nur eine sehr oberflächliche Deskription der agrarpolitischen Maßnahmen gegeben. Man begnügt sich damit, auf einige besonders wichtige Gesetze hinzuweisen, ohne sie deshalb detailliert zu erläutern. Nebenbei sind in diesen Abhandlungen im allgemeinen recht ähnlich klingende stereotype Formulierungen, die sich offensichtlich von Forscher zu Forscher fortschleppen, zur Agrarpolitik zu finden.
- c.) Ebensowenig wie eine umfassende Darstellung der agrarpolitischen Maßnahmen in der Ära Brüning ist denn auch eine exakte Analyse der ökonomischen Effizienz sowie der gesellschaftspolitischen Bedeutung dieser Maßnahmen durchgeführt worden.
- d.) Desgleichen ermangelt es an einer Beurteilung der agrarpolitischen Maßnahmen der Regierung Brüning in ihren Zusammenhängen mit dem gesamten wirtschaftspolitischen Konzept des Kanzlers. Erwiesen sich die agrarpolitischen Maßnahmen des Kabinettes funktional, neutral bzw. dysfunktional für die Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik Brünings? Inwieweit wurde die durchgeführte Agrarpolitik in ihrer Struktur und in ihren Auswirkungen von der übrigen Wirtschaftspolitik tangiert?

Zum Abschluß unserer Feststellungen über die Behandlung der Agrarpolitik des Kabinettes Brüning in der einschlägigen

wissenschaftlichen Literatur sei noch zur Illustrierung des Gesagten das zitiert, was H. Sanmann, ein Ökonom, der bis jetzt mit Abstand die Beste die Interdependenzen zwischen Politik und Wirtschaft berücksichtigende Abhandlung zur Brünningschen Wirtschaftspolitik geschrieben und auch diese Wirtschaftspolitik auf ihre ökonomische Effizienz hin untersucht hat, zur Agrarpolitik in der Ära Brüning feststellt: "... Der dritte Teilbereich der Politik läßt sich mit dem Stichwort Agrarschutzpolitik kennzeichnen. Hierher gehören zunächst die zum Teil mehrfachen Zollerhöhungen für landwirtschaftliche Produkte, so für Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Erbsen, Fleisch, Innereien und Futtermittel. Hinzu kamen Maßnahmen der Umschuldung, Entschuldung, Lastensenkung und des Vollstreckungsschutzes für landwirtschaftliche Betriebe, schließlich auch Maßnahmen zur Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungswesens ...

Nicht ganz so eindeutig läßt sich die Agrarschutzpolitik auf ihre konjunkturellen Auswirkungen hin beurteilen. Soweit sie Zollpolitik war, konnte sie zweifellos den Preisverfall bremsen und bei der im ganzen wohl eher preisunelastischen Nachfrage nach Agrarprodukten gereichte dies der Landwirtschaft zum Vorteil. Das gleiche gilt für die Maßnahmen des Vollstreckungsschutzes, der Entschuldung und dergleichen, die allerdings gleichzeitig die Gläubiger in Bedrängnis brachten. Aber das alles war nicht entscheidend, denn trotz aller Hilfsmaßnahmen verschlechterte sich die Lage der Landwirtschaft rapide und ungemein stark, was sich zwangsläufig darauf ergab, daß sie wie alle anderen Wirtschaftsbereiche im volkswirtschaftlichen Kreislaufgeschehen stand und daher auch wie alle anderen Bereiche von dessen Schrumpfung betroffen wurde, zu der wiederum die Deflations- und Parallelpolitik in zweifellos erheblichem - freilich wegen der Polykausalität gesellschaftswirtschaftlicher Prozesse nicht qualifizierbarem - Maße beitrugen (17)".

Nach dieser Sondierung der einschlägigen wissenschaftlichen

Arbeiten über die Ära Brüning, in denen agrarpolitische Faktoren eine mehr oder minder große Rolle spielen, formuliert der Verfasser angesichts der skizzierten Ergebnisse bzw. "Marktlücken" in dem eingegrenzten Forschungsbereich die Zielsetzungen dieser Abhandlung wie folgt:

- a.) Es gilt die "tieferen" Ursachen für Einstellung und Verhalten der agrarischen pressure-groups in der Ära Brüning aufzuzeigen (siehe hierzu vor allem § 2 dieser Abhandlung).
- b.) Die Agrarpolitik des Kabinettes Brüning soll einer umfassenden Strukturanalyse unterzogen werden (§ 3, § 4 ff).
- c.) Die ökonomische Effizienz dieser Agrarpolitik (gemessen an bestimmten Zielsetzungen) sowie die gesellschaftspolitische Bedeutung (Funktion) der agrarpolitischen Maßnahmen werden zu untersuchen sein (§ 4 ff).
- d.) Schließlich sind noch eine Beurteilung der Agrarpolitik der Regierung Brüning unter Berücksichtigung der wirtschaftspolitischen Gesamtkonzeption des Kabinettes vorzunehmen und die relevanten Rückwirkungen bzw. Wechselwirkungen der anderen Sektoren der Wirtschaftspolitik auf die Agrarpolitik - so weit dies möglich ist - zu diagnostizieren (§ 1, § 4 ff).
- e.) Eine nochmalige ausführliche Deskription der Einflüsse und Einflußmöglichkeiten der agrarischen pressure-groups auf den politischen Entscheidungsprozeß erübrigt sich, da dies in der Literatur bereits hinreichend getan wurde. Der Verfasser wird aber im Kapitel 3 dieses Paragraphen auch einige zum Verständnis dieser Problematik notwendige Fakten zusammenfassen, und den weiteren Ausführungen voranstellen, in denen dann im Gesamtzusammenhang mit den jeweils erörterten Problemkreisen quasi als Randergebnis noch manche Deskription agrarischer Einflüsse auf den politischen Entscheidungsprozeß abfallen wird. Selbstverständlich wird die Kenntnis der faktischen Einflüsse der agrarischen

pressure-groups auf den agrarpolitischen und (bedenkt man vor allem den Sturz der Regierung Brüning im Mai 1932) gesamtpolitischen Entscheidungsprozeß in das Gesamturteil über die Agrarpolitik des Kabinettes Brüning mit eingehend.

- f.) Einzelheiten über den formalen Ablauf der politischen Entscheidungsprozesse in der Ära Brüning, von der der Verfasser eine hinreichende Grundkenntnis der wesentlichsten politisch-historischen Fakten voraussetzt, werden in dieser Studie nicht gebracht. Jedoch wird der Verfasser auch hier wieder im Kapitel 3 dieses Paragraphen in Thesenform die wesentlichsten Ergebnisse, soweit sie von Relevanz für das Verständnis dieser Abhandlung sind, knapp zusammenfassen.

2. Zur Methodik dieser Studie.

2.1. Einige Bemerkungen zur Auswahl der Quellen.

- a.) Der Verfasser zieht außer den bei den Historikern und Politologen üblichen Quellen in verstärktem Maße empirisch-statistisches Datenmaterial heran, um so weit dies nur irgend möglich ist, seine Aussagen (insbesondere die ökonomischen und soziologischen) auf einem empirischen Weg zu verifizieren. Politikwissenschaften und Historiographie haben bei der Untersuchung von Problemkreisen des 20. Jahrhunderts bis jetzt in Deutschland derartige Materialien stark vernachlässigt.
- b.) Als Basisgrundlage für eine Strukturanalyse der Agrarpolitik in der Ära Brüning dienen dem Verfasser die jeweiligen Reichsgesetzblätter. In diesem Zusammenhang kann man immer wieder nur mit einigem Verwundern zur Kenntnis nehmen, daß Historiker und Politologen wenn sie Aussagen über Gesetze treffen,

die im 20. Jahrhundert in Deutschland erlassen wurden, sich immer noch primär auf Memoiren, zeitgenössische Zeitschriftenliteratur bzw. dann die Sekundärliteratur stützen, die oft nur ein verzerrtes oder unvollständiges Bild der jeweiligen Gesetzesinhalte geben, anstatt zunächst einmal in den einschlägigen Reichsgesetzblättern bzw. Bundesgesetzblättern den unverfälschten, vollständigen Gesetzestext zu studieren und dann erst sich ergänzend den diversen Kommentaren, Beschreibungen usw. jener Gesetzestexte zuzuwenden.

2.2. Methodischer Vierschritt.

Die wesentlichsten methodischen Grundsätze des Verfassers für diese Studie lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- a.) Eine grundlegende Voraussetzung für alle weiteren Ausführungen ist es, zunächst einmal eine detaillierte Deskription der wichtigsten agrarpolitischen Maßnahmen und ihrer direkten Auswirkungen in der Ära Brüning zu geben, soweit dies jeweils in der Literatur bisher noch nicht geschehen ist. Dabei bedient sich der Verfasser - wie schon erwähnt - sowohl der bei Historikern und Politikern üblichen Quellen, als auch einer verstärkten Heranziehung empirisch - statistischen Datenmaterials.
- b.) Die Deskription der wichtigsten Maßnahmen, Ereignisse und Auswirkungen ermöglicht es uns dann, zu einer systematisch-theoretischen Analyse voranzuschreiten, bei der wir versuchen, die ökonomische Effizienz der ergriffenen agrarpolitischen Maßnahmen festzustellen und die Interdependenz der agrarpolitischen Maßnahmen zu gesellschaftlichen und politischen Faktoren sowie zu den anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen aufzuzeigen. Wir bedienen uns dabei der Instrumentarien, die uns die Gesellschaftswissenschaften bei

ihrem gegenwärtigen Stand zu geben vermögen. Die verstärkte Heranziehung von quantitativen Daten erweist sich übrigens auch bei der systematisch-theoretischen Analyse der bearbeiteten Materialien als sehr nützlich.

- c.) Wir beschränken uns jedoch nicht darauf, Struktur und Funktion der Wechselwirkungen und gegenseitigen Abhängigkeit zwischen der Agrarpolitik, der übrigen Wirtschaftspolitik und den politischen und gesellschaftlichen Faktoren aufzuzeigen, sondern wir werden auch feststellen, inwieweit etwa die ergriffenen agrarpolitischen Maßnahmenbündel unter Berücksichtigung ihrer angesichts der Interdependenz der Agrarpolitik zu den angeführten Bereichen gegebenen direkten Auswirkungen, Nebenwirkungen und Fernwirkungen im politischen, ökonomischen und sozialen System dysfunktional, neutral oder funktional für das Weiterbestehen der drei Systeme (17a) (insbesondere natürlich des politischen Systems einer parlamentarischen Demokratie) waren (= sog. Funktionalitätsaspekt) (18).
- d.) Schließlich sei auch noch an die praxisbezogene Dimension der Abhandlung erinnert. Es gilt die Studie so aufzubauen und durchzuführen, daß sie potentiell ein Bausteinchen darstellen kann, daß mithelfen soll, die Gefahr einer (gemessen an den Ziel- und Wertvorstellungen einer partei- und sozialstaatlichen Massendemokratie) falschen Programmierung von Gegenwart und Zukunft zu verhindern.

Die Gliederung dieser Abhandlung kann sich allerdings allein schon wegen der Komplexität des Stoffgebietes selbstverständlich nicht an diesem methodischen Vierschritt, sondern stattdessen an den sachlichen Problemkreisen orientieren. Außerdem erscheint es sowohl für die wissenschaftliche Analyse, als auch für den Leser fruchtbarer, wenn der methodische Vierschritt im allgemeinen gleich bei der Darstellung des jeweiligen Problemkreises in die Ausführungen miteinbezogen wird.

3. Einige zum Verständnis der weiteren Darlegungen notwendige Fakten.

Auch wenn wir - wie im § 1 Abschnitt 1 dieser Arbeit dargelegt wurde - uns auf die Analyse der Agrarpolitik des Kabinettes

beschränken und uns eine Gesamtanalyse der Wirtschaftspolitik in der Ära Brüning für eine spätere Abhandlung vorbehalten, und selbst wenn wir in dieser Studie nicht mehr primär eine Deskription der Einflußnahmen der agrarischen pressure-groups auf den politischen Entscheidungsprozeß liefern wollen, erscheint es zum besseren Verständnis der folgenden Darlegungen zur Agrarpolitik der Regierung Brüning dennoch notwendig, in einigen wenigen Punkten den weiteren Ausführungen bereits hinreichend in der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur bewiesene Fakten vor auszuschicken. Dabei sollen zunächst einige wenige, dennoch aber illustrative statistische Angaben über den Ablauf der großen Wirtschaftskrise in Deutschland sowie Aussagen zur Weltagrarkrise unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Deutschen Reich getroffen werden, um den ökonomischen Hintergrund, vor dem sich die Agrarpolitik der Regierung vollzog, in seinen Grundkonturen zu umreißen. Anschließend gilt es, die für den agrarpolitischen Entscheidungsprozeß relevanten machtpolitischen Konstellationen in der Ära Brüning aufzuzeigen und zuletzt dann die wirtschaftspolitische Gesamtkonzeption der Regierung Brüning zu skizzieren. Erst vor dem Hintergrund dieser Angaben werden die folgenden Ausführungen zur Agrarpolitik voll transparent.

3.1. Die große Depression in Deutschland - einige besonders wichtige statistische ökonomische bzw. sozioökonomische bzw. sozioökonomische Daten.

Ohne hier weiter Ursachen, Ablauf und Folgen der großen Weltwirtschaftskrise unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Deutschland nachzuzeichnen (19), sollen an Hand einiger weniger ausgesuchter statistischer Daten, die von besonderer Signifikanz für die wirtschaftliche Entwicklung in der Ära Brüning

sind, Ausmaß und Schwere der großen Wirtschaftskrise in Deutschland, die als eine ausgesprochene Deflationskrise bezeichnet werden muß, aufgezeigt werden:

a.) Der Arbeitsmarkt.

Während Ende April 1928 die Zahl der Arbeitslosen "noch" 1,2 Millionen und Ende April 1929 immerhin "erst" 1,7 Millionen betrug, hatte sich bis Ende April 1930 die seit 1929 kumulativ sich verschärfende und ausbreitende Depression im Deutschen Reich bereits mit einer Arbeitslosenzahl von 2,8 Millionen Arbeitslosen bemerkbar gemacht (20). Im Januar 1931 waren dann schon 4,89 Millionen Menschen ohne Arbeit; 1,47 Millionen mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres (21). Nach einer leichten Besserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt im Frühjahr 1931 (22) begann dann im Hochsommer 1931 sich die Lage weiterhin rapide zu verschlechtern. Im Oktober 1931 waren 4,62 Millionen Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet, im Januar 1932 gar 6,04 Millionen (23). Das Arbeitslosenheer verringerte sich dann vom Januar 1932 auf April 1932 nicht nur prozentual, sondern auch rein quantitativ etwas weniger als dies bei dem saisonal bedingten leichten Absinken der Arbeitslosenzahlen in den entsprechenden Zeitabschnitten von 1930 und 1931 der Fall gewesen war; die Zahl der Beschäftigungslosen ging nämlich in dem genannten Zeitabschnitt des Jahres 1932 nur um 0,34 Millionen gegenüber 0,43 Millionen bzw. 0,53 Millionen in den entsprechenden Monaten der Jahre 1930 und 1931 zurück. Es sei auch noch betont, daß keineswegs eine rapide Bevölkerungsvermehrung einschließlich eines beträchtlichen Anwachsens der im arbeitsfähigen Alter stehenden Personen mit zum Anschwellen der Arbeitslosigkeit beitrug. Dieser Faktor besitzt angesichts der weitgehenden Stagnation in der Bevölkerungsentwicklung für die Probleme des Arbeitsmarktes keine Relevanz (24), und eine Berechnung des prozentualen Anteils der

Arbeitslosen an dem Kreis der arbeitsfähigen Personen bestätigt dies noch zusätzlich. Während etwa 1929 im Jahresdurchschnitt 9,6 % der Arbeitsfähigen arbeitslos waren, stieg dieser Prozentsatz 1932 im Jahresdurchschnitt auf 30,8 % (25).

b.) Produktion und Preise.

Die Entwicklung der Produktionsindices und der Großhandelspreise (starker Rückgang der Produktion, Abstürzen der Preise) spiegeln ebenfalls die Verschärfung und das Ausmaß der Depression wieder.

Von 101,0 im Jahre 1929 (1928 = 100) sank die Menge der Sachgüterproduktion von Industrie und Landwirtschaft insgesamt auf 71,5 im Jahre 1932. Es muß aber betont werden, daß hierbei allein die Industrieproduktion zurückgegangen war (von 100,4 im Jahre 1929 auf 58,0 im Jahre 1932), während die Agrarproduktion (mengenmäßig) sogar von 103,5 (1929) auf 106,0 (1932) stieg (26). Differenziert man den Index der industriellen Produktion noch nach dem Sektor der Verbrauchsgüter und der Produktionsgüter, so zeigt sich - und dies ist wieder für eine Deflationskrise besonders kennzeichnend - ein weit stärkeres Absinken der Produktionsgüterproduktion als der Verbrauchsgüterproduktion (27). Sowohl bei der Sachgüterproduktion der Landwirtschaft als auch bei der der Industrie sank jedoch der Nettoproduktionswert, nämlich in der Landwirtschaft von 100,0 (1929) auf 70,0 (1932) und in der Industrie (1928 = 100) von 102,7 (1929) auf 52,7 (1932) (28). Die Ursache dafür, daß in der Industrie die Werte stärker als die Mengen und in der Landwirtschaft die Werte im Gegensatz zu den Mengen rückläufig waren, beruhte auf den gesunkenen Preisen. Beispielsweise gab der Index der Großhandelspreise (1913 = 100) von 1929 (jeweils der Jahresdurchschnitt) auf 1932 bei den Agrarstoffen von 130,2 auf 91,3, bei industriellen Halbwaren und Rohstoffen von 131,9 auf 88,7 und bei den industriellen Fertigwaren von 157,4 auf 117,9 nach (29).

c.) Investitionen.

Das Absinken der Investitionsquote illustriert ebenfalls in besonders deutlicher Weise das Ausmaß der Wirtschaftskrise in Deutschland (30). So gingen die Bruttoanlageinvestitionen in den Jahren von 1929 bis 1932 von 12,79 Milliarden RM über 10,37 Milliarden, 6,44 Milliarden auf schließlich 4,23 Milliarden RM zurück. Zieht man davon noch die geschätzten Normalabschreibungen ab, so ergeben sich für die Jahre von 1929 bis 1932 Nettoanlageinvestitionen von +5,85 Milliarden RM; +3,49 Milliarden; +0,075 Milliarden und - 1,60 Milliarden RM. Das heißt jedoch, daß 1932 die deutsche Wirtschaft nicht nur ihren Anlagebestand nicht erweiterte, sondern daß sich dieser wegen des Unterlassens von Ersatzinvestitionen wertmäßig verminderte! Ein Vorgang, der in der modernen Wirtschaft nur in ganz schweren Krisenzeiten auftritt!

d.) Das Volkseinkommen.

Der Index des für Inlandszwecke verfügbaren Einkommens (Volkseinkommen nach Abzug von Reparationsleistungen) je Vollperson, der 1929 (1913 = 100) noch 142 betragen hatte, sank im Kalenderjahr 1932 auf 85 (31). Auch wenn man den in der Deflationskrise sinkenden LebenshaltungsindeX mit berücksichtigt, bleibt die Senkung des für Inlandszwecke verfügbaren Einkommens immer noch ganz beträchtlich (32).

3.2. Die Weltagrarkrise (33).

Seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zeichnete sich mit zunehmender Deutlichkeit ein Preisgefälle zwischen den überseeischen Agrargebieten, wo man die landwirtschaftliche Produktion immer stärker rationalisierte, spezialisierte und ausdehnte und den alten europäischen landwirtschaftlichen Anbauflächen ab, wo man bei Knappheit des Faktors Boden die landwirtschaftliche Produktion weit weniger

stark spezialisierte, rationalisierte und sie wesentlich weniger unter dem Kosten-Erlös-Gesichtspunkt sah: Weder in den überseeischen Gebieten, noch vor allem dann in den alten europäischen Landanbaugebieten bestand, aus einer Vielzahl von Gründen eine echte Angebotselastizität bei den Agrarprodukten. Die Tendenz zur Überschreitung der Nachfragemenge durch das Angebot und somit der Trend zum Preisverfall nahm bei den Agrarprodukten nahezu kontinuierlich zu. In den alten europäischen Ländern mit einer größenordnungsmäßig relevanten Agrarwirtschaft griff man deshalb immer häufiger zu zoll- und handelspolitisch restriktiven Maßnahmen, Subventionen usw., um die Agrarproduktpreise in diesen Gebieten nicht zu tief sinken zu lassen. Diese schon längst vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise schwelende latente ökonomische Krisensituation in der Landwirtschaft war lediglich durch den langwelligen konjunkturellen Aufschwung vor dem ersten Weltkrieg in den meisten Industrieländern der Erde (1895/96 bis 1914) sowie durch die ökonomische Scheinblüte der Jahre nach dem 1. Weltkrieg noch notdürftig übertüncht worden. Als dann die Weltwirtschaftskrise hereinbrach, die natürlich auch erhebliche negative Rückwirkungen bzw. dann Wechselwirkungen zur Landwirtschaft zeitigte (z.B. Tendenz zu weiterem Preisfall, zur Nachfrageverminderung, zur Erschwerung landwirtschaftlicher Kredite, zur Verringerung der kostspieligen staatlichen Stützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft, insofern nicht in der jeweiligen Gesellschaft gewisse machtpolitische Strukturen und gesellschaftliche Bewußtseinsinhalte dem entgegenstanden), wurde auch aus der schwelenden Agrarkrise eine akute Weltagrarkrise, die, den deflatorischen Schrumpfungsprozeß der jeweiligen Volkswirtschaften noch verstärkend, sich aufs engste mit der Weltwirtschaftskrise verzahnte. In Deutschland (dies sei den weiteren Ausführungen vorausgreifend bereits hier angedeutet), wo man bereits vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise bzw. der Weltagrarkrise in einer für die alten europäischen Agraranbaugebiete geradezu

"klassischen" Weise versucht hatte, die Landwirtschaft zu stützen und gegen die ausländische Konkurrenz abzusichern, wurde in der Zeit der großen Depression der Agrarprotektionismus noch wesentlich verstärkt, so daß die deutschen Agrarpreise schließlich weit über dem Weltagrarmarktpreisniveau lagen (34).

3.3. Für den agrarpolitischen Entscheidungsprozeß in der Ära Brüning besonders relevante politische Machtkonstellationen.

3.3.1. Die Berufung Brünings (35).

Brünings Vorgänger Müller (SPD), der, als Führer der stärksten Reichstagsfraktion mit der Regierungsbildung beauftragt, sich schließlich eine parlamentarische Mehrheit in interfraktionellen Verhandlungen sicherte, brauchte die Ernennung durch den Reichspräsidenten nur als eine formelle Bestätigung des Mehrheitswillens durch den Reichspräsidenten zu empfinden. Solange er diese Reichstagsmehrheit hinter sich wußte, konnte er weitgehend unabhängig von Hindenburg regieren. Im Unterschied zu seinem Vorgänger mußte Brüning, der am 30. 3. 1930 zum Kanzler ernannt wurde, schon mit seiner Ernennung eine starke Abhängigkeit von Hindenburg und eine beträchtliche Einengung des politischen Bewegungsspielraumes hinnehmen. Zu einem Zeitpunkt als die Parteien (auch unter dem Druck der hinter ihnen stehenden pressure-groups) es nicht mehr vermochten, durch Kompromisse den Weg für eine auf einer aktiven Reichstagsmehrheit fußende Regierung zu ebnen, war Brüning nicht etwa von einer Mehrheit des Reichstages dem Reichspräsidenten als Kanzler vorgeschlagen worden, sondern der Reichspräsident hatte ohne Vorschlag des Reichstages Brüning mit der Kabinettsbildung beauftragt und ernannt, und der Kanzler mußte dann sich eben - sofern er es nicht unter Billigung Hindenburgs vorzog, den Weg der Notverordnungsgesetzgebung zu gehen - erst jeweils im Reichstag die Zustimmung für die Regierungsvorlagen holen. Bereits im Frühjahr 1930 war dies angesichts der Zerrissenheit der Parteien ein sehr schwieriges Unterfangen. Da die neue

Regierung nämlich (und dies war eine der Auflagen Hindenburgs bei der Berufung Brünings) nicht auf festen koalitionsmäßigen Bindungen aufbauen und weit unabhängiger vom Parlamentswillen sein sollte als ihre Vorgängerregierungen, bestand auch für die Parteien, die etwa Minister im Kabinett hatten, bzw. die an sich noch geneigt schienen, die neue Regierung im allgemeinen zu stützen, d.h. im Reichstag deren Vorlagen zuzustimmen und Mißtrauensanträge gegen das Kabinett oder einzelne Minister abzulehnen, keinerlei zwingende Notwendigkeit, in jedem einzelnen Fall für diese Regierung zu stimmen. De facto hatte der neue Kanzler damit mehr Unabhängigkeit vom Reichstag gewonnen und sich dafür eine starke Abhängigkeit vom Reichspräsidenten Hindenburg eingehandelt, dessen Forderungen er berücksichtigen mußte, wenn er im Amt bleiben wollte. Dieser Hindenburg hatte nun noch 2 weitere grundlegende Bedingungen für seine Zustimmung zu einer Regierung Brüning gestellt: Einmal sollte Brüning stärker nach rechts (d. h. hier auf jeden Fall ohne die Einbeziehung der SPD und möglichst unter einer Bindung (Tolerierung im Reichstag und/oder Sitze im Kabinett) des rechtsgerichteten politischen Potentials an das Kabinett) regieren; zum anderen - und dies ist in unserem Zusammenhang von ganz entscheidender Bedeutung - hatte das neue Kabinett die Landwirtschaft (und hier wieder besonders die ostelbische Landwirtschaft) stärker noch als dies bis dahin bereits bei den Vorgängerregierungen der Fall gewesen war, zu unterstützen. Einer der Garanten für eine Politik der Privilegierung der agrarischen Interessen schien für Hindenburg, der zum Besitzer des preußischen Gutes Neudeck avanciert, sehr schnell die Standesinteressen der ostelbischen Junker zu seinen eigenen gemacht hatte, Dr. Schiele zu sein, der bis zu seiner Ernennung als Minister für Ernährung und Landwirtschaft als Reichstagsabgeordneter der rechtsgerichteten DNVP und Präsident des Reichslandbundes fungierte. "Für Brüning bedeutete diese Auflage (= verstärkte Berücksichtigung der agrarischen Interessen) neben den anderen von Hindenburg gestellten und vom Kanzler

akzeptierten Bedingungen eine weitere belastende Hypothek seiner Politik als Reichskanzler, mit der er sich abfinden mußte, wenn er der Kanzler Hindenburgs bleiben wollte. Er wurde darüber unmittelbar nach seiner Berufung zum Kanzler drastisch belehrt, als nach harten Auseinandersetzungen mit Schiele um das Agrar- und Osthilfeprogramm Hindenburg seinen neuen Kanzler bewog, Schieles Forderungen als Voraussetzung zur Wirtschaftspolitik der Regierung anzunehmen. Kurz darauf mußte Brüning noch einmal nachgeben, als der erste Entwurf der Regierungserklärung, wie die Kabinettsprotokolle zeigen, durch einen zweiten ersetzt wurde, in dem der Landwirtschaftshilfe ein größeres Gewicht zugebilligt wurde (36) ".

Nachdem Brüning neben den anderen genannten Auflagen bei seiner Berufung durch Hindenburg auch dessen Bedingung, die Landwirtschaft verstärkt zu fördern, akzeptiert hatte, mußte es in der Folgezeit angesichts der Abhängigkeit der auf denkbar unsicheren parlamentarischen Füßen stehenden Regierung von Hindenburg für den Kanzler (wenn er im Amt bleiben wollte und die materiale Fixierung der genannten Auflagen jeweils noch mit seinem politischen und sozialen Gewissen glaubte in Einklang bringen zu können) darauf ankommen, so weit als irgend möglich den Interessenforderungen der agrarischen pressure-groups nachzukommen. Tat er das nicht, so riskierte er angesichts der damaligen gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse nicht nur den Sturz seiner Regierung, sondern er beschwor auch die Gefahr des Unterganges der Restbestände der Demokratie herauf.

3.3.2. Die parlamentarisch tolerierte Präsidialregierung (37).

Die nach der Reichstagsauflösung im Jahre 1930 notwendig gewordene Neuwahl des Reichstages im September 1930 sollte die Regierung Brüning in eine noch größere Abhängigkeit vom Reichspräsidenten und dessen Wünschen und

Vorstellungen bringen. Angesichts

- a.) des politischen Erdrutsches (starker Zuwachs der KPD und vor allem der NSDAP; Zusammenschrumpfen der bürgerlichen Mittelparteien) mit seinem Niederschlag in der Zusammensetzung des Reichstages,
- b.) der Auflage Hindenburgs, die Sozialdemokratie nicht in die Regierung aufzunehmen und
- c.) der politischen Radikalität der NSDAP (und erheblicher Teile der DNVP)

schieden sowohl eine "Weimarer Koalition" (Zentrum, Deutsche Staatspartei, SPD, eventuell auch christlich-konservativ-agrarische Gruppen), als auch eine "Große Koalition" (SPD, Zentrum, BVP, Wirtschaftspartei, Deutsche Staatspartei und u.U. die christlich-konservativ-agrarischen Gruppen) sowie eine Rechtskoalition (Zentrum, BVP, DVP, eventuell die Deutsche Staatspartei, u. U. die DNVP, christlich-konservativ-agrarische Gruppen, NSDAP) aus. Deshalb blieb dem Reichskanzler, wenn er nicht völlig die Interdependenz zum Reichstag verlieren wollte, keine andere Möglichkeit, als sich um eine Tolerierungsmehrheit im Reichstag zu bemühen. Diese brauchte sich nicht mit der Regierung zu identifizieren und konnte sich im wesentlichen darauf beschränken, die von der Regierung eingebrachten Gesetzesvorschläge anzunehmen bzw. Mißtrauensanträge gegen die Regierung oder einzelne Kabinettsmitglieder abzulehnen. Die Tolerierungsmehrheit für die Regierung Brüning war denkbar heterogen (auf der einen Seite etwa die Sozialdemokratie, auf der anderen Seite Parteien wie die DVP und christlich-konservativ-agrarische Gruppierungen); demgemäß bestand bei allen im Reichstag eingebrachten Gesetzesvorlagen die Gefahr einer langwierigen Diskussion, u.U. auch eines Auseinanderbrechens der Tolerierungsmehrheit. Andererseits erforderte aber die Bekämpfung der Wirtschaftskrise rasche Entscheidungen und Maßnahmen von einer machtpolitisch einigermaßen abgesicherten

Regierung. Deshalb ging das Kabinett Brüning immer mehr dazu über, fast alle größeren gesetzgebenden Maßnahmebündel auf dem Notverordnungsweg nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung (38) zu erlassen und sich im Reichstag um eine jeweilige Tolerierungsmehrheit zu bemühen, die die Anträge der radikalen politischen Parteien auf eine Aufhebung der Notverordnungen ablehnte. W. Keil, damals ein prominenter sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, gibt in seinen Erinnerungen ein prägnantes Bild dieses gesetzgeberischen verfahrens: " ... Nun begann im Reichstag eine neue Methode der Behandlung der sachlichen Streitfragen. Im Plenum war ein sachliches Verhandeln unmöglich. Nationalsozialisten und Kommunisten hatten es nur auf eine exzessive agitatorische Debatte und auf die völlige Zersetzung des parlamentarischen Lebens abgesehen. Man verwies deshalb alle Gegenstände, die einer sachlichen Prüfung bedurften, an die Ausschüsse. Aber auch die Ausschußverhandlungen hatten meist nur formellen Zweck. Die wirkliche Beratung fand in vertraulichen Besprechungen mit dem Reichskanzler und den Ressortministern statt. Da die Regierung den Standpunkt vertrat, der Reichstag sei nur zur Aufhebung, nicht zur Abänderung der Notverordnungen zuständig, wurden die Ergebnisse der Besprechungen in die Form eines Ersuchens an die Regierung, bestimmte Änderungen an den Notverordnungen vorzunehmen, gekleidet, was dann vom Reichstag beschlossen und durch neue Notverordnungen erfüllt wurde (39)".

Die hier skizzierte Form der parlamentarisch tolerierten Präsidialregierung bedeutete eine wesentliche Verstärkung des Trends zur Verlagerung der politischen Gewichte, der bei der Berufung Brünings erstmals voll sichtbar geworden war (40). Der Reichstag verlor nun noch mehr an politischer Macht, er hatte (auch in seiner Brüning stützenden Mehrheit) weitestgehend seine legislativen Rechte und Pflichten eingebüßt und behielt nur noch eine schwache Kontrollfunktion gegenüber der Regierung, die weitestgehend die legislativen Rechte des Reichstages an sich

zog und so die Interdependenz zwischen Regierung und Reichstag immer mehr lockerte. Im Zeichen der zunehmenden Verlagerung von der formellen Gesetzgebung zur Notverordnungsgesetzgebung wuchs natürlich auch der Einfluß der gänzlich dem demokratischen Öffentlichkeitsgebot (41) entzogenen Ministerialbürokratie, die erheblich an der Ausarbeitung der Notverordnungen bzw. Verordnungen (die oft erst die nähere Ausgestaltung der Notverordnungen brachten) mitwirkte, ganz beträchtlich. Den für den politischen Entscheidungsprozeß bedeutsamsten Machtwuchs als Folge des Systems der parlamentarisch tolerierten Präsidialregierung gewannen aber Hindenburg und die agrarischen und industriellen pressure-groups. Nur mit einer Tolerierungsmehrheit des in seiner Zusammensetzung nach der Septemberwahl von 1930 nicht mehr seiner ursprünglich geplanten Funktion entsprechend handlungsfähigen Reichstages hinter sich war der Kanzler mehr denn je auf die Notverordnungsgesetzgebung angewiesen, um in der Zeit der großen Depression ein Chaos zu verhindern. Dieses Notverordnungsrecht konnte Brüning aber nach der Verfassung nur durch die Zustimmung Hindenburgs (siehe Anmerkung (38)) anwenden. Dementsprechend galt es für das Kabinett Brüning, so es nicht seinen Sturz riskieren wollte, sich stärker noch als vor der Septemberwahl um die Berücksichtigung der Wünsche Hindenburgs im politischen Entscheidungsprozeß zu kümmern, zumal angesichts der bestehenden machtpolitischen Konstellationen und der Bestimmungen der Weimarer Verfassung (Artikel 53) der Kanzler keine echte Chance besaß, einer etwa von Hindenburg gegen ihn ausgesprochenen Entlassung mit einer aktiven Reichstagsmehrheit entgegenzutreten. Die für eine Tolerierungsmehrheit im Reichstag notwendigen kleineren Rechtsparteien (Wirtschaftspartei, Christlich-sozialer Volksdienst und andere Gruppen), aber auch größere Teile der insbesondere seit dem 2. Halbjahr 1931 einen verstärkten Rechtskurs steuernden DVP hätten

nämlich im Falle des Vertrauensentzuges durch Hindenburg Brüning ebenfalls ihr Vertrauen entzogen (42). In Kenntnis dieser Sachverhalte bemühte sich das Kabinett Brüning denn auch, den zahlreichen Wünschen Hindenburgs, von denen die Forderung einer intensiveren Stützung der Landwirtschaft, insbesondere des ostelbischen Großgrundbesitzes, zu den Hauptanliegen des Präsidenten gehörte, so weit als irgend möglich nachzukommen. Dafür, daß die Vorstellungen des greisen Präsidenten über eine rechte Unterstützung des Großgrundbesitzes auch wirklich mit allem Nachdruck der Regierung zugeleitet und gemäß den Wünschen der Großagrarier präzisiert wurden, sorgte die Agrarlobby, in der wiederum der Großgrundbesitz den Ton angab. Nun, da die Gesetzgebung des Deutschen Reiches aus den Händen des Parlamentes weitgehend in die außerparlamentarische, dem Gebot demokratischer Kontrolle weitgehend entzogene Machtsphäre der Reichsregierung und ihrer hohen Ministerialbürokratie geraten war und die Abhängigkeit der Regierung Brüning vom rechtskonservativen proagrarschen Hindenburg sich noch verstärkt hatte, suchten die der Mentalität Hindenburgs genehmen pressure-groups (vor allem die Industrie- und die Agrarlobby (43)) den direkten Zugang und die direkte Einflußnahme auf Reichsregierung und hohe Ministerialbürokratie; dabei schienen sie je länger je mehr bereit, die Regierung Brüning bei Hindenburg in ein ungünstiges Licht zu setzen, wenn diese ihrer Ansicht nach ihre Interessen unzureichend erfüllte. Insbesondere die Agrarlobby hatte infolge der besonders weitgehenden Übereinstimmung ihrer Wünsche mit denen Hindenburgs, des Besitzers des Gutes Neudeck, ganz erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten auf den agrarpolitischen Entscheidungsprozeß in der Ära Brüning. Für die Regierung Brüning kann man, ganz gleich ob es sich nun um den Kanzler selbst, den Agrarminister Schiele, Minister Treviranus, die übrigen Kabinettsmitglieder oder den Reichskommissar für die Osthilfe, Schlange-Schönningen, handelte,

die gesamte Regierungszeit über eine grundsätzliche Bereitschaft, gemäß den Wünschen der Agrarlobby den Agrarprotektionismus so weit als möglich voranzutreiben, feststellen. Die im einzelnen getroffenen agrarpolitischen Entscheidungen, die zum großen Teil nicht auf dem üblichen formellen Gesetzgebungsweg (44), sondern durch Notverordnungen bzw. Verordnungen Gesetzeskraft erlangten (siehe hierzu § 3 dieser Abhandlung) belegen in aller Deutlichkeit, daß die Forderungen der Agrarier, insbesondere der Großagrarier im Kabinett bzw. bei der Ministerialbürokratie auf aufnahmebereite Ohren trafen. Es gilt nun zu fragen, ob diese Aufnahmebereitschaft (44a) nur deshalb so groß war, weil man angesichts der von Hindenburg abhängigen Stellung des Kabinetts keinerlei Risiken eingehen wollte, oder ob man die agrarischen Interessenforderungen u.U. auch deshalb so bereitwillig akzeptierte, weil sie etwa sich synchron in das gesamte wirtschaftspolitische Konzept einfügten. Um diese Frage zu beantworten, müssen wir unter Verzicht auf alle Details in einigen wenigen Punkten das wirtschaftspolitische Grundkonzept des Kabinetts Brüning darlegen.

3.4. Das wirtschaftspolitische Grundkonzept der Regierung Brüning (45).

Sowohl aus reparationspolitischen Erwägungen heraus, als auch infolge seiner orthodox-liberalen ökonomischen Grundeinstellung verfolgte der Kanzler Brüning eine von seinen Kabinettsmitgliedern nie ernsthaft in Frage gestellte rigorose Deflations- und Parallelpolitik. Die reparationspolitischen Erwägungen bei der Gestaltung der Brüning'schen Wirtschaftspolitik nahmen erst im Laufe der Amtszeit dieser Regierung an Gewicht zu. Im übrigen deckte sich die aus reparationspolitischen Gründen zu verfolgende Wirtschaftspolitik voll mit der Wirtschaftspolitik, die man gemäß der liberalen orthodoxen ökonomischen Theorie in der großen Deflationskrise zu befolgen hatte. Brüning hätte infolge seiner ökonomisch-theoretischen Grundauffassung diese Wirtschaftspolitik auch dann durchgeführt, wenn das Reparationsproblem und die hohe deutsche Aus-

landsverschuldung überhaupt nicht gegeben gewesen wären. Deshalb erscheint es für die Zwecke dieser Abhandlung sinnvoll, sich bei der Skizzierung der Grundzüge der Deflations- und Parallelpolitik, die den Kern der Brüning-schen Wirtschaftspolitik darstellten, im wesentlichen nur auf das Aufzeigen ihrer Motivation durch das Denken in liberal-orthodoxen ökonomischen Bahnen zu beschränken und die reparationspolitische Motivation hier nur insoweit zu berücksichtigen, als sie für die Einordnung der Agrarpolitik des Kabinettes Brüning in das gesamte wirtschaftspolitische Konzept der Regierung Brüning von Relevanz ist. Auf diese Weise wird es leichter möglich sein zu diagnostizieren, ob die Agrarpolitik der Regierung, die im übrigen von dieser im allgemeinen nicht in einem engeren Zusammenhang mit den reparationspolitischen Problemen gesehen wurde, synchron oder asynchron zum wirtschaftspolitischen Grundkonzept des Kabinettes war, das durch die miteinander verknüpften Probleme der Reparationen und der hohen deutschen Auslandsverschuldung in seiner Struktur lediglich noch gefestigt wurde.

Im folgenden stellen wir daher den Ausführungen zum wirtschaftspolitischen Grundkonzept der Regierung Brüning lediglich eine knappe thesenartige Zusammenfassung der für das Verständnis dieser Abhandlung wesentlichsten Aspekte des Reparationsproblems voraus:

3.4.1. Reparationspolitische Aspekte (46).

- a: Nach den Bestimmungen des Young-Planes (47) war Deutschland nicht nur für die Aufbringung der Reparationen, sondern auch für den Reparationstransfer (= Übertragung der aufgebrauchten Summe in ausländische Währungen) voll verantwortlich. Sollte Deutschland den Reparationszahlungen aus eigenem Verschulden nicht nachkommen können (ob dieser Tatbestand zutraf, sollte der Internationale Gerichtshof im Haag entscheiden), so konnten die

Reparationsgläubigerländer Sanktionen ergreifen. Da über die Art der Sanktionen in dem Young-Plan-Abkommen keine näheren Angaben gemacht worden waren, schienen hier einer eventuellen Willkür der Gläubigernationen bei den zu ergreifenden Sanktionen gegenüber dem Deutschen Reich für den Fall, daß das Reparaturschuldnerland die Reparationen nicht mehr bezahlen und man ihm in diesem Zusammenhang ein eigenes Verschulden nachweisen konnte, kaum irgendwelche Grenzen gesetzt. Es kam also für die deutsche Regierung vor allem darauf an, keine Situation eintreten zu lassen, in der Deutschland die Reparationen aus eigenem Verschulden nicht mehr bezahlen konnte. Wann aber lag nun eigenes Verschulden vor?

- b: Wie in Deutschland selbst, war man auch in den Gläubigerländern während der Zeit der Weltwirtschaftskrise der Ansicht, daß das Deutsche Reich im Interesse einer reibungslosen Durchführung (= Erfüllung) des Young-Planes sowohl den Reichsetat in Einnahmen und Ausgaben strikt ausgeglichen (48) halten (= Parallelpolitik), als auch (insbesondere um die nötigen Devisen für den Reparations-transfer bei Einhaltung der durch den Young-Plan vorgeschriebenen 40 %igen Notendeckung durch Gold und Devisen bereitstellen zu können) eine Deflationspolitik (= Politik der Lohn-, Gehalts- und Preissenkungen) betreiben mußte, die zu einer Aktivierung der Handelsbilanz und damit verbunden zu einer Vermehrung der Devisenvorräte führen sollte. Dabei sollte die Regierung, um ihre internationale Konkurrenzfähigkeit und damit eine aktive Gestaltung der Handels- und Devisenbilanz zu sichern, zu umso stärkeren Deflationsmaßnahmen greifen, je tiefer das Weltmarktpreisniveau sank und je weiter die internationalen Wirtschaftsbeziehungen entliberalisiert wurden. Schließlich erwartete man von der deutschen Regierung (und der Reichsbank), daß sie auch im Bereich der Geld- und Kreditpolitik ihre Maßnahmen an der Zielsetzung der

Sicherstellung hinreichender Devisenvorräte für den Reparationstransfer orientierte.

Nach Ansicht der Gläubigerländer hätte also dem Deutschen Reich im Falle seiner Unfähigkeit, den Young-Plan zu erfüllen, dann ein Verschulden angekreidet werden können, wenn die deutsche Regierung bei der Gestaltung des Etats bzw. bei ihren wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Maximen der Parallel- und der Deflationspolitik unzureichend beachtet und zusammen mit der Reichsbank in Fragen der Geld- und Kreditpolitik der Zielsetzung "Sicherung hinreichender Devisenvorräte für den Reparationstransfer" nicht gebührend Rechnung getragen hätte.

- c: Brünnings reparationspolitisches Konzept hatte zwei nahtlos ineinander übergreifende Zielsetzungen:
- c.1: Mittels einer Politik der pflichtgetreuen Vertragserfüllung (Parallelpolitik, Deflationspolitik, die Erfordernisse der Young-Plan-verpflichtungen berücksichtigende Geld- und Kreditpolitik) sollte versucht werden, eine Situation auszuschalten, in der Deutschland aus eigenem Verschulden zahlungsunfähig wurde und so den möglichen Sanktionen der Gläubigerländer ausgesetzt war.
- c.2: Ausgehend von der Vorstellung, die Reparationsbelastungen überstiegen bei weitem die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, glaubte der Kanzler die Reparationsgläubigerländer zu einer Revision des Young-Planes, ja zu einer Streichung der Reparationen bewegen zu können, wenn der Nachweis gelang, daß Deutschland trotz aller Bemühungen, den Young-Plan zu erfüllen (Durchführung der von den Reparationsgläubigerländern gewünschten Deflations- und Parallelpolitik sowie einer zu deren Zielsetzung konformen Geld- und Kreditpolitik), nicht mehr zahlungsfähig war. Mit dem Eintreten dieses Sachverhaltes rechnete der Kanzler auf Grund seiner Überzeugung von der völligen ökonomischen Untragbarkeit der Reparationen spätestens in wenigen Jahren nach seinem Amtsantritt.

d: Die von den Gläubigerländern im Interesse einer Durchführung des Young-Planes geforderte und von der Regierung Brüning auch schon auf Grund ihrer reparationspolitischen Zielsetzungen betriebene Deflations- und Parallelpolitik wäre auch ohne das Vorhandensein reparationspolitischer Zielsetzungen und der Forderungen der ausländischen Gläubigerländer von der Regierung Brüning während der großen Depression betrieben worden, weil die damals herrschende orthodox-liberale ökonomische Theorie, die u. a. auch von Brüning vertreten wurde, zur Bekämpfung einer schweren Depression durch den Staat Maßnahmen der Deflationspolitik und Parallelpolitik als geeignet, richtig und notwendig ansah.

3.4.2. Deflationspolitik.

Als während der Weltwirtschaftskrise in Deutschland wie in den anderen Ländern die Preise rapide zu sinken begannen, die Gewinnquoten zurückgingen, die Investitionsquoten und die Produktionsindizes stark absanken und das Heer der Arbeitslosen beträchtlich wuchs, herrschte bei den liberalen Ökonomen, die in Deutschland damals den Ton gaben, und zu denen auch Brüning gerechnet werden muß, die Überzeugung vor, die Wirtschaftskrise stelle eine Art Selbstreinigungsprozeß nach einer vorhergehenden Periode ungesunder Übersteigerungen (Lohn- und Gehaltssteigerungen, Preissteigerungen, zu hohe Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden) dar. Den Gesundheitsschrumpungsprozeß einer überexpansiven Wirtschaft gelte es nun, da infolge der zahlreichen "Störungen" der Marktmechanismen dieser beträchtlich gehemmt werde, durch eine Deflationspolitik, d.h. hier eine Politik der Lohn-, Gehalts- und Preissenkungen zu beschleunigen. Auf diese Weise sei es möglich, daß sich die Mechanismen von Angebot und Nachfrage auf den verschiedenen Märkten der Wirtschaft wieder im Sinne der liberalen ökonomischen Theorie einpendelten und die Krise ein

Ende finde. Die Regierung Brüning bemühte sich entsprechend diesen ökonomischen-theoretischen Vorstellungen um eine Politik der kombinierten Lohn-Preissenkungen, von denen man sich zudem eine Aktivierung der Handelsbilanz erwartete, die ebenfalls Konjunkturantreibskräfte induzieren sollte. In der Praxis lief allerdings eine Deflationspolitik, die erstmals vom Verfasser in seinem bereits erwähnten Forschungsprojekt ebenso wie die Parallelpolitik einer sehr differenzierenden Analyse unterzogen wird, darauf hinaus, daß die Preise im Verhältnis zu den Löhnen und Gehältern der Arbeitnehmer bzw. den Unterstützungen der Arbeitslosen viel zu wenig gesenkt wurden, so daß objektiv die Deflationspolitik zur Verelendung der Arbeitnehmermassen beitrug und als "unsozial" zu bezeichnen ist (49).

3.4.3. Parallelpolitik .

Weil nach traditioneller liberaler Sicht die kapitalistische Marktwirtschaft ein autonomes Gebilde darstellte, das nach den ihm immanenten Gesetzen ganz automatisch funktionierte, sollten alle Staatseingriffe grundsätzlich auf ein Mindestmaß verringert und in ihrer Wirkung auf das marktwirtschaftliche System so weit als nur irgendwie möglich neutralisiert werden. Dementsprechend galt es, den Staatshaushalt, den man im marktwirtschaftlichen System als ein notwendiges, möglichst einzudämmendes Übel ansah (Forderung nach einem Minimalbudget!) auf jeden Fall auszugleichen. "Gab doch ein ausgeglichener Haushalt nach liberaler Sicht der Wirtschaft genau das wieder zurück, was er ihr vorher entzogen hatte. Selbstverständlich mußte dann, da ja der "Staat" von der Wirtschaft alimentiert werde, er sich auch in seinen Einnahmen und Ausgaben zu der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung konform verhalten. Wenn also im Zeichen einer zunehmend sich verschärfenden Depression die Staatseinnahmen zurückgingen, so

waren im gleichen Verhältnis auch die Staatsausgaben zu kürzen. Jedes andere Verhalten wäre nach liberal-ökonomischer Sicht (und Brüning lag, auch was die Parallelpolitik betrifft, genau auf dieser Linie) finanzpolitisch aufs höchste suspekt erschienen und als ein Versuch gewertet worden, die Währung in Gefahr zu bringen. Die Durchführung einer strikten Parallelpolitik in den Zeiten einer schweren ökonomischen Depression, wenn die Staatseinnahmen die Tendenz besitzen, sich zu verringern, während dagegen die Staatsausgaben (wesentlich bedingt durch die konjunkturabhängig-sozialen Ausgaben) tendenziell steigen, implizierte vor allem, da sich ja in einer ökonomischen Krise die Staatseinnahmen nur sehr bedingt steigern lassen, einen strikten Abbau der Ausgaben (hier pflegte man den Hebel primär bei den konjunkturabhängig-sozialen Ausgaben anzusetzen) und den selbstverständlichen Verzicht auf alle Konjunkturankurbelungsversuche auf der Basis des deficit-spending (50)". Die Regierung Brüning hat übrigens dieses orthodox-liberale Postulat des Haushaltsausgleiches um jeden Preis auch auf dem Höhepunkt der Krise mit all ihren Kräften zu realisieren versucht.

3.4.4. Zur Frage der Systemkonformität zwischen der Agrarpolitik der Regierung Brüning und dem wirtschaftspolitischen Grundkonzept des Kabinettes.

Wie hier kurz skizziert wurde, brachte die Deflations- und Parallelpolitik der Regierung Brüning, die man in der Alltagssprache auch unter dem Begriff einer "Sparpolitik" subsumieren könnte, durch die Maßnahmen des Lohn-, Gehalts- und Preisabbaues sowie durch eine strikte Beschneidung der staatlichen Ausgaben schwere soziale Härten für weite Teile der Bevölkerung. Daß sie letzten Endes auch krisenverschärfend gewirkt hat (51), wird dem Leser allein schon aus der Gegenüberstellung einiger wichtiger konjunkturstatistischer Daten aus der

Anfangsphase und der Endphase der Regierung Brüning deutlich geworden sein, die der Verfasser in diesem Paragraphen bereits vorgenommen hat. In unserem Zusammenhang aber ist vor allem von Bedeutung, daß die im einzelnen noch zu analysierende Agrarpolitik des Kabinettes sowohl den Maximen der Deflationspolitik (künstliche Hochhaltung der deutschen Agrarpreise durch Zollerhöhungen und Preisstützungsaktionen (vgl. § 4 dieser Abhandlung)) als auch denen der Parallelpolitik (bei gleichzeitiger rigoroser Kürzung sozialstaatlicher Leistungen erhöhte staatliche Zuwendungen an die Landwirtschaft und hier bevorzugt wiederum an den ostelbischen Großgrundbesitz (vgl. § 5 dieser Abhandlung)) eindeutig widersprach. Es läßt sich also auf keinen Fall die Vorstellung aufrechterhalten, das Kabinett Brüning und hier wiederum insbesondere der Kanzler, der der energischste Verfechter einer rigorosen Deflations- und Parallelpolitik war, hätte nicht nur wegen den Forderungen Hindenburgs genau diese und keine andere Agrarpolitik betrieben, sondern auch wegen der Funktionalität der Agrarpolitik für die wirtschaftspolitische Gesamtkonzeption des Kabinettes. Angesichts der den übrigen Bestrebungen der Brüningschen Wirtschaftspolitik diametral entgegengesetzten agrarpolitischen Maßnahmen des Kabinettes drängte sich die Frage auf, weshalb sich dieses Kabinett (auch wenn man die Abhängigkeit seiner machtpolitischen Basis vom Reichspräsidenten berücksichtigt) gar so wenig gegen die Ausführung einer Agrarpolitik sträubte, die doch dem wirtschaftspolitischen Grundkonzept so gänzlich widersprach und die nach der liberalen ökonomischen Theorie doch nur als sachlich falsch und die ökonomische Krise verschlimmernd angesehen werden konnte. Gab es vielleicht im Deutschen Reich im politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Sektor irgendwelche längerfristigen Entwicklungslinien, die auch bei einem ansonsten überzeugten Anhänger der orthodoxen liberalen ökonomischen Theorie eine strukturelle Disposition für einen agrarpolitischen Protektionismus hervorrufen konnten? Diese Frage soll im folgenden Paragraphen beantwortet werden.

§ 2: Langfristige Determinanten einer deutschen Agrarpolitik um 1930.

1. Langfristige Entwicklungstrends im deutschen Agrarsektor (insbesondere der nordostdeutschen Landwirtschaft (1))

In unseren knappen Darlegungen zur Krise der Weltlandwirtschaft (§ 1, 3,2) betonten wir bereits, daß zwischen den überseeischen Agrargebieten, die ihre landwirtschaftliche Produktion immer stärker rationalisierten und dabei immer mehr ausdehnten und den alten europäischen landwirtschaftlichen Anbauflächen, die weit weniger rationell bearbeitet und weit weniger unter dem Kosten-Erlös-Gesichtspunkt gesehen wurden, sich immer stärker ein Preisgefälle bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen bemerkbar machte, das, zumal die Angebotsmenge die Nachfrage zunehmend übertraf, bei den alten europäischen Ländern mit Agrarproduktion zoll- und handelspolitisch restriktive Maßnahmen auslöste, um die Agrarpreise nicht zu tief sinken zu lassen. In Deutschland griff man in besonders starkem Ausmaß zu agrarprotektionistischen Maßnahmen, weil sich aus dem Zusammenspiel von politisch-gesellschaftlichen Vorstellungen, historischen Sonderentwicklungen und geographisch-klimatischen Bedingungen des Wirtschaftens, welche wiederum zu bestimmten geopolitischen Überlegungen Anlaß gaben, sich für die Gestaltung der agrarischen Wirtschaftswirklichkeit ein umfassender Agrarprotektionismus als unabdingbar zu erweisen schien. Hier seien in aller Kürze nur die grundlegenden Faktoren unter Verzicht auf alle ins Detail gehenden Einzelheiten dargelegt, weil eine ausführlichere Erörterung dieser Problematik den Rahmen dieser Arbeit so weit ausdehnen müßte, daß darüber wohl der Blick für den Gesamtzusammenhang der in dieser Abhandlung intentierten empirisch fundierten Aussagen verloren gehen würde.

Die Situation, in der der Ansturm der Weltwirtschaftskrise auch die deutsche Landwirtschaft heimsuchte, war wesentlich mitbestimmt durch das west-östliche Wohlstandsgefälle im Deutschen Reich, welches sich mit aus den

geographisch-klimatischen Determinanten des Wirtschaftens in Deutschland von West nach Ost herleiten ließ (2). In diesem Zusammenhang sei im Anschluß an Raupach, der die ökonomischen Ursachen und Folgen dieses Wohlstandsgefälles brillant darlegte, auf ökonomische Theoreme von Thünen (3) und Myrdal (4) verwiesen, welche Gesetzmäßigkeiten in der Wahl von Produktionsstandarten und landwirtschaftlichen Betriebssystemen sowie in der regionalen Wohlstandsdifferenzierung und ihren Folgen feststellen. Auch wenn wir diese Theorien bei der Anwendung auf die geschichtliche und ökonomische Wirklichkeit in ihrem Gültigkeitsanspruch teilweise etwas einschränken werden, bieten sie trotzdem eine solide Basis für unsere weiteren Erörterungen. Da ist einmal Thünens Lehre, nach der die Landwirtschaft sich konzentrisch um die industriellen Kerngebiete gruppiert, wobei sich die Intensität der landwirtschaftlichen Nutzung umgekehrt proportional zur Entfernung vom Industriekern verhält, weil - immer unter der Voraussetzung einer einheitlichen Bodenqualität und gleichen Klimas - die örtlichen Preise der landwirtschaftlichen Güter mit zunehmenden Transportkosten vom Erzeugungszum Verbraucherort sinken, was auch ein Sinken der Bodenrente und des örtlichen Aufwandes an Kapital und Arbeit für die Agrarproduktion impliziert. Die Theorie der konzentrischen Kreise findet gewissermaßen eine sinnvolle Ergänzung in Myrdals Theorie, welche besagt, daß unter Voraussetzung der freien Beweglichkeit von Arbeit und Kapital bei gegebenen exogenen Bedingungen für das Wirtschaften die Gebiete mit den ursprünglich besseren Bedingungen den Prozeß eines kumulativ steigenden Wohlstandes erfahren, während die benachteiligten Gebiete eine kumulative Schrumpfung des Wohlstandes so lange hinnehmen müssen, bis der Staat durch unerwünschte sozial- und wirtschaftspolitische Wirkungen dieses Wohlstandsgefälles auf den Plan gerufen wird und, unter Abkehr vom liberalen Prinzip der Nichteinmischung in den Wirtschaftsprozess, je nach dem Ausmaß des Wohlstandsgefälles mehr oder minder stark

in das Wirtschaftsgeschehen eingreift (was in besonders extremen Fällen eine liberale Wirtschaftsordnung nach einer Periode der Transformation sogar in eine Wirtschaftsordnung mit zentraler Planung umschlagen lassen kann).

Deutschland wies im Bereich der norddeutschen Tiefebene von West nach Ost in der Tat sehr verschiedene geographisch-klimatische Bedingungen für das Wirtschaften auf. Im Nordosten gab es kaum Rohstoffe, die Transportwege zu den Zentren des Verbrauches waren lang und völlig unzureichend ausgebaut, die Böden arm und das Klima kontinental. Im Nordwesten des Reiches dagegen verfügte man über ausgedehnte Rohstoffvorkommen (besonders Kohle), gute Transportmöglichkeiten (vor allem auf dem Wasserwege) und eine auf Grund ertragreicherer Böden, günstigeren Klimas und größerer Nähe zu den Verbrauchszentren in den industriellen Ballungsräumen weit intensivere Landwirtschaft als in den östlichen Teilen Deutschlands. Diese unterschiedlichen Bedingungen wirkten sich im Laufe des 19. Jahrhunderts immer stärker aus. Je weiter die Industrialisierung fortschritt, desto mehr schuf sich nicht nur bei insgesamt schnell wachsender Bevölkerung (eines der typischen Merkmale einer Industriegesellschaft in der Anlaufs- und Aufstiegsphase) eine Entwicklung Raum, die zu einer immer stärkeren Urbanisierung Deutschlands führte, desto stärker machte sich auch im Deutschen Reich die Wanderungsbewegung von Ost nach West bemerkbar (5). Denn ganz im Sinne der volkswirtschaftlichen Standorttheorien (einschließlich dem Thünenschen Theorem) und Myrdals Darlegungen zur regionalen Wohlstandsdifferenzierung entwickelte sich im Nordwesten des Reiches immer stärker ein ausgedehntes, hochleistungsfähiges Industriegebiet, das von konzentrischen Kreisen hochintensiver Landwirtschaft umgeben war, während im Nordosten die Industrialisierung keine größeren Fortschritte machte und die Bodennutzung weit weniger intensiv als im Westen betrieben wurde, so daß der progressiv

steigende Wohlstand im Nordwesten nicht nur auf das Kapital, sondern vor allem auch auf die Arbeitskräfte aus den nordöstlichen Reichsgebieten eine starke Sogwirkung ausübte und dort zu einer Auslaugung, zu einer kumulativen Wohlstandsminderung in diesen Regionen beitrug.

Das klimatisch-geographische und verkehrsmäßig bedingte Ost-West-Gefälle setzte sich aber außerdem über die deutschen Ostgrenzen hinaus fort und löste hier einen polnischen Drang nach westen, in die relativ wohlhabenderen deutschen Ostgebiete aus. Schon vor der Jahrhundertwende, in stärkerem Maße etwa seit Caprivis Amtszeit, waren polnische Minderheiten verstärkt in die Grenzgebiete des deutschen Ostens eingewandert, desgleichen stieg die Zahl der polnischen Saisonarbeiter in der ostdeutschen Landwirtschaft stärker an (6). Diese polnischen Arbeitskräfte waren anspruchsloser als ihre deutschen Kollegen, sie verminderten so die Lebensbedingungen für die ostdeutschen Landarbeiter insgesamt, was den Sog der nordwestlichen Industrie auf die deutschen Arbeitskräfte Ostdeutschlands noch weiter verstärkte, was wiederum stimulierend auf den Zustrom an polnischen Arbeitskräften im deutschen Osten wirkte usw. ... Daß dieser Zustrom polnischer Arbeitskräften, mit dem Max Weber sich schon 1895 recht eingehend in seiner Freiburger Antrittsrede (7) theoretisch auseinandersetzte, bei gewissen nationalen und gesellschaftlichen Vorstellungen, die in weiten Teilen Deutschlands bis herauf in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts dominant waren, forcierte staatliche vorbeugungs- und Gegenmaßnahmen (besonders im Bereich des Siedlungswesens wie auch der landwirtschaftlichen Entschuldung, Subventionen und sonstiger Stützungsmaßnahmen) auslöste, sei bereits an dieser Stelle, den weiteren Ausführungen vorausgreifend, betont.

Die landwirtschaftlichen Betriebe des deutschen Ostens aber waren schon aus rein ökonomischen Gründen auf fremde, nicht zur Familie gehörige Arbeitskräfte angewiesen, da in der nordostdeutschen Landwirtschaft (8) vorwiegend als Betriebs-

form der landwirtschaftliche Großbetrieb zu finden war (9), der zumindest damals noch nicht so weit mechanisiert werden konnte, daß in ihm ganz oder zumindest vorwiegend nur die Familienmitglieder die notwendige Arbeit hätten leisten können (10). Im übrigen war langfristig gesehen der Großbetrieb, entgegen allem Agrarromantizismus, auf den wir noch zu sprechen kommen werden, schon aus 3 Gründen für die ostdeutsche Landwirtschaft eine Notwendigkeit, wobei die ersten beiden Gründe (11) sich letztlich aus den klimatisch-geographischen Gegebenheiten des deutschen Ostens herleiten lassen, während der dritte Grund sich aus der Einsicht in die Ergebnisse der vergleichenden historischen Wachstumsforschung und besonders hier der strukturellen Entwicklungsgesetzlichkeiten der Weltlandwirtschaft ergibt:

- (1) Die relativ kurzen Bestell- und Erntezeiten in der nordostdeutschen Landwirtschaft zeitigen eine hohe Arbeitsspitzenbelastung und verlangen einen konzentrierten Betriebsmittel- und Arbeitseinsatz.
- (2) Wenig ergiebige Böden und ungünstiges Klima bewirken verhältnismäßig geringe Grenzproduktivitäten von Arbeit und Kapital. Dadurch wird wiederum eine Extensivierung und Einseitigkeit der Bodennutzung sich in der Regel ergeben.
- (3) Es liegt in der Entwicklungsgesetzlichkeit einer sich immer mehr industrialisierenden Welt, daß analog zur Rationalisierung, Mechanisierung, Maschinisierung, zur Ausdehnung, Verflechtung und Konzentration der industriellen Betriebe mit einer ständig zunehmenden Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Güterausstoßes, die Landwirtschaft ebenfalls mechanisieren, rationalisieren und mechanisieren muß, daß auch sie in diesem Zusammenhang sich spezialisieren und zu der Schaffung von hoch kapitalintensiven rationalisierten Großbetrieben durchringen muß, in denen im Interesse eines maximalen Güterausstoßes wirklich unter dem Gesichtspunkt des Vergleichs von Aufwand und Ertrag, von Kosten und Erlös produziert wird. Aus verschiedenerlei Gründen war dieser Prozeß der Rationalisierung und Mechanisierung, der

Schaffung von großen Betriebseinheiten in den neuen überseeischen Agrargebieten weit stärker fortgeschritten als in den alten europäischen Staaten (11a), woraus sich deren Unterlegenheit gegenüber der überseeischen Konkurrenz im wesentlichen erklären ließ. Die Schaffung großer landwirtschaftlicher Produktionseinheiten, die Rationalisierung, Mechanisierung und Maschinierung des landwirtschaftlichen Betriebes und seine Führung nach kaufmännischen Gesichtspunkten wären also für die europäischen Landwirtschaften Gebote der Stunde gewesen, wenn sie nicht weiterhin durch Subventionen und Schutzzölle auf Kosten der Verbraucher staatlichen Schutz genießen wollten. In Deutschland konnte man jedoch auf keinen Fall von einer erfolgreichen Anpassung der Landwirtschaft an die Entwicklungstrends der deutschen Industrialisierung bzw. der weltlandwirtschaftlichen Entwicklung sprechen. Dabei sei hier nicht einmal so sehr an die Landwirtschaften in Nordwest- und Süddeutschland gedacht. Hier konnten damals noch geringere Betriebsgrößen und unzureichende Modernisierung durch günstigere klimatisch-geographische Bedingungen weitgehend ausgeglichen werden, hier bewirkte noch die unmittelbare Nähe der industriellen Verbraucherzentren eine stärkere Intensivierung und Absatzsicherung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse (12). In den ostelbischen Gebieten Deutschlands dagegen hatten zwar die landwirtschaftlichen Betriebe durchaus Betriebsgrößen, die den Anforderungen an eine der industriellen Entwicklung synchron laufende Vergrößerung und Konzentration der landwirtschaftlichen Betriebe zu entsprechen scheinen, dagegen waren Mechanisierung, Rationalisierung und kaufmännische Betriebsführungen gemessen am Weltniveau der Landwirtschaft weit zurückgeblieben. Durch staatliche Schutzmaßnahmen hatte seit Bismarcks Zeiten der Staat immer wieder das landwirtschaftliche Preisniveau in Deutschland vor einem zu starken Absinken bewahrt, ohne dabei über eine reine Subventions- und Stützungs politik hinaus zu einer modernen Agrarstrukturpolitik fortzuschreiten; ohne zu erkennen, daß die Konsumentenwünsche der Nachfrager in den großen industriellen Ballungszentren am

besten befriedigt und das Wohlstandsgefälle zwischen den städtischen Ballungszentren und den ländlichen Gebieten nur dann auf lange Sicht beseitigt werden können, wenn in Übereinstimmung mit den ökonomischen Strukturgesetzmäßigkeiten der industriellen Gesellschaft gehandelt wird, nach denen u.a. der Boden bei weitem nicht mehr als der entscheidende Produktionsfaktor angesehen werden kann und nach denen es sich als die ökonomisch beste Lösung erweist, wenn in einer weitestgehend rationalisierten, technisierten und in großen Produktionseinheiten zusammengefaßten, ökonomisch sinnvoll durchorganisierten Landwirtschaft nur eine geringe Zahl von Menschen noch beschäftigt ist, die aber bei dem dank der Modernisierung enorm gesteigerten landwirtschaftlichen Output ausreicht, die Menschenmassen in Klein- und Großstädten zu versorgen. Dabei muß sich das landwirtschaftliche Güterangebot ständig an der Nachfrage orientieren und, falls der Trend in Richtung auf ein strukturelles Überangebot zeigen sollte, die Angebotsmenge beschränken und die freiwerdenden Arbeitskräfte von einer weiter expandierenden Industrie aufsaugen lassen, was natürlich ganz grundsätzlich eine zumindest langfristig wachsende Wirtschaft mit noch weiter zunehmender Industrialisierung voraussetzt (13), die die in der Landwirtschaft freiwerdenden Arbeitskräfte aufsaugen kann. Nur so kann ein Wohlstandsgefälle zwischen Stadt und Land nivelliert werden und nur so können auch im Zuge einer langfristig wachsenden Wirtschaft erfolgreiche Verbesserungen der Infrastruktur vorgenommen werden, die in Verbindung mit den durch die landwirtschaftliche Modernisierung entstandenen billigeren Agrarproduktionsmethoden auch das Thünensche Theorem an Bedeutsamkeit für die Wirtschaftsrealität entscheidend abschwächen können. Dazu aber sind staatliche Wirtschaftsmaßnahmen nötig, die mehr darstellen sollen als nur den Versuch, einen bestehenden Zustand zu konservieren bzw. zu restaurieren; die nicht ein Mittel sein dürfen, um die ostelbischen Großgrundbesitzer noch bei der Fortführung einer schon längst vor der Weltwirtschaftskrise allein schon an den wachsenden Schulden der Großgrundbesitzer sich immer stärker dokumentierenden Mißwirtschaft zu bestärken. Dabei muß sicherlich auch berücksichtigt

werden, daß etwa die Erkenntnisse der Wachstumsforschung, besonders auch der vergleichenden historischen Wachstumsforschung erst nach dem 2. Weltkrieg allmählich stärker zu wachsen begannen und daß die Popularisierung dieser Erkenntnisse erst in den 1960er Jahren allmählich so weit vorzudringen beginnt, daß auch bereits gelegentlich politische Entscheidungen schon einen "Hauch" von modernem industriegesellschaftlichem Denken ahnen lassen; somit konnten sich also die Regierenden der Wilhelminischen Ära und der Weimarer Republik auf keinen Fall auf diese moderneren Erkenntnisse stützen. Dennoch bleibt zu konstatieren:

- a.) Die deutsche Landwirtschaft, insbesondere die Agrarbetriebe östlich der Elbe konnten innerhalb des Deutschen Reiches eine Sonderstellung und Unterstützung genießen, die allen anderen Wirtschaftssektoren versagt blieb.
- b.) Die Träger dieser Landwirtschaft machten auch nicht im entferntesten so ernsthafte Versuche wie ihre Kollegen in Übersee, sich den wandelnden Erfordernissen der Weltwirtschaft anzupassen.

Es gilt daher zuerst, ehe wir in eine detaillierte Besprechung der Agrarpolitik der Regierung Brüning eintreten und dabei noch ausführlicher die Gründe der deutschen Agrarmisere abhandeln, zunächst nach den Wurzeln jener besonderen Stellung der Landwirtschaft innerhalb des Deutschen Reiches zu fragen, die Ursachen aufzuspüren, weshalb sich in einem augenscheinlich kapitalistischen Staat ein sich akapitalistisch verhaltender und fühlender Wirtschaftssektor nicht nur behaupten konnte, sondern auch noch staatliche Sonderbehandlung erfahren durfte.

Ideologische, politische und gesellschaftliche Faktoren in der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der ostdeutschen Landwirtschaft (14).

Bei den folgenden Ausführungen beschränkt sich der Verfasser unter Verwendung von Luckens Methode der pointierenden Abstraktion (15) und unter Verzicht auf alle Details und

Nuancierungen auf eine knappe Skizzierung jener politischen, ideologischen und gesellschaftlichen Faktoren, die wesentlich mit zu jener Überbewertung des agrarischen Sektors in Deutschland bzw. zur anhaltenden staatlichen Bevorzugung jenes Sektors und hier wiederum insbesondere der ostelbischen Gebiete beitrugen (15a).

Mit W. Hock (16), Holborn und L. Mises (17), um nur einige Autoren zu zitieren, ist der Verfasser der Ansicht, daß seit dem Auftreten der französischen Revolution und der diese unmittelbar vorbereitenden Geistesströmungen in Deutschland Bestrebungen einsetzten, einmal die bisherige Lebensform in Deutschland gegen diese Bestrebungen westlich-moderne Geistes abzuschirmen, zum anderen diesen Ideen eigene Ordnungslehren und Wertvorstellungen gegenüberzusetzen. So wird Deutschland, insbesondere seit das Gedankengut der französischen Revolution durch nationalistisch-aggressive Tendenzen Frankreichs gegenüber dem Ausland wie auch durch die tatsächliche politische Entwicklung in Frankreich selbst, zunehmend pervertiert wird, geradezu die Hochburg jener Geistesströmungen, die den Aufstieg des liberalen Bürgertums mit seinen Vorstellungen von einer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie und der Wertschätzung eines betont individualistischen Wirtschaftsprinzipes hemmen. Die Romantik als Gegenbewegung gegen die Aufklärung brachte eine ausgesprochen retrospektive Grundgestimmtheit und förderte die Weltfremdheit zu Ungunsten der Aufgeschlossenheit gegenüber den konkreten Problemen der Gegenwart (17a). In fataler Verkennung der tatsächlichen sozialen Verhältnisse des Mittelalters schwärmte man von jener Epoche, die durch eine natürliche, harmonische Ordnung ausgezeichnet gewesen sei, welche dem Einzelnen Sicherheit und Geborgenheit gegeben habe. Man sagte dem Rationalismus in Politik, Wirtschaft, Recht und Naturwissenschaften den Kampf an und sah dementsprechend die Errungenschaften der Zivilisation als etwas Bedrohliches, als etwas, das die mühsam aufrechterhaltene Fiktion eines idyllischen gesellschaftlichen Seins

ernsthaft gefährden mußte. An der Begeisterung für eine als groß empfundene Vergangenheit entzündete sich dann das Nationaldenken, ja der Nationalismus, gewann dann jene verhängnisvolle Vorstellung vom Volksgeist in der Romantik an Bedeutung, nach der ein einheitlicher Geist, eine aus dem Unbewußten wirkende seelische Substanz, welche sich im gesamten Da- und Sosein des Volkes manifestierte (auch im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich), den nationalen Organismus in der Vergangenheit ebenso durchflutet und beherrscht habe, wie dies auch für die Gegenwart und die Zukunft gelten werde. Dementsprechend kämen nur solche politischen Vorstellungen für die Deutschen in Betracht, die dem Volksgeist entsprächen, die Ausfluß der wahren Natur des Volkes seien. Da man aber jenes Walten des Volksgeistes ex definitionem nur aus dem Vergangenen und Bestehenden zu erkennen können glaubte, mußte man folglich auch alle Ideen die vom Ausland einströmten, bzw. alle Ideen, die in Deutschland im Entstehen begriffen waren und nicht der als groß empfundenen deutschen Vergangenheit zu entsprechen schienen als undeutsch, als dem deutschen Volksgeist inkonform ablehnen. Dementsprechend verneinte man auch das Prinzip des Parlamentarismus und die liberalen Freiheiten, einschließlich der Wirtschaftsfreiheit. Ebenso mußten auch Gewinnstreben und Rentabilitätsprinzip als nicht dem innersten deutschen Wesen entsprechend abgelehnt, mußten erste zarte Regungen im Hinblick auf eine Industrialisierung verurteilt werden. Daß bei einer solchen retrospektiven, ausschließlich an der eigenen Vergangenheit orientierten Betrachtungsweise nationalistisches Denken gedeiht, braucht wohl kaum noch betont werden (18). Diese Tendenzen konnten parallel zur Romantik auch in der deutschen idealistischen Philosophie festgestellt werden. Hier sei exemplarisch auf Fichte verwiesen, der in seinen "Reden an die deutsche Nation", in denen er die Deutschen "ein Urvolk, das Volk schlechtweg" (19) nennt, eine wahre Fundgrube für nationalistisches Gedankengut bietet. Für die Zwecke unserer Abhandlung ist in diesem Zusammenhang von nicht zu

unterschätzender Bedeutung, daß im Zusammenhang mit romantischen, ständischen und nationalistischen Strömungen,

- a.) einmal neben dem "goldenen Handwerk vor allem auch die Bedeutung des dem Volk gehörenden Grund und Bodens und damit auch die Wichtigkeit der Landwirtschaft besonders betont wurde (19a),
- b.) die antiliberalen ökonomischen Vorstellungen allmählich bereits intensiver theoretisch fundiert wurden (19b) und sich in Richtung auf eine Konzeption der nationalen Autarkie hin bewegten, was naturgemäß die Bedeutung der Landwirtschaft für den Staat, pardon, für den nationalen, von der Volksseele durchfluteten historisch gewachsenen, natürlichen Organismus verstärken mußte.

Hier sei nur an Fichtes Konzeption eines "geschlossenen Handelsstaates" erinnert (20). In diesem Zusammenhang muß auch noch an den größten der idealistischen Philosophen, an Friedrich Hegel (21) erinnert werden, dessen verhängnisvolle Überbetonung des Staates, welcher die Realisierung der Freiheit und damit des absoluten Endzweckes sei und in dem der Weltgeist seine höchste Verwirklichung finde, im 19. und 20. Jahrhundert die deutsche politische Philosophie stark beeinflusste und zu einer ungewöhnlichen Betonung des Staatsgedankens führte. Es liegt nahe, mit W. Hock (22) in dieser Tendenz zur Staatsidealisierung, die dem einzelnen die Hingabe für den Staat als höchste Pflicht auferlegte, den "ideologischen Überbau der politischen Realität des preußischen Militär- und Beamtenstaates" zu sehen. Daß diese Staatsidealisierung, die dem Staat potentiell das nahezu unumschränkte Eingriffsrecht in das Leben des Individuums einräumte, wenn es nur das Staatswohl erforderte, natürlich nicht auf der Linie eines liberalen Verfassungsstaates liegen konnte, der u.a. Presse, Meinungs- und Gewissensfreiheit seiner Bürger, Gewaltenteilung, Ministerverantwortung gegenüber der Volksvertretung und staatliche Abstinenz vom Wirtschaftsprozeß implizierte, braucht hier kaum noch betont zu werden. "Der

spirituell und ethisch überhöhte Staatsgedanke, den Hegel keineswegs "erfunden", sondern nur philosophisch vertieft und systematisiert hat, mußte sich ebenso wie die romantische Position den liberalen Anschauungen als feindlich erweisen. Wie die romantische Volksgeistlehre allen Versuchen entgegentrat, ein international verbindliches Verfassungsschema festzulegen, so widersprach der übersteigerte Staatsgedanke kategorisch dem Bestreben, das Einzelinteresse gegenüber der "Staatsraison" zur Geltung zu bringen und die staatliche Omnipotenz durch Kontrollen und Hemmnisse mancher Art zu überwachen und einzudämmen (23) " Wir können also zusammenfassen: Romantik und idealistische Philosophie hatten in Deutschland (zum Teil auch in Reaktion auf die französische Revolution und ihre Auswirkungen bis hin auf die Befreiungskriege) national und nationalistisches Denken initiiert und zu Vorstellungen vom Volksgeist bzw. dem omnipotenten Staat geführt, die nicht nur den Ideen des politischen Liberalismus widersprachen. Aus diesen Wurzeln konnten sich fortan Ideen nähren, die den nationalen Handelsstaat mit seiner Betonung der Urproduktion und des landwirtschaftlichen Sektors und seiner Industriestaatfeindlichkeit sowie den allmächtigen Staat mit seiner Eingriffskompetenz in das gesamte Leben, also auch in das Wirtschaftsgeschehen, postulierten; hier liegen die Fundamente für die anhaltende Bevorzugung der Landwirtschaft gegenüber den anderen wirtschaftlichen Sektoren bis herauf ins 20. Jahrhundert. Es muß noch betont werden, daß diese Ideen schon im Laufe des 19. Jahrhunderts mit zunehmendem Verfall des Liberalismus immer mehr miteinander verschmolzen, bis sie dann im 20. Jahrhundert teilweise in den Nazi-propagandaschriften (keineswegs aber dann in deren Gestaltung der Wirtschaftswirklichkeit), vor allem aber im Schrifttum der Konservativen Revolution (23a) ihre letzte Ausprägung fanden. Hier sei nur stellvertretend für all die anderen zahlreichen Publikationen an Werner Sombarts Schrift " Die Zukunft des Kapitalismus" (Berlin

1932) erinnert, in der Vorstellungen zu einer nationalen, antikapitalistischen Planwirtschaft mit der Landwirtschaft als dem entscheidenden Träger des gesamten Wirtschaftsprozesses entworfen werden (24).

Doch jene geistigen Strömungen führten nicht allein schon zu jener Entwicklung, die noch im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der ostdeutschen Landwirtschaft eine Sonderstellung im Staate gewähren sollte. Hier muß, ehe wir näher die ostelbische Großgrundbesitzerschicht und ihre Einflußnahme auf den politischen Entscheidungsprozeß analysieren, vor allem auch an das politische Versagen des deutschen Bürgertums bzw. an das unglückliche Zusammenfallen der politischen und sozialen Krise im Deutschland des 19. Jahrhunderts bedingt durch die Verknüpfung der Frage des Aufstiegs der bürgerlichen Schichten mit dem Problem der deutschen Staatsbildung, die damals im 19. Jahrhundert schon lange überständig war, erinnert werden. Beides trug, das sollen die folgenden Ausführungen deutlich werden lassen, viel dazu bei, die politische und gesellschaftliche Vorrangstellung der Landwirtschaft in Deutschland entgegen den Strukturgesetzmäßigkeiten des Industrialisierungsprozesses zu konservieren.

Es sollte sich letztlich bitter rächen, daß, da Deutschland es vor 1871 noch nicht zu einer Staatenbildung gebracht hatte, sich beim deutschen Bürgertum der politische (und der ökonomische) Liberalismus untrennbar mit nationalem, ja nationalistischem Gedankengut vermengte. Zwar konnte nach 1815 das Metternichsche Zwangssystem durchaus noch nicht das Aufkommen liberaler Bestrebungen in Deutschland verhindern (24a), aber es trug doch weiter mit dazu bei, daß sich verstärkt ein sich nicht an der gegebenen Wirklichkeit erproben könnendes, vom Idealismus und der Romantik weiter gespeistes intellektuelles Nationaldenken, das leicht spiritualisiert bzw. ideologisch übersteigert werden konnte, Raum schuf (In diesem Zusammenhang sei auch an das Wartburgfest (1817)

und das Hambacher Fest (1832) erinnert, die in erschreckender Weise den Mangel an Sinn für die Wirklichkeit und einen schöngeistigen, deshalb aber noch lange nicht ungefährlichen Nationalismus enthüllten (25)). 1848 zeigte sich zwar dann, daß das deutsche Bürgertum überwiegend einen, wenn auch durch die bereits genannten Faktoren schon weitgehenden verwässerten Liberalismus vertrat, aber eine liberale Umgestaltung des politischen Systems, geschweige denn eine Schaffung des deutschen Staates gelang nicht (25a). Das deutsche Bürgertum scheiterte an seiner Wirklichkeitsfremdheit, seiner politischen Unerfahrenheit und auch an der Tatsache, daß Staatsbildungen sich durch Revolutionen sehr schwer vollziehen können, da eine Staatsbildung eben mehr voraussetzt als nur eine revolutionäre Umwälzung bestehender Verhältnisse und von den revolutionären Kräften auch die Fähigkeit verlangt, auf einem Staatsgebiet die Organisation des Staatsvolkes durch eine Staatsgewalt zu vollziehen (die Gültigkeit dieser Feststellung sei hier auf das 19. Jahrhundert beschränkt, das Problem der Staatenbildung im 20. Jahrhundert, insbesondere die Schaffung eines sozialistischen Staates sei hier nicht behandelt). An jener Fähigkeit aber mangelte es dem deutschen Bürgertum völlig. Es besaß nicht die vergleichsweise große politische Erfahrung der englischen Bürgerschicht im local self government, hatte nicht das Selbstbewußtsein des französischen Bürgers gegenüber der staatlichen Exekutive, ja es war bis zu einem gewissen Grad das Opfer einer deutschen Sonderentwicklung, die bereits im Spätmittelalter ihren Ausgang nahm (25b), als in England, Frankreich und Spanien unter der Königsherrschaft ein einheitliches Territorium, ein Nationalstaat, realisiert wurde, in dem, besonders in Frankreich und England, den Städten große politische Bedeutung zukam; als in Italien die Städte sogar selbst sich ihre eigenen Territorien schufen, bis schließlich Stadtstaat an Stadtstaat grenzte und die Städte die unangefochtenen politischen, kulturellen und ökonomischen Zentren darstellten, während dagegen in Deutschland durch die zunehmende

Herausbildung der deutschen Fürstenterritorien mit der führenden Stellung von Fürsten und Adel die städtischen bürgerlichen Schichten allmählich der politischen Tätigkeit entwöhnt wurden und auch das ökonomische Denken der bürgerlichen städtischen Schichten sich notgedrungen immer mehr verengte, weil durch das Fehlen einer starken Zentralgewalt einmal der städtische Handel nicht mehr mit dem englischen, französischen und italienischen Handel konkurrieren konnte, hinter denen starke staatliche bzw. stadtstaatliche Schutzmächte standen, zum anderen weil die deutschen Territorialstaaten die ökonomische Macht auch aus den Händen der Städte, in die der Fürsten zu legen tendierten.

Von der Niederlage von 1848 hatte sich dann das liberale Bürgertum nie erholt (25c). Zwar kam es nun noch einmal zu einem Aufbäumen, als man Bismarck im preußischen Verfassungskonflikt eine erbitterte Auseinandersetzung lieferte, aber bereits die deutsche Reichsgründung von 1871, die so ganz eindeutig "von oben" erfolgt war, sollte schon die endgültige Selbstaufgabe des liberalen Bürgertums herbeiführen, denn die Erreichung dieses heiß ersehnten Zieles der deutschen Liberalen nicht durch diese selbst, sondern durch die bisher befehdenen obrigkeitsstaatlichen Kräfte monarchisch-konservativer Prägung nahm dem deutschen Bürgertum allen Elan, weiter gegen diese politische Ordnung mit unverminderter Schärfe zu agieren. Vielmehr schlug der Haß und die Abneigung gegen die monarchisch-konservative Staatsordnung allmählich um in "Militärfrömmigkeit, Kaisergläubigkeit und materielle Satttheit" (26). Es sollte sich zeigen, daß für die nach wie vor nicht an den Entscheidungshebeln der politischen Macht sitzenden Bürger die Nation den idealen Bezugsrahmen bot, in den sich unerfüllte Träume, Wünsche, Hoffnungen bequem projizieren ließen und mit dem man sich, je erfolgreicher und mächtiger die Nation wurde, umso besser und spannungsfreier identifizieren konnte. Vor diesem Hintergrund erscheint dann die Tatsache, daß die politische

Ordnung nicht den liberalen Vorstellungen, die man einst hegte, entsprach, nur von sekundärer Bedeutung; die anfängliche Symbiose von Liberalismus und Nationalismus entwickelte sich dergestalt, daß der Nationalismus den Liberalismus auffraß - eine Erscheinung, die sich im 19. und 20. Jahrhundert immer wieder empirisch nachweisen läßt. Zu all dem setzte ab 1873 ein wirtschaftlicher Abschwung ein, der von kurzen Aufwärtsentwicklungen unterbrochen, bis in die Mitte der 1890er anhielt (26a). Damit erhielt auch die liberale ökonomische Theorie in Deutschland stärkere Risse, zumal Bismarck ab 1878 zu einer Schutzzollgesetzgebung überging, die in der Folgezeit der deutschen Industrie und Landwirtschaft sicherlich manche Vorteile brachte und so zur Stärkung der nationalen Machtposition beitrug. Und auch hier ließ sich das liberale Bürgertum wieder durch die so offensichtlichen Erfolge der Bismarckschen Machtpolitik "umgarnen", stellte es nationales und machtsstaatliches Denken über die liberalen Grundsätze und Ideale, denn bekanntlich ging nur ein kleiner Teil der Nationalliberalen zur scharfen Opposition gegen Bismarck über, während der größere Teil versuchte, unter Verzicht auf eben jene Forderungen nach einer politischen Umgestaltung und einem ganz entschlossenen laissez-faire-Wirtschaftsstil, sich jeweils geschickt der wechselnden Tagespolitik anzupassen, was freilich auch den weiteren Verfall der liberalen Bewegung nicht aufhalten konnte.

Hinzu kam noch eine ständig wachsende Angst im deutschen Bürgertum vor dem Aufkommen des 4. Standes (27). Hier zeigte sich deutlich, daß eben Liberalismus noch nicht Demokratie in unserem modernen Sinne implizierte, da das Prinzip der vollen politischen Gleichheit von den liberalen Bürgern, die ihre Klassenposition gegenüber dem 4. Stand absichern wollten, nicht anerkannt wurde. Mißtrauisch verfolgte man alle sozialpolitischen Anwendungen der Regierung, wandte man sich gegen alle politischen, ökonomischen

und arbeitsrechtlichen Maßnahmen, die irgendwie geeignet erscheinen konnten, möglicherweise den Aufstieg der Arbeiterschaft zu fördern; aber man tat dies weniger aus messianischem Eifer, eine liberale Ökonomie möglichst modelgetreu zu verwirklichen, als vielmehr aus dem ganz spezifischen Klasseninteresse des Mittelstandes heraus. Man muß all diese Faktoren, die Reichsgründung von oben, die Abstinenz des Bürgertums vom politischen Entscheidungsprozeß (28), den langwelligen ökonomischen Aufschwung von 1896 bis 1914 (28a), der dem voll am Konjunkturanstieg partizipierenden Bürgertum die weitgehende Abstinenz vom politischen Entscheidungsprozeß ökonomisch "versüßte", die Bedeutung des Bezugsrahmens Nation als Substitutionsgut für die politisch und gesellschaftlich noch immer nicht zur herrschenden Klasse aufgestiegenen Bürger, ihre Furcht vor dem 4. Stand und die faktische Wirkungslosigkeit der liberalen politischen Vorstellungen bedenken, wenn man verstehen will, weshalb es den Bürgern nicht gelang, die Großagrariar vom Platz an der Sonne zu verdrängen und sie vielmehr dadurch, daß sie deren Sonderstellung bis zum 1. Weltkrieg nicht mehr ernsthaft in Frage stellten, die Position der Großagrariar mit festigen halfen, die mit zunehmender Industrialisierung objektiv immer brüchiger werden mußte, und den Aufstieg der Arbeiterklasse abdämmten, gleichzeitig aber sich dadurch - langfristig betrachtet - in eine Situation hineinmanövierten, die ihnen vor allem nach dem 1. Weltkrieg, als sich die Situation der Großgrundbesitzer weiter verschlechterte, die politische Emanzipation des 4. Standes aber zumindest nach der Verfassung vollzogen war, wenn sie ihre bisherige gesellschaftliche Selbsteinschätzung nicht aufgeben wollten, nur die Wahl zwischen einer Unterwerfung gegenüber dem Großkapital und dem Großagrariertum oder der Etablierung einer sich mittelstandsfreundlich, ~~lich~~, die Interessengegensätze der Gesellschaft verhüllenden Diktatur ließ.

Jene strategisch-taktische Schwäche des Bürgertums gegenüber den Großgrundbesitzerschichten, die, wie wir feststellten, vielerlei Wurzeln hat, wurde von den Großagrariern in

jeder Hinsicht voll genutzt. Die ostdeutschen Rittergutsbesitzer, das ostelbische Landjunkertum, wiewohl in seinen Zielsetzungen durch und durch konservativ, besaß im Gegensatz zu den liberalen Bürgern ein ausgezeichnetes Gespür für die Kunst des Möglichen, griff, wenn es galt, das rückwärts gewandte Standesbewußtsein zu behaupten, oft zu ganz unorthodox erscheinenden Methoden; es erwies sich im Umgang mit der Macht der Bürgerklasse weit überlegen (29) und verstand es, aus scheinbar bereits verlorenen Situationen noch für sich einen Gewinn zu erzielen. Dies zeigte sich bereits bei den Vorgängen um die sogenannte Bauernbefreiung (29a), als die Bauern zwar ihre volle persönliche Freiheit erlangen konnten, die Großgrundbesitzer aber dennoch nicht nur ihren alten Besitz behielten, sondern sich zum Teil sogar noch erheblich vergrößern konnten, weil die Bauern Teile ihres Landes abtreten mußten, um ihre Befreiung zu erlangen (siehe hier das Regulierungsedikt von 1811, das ein Entgegenkommen gegenüber den Rittergutsbesitzern bedeutete); eine weitere Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten für die aus der Leibeigenschaft befreiten Bauern bedeutete die königliche Deklaration zur Auslegung des Regulierungsediktes von 1816, die die Ablösung der grundherrlichen Abgaben und Dienste entscheidend erschwerte und dazu führte, daß bis zum Agrargesetz von 1850 sich die endgültige Ablösung der noch immer bedeutsamen gutsherrlichen Rechte und Zinslasten, Fronen, Dienste und andererhöriger Leistungen hinauszögerte. Durch all jene negativen Auswirkungen der Bauernbefreiung begreiflicherweise mißgestimmt, hatten es viele Bauern, nun da sie persönlich frei waren, inzwischen aber längst vorgezogen, statt auf einem durch die Regulierung viel zu unwirtschaftlich gewordenen verkleinerten Besitz weiterzubewirtschaften bzw. durch entsprechende Frondienste eine Ablösung herbeizuführen, in die Städte abzuwandern bzw. dann später mit beginnender Ost-Westwanderung in die westdeutschen Industriegebiete überzusiedeln, während die Gutswirtschaften durch das Aufkaufen von Bauernland, dessen

Preise auf Grund dieser Entwicklung abgesunken waren, weiter ihren Besitz vergrößerten. Gleichzeitig ergaben sich größere Veränderungen im Klassencharakter des Landjunktums selbst, da jene Revolutionierung der ländlichen Rechtsverhältnisse im Zuge der preußischen Reformen sowie das Auftreten von Konjunkturschwankungen, die auf feudale Gewohnheiten keinerlei Rücksicht nahmen, zunehmend einem Leistungsprinzip zum Durchbruch verhalfen. "Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden daher eine Unzahl von überschuldeten adeligen Besitzern und Bankrotteuren nicht nur durch zahlungsfähige und oft umsichtigeren adelige Käufer, sondern vor allem durch bürgerliche und bäuerliche Parvenues verdrängt" (30). So wurde "aus einem Geburtsstand von Landedelleuten ... eine reine Aristokratie des beliebig übertragbaren Bodeneigentums, eine mobile Wirtschaftsklasse (bei Rosenberg gesperrt gedruckt) von Kapitalbesitzern, Gutswirtschaftsunternehmern und Arbeitgebern (31)". Innerhalb der Klasse von Großgrundbesitzern und Agrarkapitalisten gewannen nun die bürgerlichen Junker rein quantitativ zunehmend an Boden, sie kalkulierten schärfer als ihre adeligen Berufsgenossen, verstanden es besser, die Güter ertragreich zu bewirtschaften und erwiesen sich überhaupt als die entscheidenden Initiatoren beim Übergang zu einer rationelleren Landwirtschaft, der durch die Agrardepression von 1806 bis 1837 mit ihrem Zwang zur verstärkten Konkurrenzfähigkeit, zum verschärften Kalkulieren, noch beschleunigt wurde. Warum aber, so muß man sich fragen, gelang es durch den vermehrten Einbruch bürgerlicher Kreise in die Gutsaristokratie nicht, diesen Stand zu entfeudalisieren, zu einer Interessengruppe unter vielen zu machen und in seinen ökonomischen und politischen Vorstellungen der modernen industriestaatlichen Wirklichkeit anzupassen? Die Antwort ist primär in den vom Verfasser bereits analysierten Schwächen des Bürgertums zu suchen, das viel zu sehr im Banne obrigkeitstaatlichen Denkens und praeindustrieller Vorstellungen stand und demzufolge auch nicht die

Tatkraft fand, die sich als Säule des preußischen Staates verstehenden adeligen Großgrundbesitzer aus ihren gesellschaftlichen und politischen Machtpositionen zu verdrängen. Vielmehr ließ sich bei den bürgerlichen Gutsbesitzern ein soziologisches Phänomen feststellen, das sich in der Geschichte des deutschen Bürgertums (und nicht nur dort allein) über die Jahrhunderte hinweg immer konstatieren ließ. Der Drang, die politische und gesellschaftliche Vorrangstellung gegenüber einer bisher über der Bürgerklasse stehenden Schicht zu erreichen wird dahingehend umgelenkt und entschärft, daß man nicht etwa versucht, die "höhere" Klasse mittels revolutionärer Tat zu verdrängen, sondern daß es vielmehr besonders talentierten Bürgern gelingt - und sie damit zufrieden sind - in die höhere Klasse vorzustoßen, sich in ihr die politische und gesellschaftliche Gleichstellung allmählich zu sichern und dadurch, daß man sich gleichzeitig von den bisherigen Klassengenossen und ihren politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen scharf distanziert, mit dazu beiträgt, einmal die Lebenskraft der bürgerlichen Bewegung entscheidend zu schwächen, zum andern die Vitalität einer längst schon überständig werdenden Klasse zu erhöhen und so die gesamtgesellschaftliche Aufwärtsentwicklung zu verzögern. Diese Anerkennung der bürgerlichen Emporkömmlinge durch die altadeligen Großgrundbesitzer vollzog sich langsam und in Etappen. In den Jahren von 1807 bis 1848, als die bürgerlichen Großgrundbesitzer zumindest noch in Ansätzen politisch liberal dachten und die Demoralisierung des liberalen Bürgertums noch nicht so weit fortgeschritten war, bestand im großen und ganzen noch der interne Klassengegensatz innerhalb der adelig-bürgerlichen Gutsaristokratie, da man zwar in bezug auf die Rechtslage und die landwirtschaftlichen Berufsverhältnisse von einer Nivellierung der Klassengegensätze sprechen konnte, in bezug auf Standesbewußtsein und politischen Geltungsanspruch die bürgerlichen Großgrundbesitzer aber noch keine Gleichstellung mit ihren adeligen Berufskollegen erzielt hatten, die auch

in den einschlägigen ständischen Organisationen nach wie vor die dominierende Rolle spielten.

Nach 1848 aber fanden adelige und bürgerliche Großgrundbesitzer auch politisch und gesellschaftlich immer mehr zusammen, weil man durch den allmählich anwachsenden 4. Stand, aber auch durch die politischen Forderungen des liberalen Bürgertums, welches nicht Großgrundbesitz aufweisen konnte, die eigenen Interessen bedroht sah. "Der gemeinsame Kampf um die Besitzerhaltung, die Bewahrung und Verstärkung der Klassenprivilegien und die Konsolidierung der kollektiven politischen Machtstellung führten zu einer Angleichung auch des Standesbewußtseins, der Lebenssitten und Ehrbegriffe, der politischen Taktik und der politischen Anschauungen (32)". Jene Angleichung vollzog sich primär in der Weise, daß die aristokratischen Junker grundsätzlich bereit waren, die bürgerlichen Großgrundbesitzer, welche sich bemühten, in Lebensstil und Lebensauffassung die adeligen Junker zu kopieren, nun auch gesellschaftlich und politisch als Teil der ostelbischen Gutsaristokratie zu akzeptieren. Vollends als nach 1871 dann durch die erfolgreiche Reichsgründung "von oben", die fortschreitende machtpolitische Stärkung der deutschen Nation und den immer gefährlicher aufkommenden 4. Stand das liberale Bürgertum völlig auseinanderfiel, gab es nahezu nichts mehr, das die bürgerlichen Großagrarien davon abgehalten hätte, sich funktional der Lebensweise, den Anschauungen und Zielvorstellungen der adeligen Rittergutsbesitzer einzuordnen. Nun erst war die Bahn endgültig frei, für eine Neufeudalisierung großen Stils, die, taktisch geschickt vorangetrieben, zusehends Gestalt gewann; nun erst kam die Assimilierung der bürgerlichen und adeligen Großgrundbesitzer zu einer exklusiv feudalen Klasse zu einem gewissen Abschluß; nun konnte man, vom nichtgroßgrundbesitzenden Bürgertum kaum mehr angefochten, daran gehen, die politische und gesellschaftliche Position trotz einer ständig vorwärtsschreitenden Industrialisierung weiter zu verbessern, wobei man auch in den Kreisen

der Großindustrie zunehmend auf Verständnis, ja Unterstützung rechnen konnte. Nachdem man nämlich bei den deutschen Großagrariern bis ins 3. Viertel des 19. Jahrhunderts keine Konkurrenz von ausländischen Agrarproduzenten fürchten mußte und sogar erhebliche Mengen Getreide exportieren konnte, war man aus ausgesprochen agrarischen Interessen heraus, nicht etwa aus liberaler Überzeugung, Freihändler gewesen. Als aber im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts durch die große räumliche Ausdehnung der Landwirtschaft (Rußland, Indien und vor allem Amerika) sowie bessere und billigere Transportmöglichkeiten die ausländische Agrarkonkurrenz sich am heimischen Markt immer unliebsamer bemerkbar machte (33), war man ebenso wie die deutsche Eisenindustrie - ein Schrittmacher der deutschen Industrialisierung, die aber keineswegs noch mit der englischen Eisenindustrie konkurrieren konnte - immer stärker an Schutzzöllen interessiert (33a). Es kam ab 1878/79 zu Schutzzöllen auf Eisen, Holz, Getreide und Vieh und zum ersten Mal hatte sich so die Allianz von Großagrariern und Schwerindustrie als an einem Strang ziehend erwiesen; ein Vorgang, der sich noch oft genug wiederholen und der bei Brünnings Sturz besonders bedeutsam werden sollte. Die Schutzzölle für die deutsche Landwirtschaft, die letztlich fast nur den ostelbischen Junkern, nicht aber den süd- und westdeutschen Bauern zugute kamen (darüber noch Einzelheiten im übernächsten Paragraphen), gehörten fortan zum festen Bestandteil der deutschen Agrarpolitik. Sie führten bei der ostdeutschen Landwirtschaft immer mehr zu einer Vernachlässigung des Betreibens, durch Rationalisierung, Mechanisierung, Technisierung, scharfe Kostenkalkulation und sparsame Betriebsführung die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Weltagrarmärkten zu behaupten. Weshalb sollte man sich aber auch in dieser Hinsicht schon besonders anstrengen! Schien die Möglichkeit, sich vom Staat die nötige Hilfe zu suchen, doch weit einfacher zu sein, beherrschte man doch durch eine politische und gesellschaftliche Sonderstellung bis in den 1. Weltkrieg den Staat. In einem Vortrag von 1904 charakterisiert Max Weber treffend die Lage mit den Worten: "Die Klasse ländlicher Großgrundbesitzer Deutschlands, die hauptsächlich aus ostelbischen Adeligen (wir würden besser einsetzen: adelig-bürgerliche Gutsaristokratie) besteht,

beherrscht politisch den deutschen Staat. Das preußische Herrenhaus repräsentiert diese Klasse, und das Dreiklassenwahlrecht verschafft ihr ebenfalls eine entscheidende Stellung im preußischen Abgeordnetenhaus. Diese Schicht prägt den Charakter sowohl des Offizierskorps der Armee wie des preußischen Beamtentums und der deutschen Diplomatie, die fast ausschließlich in den Händen des Adels liegt (34)". Dieser politischen Vorrangstellung verdankten es die ostelbischen Großgrundbesitzer, wenn trotz der Beseitigung der Privilegien der patrimonialen Polizeigewalt und der persönlichen Kreisstandschaft der Rittergutseigentümer (1872 bzw. 1891) ihre faktische Stellung als Besitzer von Obrigkeitsrechten kaum ernsthaft erschüttert wurde, wenn es ihnen möglich war, gegenüber ihren Arbeitnehmern (welche im Laufe des 19. Jahrhunderts immer mehr Lohnarbeiter bzw. Wanderarbeiter geworden waren, statt wie in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts Landwirte im Kleinmaßstab mit direktem Interesse an der Wirtschaft des Herrn und Entlohnung in Naturalien, einem kleinen Haus, Land- und Weiderechten usw. (35)) zwar nicht mehr ein despotisches Herr-knecht-Verhältnis (schließlich war die Leibeigenschaft aufgehoben und es bestand Freizügigkeit der Arbeitskraft), immerhin aber noch ein autoritäres "Vorgesetzten-Untertanen-Verhältnis" aufrechterhalten, bei dem der Gutsherr mehr war als nur der Arbeitgeber (36). Im übrigen verstand es das ostelbische Großagariertum dann in der wilhelminischen Ära ganz vortrefflich, sich die im Bürgertum wurzelnden romantischen irrationalen Blut- und Bodenströmungen, die emotionalen nationalen Phrasen und volksgeistgeschwängerten, die gesellschaftlichen und ökonomischen Antagonismen negierenden Parolen (37) als Aushängeschild zu eigen zu machen, hinter dem man dann nüchtern-konsequent seine eigene Interessenpolitik verfolgen und den Staat zum Handlanger der eigenen Klasse gebrauchen konnte, nachdem man sich herbeigelassen hatte, im Interesse der Verteidigung und Festigung der oligarchischen Vormachtstellung auch in die Niederungen der politischen Massenbeeinflussung hinabzusteigen,

um leutselig-virtuos bei Entfaltung einer geschickten pressure-group-Taktik die Mittelschichten mit deren eigenen Phrasen einzunebeln(37a).

Sicherlich war dann nach 1918 die unmittelbare politische Vormachtstellung der bürgerlich-adeligen Gutsaristokratie erloschen und die Junker rein juristisch nur noch eine Gesellschaftsklasse neben den anderen, dennoch aber blieb dank einer Reihe von Faktorenketten der politische und gesellschaftliche Einfluß des Großagrarierturns weit stärker, als es seiner Bedeutung für den gesellschaftlichen Produktionsprozeß entsprach, war die staatliche Stützung der ökonomischen Basis der ostdeutschen Landwirtschaft weit stärker, als es ihr nach ihrer Stellung in der gesamten Volkswirtschaft angemessen gewesen wäre. Vor allem aus der Stellung der reformistischen Gewerkschaften und der Sozialdemokraten sowie der mittelständischen Schichten im Staat von Weimar (37b) lassen sich die Entwicklungslinien ableiten, die zu einer partiellen Konversierung der großagrari-schen Sonderstellung führten. Bedenken wir nur, wie die SPD, in keiner Weise auf die Machtübernahme vorbereitet, nicht nur keine gesellschaftliche und ökonomische Umwälzung in Deutschland oder zumindest stärkere Sozialreformen zielstrebig herbeiführte, sondern sich auch noch bald auf Heer und Bürokratie stützen zu müssen glaubte, um in einem Staat, dessen politische Herrschaftsform sich zwar unter dem Zwang der Ereignisse von der autoritären Monarchie zum demokratisch-parlamentarischen System verwandelt hatte, dessen gesellschaftliche Strukturen und politische Bewußtseinsinhalte sich aber gegenüber der Vorkriegszeit nicht wesentlich gewandelt hatten, Ruhe und Ordnung im Sinn bürgerlicher Denkvorstellungen aufrechtzuerhalten. Von dieser SPD und den freien Gewerkschaften, die den revolutionären Klassenkampf zugunsten eines reformistischen Kurses aufgegeben hatten, drohte den Großagrarierern also keine größere Gefahr. Das Bürgertum aber, durch das Anschwellen der KPD sich unmittelbar bedroht fühlend, durch die objektiv sich immer mehr verstärkende Proletarisierung seines Standes aufs

tiefste beunruhigt und, da es sich in seiner subjektiven Selbsteinschätzung alles andere den proletarisch fühlte, die Augen vor der harten Wirklichkeit verschließend und sich immer stärker irrationalen, nationalistischen von den gesellschaftlichen Gegensätzen abstrahierenden Träumereien hingebend, die es schon im 19. Jahrhundert so eifrig gepflegt hatte, war weniger denn je geneigt, es auf eine große Auseinandersetzung mit den ostelbischen Junkern ankommen zu lassen. Es widmete vielmehr nun, da der nationale Bezugsrahmen durch die Kriegsniederlage, den Versailler Frieden und seine Folgen bis hin zu den Zahlungen nach dem Young-Plan doch stark ramponiert worden und eine gewisse Statusverunsicherung auf Grund der objektiven Proletarisierung des Mittelstandes einfach gegeben war, sein Hauptaugenmerk auf die Absicherung seiner Position gegen unten und die Wiederherstellung des glanzvollen nationalen Rahmens als Bezugspunkt bürgerlicher Selbsteinschätzung. Dabei verdichteten sich all die bereits im 19. Jahrhundert in Ansätzen vorhandenen antiliberalen, obrigkeitsstaatlichen, romantisch-organistischen, nationalistischen Anschauungen immer mehr zu einem antiliberalen Weltbild, das "die Frucht des Sieges der "deutschen" politischen Ideologie über die "westlichen" Ideen" (38) war. Dieses Weltbild war gekennzeichnet durch eine grundlegende Negation des Klassenkampfes, durch eine betont national, ja nationalistische Grundgestimmtheit, eine weitgehende Abneigung gegen die moderne Industriegesellschaft einschließlich der ihr adäquaten demokratischen politischen Lebensformen, die Betonung der Bedeutung des Mittelstandes und der Landwirtschaft für das Gedeihen des nationalen Organismus und damit zusammenhängend einer Ideologie des nationalen Antikapitalismus, die die internationalen Industrie- und Kapitalverflechtungen ablehnte, stattdessen am liebsten nur mittelständische Gewerbe, bodenständige Industrie und Landwirtschaft gelten lassen wollte und überhaupt im Interesse einer nationalen Unabhängigkeit und größerer nationaler Machtentfaltung eine möglichst weitgehende Autarkie mit all ihren handels- und zollpolitisch restriktiven Folgen forderte, in der der Landwirtschaft im Interesse der Selbstversorgung wie auch einer nationalen Bevölkerungspolitik

(Siedlungswesen; siehe auch meine Ausführungen über die polnische Westwanderung) eine sehr bedeutsame Rolle zu-fallen sollte. Hier nur einige Stilblüten der Blut- und Bodenromantik anno 1930 (39):

(1) "Der Mittelstand und die Heimatindustrie in Stadt und Land mit ihrem bodenständigen (= nicht-marxistischen, obrigkeitsergebenen (Anmerkung von Walz)) Arbeiter-stand ist mit dem Landvolke im Kampfe um das Zukunfts-schicksal der deutschen Arbeitsmenschen auf Gedeih und Verderb verbunden. Die Überfremdung durch das Ein-dringen artfremden Wirtschaftskapitals in den Kreis-lauf unserer Volkswirtschaft nimmt zusehends überhand und kann in jedem kleinen Markt- oder Wirtschaftsmit-telpunkt beobachtet werden."

(2) "Wohl und Heile einer Nation, eines Nationalstaates, lie-gen in der Masse seiner bodenständigen Bevölkerung be-gründet. Welthandel, Weltwirtschaft zur Übermacht an-gewachsen, führen zur Schwächung der Nationalwirtschaft und damit deren Träger, dem seßhaften Volk. In diesem verkörpert das Landvolk die naturechte Quelle der Volks-kraft, die Uranfänge des Staatsbegriffes überhaupt. Ein Staatswesen ohne lebenskräftigen Bauernstand wird nach den Entwicklungsgesetzen im Universum, im Weltkreislauf zwangsläufig zugrunde gehen, insofern eben eine Blutauf-frischung aus dem eigenen Landes heraus in der Entwicklung der Lebenskraft der Volksgemeinschaft nicht mehr erfolgt."

Die Folge der Vernachlässigung der nationalen Volkskraft ist das Ende der Selbständigkeit und Unathängigkeit des Staates. Diese Meilensteine zur Austeuterkolonie für frem-de Mächte in Kultur, Volkswirtschaft und Landwirtschaft be-deuten ein Sklavendasein für die Gemeinschaft und damit für jeden Einzelnen in der betreffenden Nation. Nicht auf dem Meere liegt Deutschlands Zukunft, die Stärkung der Binnen-wirtschaft neben neuer Raumerfassung ist Voraussetzung zur Erneuerung der Volkskraft; der Heimatboden ist ihre natür-lichste Grundlage."

Diese Zeilen, die nicht von einem Mitglied des selbständigen Mittelstandes oder der Angestellten, sondern von einem Landwirt stammen, sind doch insofern signifikant, als sie anschaulich dokumentieren, wie sehr doch am Ausgang der Weimarer Republik ideologischer Anspruch und Eigendeutung der Landwirtschaft mit den ideologischen Vorstellungen der Mittelschichten positiv korrelierten, ja wie sich geradezu die subjektiven Selbsteinschätzungen und die ideologischen Wertvorstellungen und Zielansprüche funktional miteinander verschränkten. Nun kann sicherlich argumentiert werden, daß diese Korrelation für die Landwirtschaft im allgemeinen, nicht etwa für die ostelbischen Großgrundbesitzer gelte. Eine solche Argumentation geht aber an dem Kern der Sache vorbei. Sie übersieht nämlich, wie hervorragend es die ostelbischen Junker verstanden, eben jene ideologischen Wert- und Zielvorstellungen als die eigenen auszugeben, in der Organisation der landwirtschaftlichen Interessen die west- und süddeutschen Landwirte taktisch geschickt zu überspielen, sich dazu noch als Vorkämpfer des Deutschtums im Osten zu präsentieren und so unter Ausnutzung eines noch immer (dank der fehlenden gesellschaftlichen und ökonomischen Umwälzung in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg) beim Mittelstand gegenüber ihnen vorherrschenden obrigkeitsstaatlichen Unterlegenheitsgefühl, das bis zu einem bestimmten Grad wohl auch durch die Renaissance romantischer, industriestaatsfeindlicher, nationalistischer Ideen in den deutschen Mittelschichten noch verstärkt wurde, ihre ökonomische Sonderbehandlung im Staat von Weimar weitestgehend sicherzustellen. Daß dazu noch seit 1925 ein erzkonservativer, durch und durch in der preußischen Tradition wurzelnder Mann Reichspräsident wurde, der schließlich sich auch stolzer Besitzer eines Rittergutes nennen konnte, tat sein übriges. Eine Allianz von Wehrmacht, Großgrundbesitz, Reichspräsidenten und den Spitzen der Bürokratie sowie Vertretern der deutschen national fühlenden (oder dies vorgebenden) Großindustrie begann sich damit abzuzeichnen, die den Mittelstand an sich zu binden und die Arbeiterklasse von den Zentren politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Macht fern-

zuhalten imstande schien. Sie hat wesentlich mit zum Untergang der Weimarer Republik beigetragen. ...

3. Einige sozioökonomische Daten und ihre Interpretation.

Zum Abschluß der Darlegungen zu den langfristigen Determinanten einer deutschen Agrarpolitik um 1930 sei, ehe wir uns dann in den folgenden Paragraphen einer detaillierten Analyse der Agrarpolitik der Regierung Brüning zuwenden, noch auf einige sozioökonomische "Basisdaten" aus dem Agrarsektor verwiesen, die zeigen, daß die (im einzelnen noch zu untersuchende) im Vergleich zu den anderen Wirtschaftsabteilungen besonders ausgeprägte Stützung des Agrarsektors (und in ihm wieder die Privilegierung des ostelbischen Großgrundbesitzes) den strukturellen Entwicklungsgesetzlichkeiten der modernen Industriegesellschaft zuwiderlief und gemessen an der Zielvorstellung einer stärkeren Betonung der plebiszitären Komponente im sozialen, ökonomischen und politischen System ausgesprochen zielinkonform war.

3.1. Der relative Rückgang der Erwerbspersonen im Agrarsektor bei zunehmender Industrialisierung im Deutschen Reich.

Wenn man in der Statistik die Gliederung der Bevölkerung in Wirtschaftsabteilungen vom Jahr 1882 (zu diesem Zeitpunkt hatte der Industrialisierungsprozeß im Deutschen Reich bereits voll eingesetzt) bis zum Jahre 1933, dem Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung, überblickt (40), so ist festzustellen, daß trotz des seit Bismarck betriebenen Agrarprotektionismus auch in Deutschland sich trendmäßig immer stärker eine strukturelle Entwicklungsgesetzlichkeit der industriellen Gesellschaft abzeichnete, nach der mit zunehmender Industrialisierung, bedingt durch die unterschiedlichen Wachstumsraten, der relative Produktionsbeitrag des primären Sektors (Urproduktion) gegenüber den Beiträgen des sekundären Sektors (verarbeitende Industrie) und des tertiären Sektors (Dienstleistungsbereich) zurückgeht (41), ja zurückgehen muß, wenn es überhaupt zu einem relevanten Wirtschaftswachstum kommen soll, bei dem die Industrialisierung das relevante Wachstumsmedium bildet. Während beispielsweise 1882 noch 42,2 % aller

Erwerbspersonen im Sektor Land- und Forstwirtschaft (42) beschäftigt waren, zählte dieser Sektor im Jahr 1933 nur noch 28,9 % aller Erwerbstätigen (= hauptberuflich Erwerbstätige + Erwerbslose). Dagegen nahm im gleichen Zeitraum der Anteil der Erwerbspersonen in den Sektoren "Industrie und Handwerk", "Handel und Verkehr" und "Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen" an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen jeweils von 34,3 % auf 40,4 %, von 8,6 % auf 18,4 % und von 5,7 % auf 8,4 % zu (selbstverständlich wurden bei diesen statistischen Daten über einen längeren Zeitraum hinweg die gegenüber der Zeit vor dem 1. Weltkrieg veränderten Grenzen des Deutschen Reiches entsprechend berücksichtigt).

Dieser primäre Sektor, dessen relativer Produktionsbeitrag, wie die vergleichende historische Wachstumsforschung nachgewiesen hat, im Laufe des Industrialisierungsprozesses allmählich immer stärker zurückging und der im Deutschen Reich in den Jahren der Weltwirtschaftskrise bereits zunehmend gegenüber den anderen Sektoren an Bedeutung im Vergleich zu den 1880er Jahren eingebüßt hatte und an makroökonomischer Relevanz schon hinter dem sekundären Sektor zurückstand, sollte nun, wie die späteren Darlegungen zeigen werden, im wirtschaftspolitischen Gesamtkonzept der Regierung Brüning nicht etwa den Stellenwert erhalten, der ihm auf Grund seiner gegenwärtigen Bedeutung für den volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß unter Berücksichtigung der langfristigen Strukturgesetzmäßigkeiten der modernen Industriegesellschaft zustand; vielmehr erhielt der Agrarsektor im Vergleich zu den anderen Wirtschaftsabteilungen durch die wirtschaftspolitischen (genauer gesagt: die agrarpolitischen) Maßnahmen der Regierung Brüning eine Vorzugsbehandlung.

3.2. Erwerbslose in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen (43).

Diese Vorzugsbehandlung des Agrarsektors durch die Regierung Brüning erscheint in einem noch ungünstigeren Licht,

wenn man bedenkt, daß sowohl Jahre vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, als auch dann während der großen Depression selbst die Zahl der Erwerbslosen im Sektor "Land- und Forstwirtschaft" gemessen an der Gesamtsumme der Erwerbslosen im Deutschen Reich weit niedriger lag als etwa in den Sektoren "Industrie und Handwerk" bzw. "Handel und Verkehr". So kamen z.B. 1925 bzw. 1933 aus dem Sektor "Land- und Forstwirtschaft" 3,7 bzw. 5,3 % aller Erwerbslosen, aus den Sektoren "Industrie und Handwerk" dagegen 66,1 % bzw. 71,7 % (1) und aus der Wirtschaftsabteilung "Handel und Verkehr" 20,7 bzw. 15,7 % aller Erwerbslosen im Deutschen Reich. Diese verhältnismäßig niedrige Zahl der Arbeitslosen vor und während der Weltwirtschaftskrise erklärt sich nun keineswegs ausschließlich aus den agrarprotektionistischen Maßnahmen der jeweiligen Regierungen, die sicherlich, insbesondere dann in der Krise, mit dazu beitrugen, den Agrarsektor - freilich auf Kosten der gesamten übrigen Volkswirtschaft - zu stützen. Sie erklärt sich daneben noch durch zwei weitere Faktoren. Hier ist einmal an die Selbstgenügsamkeit einer großen Zahl von kleinen agrarischen Familienbetrieben zu denken, die in Krisenzeiten aus menschlich verständlichen Gründen nicht einfach ihre Familienmitglieder entlassen können, sondern die sich stattdessen selbstgenügsam einschränken. Im Gegensatz dazu hatte in der Regel der Arbeitnehmer in den nichtagrarischen Wirtschaftsabteilungen, teilweise infolge des Fehlens familiärer Bande und/oder der Andersartigkeit der jeweiligen Produktionsprozesse bzw. Arbeitsverhältnisse und ihrer sozioökonomischen Bedingungen, im allgemeinen diese Sicherheit nicht; er konnte einfach entlassen werden. Auch bei den größeren agrarischen Betrieben war die Lage anders. Dazu trugen nicht nur agrarprotektionistische Maßnahmen, sondern auch eine Reihe von weiteren Faktoren bei: u.a. eine relativ geringe Angebotselastizität der agrarischen Produktionsbetriebe, die weiterhin den Arbeitseinsatz von

Landarbeitern notwendig machte und teilweise beträchtliche Verminderungen der Löhne der in den Agrarbetrieben tätigen Arbeitnehmer, die gewerkschaftlich völlig unzureichend erfaßt und vertreten waren. Sie fanden sich mit den Maßnahmen ihrer "Herren" um so leichter ab, als sie auf diese Weise ihren Arbeitsplatz behielten und zumindest im allgemeinen auch keine größere Einbuße in ihren Konsumgewohnheiten für Nahrungsmittel hinnehmen mußten. Sie waren schließlich auch weitgehend in ihren Lebenshaltungskosten von dem Posten "Miete" entlastet (Wohnung in Gesindehäusern, u.U. auch in den Gebäuden der "Herren"), womit natürlich keineswegs die im allgemeinen schlechten Wohnverhältnisse übersehen werden sollen, die man aber meist recht fatalistisch hinzunehmen pflegte. Die strukturelle Disposition für eine Arbeitslosigkeit in der Krise war hier demnach geringer als in den wichtigsten nichtagrarischen Wirtschaftsabteilungen. Wir sehen also: Der Agrarsektor war in der Zeit der großen Depression, in der es für die Regierung u.a. auch darauf ankommen mußte, die Arbeitsplätze so weit als nur irgend möglich zu sichern, weniger als die anderen Sektoren strukturell für eine Arbeitslosigkeit disponiert; dennoch wurde dieser Sektor gegenüber den weit stärker gefährdeten anderen Sektoren bevorzugt gefördert! Daß hiermit der Zielsetzung einer stärkeren Betonung der egalitären Komponente (44) im sozialen, ökonomischen und politischen System entgegengewirkt wurde, braucht kaum noch betont zu werden.

3.3. Zahl der agrarischen Betriebe, Betriebsfläche und die Erwerbspersonen in der Landwirtschaft nach der sozialen Stellung.

Die agrarpolitischen Maßnahmenbündel der Regierung Brüning berücksichtigten (wie noch im einzelnen darzulegen sein wird) objektiv wesentlich stärker die Interessen der agrarischen Großbetriebe als die der kleineren

und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe (siehe vor allem die Ausführungen über die Umschuldungsmaßnahmen, das Problem der landwirtschaftlichen Siedlung und den unterschiedlichen Schutzzoll für Getreide und Produkte der agrarischen Veredelungswirtschaft). In ihnen wurde keinerlei direkter Bezug (46) zum Schicksal der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter hergestellt. Sie schienen weder im gesellschaftspolitischen Konzept der Regierung zu existieren, noch im machtpolitischen Kalkül der Regierung irgendeine Relevanz zu besitzen. Diese Problematik muß auch vor dem Hintergrund der wesentlichsten Daten der landwirtschaftlichen Betriebe, der agrarischen Betriebsflächen und der im Agrarsektor tätigen Personen nach ihrer sozialen Stellung gesehen werden:

- a.) Differenziert man im Deutschen Reich während der Weltwirtschaftskrise die Gesamtzahl der agrarischen Betriebe nach der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe (47), so läßt sich feststellen, daß weitaus die größte Zahl der landwirtschaftlichen Anwesen nur über kleinste, kleinere und mittlere Betriebsflächen verfügte. So besaßen 88,3 % aller landwirtschaftlichen Betriebe im Deutschen Reich im Jahre 1933 (Gesamtzahl der Betriebe: 3 046 819 (48) eine Betriebsfläche von 0,51 bis 20 ha und nur 11,7 % aller landwirtschaftlichen Anwesen eine Betriebsfläche von 20 oder mehr ha.
- b.) Dagegen entfielen auf die 11,7 % aller landwirtschaftlichen Betriebe, die eine Betriebsgröße von 20 ha und mehr aufwiesen, insgesamt 65,8 % der gesamten landwirtschaftlichen Betriebsfläche im Deutschen Reich im Jahre 1933, während auf die landwirtschaftlichen Anwesen mit einer Betriebsfläche von 0,51 bis 20 ha, die in Deutschland 88,3 % aller agrarischen Betriebe stellten, nur insgesamt 34,2 % der landwirtschaftlichen Betriebsfläche im deutschen Reich entfielen (49).

Die Entwicklung zu den agrarischen Großbetrieben war also bereits in einem relativ fortgeschrittenen Stadium, wobei festzustellen ist, daß in den ostelbischen Gebieten dieser Trend in Richtung auf die agrarischen Großbetriebe noch eine wesentlich stärkere Ausprägung als in den übrigen Gebieten des Deutschen Reiches aufwies (50). Der Trend zu den agrarischen Großbetrieben ist - der Verfasser hat sich bereits im § 2 dieser Abhandlung hierzu geäußert - im allgemeinen durchaus den strukturellen Entwicklungsgesetzmäßigkeiten der modernen Industriegesellschaft adäquat und im Regelfall auch aus ökonomischer Sicht positiv zu beurteilen. Sehr bedenklich in ökonomischer und sozialer Hinsicht erscheint es aber, wenn die Agrarpolitik einer Regierung darauf hinausläuft, eine zahlenmäßig weit in der Minderheit befindliche Schicht von Großgrundbesitzern, die dazu noch ihre Güter im Durchschnitt wenig nach den Gesichtspunkten kaufmännischer Kalkulation bewirtschaftet, zu privilegieren, ohne sie zu einer ökonomisch sinnvollen Bewirtschaftung ihres Besitzes zu veranlassen, wenn die gleiche Regierung den nichtprivilegierten oder jedenfalls weit weniger privilegierten kleinsten, kleineren und mittleren Landwirten in irgendeiner Form einen Ausgleich weder geben will noch geben kann (51).

- c.) Im Jahre 1933 waren von den in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Erwerbspersonen (9,343 Mill.) insgesamt 2,53 Millionen land- und/oder forstwirtschaftliche Arbeiter (52). Damit lag ihr Anteil an der Gesamtzahl der im primären Sektor tätigen Erwerbspersonen höher als der der selbständigen Erwerbspersonen (2.182 Millionen). Auch wenn man bedenkt, daß diesen selbständigen Erwerbspersonen noch 4,517 Mill. mithelfende Familienangehörige zur Seite standen, von denen im Regelfall eine weitgehende Identität der Interessen mit denen der selbständigen Erwerbspersonen angenommen werden kann, so bleibt doch die völlige Ignorierung der Probleme der Landarbeiter im agrarpolitischen (wie auch im sozialpolitischen) Konzept der Regierung Brüning ein sozial sehr bedenklicher Sachverhalt.

§ 3

Zusammenfassender Überblick über die wesentlichsten Gesetze und Verordnungen zur Agrarpolitik in der Ära Brüning.

Eine Analyse der Agrarpolitik der Regierung Brüning, ihrer wichtigsten agrarpolitischen Maßnahmen, ihrer Grundstruktur und ihrer Funktionen innerhalb des gesamten politischen und ökonomischen Konzepts erfordert teilweise recht komplizierte Ausführungen, bei denen im Interesse einer gründlichen ökonomischen, politologischen und teilweise auch soziologischen Analyse ~~nur~~ die chronologische Abfolge der agrarpolitischen Maßnahmen oft übergangen werden muß; einheitliche Verordnungsbündel von agrarpolitischen Maßnahmen müssen in ihre einzelnen Bestandteile aufgegliedert und im Zusammenhang mit anderen agrarpolitischen Einzelmaßnahmen gesehen werden, die ebenfalls aus dem Kontext von Gesamtbündeln agrarpolitischer Maßnahmen gelöst werden. Deshalb wird der Verfasser in diesem Paragraphen den weiteren Ausführungen eine chronologische Zusammenstellung der wichtigsten agrarpolitischen Maßnahmen vorausschicken, bei der diese nicht nach der Art der Maßnahme geordnet werden, sondern in der Weise aufgeführt sind, wie sie in den Reichsgesetzen zusammengestellt wurden.

Die wichtigsten agrarpolitischen Gesetze und Verordnungen des Kabinetts Brüning, die sich vor allem in Maßnahmen der Zollerhöhungen, der Um- und Entschuldung, der Lastensenkungen und der Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungswesens niederschlugen, waren im einzelnen:

- 1) Gesetz über Zolländerungen vom 15.4.1930 (1)
(Erhöhung des Zollschatzes für deutsches Getreide, den Schweinemarkt und die Veredelungswirtschaft).
- 2) Verordnung über Änderung der Zollsätze für Weizen, Spelz und Gerste. 17.4.1930 (nach dem Zolländerungsgesetz vom 15.4.1930) (2).
- 3) 6. Verordnung über die Erhöhung der Sätze für die Vermahlung von Inlandsweizen (3) vom 30.4.1930.

- 6) Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände.
26.7.1930: Abschnitt 34: Osthilfe (betrifft landwirtschaftliche Siedlung, Kredithilfe und Vollstreckungsschutz (6). Ausführungsverordnungen zu dieser Verordnung vom 8.8.1930 (6a), vom 3.9.1930 (6b), vom 26.9.1930 (6c), vom 30.9.1930 (6d).
- 7) Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Vermahlung von Inlandsweizen vom 24.7.1930 (7).
- 8) Milchgesetz vom 31.7.1930 (8). Dieses Gesetz liegt auf der Linie der staatlichen Maßnahmen zur Verbesserung der zersplitterten landwirtschaftlichen Anbieterorganisation.
- 9) Verordnung über die Änderung der Sätze für die Vermahlung von Inlandweizen, 14.8.1930 (9).
- 10) Verordnung über Änderung der Zollsätze für Weizen, Spelz und Gerste, 25.10.1930 (10).
- 11) Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1.12.1930 Teil 8: Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft (Änderung des Brotgesetzes mit seiner endgültigen Fassung vom 10.12.1930, Zollmaßnahmen, Förderung der Verwendung von inländischem Hopfen und inländischen tierischen Fetten; Vorschriften zur Verbesserung der Marktverhältnisse für deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse).
- 12) Verordnung über Änderung des Zollsatzes für Gerste vom 2.12.1930 (12).
- 13) Verordnung über die Änderung der Sätze für die Vermahlung von Inlandweizen, 30.1.1931 (13).
- 14) Verordnung über Änderung des Zollsatzes für Roggen, 5.3.1931 (14).
- 15) Gesetz über Zolländerungen vom 28.3.1931 (15).
- 16) Gesetz über Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens (Osthilfegesetz) vom 31.3.1931 (16).

- 17) Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung, 31.3.1931 (17).
- 18) Gesetz über die Abwicklung der Aufbringungsumlage und die Neugestaltung der Bank für deutsche Industrieobligationen (Industriebankgesetz), 31.3.1931 (18).
- 19) Verordnung über Änderung des Ausmahlungssatzes für Roggenmehl nach dem Brotgesetze, 27.3.1931 (19).
- 20) Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5.6.1931. Teil 7: Handels- und Wirtschaftspolitik, Kapitel 1: Änderung des Brotgesetzes (20) mit der Bekanntgabe der neuen Fassung des Brotgesetzes am 9.6.1931.
- 21) Verordnung über Zolländerungen vom 4. und 11.6.1931 (21).
- 22) Verordnung über Zolländerungen vom 20.6.1931 (22).
- 23) Änderung der Sätze für die Vermahlung von Inlandweizen 31.7.1931 (23).
- 24) Verordnung über die Änderung der Sätze für die Vermahlung von Inlandweizen, 13.8.1931 (24).
- 25) Verordnungen über Zolländerungen vom 24. und 19.8.1931 (25).
- 26) Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6.10.1931, Teil 5: Handels- und Wirtschaftspolitik, Kapitel 7: Erleichterung der Verwertung der Kartoffelernte.
- 27) Verordnung über die Vermahlung von Inlandweizen, 22.10.1931 (27).
- 28) Erlaß des Reichspräsidenten über die Bestellung eines Reichskommissars für die Osthilfe vom 5.12.1931 (28).
- 29) Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfgebiet vom 17.11.1931 (29).

- 30) Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet vom 5.12.1931 (30).
- 31) Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8.12.31. Dritter Teil: Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung (31).
- 32) Verordnung über Zolländerungen vom 12.12.1931 (32).
- 33) Verordnung des Reichspräsidenten zur beschleunigten Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet vom 6.2.1932 (33).
- 34) Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Wirtschaft, vom 9.3.1932 (hier: Vierter Teil: Zolländerungen und vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen sowie: Fünfter Teil: Änderungen des Zollgesetzes)(34).
- 35) Verordnung zur Durchführung des Osthilfegesetzes vom 31.3.1931, der Sicherungsverordnung vom 17.11.1931 und der Entschuldungsverordnung vom 6.2.1932 (Osthilfedurchführungsverordnung), 12.3.1932 (35).
- 36) Richtlinien für die landwirtschaftliche Entschuldung im Osthilfegebiet vom 15.3.1932 (36).
- 37) Verordnungen über Zolländerungen vom 29.4.1932 und über die Änderung der Sätze für die Vermahlung von Inlandweizen vom 29.4.1932 (37).
- 38) Zweite Verordnung zur Durchführung des Osthilfegesetzes vom 31.3.1931, der Sicherungsverordnung vom 17.11.1931, und der Entschuldungsverordnung vom 6.2.1932 (Zweite Osthilfedurchführungsverordnung), 30.5.1932 (38).

Von den hier angeführten besonders wichtigen agrarpolitischen Gesetzen und Verordnungen der Regierung Brüning (39) wurden nur 7 Gesetze auf dem in der Verfassung vorgesehenen üblichen parlamentarischen Weg verabschiedet (Nr. 1, 7, 8, 15, 16, 17, 18), während dagegen 9 agrarpolitische Gesetze

Gesetzeskraft auf dem Notverordnungsweg erlangten (Nr. 6, 11, 19, 25, 27, 28, 30, 32, 34). Wenn auch damit im agrarpolitischen Sektor keineswegs schon das Verhältnis zwischen normal verabschiedeten Gesetzen und den durch Notverordnungsrecht erlassenen Gesetzen so stark zuungunsten der formellen Gesetze ausfiel wie in den übrigen wirtschaftspolitischen Sektoren, so wird doch bereits deutlich, daß die gesetzgebende Funktion des Parlamentes auch im agrarpolitischen Bereich stark eingeschränkt war. Die geringe legislative Funktion des Parlamentes im agrarpolitischen Bereich aber wird vor allem durch die große Zahl an Verordnungen (der Verfasser führte hier die 26 wichtigsten an) dokumentiert, die meist erst eine Konkretisierung der formellen Gesetze und der Notverordnungen brachten. Angesichts der unzureichenden Handlungsfähigkeit des Reichstages und dem Bedürfnis nach einer möglichst beweglichen Gesetzgebung in der Zeit einer schweren ökonomischen Krise, die ein rasches Reagieren auf die diversen Krisenerscheinungen geradezu lebensnotwendig erscheinen ließ, ging die Regierung immer mehr dazu über, in den formellen Gesetzen und den Notverordnungen lediglich eine vorläufige Umreißung des gesetzgeberischen Gedankens zu geben und die genauere inhaltliche Bestimmung dann durch Verordnungen vorzunehmen, wobei diese Verordnungen zunehmend der parlamentarischen Mitwirkung entbehrten. Poetzsch - Heffter schreibt in diesem Zusammenhang : " ... die Gesetze der Jahre 1930 und 1931 und die Notverordnungen der Jahre 1930 bis 1932 enthielten häufig noch kein unmittelbar anwendbares Recht, sondern nur die vorläufige allgemeine Umreißung des gesetzgeberischen Gedankens. Die weiteren Voraussetzungen, unter denen die erstrebte Rechtsfolge eintreten sollte, und deren nähere Ausgestaltung wurden erst durch Verordnungen der Reichsregierung bestimmt. Die Mitwirkung eines Reichstagsausschusses wurde in den Ermächtigungen (gemeint sind die Ermächtigungen zu Verordnungen - Anmerkung von Walz) immer seltener vorgeschrieben; sie begnügten sich mit der

Mitwirkung des Reichsrats oder legten die Verordnungsgewalt sogar ausschließlich in die Hände der Reichsregierung. ... Die Wirtschaftsgesetzgebung erhielt ... im wesentlichen erst durch solche Verordnungen ihre inhaltliche Bestimmtheit. Das gilt für die Eingriffe in den Bankverkehr, die durch die Julikrise 1931 notwendig wurden, für die Devisennotgesetzgebung, für die Beeinflussung des Kapitalmarktes durch Zinssenkung, Mietssenkung und Hypothekenkündigungssperre. Es trifft aber auch für die Notgesetzgebung zum Schutze der Landwirtschaft zu: Die Stichworte Osthilfe, Zollregelungen, Einfuhrscheine, Getreidemagazinierung, Beimischungszwang und Abnahmewang für bestimmte Agrarprodukte, Einführung von Handelsklassen für landwirtschaftliche Erzeugnisse kennzeichnen die wichtigsten Gegenstände und deuten so die Tragweite dieser Regierungsgesetzgebung an (40)."

Vor dem Hintergrund der langfristigen Determinanten für eine deutsche Agrarpolitik und den ökonomischen und politischen Konstellationen in der Ära Brüning kann nun im folgenden die Agrarpolitik des Kabinetts Brüning in ihrer Struktur, ihrer ökonomischen Effizienz und ihrer politischen und sozialen Bedeutung untersucht werden. Dazu erscheint es sinnvoll, die Fülle der agrarpolitischen Maßnahmen der Regierung Brüning nach 3 großen Maßnahmengruppen zu untergliedern:

- a.) Agrarpolitische Maßnahmen zur Beeinflussung des ausländischen Angebots (insbesondere zollpolitische Maßnahmen) und zur Einwirkung auf die inländische Nachfrage.
- b.) Maßnahmen zur Entschuldung (Umschuldung).
- c.) Maßnahmen zur ländlichen Siedlung.

Agrarpolitische Maßnahmen zur Beeinflussung des ausländischen Angebots (insbesondere zollpolitische Maßnahmen) und zur Einwirkung auf die inländische Nachfrage (1).

1. Zölle für Getreide und Produkte der Veredelungswirtschaft in der Ära Brüning.

Wenn man erkannt hat, wie wenig doch um 1930 in Deutschland einer Bevorzugung der Landwirtschaft und hier insbesondere des ostelbischen Großgrundbesitzes innerhalb des gesamten Wirtschaftsprozesses letztlich entgegenstand, können die extrem hohen Schutzzölle für Agrarprodukte kein großes Erstaunen mehr hervorrufen. Tatsächlich war es für die deutsche Landwirtschaft seit Bismarcks Wendung zum Schutzzoll typisch, daß sie auf alle Angebots- und Nachfrageveränderungen bei den agrarischen Produkten nicht mit entsprechenden Versuchen zur Umstellung und Anpassung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses reagierte, sondern stattdessen nach Schutzzöllen rief und es weitestgehend an einer Angebotselastizität fehlen ließ. Daß sie in der Regel damit immer Erfolg hatte, ist im wesentlichen aus den im § 2.2 niedergelegten Gründen erklärlich. Bereits in den 1880ern waren, als die Auslandskonkurrenz immer stärker sich bemerkbar machte, die Agrarzölle für Roggen, Hafer und Weizen beträchtlich erhöht worden, und 1902 wurde dann, nachdem es gegen den erbitterten Widerstand der Landwirte (1893 Begründung des Bundes der deutschen Landwirte!) unter dem Kanzler Caprivi noch zu einer Senkung der Zölle für Getreide gekommen war, unter Bülow eine Zollvorlage verabschiedet, aus der sich eine weitere Steigerung der Zollsätze ergab. In den ersten Jahren nach dem Krieg sah man sich gezwungen, von der agrarischen Schutzzollpolitik Abstand zu nehmen, weil einmal eine denkbar instabile Währung und ein ausgeprägter Nahrungsmittelmangel, zum andern der Versailler Vertrag, nach dem Deutschland zugunsten seiner Kriegsgegner einseitige Meistbegünstigung auferlegt war,

dem entgegenstanden. Am 17.8.1925 wurde erstmals wieder ein Zollgesetz erlassen (2), das an die Zollvorlage Bülow's von 1902 anknüpfen sollte; aber man sah sich bei dem starken Nachfrageüberhang nach landwirtschaftlichen Produkten doch zunächst wieder zu Senkungen der Zollsätze gezwungen, um ausländische Agrarprodukte auf den deutschen Binnenmarkt zu lassen. Als dann gegen Ende der 20er Jahre die Agrarkrise mit der partiellen Überproduktion an landwirtschaftlichen Gütern hereinbrach, gab es kein Halten mehr. Man versuchte u.a. mit der Anwendung von immer schärfer werdenden Schutzzollmaßnahmen der Agrarkrise zu steuern, ohne zu sehen, daß sich die Weltlandwirtschaft in einer tiefgreifenden Strukturkrise befand. Nachdem bereits am 2.9.1929 für die nichtmeistbegünstigten Länder (Kanada, Australien /"Getreideländer!"_7) höhere Zollsätze galten, wurden mit dem Gesetz über Zolländerungen vom 22.12.1929 (3) nicht nur ganz allgemein Zollerhöhungen auch gegenüber den meistbegünstigten Staaten erlassen, sondern man führte als Novität gleitende Zollsätze mit Mindestgrenzen bzw. Mindestgrenzen und Höchstgrenzen ein, um eine schnellere Anpassung an die sich wandelnde agrarische Situation nach Ansicht der Regierung (damals noch ein Kabinett unter dem Sozialdemokraten Müller) gewährleisten zu können. Nachdem so bis 1930 vor allem die Zollsätze für Roggen, Weizen und Schweine gestiegen waren, wurden dann noch im März 1930 bewegliche Zölle auch für Gerste und Hafer eingeführt, die Zollsätze für Malz, Kartoffeln, Mehl, Zucker und Kleie (ausgenommen Weizenkleie) erhöht und der Zollsatz von Weizen und Gerste auf die Höchstgrenze innerhalb des gleitenden Zollsatzes festgelegt, der aber für Weizen etwa bei einem besonders krassen Fall der Weltmarktpreise noch weiter hinaufgetrieben werden konnte (4). Außerdem wurde noch am 26.3.1930 ein Maisgesetz erlassen, in dem eine "Reichsmaisstelle" (=Maismonopol!) geschaffen wurde, über die allein Mais aus dem Ausland und dem Inland in Ver-

kehr gebracht werden dürfte, wobei die Reichsregierung den Maispreis festsetzte (5). Wir sehen also: Selbst ein sozialdemokratisch geführtes Kabinett, das doch weit weniger als später das Kabinett Brüning von der Gunst Hindenburgs abhing, griff zu agrarprotektionistischen Maßnahmen großen Ausmaßes, wobei allerdings bis zu einem gewissen Grad bei Maßnahmen wie dem Maisgesetz etwa bei den Sozialdemokraten (insbesondere bei jenem Teil der Sozialdemokraten, der die freigewerkschaftliche Konzeption der "Wirtschaftsdemokratie" (siehe Anmerkung 5a) voll akzeptiert hatte) Überlegungen mitgespielt haben mögen, Tendenzen zur Monopolisierung und Konzentration ökonomischer Macht in staatlicher Hand zu fördern, da diese bereits objektiv die Fundamente des privatkapitalistischen Systems nach sozialistischer Auffassung mit zerstören halfen und so die Chancen der Sozialdemokraten verstärken mußten, den Kapitalismus nicht mehr brechen, sondern biegen zu können und eines Tages die auf Grund der allmählichen Verwandlung des privatkapitalistischen Systems in eine Planwirtschaft bereits objektiv gegebenen Verhältnisse für den Sozialismus mit sozialistischem Geist erfüllen zu können als Folge einer unblutigen politischen Machtübernahme (5a).

Kurze Zeit nach Amtsantritt des Kabinettes Brüning wurden am 15.4.1930 durch das Gesetz über Zolländerungen (6) die Vollmachten der Regierung in zollpolitischer Hinsicht entscheidend erweitert. Bei Roggen, Weizen und Hafer wurden die Grenzen beseitigt, innerhalb derer sich bisher die Zollfestsetzungen halten mußten, das Gesetz über zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch vom 30.3.1928 (7) wurde außer Kraft gesetzt, die Höchstgrenze des Zollsatzes für Futtergerste wurde von 10 auf 12 RM je Doppelzentner (dz) hinaufgesetzt, der potentiell niedrigste Schweinezoll von 9 RM je dz wurde annulliert und der potentielle Höchstsatz auf 36 RM hinaufgesetzt. Außerdem trat der § 12 des Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau vom 3.6.1900 (8) wieder in Kraft, nach dem Fleisch nur in

ganzen oder halben Tieren importiert werden durfte. Diese so harmlos klingende Vorschrift machte aber die Einfuhr von ausländischem Gefrierfleisch nach Deutschland nahezu unmöglich. Sie war also ein Mittel, um die Fleischnachfrage betont am deutschen Binnenmarkt zu orientieren. d.h. hier konkret, um die Fleischpreise und damit die Preise für das Schlachtvieh möglichst hoch zu halten. Vor allem aber muß noch betont werden, daß infolge dieses Zolländerungsgesetzes fortan der deutsche Getreidemarkt nahezu völlig vom Weltmarkt abgeschnürt war und sich die Preisbildung unter Ausschluß der den Weltgetreidepreis bestimmenden Faktoren vollzog. Einzelheiten hierüber werden nach Besprechung der mit den Zollmaßnahmen in engstem Zusammenhang stehenden Vermahlungsregelungen und Stützungsmaßnahmen vom Verfasser dargelegt werden.

Nachdem dann ab dem 18.11.1930 auch die Bindungen aus einem 1926 mit Finnland abgeschlossenen Handelsvertrag, die einer Zollerhöhung von Butter und Käse entgegenstanden, durch eine neue Vereinbarung mit Finnland beseitigt (9), und durch ein Gesetz über Zolländerungen vom 28.3. 1931 nochmals der zollpolitische Handlungsspielraum der Regierung erweitert worden war, erfolgte eine neue Welle von Zollerhöhungen bei der nun auch die Produkte der agrarischen Veredelungswirtschaft höhere Zollsätze erhielten. Eine zusammenfassende Skizzierung der Zollentwicklung auf dem Getreidemarkt und bei den veredelnden Produkten wird am Schluß des Paragraphen noch gegeben werden.

2. Beimischungszwang (Roggen), Eosinroggen, Weizenvermahlungs-
zwang und Zwangsverwendungssatz (Kartoffelstärke-
mehl).

Um den Roggenverbrauch zu steigern und so den Roggenpreis zu stützen, griff man zu den dirigistischen Maßnahmen des Beimischungszwanges für Roggen und zur Bereitstellung von "Eosinroggen" als Ersatz für die ausländischen Futtermittel, die besonders die Landwirte, die eine Veredelungswirtschaft betrieben, vom Ausland noch so weit als irgend möglich einführen wollten. Im Brotgesetz vom 10.12.1930 wurden deshalb detaillierte Vorschriften erlassen, nach denen unter Verwendung von Mahlerzeugnissen des Roggens nur Brot hergestellt werden durfte, das einen gewissen Mindestsatz an Roggenmehl enthielt, der sehr hoch angesetzt wurde und zwischen 80 und 97 % lag. Außerdem durfte unter Verwendung von Mahlerzeugnissen des Weizens nur solches Weizenbrot hergestellt werden, dem mindestens 30 % Roggenmehl beige-mischt war; auf diese Weise wollte man versuchen, entgegen der sich verändernden Verbraucherneigung, nach der man immer mehr Weizenbrot und Feinbäckereiprodukten gegenüber dem Roggenbrot den Vorzug gab, den Roggenabsatz zu sichern. Auf dieser Linie lagen auch die Versuche, einen als Futtermittel durch die Färbung mit Eosin kenntlich gemachten Roggen als Ersatz für die ausländischen Futtermittel anzubieten. Auf Veranlassung der Regierung kauften die Getreidehandelsgesellschaften in den ostelbischen Roggenüberschußgebieten Roggen auf, machten ihn durch die Färbung mit Eosin für den menschlichen Konsum unbrauchbar und verkauften ihn dann wesentlich billiger als zum Einkaufspreis als Futtermittel. Diese Maßnahmen waren wirtschaftlich gesehen unrentabel. Sie zeugten von einer völligen Verkennung der Strukturveränderungen in der Landwirtschaft und einer Negierung der Konsumentenwünsche.

Ähnlich wie beim Roggen griff man auch, um den Absatz und damit auch den Preis der Kartoffeln zu sichern (hier

lagen die Hauptanbaubetriebe ebenfalls im Osten Deutschlands: Ostpreußen, Pommern, Grenzmark, Brandenburg, Schlesien, Mecklenburg) zu direkten Maßnahmen der Nachfragebeeinflussung. Nachdem bereits im § 3 des Brotgesetzes vom 10.12.1930 bei Backwerken, welche unter überwiegender Verwendung des Weizens hergestellt wurden, ein Zusatz von Kartoffelstärkemehl bis zu 10 % der Mahlerzeugnisse ohne Kenntlichmachung erlaubt und diese Bestimmung dann am 6.6.1931 auf Brot (einschließlich des Kleingebäcks) ausgeweitet worden war, sah sich nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 6.10.1931 derjenige, der gewerbsmäßig Weizenmehl zur Herstellung von Backwaren verwendete, gezwungen, neben dem Weizen einen gewissen Prozentsatz an Kartoffelstärkemehl zu verwenden. Den jeweiligen Verwendungssatz, der 5 v.H. nicht überschreiten durfte, hatte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft je nach dem Ergebnis der Kartoffelernte festzusetzen.

Schließlich sollte durch eine Reihe von Verordnungen zum Vermahlungszwang von Inlandweizen dessen Absatz gefördert und der Import ausländischen Weizens entscheidend verringert werden. Nachdem bereits unter der Regierung Müller am 4.7.1929 ein Gesetz über die Vermahlung von Inlandweizen verkündet worden war, nach dem jede im deutschen Zollgebiet liegende Mühle, die ausländischen Weizen vermahlte, eine Menge Inlandsweizen zu vermahlen hatte, die mindestens 30 v.H. der gesamten in diesem Zeitraum von ihr vermahlten Weizenmenge betrug (10), wurden dann am 30.1.1931 von der Regierung Brüning die Vermahlungsansätze für Februar und März 1931 auf mindestens 75 v.H., für April und Mai 1931 auf mindestens 65 v.H. und für Juni und Juli 1931 auf mindestens je 50 v.H. festgesetzt. Am 13.8.1931 setzte man dann schließlich den Vermahlungszwang für Inlandweizen auf 97 v.H. (1) für die Zeit bis Juli 1932 herauf. Man glaubte, nicht auf den Weizenvermahlungszwang verzich-

ten zu können, da man der Ansicht war, der deutsche Konsument würde das infolge des hohen Schutzzolles gegen ausländischen Weizen teureres Weizenbrot, gebacken aus ausländischem Weizenmehl, dem zwar billigeren, aber vermeintlich weniger qualitätsreichen deutschen Weizenbrot dennoch vorziehen. In der Tat gelang es dann durch die Kombination von Zöllen und Vermahlungszwang beim Weizen ähnlich wie durch die Kombination von Beimengungszwang, Zöllen, Eosinroggen beim Roggen die Preise auf einem Niveau zu halten, das weit über den Preisen auf dem Weizen- und Roggenweltmarkt lag.

3. Das System der Einfuhrscheine und seine Problematik (1).

Die Konzipierung der Einfuhrscheine, die 1894 erstmals eingeführt wurden (2), war wesentlich mitbestimmt worden einmal durch das Wohlstandsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland mit seinen Auswirkungen auf die Belange der regionalen Infrastruktur wie auch der regionalen Bevölkerungsentwicklung, zum anderen durch die Sonderstellung, welche die Rittergutsbesitzer im kaiserlichen Deutschland immer noch einnehmen konnten (2).

Im deutschen Westen, wo sich mit zunehmender Industrialisierung immer mehr Menschen zusammenballten, war man immer weniger in der Lage, die wachsenden Menschenmassen hinreichend mit eigenem Getreide zu versorgen; man sah sich gezwungen, das Getreidedefizit durch Importe auszugleichen. Im deutschen Osten aber konnte man vor allem aus Frachtgründen (hier rächte sich besonders die Vernachlässigung der Infrastruktur in den deutschen Ostgebieten) die eigenen Ernteüberschüsse nicht ohne zusätzliche sehr hohe Frachtkosten nach Westen bringen. Daher exportierte man das Getreide vor allem in die skandinavischen Länder, die sich als Abnehmer vor allem auch wegen der besseren und billigeren Transportmöglichkeiten (auf dem Wasserweg nämlich) anboten. Allerdings bekamen hier die ostelbischen Landwirte natürlich nicht den durch die deutsche Schutzzollpolitik bereits damals beträchtlich über das Getreideweltmarktpreisniveau hinaufgedrückten deutschen Binnenmarktpreis für Getreide (besonders hoch lag er beim Roggen), sondern nur den Weltmarktpreis. Um diese Differenzen zwischen Getreideweltmarktpreis und deutschem Getreidebinnenmarktpreis auszugleichen, wurden die Einfuhrscheine eingeführt, welche "gewissermaßen ostdeutsches Getreide in Form überseeischer Ware nach dem Westen bringen sollten" (3). Sie wurden beim Getreideexport ausgestellt und sollten berechnen zur Begleichung von Zöllen beim Import ausländischer Produkte gleicher Menge und gleicher Art. Der

ostdeutsche Getreideproduzent erhielt also für das ausgeführte Getreide den Weltmarktpreis plus den Wert des Einfuhrscheines, welcher gleich war dem Wert des Zollbetrages, den er mit seiner Hilfe einsparen konnte. Solange man die Einfuhrscheine jeweils auf die gleiche Getreidesorte beschränkte und demnach beispielsweise mit den Roggengeneinfuhrscheinen jeweils nur einen Einfuhrzoll für Roggen begleichen konnte, wurde dafür Sorge getragen, daß ein mengenmäßiger Ausgleich auf dem Inlandmarkt sich vollzog (Abfluß an ostelbischem Getreide gegen Zustrom ausländischen Getreides bei Stabilisierung des deutschen Binnenmarktpreisniveaus durch Schutzzoll und Einfuhrscheine). Man schien also zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können; einmal wurde der Abfluß von Getreide aus dem durch Preise über dem Weltmarktgetreidepreisniveau gekennzeichneten deutschen Wirtschaftsraum auf die internationalen Märkte ermöglicht, ohne daß deshalb der Exporteur privatwirtschaftliche Verluste hinnehmen mußte, zum anderen wurde durch diese Einfuhrscheine eine volle Auswirkung der jeweils in Geltung befindlichen Zollsätze gesichert (4), was letztlich natürlich ganz im Sinne der ostelbischen Agrarier lag, die so davor bewahrt wurden, sich den Strukturveränderungen der Weltlandwirtschaft anpassen zu müssen. Leidtragende dieser Entwicklung waren die Konsumenten in den Industriegebieten.

Nachdem während des 1. Weltkrieges und in den unmittelbaren Nachkriegsjahren zusammen mit den Agrarzöllen auch die Einfuhrscheine beseitigt worden waren, wurden im Zuge der Wiedereinführung von Zöllen am 3.9.1925 (5) mit Wirkung vom 1.10.1925 wieder Einfuhrscheine eingeführt, und zwar zunächst für Getreide (Roggen, Hafer, Gerste, Weizen) und später dann durch Gesetz vom 30.3.1928 (6) auch für Schweine, Schweinefleisch und Schweineschinken. Die Funktion der Einfuhrscheine, die volle Auswirkung der jeweiligen Zollsätze sicherzustellen, wurde aber bald dadurch

gemindert, daß nach dem Gesetz über Zollveränderungen vom 22.12.1929 sich zwar noch der Wert der Schweine-einfuhrscheine auf der Höhe des entsprechenden Zollsatzes bewegen sollte, für Brotgetreide aber keine Einfuhrscheine mehr in der Höhe der geltenden Zollsätze gewährt wurden. Als Gründe gab man Rücksichtnahme auf die angespannte finanzielle Lage des Reiches an sowie die Befürchtung, mit steigenden Zollsätzen und steigenden Einfuhrscheinen im Ausland den Vorwurf des Dumping zu erregen; ein etwas schwaches Argument, wenn man bedenkt, daß ja keinesfalls daran gedacht war, durch den Verkauf ostelbischer agrarischer Produkte an das Ausland etwa unterhalb des Weltmarktpreisniveaus anzubieten, wie dies damals des öfteren durch die UdSSR geschah. Im Laufe des Jahres 1930 verminderte sich dann die Bedeutung der Einfuhrscheine immer stärker; immer mehr blieb nun ihr Wert hinter den jeweiligen Zollsätzen zurück. Es kam schließlich so weit, daß im Gesetz über Zolländerungen vom 15.4. 1930 bestimmt wurde, daß die Belastung der Reichskasse durch die Einfuhrscheine nicht über die Belastung hinausgehen solle, die sich im Rechnungsjahr 1929 ergeben hatte, nämlich 103,4 Millionen RM. Aus diesem vorgesehenen Fonds von 103,4 Millionen RM sollten sämtliche Marktmanipulationen, wie etwa Stützungskäufe und Exportförderungen für alle landwirtschaftlichen Produkte, bei denen diese Maßnahmen nötig schienen, erfolgen. Infolge der Begrenztheit dieser Mittel wurden die Einfuhrscheine zunächst nur noch für begrenzte Exportkontingente gewährt und schließlich im Juli 1930 ganz eingestellt (7). Die ständig wachsende Differenz zwischen dem Weltmarktpreis und den deutschen Binnenmarktpreisen hatte sich einfach als zu hoch erwiesen, als daß sie vom Kabinett Brüning bei dessen grundsätzlicher Politik der Sparmaßnahmen und der objektiv sehr angespannten Lage des staatlichen Haushaltes subjektiv von den Vertretern einer Deflationspolitik hätte für gut befunden werden können, sieht man einmal ganz

davon ab, daß die Politik der Einfuhrscheine als Unter-
glied der Politik der Schutzzölle langfristig wie sie in
Deutschland betrieben wurde, nicht nur

- a) eine Privilegierung vor allem der ostelbischen Groß-
agrarier bedeutete (bei den diversen Getreidesorten,
allen voran dem Roggen, nicht etwa bei den Produkten
der Veredelungswirtschaft, lag der große quantitative,
sprich monetäre Effekt der Einfuhrscheine), sondern
auch
- b) mit beitrug, die Anpassung der deutschen Landwirt-
schaft an die Erfordernisse des Weltagrarmarktes zu
verzögern; eine Anpassung, die auch in der Gegenwart
noch nicht vollzogen ist.

Im übrigen gilt es zu bedenken, daß die Möglichkeit, alle
aus Deutschland ausgeführten Getreidemengen im Ausland
auch abzusetzen, einfach nicht mehr gegeben war angesichts
der geringen Aufnahmefähigkeit des Roggenweltmarktes etwa,
um nur die für Deutschland wichtigste Getreidesorte zu
nennen, auf den besonders Polen, Deutschland, die UdSSR
und die nordamerikanischen Länder drängten. Es stand hier,
um es schlicht auszudrücken, ganz einfach einer zu gerin-
gen Nachfrage ein Überangebot gegenüber. Deutschland konn-
te keinesfalls auf längere Sicht, beispielsweise gegenüber
einem russischen Dumping, bestehen. Die Russen brauchten
dringend Devisen, um die importierten industriellen Be-
triebsmittel zu bezahlen; außerdem konnten sie damals in
einem Wirtschaftssystem autoritärer zentraler Planung von
weit brutaleren Kalkulationsgrundlagen ausgehen als die
kapitalistischen Länder. Die amerikanische Konkurrenz
arbeitete wiederum mit weit geringeren agrarproduktio-
nellen Gestehungskosten als Deutschland, so daß die deutsche
Getreidewirtschaft auch gegenüber einem amerikanischen
Dumping keineswegs auf dem Exportmarkt hätte bestehen
können. Im übrigen hätte ein weiterer forcierter Roggen-
export bei Aufrechterhaltung von Einfuhrscheinen nicht
nur eine gewisse Privilegierung der ostelbischen Landwirt-
schaft, in der der Roggenanbau dominierte, sondern auch

eine Erschwerung der landwirtschaftlichen veredelnden Produktion bedeutet, was auch während der Weltwirtschaftskrise von Agrarexperten (9) schon betont wurde. Es werden nämlich um den Betrag, um den die Roggen- und Futtergetreidepreise in den Abnehmerländern durch den forcierten Export weiter gesenkt werden, auch die Produktionsmöglichkeiten der ausländischen Viehmäster verbessert. Diese können ihre Exportmöglichkeiten steigern und so der deutschen veredelnden agrarischen Produktion verstärkt Konkurrenz machen. Dies wäre nach damaliger herrschender handelspolitischer Auffassung nur durch einen wesentlich verstärkten Schutz der deutschen Veredelungsagrарprodukte zu verhindern gewesen, was aber wohl handelspolitische Gegenmaßnahmen der betreffenden Länder etwa im Sinne einer Einfuhrbeschränkung deutschen Getreides ausgelöst hätte, immer vorausgesetzt, daß die deutschen Getreideexporteure noch aussichtsreich im Rennen gegenüber der UdSSR und den nordamerikanischen Ländern gelegen hätten, was sehr unwahrscheinlich gewesen wäre. All diesen Zwickmühlen glaubte man zu entgehen, indem man den Verbrauch von Mählroggen durch das Brotgesetz (siehe § 4, Abschnitt 2) zu steigern bzw. einen Teil der vorhandenen Roggenüberschüsse in die Viehmägen überzuführen gedachte. Letzteres sollte durch die Verwendung von Eosinroggen (siehe § 4, Abschnitt 2) in den bisher vorwiegend ausländisches Futtergetreide importierenden Mästereigebieten verwirklicht werden. Die in diesem Zusammenhang sich ergebenden Probleme zwischen Getreideproduzenten und den Produzenten der agrarischen Veredelungswirtschaft sollen im übernächsten Kapitel näher analysiert werden.

4. Graphisch-statistische Analyse der Auswirkungen der agrarprotektionistischen Maßnahmen auf die Agrarpreisentwicklung in Deutschland, die agrarischen Importe und Exporte sowie die Konsumnachfrage nach Agrarprodukten in Deutschland.

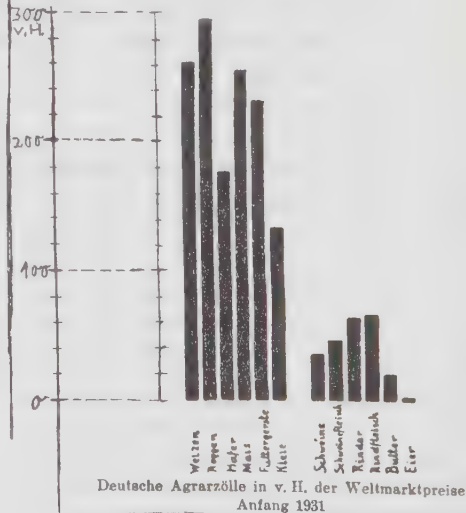
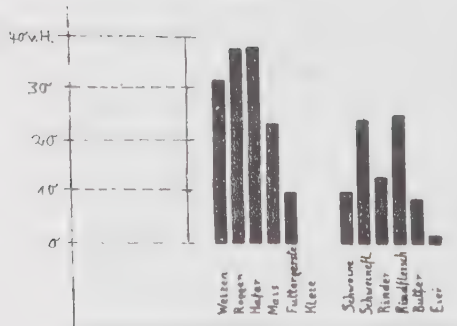
In diesem Unterabschnitt sollen die im § 4, Abschnitt 1 und 3 erläuterten agrarprotektionistischen Maßnahmen in ihren Auswirkungen auf den deutschen Agrarmarkt sowohl was die Nachfrage als auch die Angebotsseite angeht, so weit als möglich quantitativ erfaßt werden, um eine breite empirische Basis für die weiteren Ausführungen zur Agrarpolitik des Kabinetts Brüning zu legen.

a.) Nochmals: Die Agrarzölle in Deutschland

a.1: Die Zölle im historischen und internationalen Vergleich.

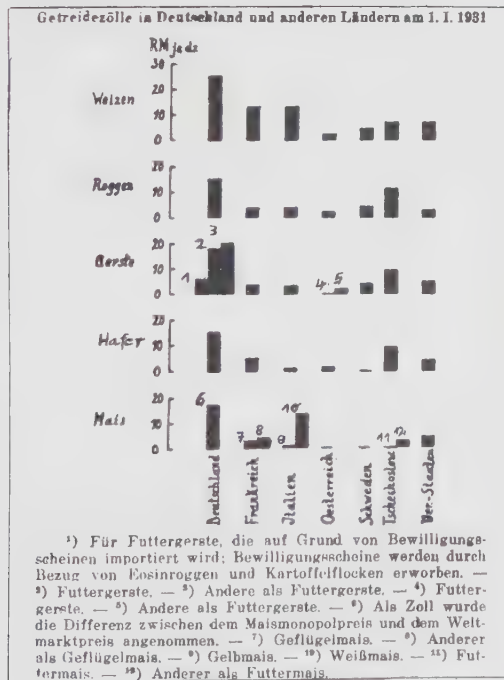
Ehe näher auf die Zollsteigerungen bei wichtigen Agrarprodukten während der Weltwirtschaftskrise eingegangen wird, sei in aller Kürze zum Vergleich noch einmal an das Agrarzollniveau Deutschlands vor dem 1. Weltkrieg, gemessen an den damaligen Weltmarktpreisen erinnert und dieses Agrarzollniveau dann mit dem von 1931 verglichen. Damit kann zunächst einmal eine ungefähre Vorstellung von dem Ausmaß der deutschen Agrarschutzzölle während der Weltwirtschaftskrise vermittelt werden. Daran wird ersichtlich, wie allein schon wegen dieser hohen Agrarzölle die deutschen Agrarproduktpreise weit über dem Agrarweltmarktpreisniveau liegen mußten. Der Verfasser bedient sich zu dieser Einführung zweier Skizzen Jasneys (1), die seiner Ansicht nach hervorragend alles Wesentliche anschaulich erfassen, ohne dabei durch Zahlenakrobatik bzw. graphische Filigranarbeit den Leser zu ermüden.

Deutsche Agrarzölle in v.H. der Weltmarktpreise in der Vorkriegszeit



Deutsche Agrarzölle in v. H. der Weltmarktpreise Anfang 1931

Die beiden Darstellungen sprechen für sich und lassen keinerlei Zweifel mehr am extrem hohen Schutzzoll für Agrarprodukte während der Weltwirtschaftskrise in Deutschland. Besonders auffällig ist hier natürlich, daß die Getreidezölle weit über den Zöllen für die agrarischen Veredelungsprodukte liegen (über die Gründe wird der Verfasser noch in dem 5. Abschnitt dieses Paragraphen sprechen). Wir müssen daher sofort weiterfragen, ob auch in anderen wichtigen Industrienationen, die ebenfalls eine größere Agrarproduktion aufweisen, ähnlich hohe Zölle festgestellt werden können. Statt längere statistische Nachforschungen hier anzubieten (die der Verfasser allerdings in diesem Zusammenhang gemacht hat, um die Gültigkeit von Jasnys Skizze zu prüfen), wird hier wieder eine knappe anschauliche Skizze Jasnys gegeben, aus der einwandfrei hervorgeht, daß die deutschen Getreidezölle weit über den einschlägigen Zöllen etwa von Ländern wie Frankreich, Italien, Österreich, Schweden, der Tschechoslowakei und den USA lagen (2).



a.2: Einige Daten der Zollentwicklung (3)

a.2.1: Zölle für Getreide in RM pro Doppelzentner

Der Roggenzoll von 3 RM pro Doppelzentner im Jahre 1925 wurde bis zum 20.1.1930 für nicht meistbegünstigte Länder

bzw. bis zum 11.2.1930 für meistbegünstigte Länder auf 9 RM geschraubt. Am 26.5.1930 betrug der Zollsatz dann bereits 15 RM und am 6.3.1931 20 RM.

Für den Mais machte das Reichsmaismgesetz (Maismonopol) vom 1.4.1930 weitere Zollmaßnahmen überflüssig.

Der Weizen Zoll stieg von 3 RM (1.9.1925 - das Datum in der Klammer gibt immer den Tag der Geltung des neuen Zollgesetzes an) schließlich auf 9,5 RM (20.1.1930), 12 RM (27.3.1930), 15 RM (25.4.1930), 18,5 RM (28.9.1930) und 25 RM (26.9.1930). Bei Kontingenten betrug der Weizen Zoll ab 15.5.1931 20 RM.

Der Zoll pro Doppelzentner Hafer erhöhte sich stufenweise von 3 RM (1.9.1925) bis auf 16 RM (3.5.1931). Für Futtergerste war der Zollsatz von 1 RM am 1.9.1925 bis zum 26.5.1930 auf 12 RM geklettert. Für Eosinroggenabnehmer senkte sich ab dem 11.9.1930 der Zollsatz für Futtergerste auf 6 RM, am 26.6.1931 wurde er für Bezieher von Kartoffelflocken auf 5 RM ermäßigt, während diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe, die weder Eosinroggen noch Kartoffelflocken zukaufen, weiterhin für Futtergerste bis zum 6.3.1931 16 RM, ab diesem Tag sogar 18 RM Zoll pro Doppelzentner in Kauf nehmen mußten.

a.2.2: Zölle der agrarischen Veredelungswirtschaft in RM je Doppelzentner.

Für Butter stieg der Zollsatz von 22,5 RM (1.9.1925) bis auf 50 RM am 27.11.1930, wobei dieser Zollsatz nur für bestimmte Butterkontingente aus Finnland galt. Für Australien, Kanada und Polen war schließlich am 1.2.1932 der Zollsatz auf 170 RM und für die anderen Länder auf 100 RM hinaufgeschraubt worden. Für die Butter aus Argentinien, Dänemark, Finnland, Neuseeland, Norwegen und Schweden wurde der Zollsatz auf 132 RM festgesetzt.

Der Zoll für Schweinefleisch bzw. für lebende Schweine stieg von 21,5 RM bzw. 14,5 RM (1.8.1925) bis zum

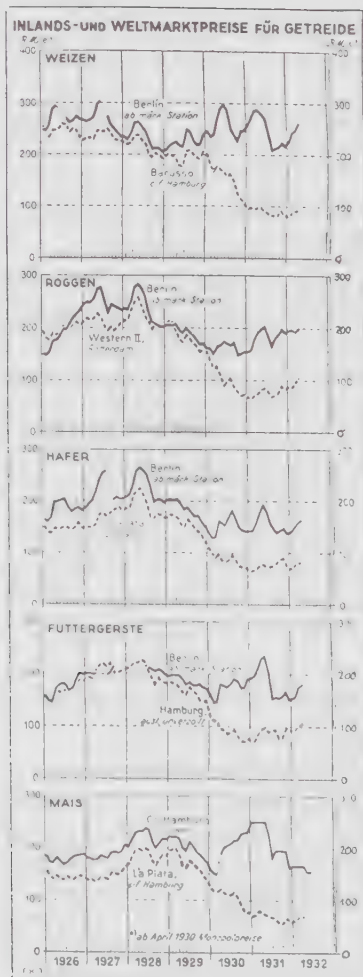
10.5.1931 auf 60 RM bzw. 40 RM; für Rindfleisch bzw. für lebende Rinder von 24 RM bzw. 13 RM (1.9.1925) bis auf 60 RM am 10.5.1931 bzw. 16 RM für jährliche Kontingente aus Schweden, Dänemark, Litauen, Österreich.

b. Die Preisentwicklung im deutschen Agrarsektor.

b.1: Die Preisentwicklung auf dem Getreidemarkt im internationalen Vergleich.

Dank dem Bündel von agrarprotektionistischen Maßnahmen war es der Regierung Brüning gelungen, die deutschen Getreidepreise vom Weltmarktpreisniveau zu isolieren und weit über diesem Niveau zu halten. Hier zur Illustration eine graphische Darstellung aus den Vierteljahresheften zur Konjunkturforschung, die sehr deutlich dieses Preisgefälle zwischen Weltmarktgetreidepreisen und deutschen Binnenmarktgetreidepreisen veranschaulicht (4):

(Die graphische Skizze befindet sich aus Platzgründen auf der nächsten Seite.)



b.2: Die Preisentwicklung auf dem deutschen Getreidemarkt während der Krise.

b.2.1: Roggen (5).

Nachdem 1929 die Roggenpreise von 216,6 RM (jeweils pro 1000 kg; dies gilt auch für die folgenden Angaben) im Reichsdruckschnitt bzw. 205,8 RM in Berlin (ab märkische Station) im Januar bis zum Dezember 1929 auf 182,3 RM bzw. 170,4 RM abgesunken waren, schien bereits zu Beginn der großen Krise deutlich zu werden, daß zwar die deutschen Roggenpreise nicht den großen Preissturz, der auf dem Weltmarkt zu verzeichnen war, mitmachen mußten, daß aber trotz aller agrarprotektionistischen Maßnahmen infolge der Veränderungen im Angebot-Nachfrage-Verhältnis die Roggenpreise einen gewissen Preisrückgang einfach in Kauf nehmen mußten. Bis Juli 1930 sanken dann die Preise auf 165,2 RM (170,0 RM - die Zahl in der Klammer gibt immer den Getreidepreis in Berlin ab märkischer Station an; er verhielt sich von Dezember 1929 bis Juli 1930 noch nicht trendmäßig, da er nahezu gleich blieb), bis Dezember 1930 auf 158,1 RM (156,3 RM). Bis zum Juli 1931 aber stiegen sie bereits wieder auf 198,3 RM (186,1 RM), um dann bis zum Dezember 1931 entgegen der Preisentwicklung in den Monaten Juli bis Dezember in den Jahren 1929 und 1930, als die Preise eine sinkende Tendenz aufwiesen, bereits auf 203,2 RM (191,8 RM) zu steigen. Auf dieser Höhe begannen sie sich dann in etwa für das 1. Halbjahr 1932 zu stabilisieren, denn nach Schwankungen in den verschiedenen Monaten, die gemessen am Preisniveau vom Dezember 1931 die Höhe von 9,5 RM (9,4 RM) nicht überschritten, betrugen schließlich im Juni 1932 die Preise 205,4 RM bzw. 190,5 RM und unterschieden sich damit nur unmerklich von den Werten im Dezember 1931, ja lagen sogar höher als im Dezember 1929 und entsprachen fast genau den Juniwerten vom Jahr 1929 (204,5 RM bzw. 189,0 RM).

Die geschilderte Preisentwicklung läßt deutlich erkennen, daß sich etwa ab Ende 1930, Anfang 1931 die agrarprotektionistischen Maßnahmen (Eosinroggenverkauf, Stützungsmaßnahmen, hohe Futtermittelzölle usw.) voll auszuwirken begannen und nicht nur preisstabilisierend wirkten, sondern sogar dann in der 1. Hälfte des Jahres 1932 in etwa wieder das Preisniveau unmittelbar vor Ausbruch der Krise ermöglichten.

Es bleibt hier anzumerken, daß in der 2. Hälfte des Jahres 1932 (unter den Regierungen von Papen bzw. Schleicher) die Roggenpreise wieder absanken, da die Enteerträge 1932 stark gestiegen waren (s. Anmerkung 7).

b.2.2: Weizen (6).

Die Weizenpreise, die im Januar 1929 218,9 RM (209,2 RM) betragen hatten und damit nur ganz knapp über den Roggenpreisen lagen, sanken bis Dezember 1929 nicht wie die Roggenpreise weiter ab, sondern stiegen vielmehr auf 249,2 RM (241,3 RM) und lagen damit bereits beträchtlich über den entsprechenden Roggenpreisen (182,5 RM bzw. 170,4 RM). Dieser Trend hielt auch in den folgenden Monaten noch an, so daß die Weizenpreise im Juni 1930 bei 307,9 RM (229,8 RM) und damit weit über den entsprechenden Roggenpreisen lagen. Bis zum Dezember 1930 sanken dann die Weizenpreise verhältnismäßig etwas stärker als die Roggenpreise, lagen aber immer noch mit 251,8 RM (247,6 RM) weit über den entsprechenden Roggenpreisen (158,1 RM bzw. 156,3 RM). Ähnlich wie beim Roggen ergab sich für den Weizen in den nächsten Monaten insgesamt eine steigende Tendenz und im Juli 1931 stand dann auch der Weizenpreis auf 261,1 RM (244,6 RM in Berlin ab märkischer Station - im Osten war in diesen Monaten das Preisniveau leicht rückläufig, was aber durch den Preisanstieg in Mittel-, West-, Süd- und Südwestdeutschland mehr als ausgeglichen wurde). Dies war dann auch das Preisniveau, auf dem sich der Weizenpreis bis zum Sommer

1932 ungefähr einpendelte, denn nach einem Preisrückgang bis zum Dezember 1931 (mit Preisen von 218,0 RM bzw. 214,7 RM) begann sich in den folgenden Monaten der Weizenpreis wieder dem Niveau vom Juli 1931 zu nähern. So betrug im Juni 1932 der Preis pro 1000 kg Weizen 260,3 RM im Reichsdurchschnitt und in Berlin ab märkischer Station immerhin 256,0 RM. Wir sehen also, in der Ära Brüning lag fast während der gesamten Krise der Weizenpreis noch erheblich über dem Roggenpreis, während vor Ausbruch der Krise sich die beiden Preisniveausin etwa entsprachen. Zudem hatte sich gegen Ende der Regierung Brüning der Weizenpreis bereits wieder auf das Niveau von 1929 eingependelt.

Damit kann man feststellen, daß es der Regierung Brüning im wesentlichen gelang, das Roggen- und Weizenpreisniveau weit über dem Weltmarktpreisniveau zu halten und in etwa auf dem Stand von 1929 zu stabilisieren. Wie wenig aber das stabile Getreidepreisniveau allein etwa agrarprotektionistischen Maßnahmen zu verdanken war, zeigt uns die Entwicklung in der zweiten Hälfte des Jahres 1932, wo bei überdurchschnittlichen Roggen- und Weizenernten und bei einer kaum mehr möglichen Verstärkung des Agrarprotektionismus die Roggen- und auch die Weizenpreise wieder stärker absanken, wenn sie auch nach wie vor noch weit über dem Weltmarktpreisniveau lagen.

b.2.3: Zum Zusammenhang von Ernteflächen, Ernteerträgen und Preisen beim Roggen- und Weizenabbau (7).

Analysiert man die statistischen Daten von Ernteflächen, Ernteerträgen und Preisentwicklung von Roggen und Weizen während der Krise, so lassen sich folgende Ergebnisse ableiten:

- a) Insgesamt gesehen hat die große Preisspanne zwischen Roggen- und Weizenpreisen nicht zu einer radikalen Veränderung der Anbauflächen für die jeweiligen Getreidearten geführt. Zwar stieg die Weizenanbaufläche von 1930

bis 1932 um ca 26 % (8), aber die Roggenanbaufläche nahm nur relativ geringfügig ab, nämlich von 1930 auf 1931 von 4 711 000 ha auf 4 366 000 ha, um dann von 1931 auf 1932 sogar wieder geringfügig zu steigen, auf 4 450 000 ha. Diese verhältnismäßig geringe Umstellung bei den Getreidenanbauflächen ist neben klimatischen und finanziellen Schwierigkeiten vor allem auch auf das traditionalistische Denken der deutschen Landwirtschaft sowie auf eine Agrarpolitik des Kabinetts Brüning zurückzuführen, die einfach nicht erkennen ließ, daß man um die langfristigen Strukturwandlungen der Weltagrarwirtschaft wußte.

- b. Zur Befestigung der Roggenpreise trug entscheidend mit bei, daß die Erträge aus Roggenernten von 1929 bis 1931 rückläufig waren. Besonders das Fallen der Roggenernte im Jahre 1931 gegenüber 1930 um rund 13 % hatte wesentlich zur Festigung der Roggenpreise beigetragen, die seit 1931 wieder eine steigende Tendenz aufwiesen. Insofern kam der Regierung Brüning der Zufall in Gestalt einer verhältnismäßig niedrigen Roggenernte bei der Roggenpreisstützung zu Hilfe; eine Hilfe, die dann der Regierung Papen bei der Roggen- und Weizenstützung versagt blieb, da die Ernten 1932 wieder besonders hoch lagen.

b.2.4: Hafer und Gerste (9).

Die Haferpreise sanken vom Januar 1929 bis Dezember 1929 bzw. Juni 1930 von 217,7 RM (201,7 RM) auf 171,2 RM (153,3 RM) bzw. 160,3 RM (152,5 RM). Die Abwärtsbewegung hielt bis gegen Ende des Jahres an. Im Dezember 1930 lag der Haferpreis nämlich bei 153,7 RM (142,5 RM). Ähnlich wie beim Roggen setzte um die Jahreswende 1930/31 ein Preisauftrieb ein, der im Juni 1931 das Preisniveau auf 195,1 RM (178,1 RM) klettern ließ, doch damit war bereits der Höhepunkt der Preisentwicklung überschritten. Im Dezember 1931 waren die Preise auf 148,6 RM (138,3 RM) zurückgegangen, um im Juni 1932 wieder auf 167,5 RM (160,4 RM) zu steigen. Somit hatte man zwar ebenfalls ein Preisniveau gesichert, das

weit über den einschlägigen Weltmarktpreisen lag, das aber dennoch nicht unbeträchtlich etwa unter den Preisen Anfang des Jahres 1929 gelagert war, obwohl die Haferernte von 1930 auf 1932 bei geringfügiger Verkleinerung der Anbaufläche deutlich unter den Ernten von 1928 und 1929 lag (10). Aber hier wird eben deutlich, daß man, da aus Rücksicht auf den Verbraucher nicht alle Getreidearten so stark wie etwa der Roggen und auch der Weizen geschützt werden konnten, einfach einen gewissen Preisverfall in Kauf nehmen mußte, wenn dieser Preisverfall auch in keiner Weise etwa mit dem Fall der Weltmarktgetreidepreise verglichen werden konnte.

Bei der Gerste, wo bei geringfügiger Vergrößerung der Anbaufläche 1932 die Ernte ungefähr der von 1929 entsprach (siehe Anmerkung 10), hielten sich ebenfalls die Preisrückgänge in Grenzen, ja für Futtergerste kann man, wegen der hohen Futtermittelzölle mitbedingt, sogar den Preisabfall als verhältnismäßig unwesentlich bezeichnen.

b.3: Auswirkungen der deutschen Getreidepolitik auf die Getreideein- und ausfuhr (11).

Insgesamt gesehen wurde durch die deutsche protektionistische Getreide- und Futtermittelpolitik in der Ära Brüning nicht unerheblich mit zu einer Verbesserung der Handelsbilanz beigetragen, denn der gesamte Einfuhrüberschuß von Getreide- und Futtermitteln sank von einem Wert von 843 Millionen RM bzw. 666 Millionen RM in den Wirtschaftsjahren 1928/29 und 1929/30 bis zum Wirtschaftsjahr 1931/32 auf 267 Millionen RM. Diese Verbesserung in der deutschen Getreideein- und ausfuhrbilanz ist vor allem auf den starken Rückgang der Weizen- und Gersteinfuhren zurückzuführen, sowie darauf, daß bei Roggen und Hafer sich die Ausfuhrüberschüsse wegen des hohendeutschen Getreidepreinsniveaus sogar in (wenn auch relativ unbedeutende) Einfuhrüberschüsse umwandeln.

b.4: Die Preisentwicklung in der landwirtschaftlichen veredelnden Produktion (12) und ihre Ursachen.

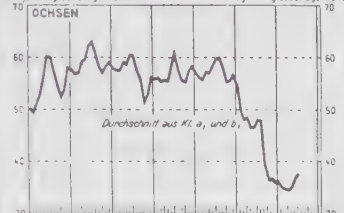
In der landwirtschaftlichen veredelnden Produktion waren die Preissenkungen für die einschlägigen Erzeugnisse weit drastischer als beim Getreide. Hier zunächst eine zusammenfassende graphische Darstellung des Instituts für Konjunkturforschung, die besonders anschaulich den Preisabfall bei Tieren und tierischen Produkten verdeutlicht (13).

(Die graphische Skizze befindet sich aus Platzgründen auf der nächsten Seite.)

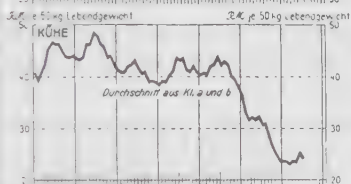
GROSSHANDELSPREISE IN BERLIN FÜR SCHLACHTVIEH UND TIERISCHE VEREDELUNGSPRODUKTE

RM je 50 kg Lebendgewicht RM je 50 kg Lebendgewicht

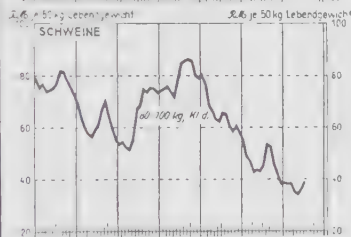
OCHSEN



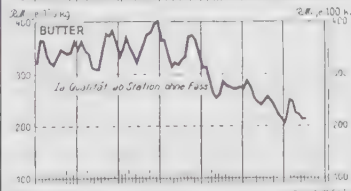
KÜHE



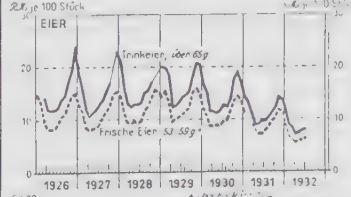
SCHWEINE



BUTTER



EIER



1926 1927 1928 1929 1930 1931 1932

Daß die Freise für Veredelungsprodukte in Deutschland in den Jahren 1931 bzw. 1932 auf etwa die Hälfte des Standes von 1928 bzw. 1929 absanken (14) wurde vor allem durch eine relativ hohe Produktion (15) bei gleichzeitig sinkender Verbraucherkaufkraft und die Bevorzugung der Getreidewirtschaft gegenüber der agrarischen veredelnden Produktion (hierüber in diesem Paragraphen noch Einzelheiten) im agrarprotektionistischen Konzept der Regierung bewirkt. Während in früheren industriellen Krisenzeiten Industriekrisen sich nur in einer verlangsamten Zunahme oder höchstens einem Stillstand der Verbraucher^{ch}einkommen auswirkten und etwaige Schwankungen bei der Inlandnachfrage nach Agrarprodukten leicht durch ein Mehr oder Weniger bei den Agrarimporten ausgeglichen werden konnten, demgemäß also die Agrarproduzenten wenig Rücksicht auf den Faktor Nachfrage nehmen mußten, ergab sich nun während der Weltwirtschaftskrise eine völlig veränderte Situation (16). Die Ausweichmöglichkeit der Importdrosselung bei Lebensmitteln war von Jahr zu Jahr geschwunden, die Landwirtschaft zunehmend in den Verbrauch hineingewachsen (17), so daß nun bei Ausbruch der Krise, die einen rapiden Kaufkraftschwund der deutschen Konsumenten brachte, jene bisher so erfolgreiche Methode der Importregulierung versagen mußte. Ein Ausweichen in den Export aber gab es ebenfalls nicht, da der Weltmarkt mit Agrarprodukten überreichlich beschickt war und zudem die Weltmarktpreise für tierische Produkte und Tiere weit unter den einschlägigen deutschen Agrarpreisen lagen. So mußten ganz zwangsläufig die aus der deutschen agrarischen Veredelungswirtschaft anfallenden Produkte so lange im Preis sinken, bis sie von den kaufkraftschwachen Konsumenten abgenommen werden konnten. Dabei entwickelte sich der Preisabtrieb noch deshalb so besonders stark, weil die Sparreserven der Konsumenten, die bereits durch die Inflation stark beeinträchtigt worden waren, angesichts der kumulativ fortschreitenden Deflationskrise

immer mehr aufgezehrt wurden und damit auch nicht mehr für den Konsum eingesetzt werden konnten, wie dies in früheren Krisenzeiten der Fall gewesen war (18), und weil die deutschen Viehhalter nur sehr unzureichend sich der sinkenden Nachfrage anpaßten und ihren Viehbestand nahezu nicht einschränkten (siehe Anmerkung 15).

b.5: Aus- und Einfuhr bei tierischen Produkten (19).

Insgesamt zeigt sich hier, ähnlich wie bei der Getreideein- und ausfuhrbilanz, eine Verbesserung der Ein- und Ausfuhrbilanz. Zwar war bei Butter, Käse, Eiern, Rindvieh die Bilanz nach wie vor negativ, dennoch aber ist nicht zu verkennen, daß die Einfuhrüberschüsse bei Butter, Käse und Eiern während der Weltwirtschaftskrise ganz wesentlich zurückgingen; das gleiche gilt für die Einfuhr von lebenden Tieren; hier ergab sich sogar in puncto Schweineein- und Ausfuhr von 1929 auf 1932 ein Umschlagen von einem Einfuhrüberschuß in Höhe von 12,9 Millionen RM zu einem Ausfuhrüberschuß von 15,1 Millionen RM.

Damit trug die Entwicklung der Ein- und Ausfuhrüberschüsse bei Tieren und tierischen Produkten ebenso wie bei Getreide dazu bei, die Handelsbilanz zu verbessern, woran Brüning ja im Interesse der reparationspolitik wie auch der Wirtschaftspolitik überhaupt sehr viel gelegen war.

b.6: Summary.

- a.) Dem Kabinett Brüning gelang es mit Hilfe der agrarprotektionistischen Maßnahmen in der Wirtschaftskrise auf dem Getreidemarkt das Preisniveau einigermaßen zu halten; damit lagen die deutschen Getreidepreise weit über dem stark gesunkenen Weltgetreide-marktpreisniveau.
- b.) In der agrarischen Veredelungswirtschaft dagegen, die weit weniger stark durch agrarprotektionistische Maßnahmen abgeschirmt wurde, kam es zu starken Preisstürzen. Doch auch hier lagen die Preise noch erheblich über dem einschlägigen Weltmarktpreisniveau.

- c.) Mit Hilfe der agrarprotektionistischen Maßnahmenbündel gelang es dem Kabinett Brüning, die bis dato hohen Einfuhrüberschüsse bei Getreide und tierischen Veredelungsprodukten stark zu verringern. Dadurch wurde eine Verbesserung der deutschen Handels- und Devisenbilanz erzielt, was ganz im Sinne von Brünings Bemühen um eine Verbesserung der deutschen Handels- und Devisenbilanz lag.
- d.) Die Krise der deutschen Landwirtschaft zeigte sich, dies wird durch alle statistischen Daten eindeutig bestätigt, primär als eine Krise der Preise und damit auch der Erlöse. Die Mengenproduktion hatte sich - vor allem wegen der staatlichen agrarprotektionistischen Maßnahmen - in der Landwirtschaft kaum vermindert, auf einigen Teilgebieten war sie sogar gestiegen (20). Durch diese mangelnde Angebotselastizität der landwirtschaftlichen Produktion wurde wiederum der Druck auf die Agrarpreise bzw. als Gegenmittel der Intensitätsgrad des staatlichen Agrarprotektionismus weiter verstärkt, was wiederum die landwirtschaftlichen Erzeuger in ihrer Angebotsflexibilität negativ beeinflusste usw.

5. Probleme und Interessenkonflikte von Getreidebau und Veredelungswirtschaft.

Nachdem wir nun bereits die Struktur der wesentlichsten agrarpolitischen Maßnahmen zur Beeinflussung des ausländischen Angebots und zur Einwirkung auf die inländische Nachfrage während der Ära Brüning dargestellt haben und außerdem bereits eine graphisch-statistische Analyse der Auswirkungen dieser agrarprotektionistischen Maßnahmen im Hinblick auf Preisentwicklung und Angebotsmenge auf dem deutschen Binnenmarkt gaben, soll nun, aufbauend auf den bisherigen Ausführungen, versucht werden, die Probleme der Getreidewirtschaft und der landwirtschaftlichen veredelnden Produktion - die beiden entscheidenden Sektoren der damaligen deutschen Landwirtschaft - zusammenfassend zu behandeln und in den Rahmen der größeren Zusammenhänge zwischen Agrarpolitik, Wirtschaftspolitik, den gesellschaftlichen Machtverhältnissen und der gesamtpolitischen Situation zu stellen-

Nahezu in allen Ländern, in denen Roggen angebaut wurde, war diese Getreideart als Brotgetreide immer mehr durch den Weizen ersetzt worden, der sich in Form des Weizenmehls und der auf ihm fußenden Produkte der Feinbäckerei immer mehr die Gunst des Konsumenten eroberte (1). Auch Deutschland war bereits vor Ausbruch des 1. Weltkrieges in die Reihe jener Staaten eingetreten, deren Roggenbedarf gemessen am Pro-Kopf-Verbrauch rückläufig war. So sank der Anteil des Roggens am Gesamtgetreidekonsum von 34,5 % im Durchschnitt der Jahre 1899 bis 1914 auf 32,6 % im Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913 (2). Dennoch begünstigte bereits in der Vorkriegszeit die deutsche Regierung durch eine entsprechende Zollpolitik die Roggenanbauggebiete, die vorwiegend in Ostdeutschland lagen, so stark, daß nicht nur die deutsche Roggenproduktion in der Vorkriegszeit viel schneller anstieg als der Roggenkonsum und Deutschland so von einem Roggeneinfuhrland schließlich schon 1908 zum größten Roggenexportland der Erde geworden war (3), sondern daß sich die Roggenanbaufläche von 1900 bis 1913 auch

um 538 098 ha vor allem auf Kosten des Weizens, der Ackerweide und der Brache erhöhte (4). Hatte aber in der Vorkriegszeit die Nachfrageverschiebung von Roggen auf Weizen noch dank eines raschen Bevölkerungsanstiegs sich weniger bemerkbar gemacht, so kam nun nach dem 1. Weltkrieg zu der Nachfrageverschiebung zuungunsten des Roggens noch ein stark vermindertes Wachstum der Bevölkerung hinzu, so daß sich schließlich nach den amtlichen Mühlenerhebungen der Pro-Kopf-Verbrauch von 1909/10 bis 1927/28 um etwa 25 % reduzierte (5), während die Bevölkerung im gleichen Zeitraum nur um rund 14 % zunahm (6). Als dann nach der kurzen Nachkriegsperiode, in der notgedrungen Deutschland den Agrarimporten geöffnet worden war, man wieder zur Zollpolitik der Vorkriegsjahre zurückkehrte, ergab sich ähnlich wie in den Vorkriegsjahren bald wieder ein gewaltiger Roggenüberschuß, wurde Deutschland bald wieder von einem Roggeneinfuhr- zu einem Roggenausfuhrland, nur daß dieser Prozeß sich nun wesentlich schneller als in der Vorkriegszeit vollzog. Als schließlich gegen Ende der 20er Jahre sich der Roggenweltmarkt als immer weniger aufnahmefähig erwies, der exportierte Roggen nur noch als Futtergetreide bei sinkenden Preisen abgesetzt werden konnte, griff man in Deutschland zu noch weit stärker agrarprotektionistischen Maßnahmen als je zuvor, zu Maßnahmen, die nicht nur auf den Roggenmarkt, sondern auch auf die gesamte Landwirtschaft und hier vor allem auf die Veredelungswirtschaft zurückwirkten. Noch unter der Regierung Müller wurden die Roggenzölle stark in die Höhe getrieben; die Zölle für Futtergetreide (vor allem Gerste, Kleie) hochgeschraubt, um die westdeutsche Mastwirtschaft zu zwingen, statt Gerste und Kleie vor allem deutschen Roggen und deutsche Kartoffeln zu verfüttern; ein Maismonopol eingerichtet, das nahezu einem Einfuhrverbot für Mais gleichkam und schließlich auch die Weizenzölle stark erhöht. Bereits hier zeichnet sich eine Entwicklung ab,

die Baade im Spätherbst 1930 dann (also während der Amtszeit Brünings) von einer "halbstaatlichen Getreidewirtschaft" sprechen läßt, die, "allerdings nicht organisch und planmäßig entstanden, sondern stückweise, in täglichem Kampf gegen parlamentarische und außerparlamentarische Widerstände, entsprechend den Zufallsmöglichkeiten und den Tageserfordernissen der getreidewirtschaftlichen Situation (7)" sich entwickelt habe. In diesem Zusammenhang muß zum Verständnis der weiteren Ausführungen noch auf die grundsätzliche Möglichkeit staatlicher Intervention in den Bereich der Agrarproduktion in der Weimarer Republik hingewiesen werden, ohne die die staatlichen Getreidestützungsmöglichkeiten nicht hätten stattfinden können.

Diese staatlichen Interventionen auf dem Getreidemarkt, die bereits in der Kriegswirtschaft praktiziert worden waren, erlebten ab Ende 1925 wieder eine Renaissance (8), nachdem sich im Herbst 1925 herausgestellt hatte, daß die Kapitalkraft von Handel und Genossenschaften, die in allererster Linie den deutschen Getreideabsatz auf dem Binnenmarkt organisierten (9), keinesfalls ausreichte, die großen Ernten aufzunehmen, welche überaus schnell auf den Markt drängten (10). Aus diesem Grunde ließ auf Anweisung des Reichsernährungsministeriums die Reichsgetreidestelle zur Hebung der Roggenpreise durch die Getreide-Industrie- und Handels A.G. am Roggenmarkt intervenieren. Im Frühjahr 1926 wurde dann die Deutsche Getreide-Handelsgesellschaft (DGH) von der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, dem Stickstoffsyndikat und dem Kalisyndikat gegründet; sie hatte die Aufgabe, die jeweils für angebracht erscheinenden Stützungsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung eines für angemessen gehaltenen Roggenpreisniveaus durchzuführen (10a). 1928 erwarben dann die Preußenkasse und die Rentenbankkreditanstalt die Aktien der Getreide-Industrie und Commission A.G. (GIC) und der Deutschen Mühlenvereinigung, einer Tochtergesellschaft

der GIC, von einem Bankenkonsortium zu einem Preis von 27 Millionen RM. Die GIC, welche bisher vor allem Gerste gehandelt hatte, wurde nun Spitzeninstitut des genossenschaftlichen Getreidehandels und trat 1929 mit der DGH in eine enge Zusammenarbeit ein, wobei sie die Roggengeschäfte der DGH als Kommissär ausführte und der DGH mit Hilfe der beiden öffentlichen Bankinstitute sowie einiger Privatbanken größere Kredite zurführte, die es der Gesellschaft ermöglichten, Stützungsaktionen durchzuführen. Die erste große Roggenstützungsaktion lief im August 1929 an und dauerte bis zum März 1930. Dabei konnte bis Mitte Januar die Stützungsstelle noch ungefähr so viel Roggen exportieren, wie sie ankaupte. Von Mitte Januar bis Anfang März wurde dann täglich mehr gekauft als verkauft, wodurch das Roggenpreisniveau vor dem Absinken bewahrt werden konnte. Als aber dann im März allmählich die der Stützungsstelle zur Verfügung stehenden Mittel aufgebraucht waren und als Ersatz für den aus dem Markt genommenen Roggen trotz der hohen Zollsätze vor allem auf Grund der niedrigen Weltmarktpreise zunehmend Futtergetreide nach Deutschland strömte, stürzte im März der Roggenpreis von 16 auf 14 RM je dz (11).

Die 2. Roggenstützungsaktion, nunmehr bereits unter der Regierung Brüning, wurde Anfang Mai eingeleitet und schien unter einem günstigeren Vorzeichen zu stehen. Nachdem noch im März 1930 u.a. die Zollsätze von Gerste, Hafer, Kleie und Weizen erhöht und ein Maismonopol errichtet worden war, und dann am 15.4.1930 durch das Gesetz über Zolländerungen auch noch die Grenzen (gleitende Zölle) beseitigt wurden, innerhalb derer sich die Zollsätze bei Roggen, Weizen und Hafer zu halten hatten, schien nun eine hinreichende Absicherung gegen das ausländische Futtergetreide gegeben. Diese Maßnahmen fielen zeitlich ungefähr mit dem Beginn der Frühjahrsbestellung zusammen, die ein saisonmäßiges Nachlassen der landwirtschaftlichen Getreideverkäufe bringt. Die jetzt einsetzende leichte Hausse wurde von der DGH benutzt, um weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit aus ihren Getreidebeständen etwa 100 000 t bei verhältnismäßig stabilen

Preisen über die GIC abzusetzen, welche, unter Nichtbenutzung des öffentlichen Marktes, diese Mengen zum großen Teil an die mit ihr in Verbindung stehenden Mühlen verkaufte. Aber bereits Ende Mai setzte dann ein neuer Rückgang der Preise, setzten neue Stützungsmaßnahmen ein, wobei sich nun das Ministerium entschloß, 2 Maßnahmen zur Stärkung des Roggenabsatzes und der Preise miteinander zu kombinieren, nämlich einmal Überschußmengen aus dem Markt herauszunehmen und bei Zeiten günstigerer Preise und verstärkter Nachfrage abzusetzen und zum andern die Überschußmengen der Verfütterung zuzuführen. Den Maßnahmen, mit denen die Roggenüberschußmengen der Verfütterung zugeführt werden sollten, wurde nun ein besonderes Augenmerk gewidmet, weil die Möglichkeiten, vermehrt Roggen durch Export abzusetzen, sich immer ungünstiger gestalten. Zwar gab es noch die deutsch-polnische Roggenkonvention vom 6.2.1930, die bis Ende Juni 1931 in Kraft war und die Exportgeschäfte beider Länder bei einem gemeinsamen Exportsyndikat koordinieren und konzentrieren sollten, wobei die deutsche Quote an der Gesamtausfuhr (Deutschland und Polen) auf 60 % festgesetzt worden war; zwar gab es noch das System der Einfuhrscheine bzw. nach dem Gesetz vom 15.4.1930 kontingentierte Einfuhrscheine; aber beide Einrichtungen sollten in dieser Weltagrarkrise stark an Wirkung verlieren. Angesichts der immer stärker sinkenden Weltmarktpreise wurden die Einfuhrscheinmaßnahmen - wie bereits erwähnt - zunehmend eingeschränkt, bis es schließlich dann sogar am 5.7.1930 zur Einstellung der Einfuhrscheine für Roggen kam, weil es der Regierung wirtschaftlicher erschien, den deutschen Roggen planmäßig vom Export zurückzuhalten und stattdessen den Export auf den Binnenmarkt umzulenken (13). So kam es, daß Deutschland nicht mit 60 % am gemeinsamen Roggenexport Deutschlands und Polens während der Laufzeit der Roggenvereinbarung beteiligt war, sondern daß seine Beteiligungsquote am gemeinsamen Export auf 18,1 % sank; nachdem man nämlich noch vom

7.5. bis 6.6.1930 400 000 dz Roggen exportiert hatte (14), ruhte in den folgenden Monaten der Export fast völlig.

Sogleich bei Beginn der 2. Stützungsaktion begann man mit dem Verkauf von Eosinroggen an die agrarische veredelnde Produktion, d.h. hier vornehmlich an die nordwestdeutschen Schweinemäster, die bisher den weitaus größten Teil des nach Deutschland eingeführten Futtergetreides in ihren Mästereien verwendet hatten. Der Anreiz zum Bezug des Eosinroggens anstatt des ausländischen Futtergetreides konnte grundsätzlich in 2 verschiedenen Maßnahmen gewährt werden, einmal durch Barzuschüsse, zum anderen durch die Einführung eines differenzierenden Gerstenzolls in Verbindung mit einer bestimmten Roggenabnahme. Während der 2. Stützungsaktion wählte man die erste Methode. Die GIC gab Eosinroggen zu Preisen ab, die beträchtlich unter den Selbstkostenpreisen lagen. Dennoch kann festgestellt werden, daß die Gewährung von Barzuschüssen zum Bezug des Eosinroggens weit weniger aufwendig war als das System der Einfuhrscheine, bei dem die hohe Preisspanne zwischen Weltmarktroggenpreis und deutschem Binnenmarktroggenpreis vergütet wurde. Ehe man aber wie schon Baade (15) die Eosinroggenmaßnahme als eine "im Rahmen der geschichtlichen Entwicklung der deutschen Roggenpolitik" liegende "fiskalische und volkswirtschaftliche Ersparnis" darstellt, muß vor allem noch der Erfolg der Eosinroggenmaßnahmen sowie vor allem die Konsequenzen dieses Schrittes für die Veredelungswirtschaft dargelegt werden. Und hier erweist sich, daß die angewandte Methode, den Eosinroggen mittels Zuschußmaßnahmen abzusetzen, wenig erfolgreich war, denn trotz Maismonopol und immens gestiegener Zölle für ausländische Futtergetreide ließ der Eosinroggenabsatz zu wünschen übrig, so daß die DHG am Abschluß des alten Erntejahres noch über einen Bestand von 2,4 Millionen dz Roggen (16) verfügte.

Ende August, Anfang September wurde dann die dritte Roggenstützungsaktion eingeleitet, wobei das Bankenkonsortium der GIC den Kredit der DGH so weit erhöhte, daß dieser

insgesamt 90 Millionen RM am 30.8.1930 zu den Stützungskäufen zur Verfügung standen. Damit glaubte man gegen alle Wechselfälle des Getreidemarktes gewappnet zu sein, zumal sich im September der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft (Schiele) endlich entschloß, nicht mehr durch Barzuschüsse den Anreiz für den Eosinroggenabsatz zu gewähren, sondern durch eine Differenzierung des Gerstenzolls, wobei der Abnehmer des Eosinroggens das Recht erhielt, eine entsprechende Menge Gerste zu einem besonders herabgesetzten Zollsatz zu importieren. Diese Maßnahme schien zunächst wenigstens geeignet, den nordwestdeutschen Schweinemästern die Abneigung gegen die Verwendung des Roggens als Futtergetreide etwas "gerstenmäßig zu versüßen", sie schien auf einen Kompromiß zwischen ostdeutscher Getreidewirtschaft und nordwestdeutscher Veredelungswirtschaft hinauszulaufen. Aber diese relativ günstigen Aussichten für den Erfolg einer Stützungsaktion wurden zunichte gemacht durch die Einwirkung politischer Faktoren. Noch in der 2. Augusthälfte war man am Getreidemarkt größtenteils davon überzeugt, daß man bei der Stützungsaktion bemüht sein werde, bis zur Wahl stetig den Roggenpreis in die Höhe zu treiben, um so aus der Roggenstützung eine Wahlstützung zugunsten des Kabinetts Brüning zu machen. Zu augenscheinlich war der Beginn der 3. Stützungsaktion auf die Septemberwahl (14.9.1930) abgestimmt. Demgemäß hielt man im August noch das Angebot zurück. Als aber mit dem Näherücken des Wahltermins jeder noch halbwegs logisch denkende Roggenproduzent annehmen mußte, daß die Preistreiberei allmählich ein Ende nehmen mußte, häuften sich ab dem 9., 10. September die Roggenangebote ungemein. Getrieben vom Wunsch, noch vor Abbruch der hohen Preisentwicklung zu verkaufen, wurden dann in den letzten 5 Börsentagen vor der Wahl 200 000 t Roggen aufgenommen (17), wobei die denkbar unsichere politische Lage noch ein übriges tat, den Verkaufswillen zu stärken. Wer wußte denn, was in den nächsten Wochen sein würde? Vielleicht blieb man auf dem Roggen sitzen oder man konnte ihn nur noch zu stark

gesunkenen Preisen absetzen. Als auch noch nach dem 14. 9.1930 dieser Run anhielt und die finanziellen Mittel der DGH nicht mehr zu den Ankäufen ausreichten, sah man sich am 17.9.1930, wie es vorauszusehen war, gezwungen, die 3. Roggenstützungsaktion abzutreiben, nachdem am 16.9. 1930 noch das Bankenkonsortium eine Erhöhung des Kredites abgelehnt hatte. (Die kurz vor der Wahl eingeleitete Weizenstützungsaktion war bereits am Tage nach der Wahl wieder abgetrieben worden, was für den politischen Charakter derartiger Maßnahmen sprach). So sank auch, wie es vorausgesehen war, der Roggenpreis zunächst auf 17,50 RM für den Durchschnitt der Tage vom 18. bis zum 30. September, um dann schließlich im Monat Oktober auf durchschnittlich 14,70 DM abzusinken (18). Gleichzeitig ging im Oktober 1930 der Eosinroggenabsatz infolge der ungewöhnlichen guten Kartoffelernte zurück. Dennoch bewirkten die Roggenstützungsaktionen bis September 1930, die insgesamt ungefähr 60 Millionen RM Unkosten verursachten (19), eine Verringerung der Roggenbestände von 8 Millionen dz auf 4 Millionen dz (20) und ein relativ stabiles Preisniveau für die Produzenten, das dazu noch weit über den Weltmarktpreisen lag. Da außerdem noch die Hafer-, Roggen- und Gerstenernten zurückgegangen waren und die Getreideeinfuhren daneben durch die hohen Schutzzölle weitgehend gedrosselt wurden, begannen sich etwa ab Mitte Dezember 1930 die Stützungsaktionen wieder einzuspielen und der Eosinroggenabsatz erneut zu beleben. Es gelang nun während der Amtszeit Brüning's weitgehend durch Schutzzölle, Beimischungszwang, Vermahlungszwang, Stützungskäufe und Eosinroggenabsatz in den Gebieten Nordwestdeutschlands den deutschen Getreidemarkt und hier insbesondere seinen wichtigsten Teilmarkt, den Roggenmarkt, von ausländischen Einwirkungen fernzuhalten, so daß das deutsche Getreidebinnenmarktpreisniveau nahezu keinerlei Korrelation mehr zu dem Weltgetreidemarktpreisniveau aufwies. Daher kann bei einer isolierten, von weltwirtschaftlichen, gesamtwirtschaftlichen, historisch-politischen und soziologischen Aspekten abstrahierenden Betrachtungsweise durchaus zunächst die deutsche Getreidepolitik und

hier insbesondere die Roggenpolitik als erfolgreich bezeichnet werden. Berücksichtigt man aber die genannten Aspekte, so kann ein zusammenfassendes Urteil nicht mehr derart positiv ausfallen.

Zunächst sei an die grundlegenden Nachfrageverschiebungen bei den Konsumenten erinnert, Wenn der Brotverbrauch tendenziell stetig abnahm und beim Brot sich die Zusammensetzung immer mehr vom Roggen zum Weizen verschob, dann mußte eine Agrarpolitik, die nicht nur den Getreideanbau im allgemeinen, sondern dazu noch die Roggenproduktion im besonderen durch agrarprotektionistische Maßnahmen schützte, langfristig gesehen verderblich werden, da sie die Produktion den Nachfrageverschiebungen in keiner Weise elastisch anzupassen wußte. Allerdings muß hier sofort einschränkend betont werden, daß alle Regierungen, die vor dem Kabinett Brüning im Amt waren, keinerlei relevante Maßnahmen eingeleitet hatten, um diesen Veränderungen in der Weltagrarnachfrage wie auch in der Weltagrarproduktion (Technisierung, Mechanisierung, Maschinisierung, Spezialisierung) allmählich von seiten der deutschen Landwirtschaft aus gerecht werden zu können. Das Kabinett Brüning aber konnte in einer Weltwirtschaftskrise nicht daran gehen, grundlegende Neuerungen im landwirtschaftlichen Sektor vorzubereiten und einzuführen, zumal ihm durch seine Abhängigkeit vom agrarkonservativen Hindenburg, der eine Umstellung zuungunsten der Getreideproduktion niemals begriffen haben würde, die Hände weitgehend gebunden waren. In einer Zeit, in der es vor allem auch darauf ankam, die ökonomische Depression zu stoppen und eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung einzuleiten, ging es nicht an, weitgespannte Umstrukturierungsprozesse im Agrarsektor in Angriff zu nehmen, die noch zusätzlichen Vertrauensschwund in die Regierung bewirkt hätten, was sich ja bekanntlich durchaus auf den Wirtschaftskreislauf der gesamten Volkswirtschaft überträgt und in den Gewinnerwartungen bzw. in den Investitionen der Unternehmer großen und kleinen Stils seinen

Niederschlag findet. Für solche Maßnahmen aber, die sehr kostspielig sind, erst spät den Gewinn erkennen lassen und zudem in keiner Weise als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sinnvoll durchgeführt werden können, empfiehlt sich als Zeitpunkt der Durchführung die Phase eines konjunkturellen Aufschwunges. Das Kabinett Brüning konnte angesichts der gegebenen ökonomischen und sozialen Verhältnisse sowie angesichts seiner eigenen machtpolitischen Position einfach im Agrarsektor keine umwälzenden Neuerungen vornehmen, ihm blieb ~~ein~~ durch die deutsche politische, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung einschließlich der vom Verfasser erörterten Sonderstellung der deutschen Landwirtschaft und hier insbesondere der ostelbischen Großgrundbesitzer nur ein sehr enger Handlungsspielraum. Wenn je einmal, so galt hier für das Kabinett Brüning die sonst so oft deplaciert wirkende Formulierung von der Politik als der "Kunst des Möglichen", und es muß nun gefragt werden, ob Brüning den geringen Handlungsspielraum, den er im Agrarsektor besaß, auch voll ausnutzte. Inwieweit war es dem Kabinett Brüning möglich, die Agrarpolitik noch so effizient zu gestalten, daß dabei die Lasten für den Konsumenten nicht zu stark wurden und die einzelnen agrarprotektionistischen Maßnahmen möglichst synchron liefen, bestimmte Agrarsektoren von staatlicher Seite nicht bevorzugt wurden und im übrigen die einzelnen Maßnahmen im Rahmen eines Agrarprotektionismus möglichst effizient und so weit als möglich noch irgendwie an den sich wandelnden landwirtschaftlichen Strukturen orientiert waren. In diesem Zusammenhang muß vor allem auf die Auswirkungen der Getreidepolitik auf die Veredelungswirtschaft näher eingegangen werden, da hier in besonders starkem Maße sowohl die Auswirkungen spezieller Maßnahmen in agrarischen Teilsektoren auf den Sektor der gesamten Landwirtschaft, ja der Volkswirtschaft sichtbar wurden, als auch die verhängnisvolle Sonderstellung der ostdeutschen Landwirtschaft sich erneut einer ausgewogenen, sowohl regionale Verschiedenheiten als auch strukturelle Entwicklungstrends gleichermaßen ausgleichenden

bzw. integrierenden Agrarpolitik entgegenstellte (21).

Zunächst einmal mußte jede agrarpolitische Maßnahme der Erhöhung des Getreidezolls zumindest auf 2 Hauptwirkungen der Beeinflussung der Produktion der agrarischen Veredelungswirtschaft hin analysiert werden, wie dies vor allem in den Arbeiten Jasnys (22) so hervorragend geschehen ist. Einmal werden durch einen hohen Getreideschutzzoll diejenigen Produktionszweige in der Landwirtschaft besonders betroffen, die jene zollgeschützten Erzeugnisse als Rohstoff verwerten und sie nur schwer substituieren können. Außerdem wird, da ja in Deutschland wie in allen älteren europäischen industrialisierten Staaten, der Faktor Boden knapp war, der Boden nun primär zur Erzeugung der zollbegünstigten Produkte herangezogen, was im konkreten Fall bedeutet, daß bei Bevorzugung der Getreideproduktion durch Schutzzoll, Stützungskäufe usw., der Futterbau sowie das Wiesen- und Weideland möglichst stark zugunsten des Getreideanbaus eingeschränkt werden.

Vor dem 1. Weltkrieg nun wurden infolge des hohen Roggen- und Haferzolls die tierische Produkte erzeugenden landwirtschaftlichen Betriebe weniger direkt betroffen, da man als Futtermittel Roggen und Hafer durch die mit einem relativ niedrigen Zoll versehene Futtergerste substituieren konnte und Kleie und Ölkuchen sogar vollständig zollfrei waren. Dagegen wurde die Getreideanbaufläche durch die künstlich überhöhte Rentabilität von Roggen und Hafer vor allem weit überproportional ausgedehnt, so daß Deutschland 1913 von der gesamten Fläche seines Acker- und Gartenlandes 59,1 % ausschließlich für die Getreideproduktion verwendete (23). Daß natürlich durch diese hohe Rentabilität des Getreidebaus die Bodenpreise stiegen (besonders in dem Hauptanbaugebiet für Roggen und Hafer in Ostdeutschland) braucht kaum noch betont zu werden, ebenso wenig wie die aus den beiden Entwicklungen resultierende Stärkung der Position der vornehmlich getreideanbauenden ostelbischen Großgrundbesitzer.

Vor allem aber muß auf den Futtermangel hingewiesen werden, der in Deutschland auf Grund der skizzierten Entwicklung entstand und der Deutschland vor dem 1. Weltkrieg nahezu $\frac{3}{4}$ der auf den Weltmarkt strömenden Gerste importieren ließ und aus ihm das erste Importland für Kleie und Ölkuchen machte (23). Nach dem 1. Weltkrieg ging infolge verbesserter Fütterungsmethoden und einer Ausdehnung der Grünlandwirtschaft die Futtermittelknappheit in Deutschland zwar zurück, dennoch blieb die deutsche agrarische Veredelungswirtschaft gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten klar im Hintertreffen; diese nämlich konnten ohne entsprechend hohe Getreidezölle wie Deutschland zu besitzen, von den billigen Weltmarktgetreidepreisen profitieren und billiges Futtergetreide beziehen; da in diesen Ländern die Veredelungswirtschaft nicht wie in Deutschland eindeutig hinter der Getreideproduktion zurückstehen mußte, war sie auch viel aufgeschlossener und wagemutiger gegenüber betriebswirtschaftlichen Rationalisierungen, Neuerungen und Produktionsverbesserungen. Besonders nachteilig wirkte sich dies alles für das Produktionsvolumen der deutschen Milchwirtschaft und der Geflügelwirtschaft aus, denn es waren vor allem Molkereiprodukte (und hier wieder besonders Käse und Butter) sowie Eier, die bei den veredelnden Produkten eingeführt wurden und ihrer auch nach dem Rückgang ihrer Einfuhrquoten in den Jahren der Weltwirtschaftskrise immer noch hohen Importwerte wegen (24) die Handelsbilanz ungünstig beeinflussten. Die Fleischeinfuhr und der Import von lebendem Vieh dagegen waren dank der bereits erwähnten handelspolitischen und veterinärpolizeilichen Maßnahmen stark zusammengeschrumpft (25). Da zudem, wie bereits angeführt, die Aufnahmefähigkeit der Auslandsmärkte für deutsches Getreide (insbesondere Roggen) immer mehr abnahm und die Differenz zwischen Getreideweltmarktpreisen und den Getreidepreisen am deutschen Binnenmarkt sich immer mehr vergrößerte, so daß man sich gezwungen sah, vom System der Einfuhrscheine für den Getreideexport Abstand zu nehmen,

mußte das alte Kompromißsystem der Vorkriegszeit mit seinen hohen Schutzzöllen für Getreide (insbesondere Roggen und Hafer), niedrigen Futtergetreidezöllen und Zollfreiheit für Kleie und Ölkuchen bald versagen. Es gab nun nur noch 2 Alternativen: Entweder man hob nun auch noch die Futtergetreidezölle auf ein Niveau, das in etwa den Getreidezöllen entsprach, um auf diese Weise auf dem deutschen Binnenmarkt einen Absatz für die Getreideüberschüsse (insbesondere Roggenüberschüsse) zu finden oder man setzte die Roggenzölle auf das Niveau der Futtergetreidezölle herab, nahm so einen Preisverfall bei Roggen in Kauf und half mit, die Veredelungswirtschaft mit billigen Rohprodukten zu versorgen und die Lebenshaltungskosten zu senken, freilich auf Kosten der ostelbischen Großagrariere. Da die letztere Alternative die Aufgabe der seit langem nahezu unangefochtenen Sonderstellung der ostelbischen Großgrundbesitzer bedeutet hätte, auf der diese nach wie vor bestanden (29), schied sie von vorneherein aus. Man wählte daher bekanntlich den ersten Weg und trieb die Futtermittelzölle in die Höhe, um so durch vermehrten Eosinroggenabsatz der ostdeutschen Landwirtschaft weiterhin besondere Hilfe zuteil werden zu lassen. Die negativen Auswirkungen für die Veredelungswirtschaft waren unverkennbar:

a.) Auswirkungen auf die Schweinehaltung.

Besonders nachteilig wurde die deutsche Schweinehaltung durch die Getreidepolitik mit hohen Futtermittelzöllen sowie hohen Roggen-, Weizen- und Haferzöllen getroffen. Dies gilt in allererster Linie für die Schweinehaltung in Nordwestdeutschland (Oldenburg, Nordwestfalen, Nordhannover, Schleswig-Holstein), wo sich trotz einer weit schmaleren eigenen Futterbasis (27) als in vielen Teilen Süd- und Ostdeutschlands dank der Gunst vieler Faktoren (27) (u.a. ein dichtes Netz dörflicher und kleinstädtischer Siedlung; die gewaltige Menschenzusammenballung in den Großstädten Nordwestdeutschlands

und im benachbarten Industriegebiet Rheinland Westfalen; günstige Verkehrsbedingungen, die ein billiges Herbeischaffen der bisher mit relativ niedrigen Einfuhrzöllen belasteten Futtermittel ermöglichten) eine Intensität der Schweinemast ergab, die weit über der der anderen Teile Deutschlands lag. Hier in Nordwestdeutschland wurde der ganz überwiegende Teil der Futtergetreideimporte für die Schweinemast verbraucht, wobei bemerkenswert erscheint, daß nicht nur in den sogenannten industriellen Mästereien (=Mästereien ohne, bzw. fast ohne Ackerland), sondern auch durchaus in den Bauernbetrieben mit Schweinezucht, die nach wie vor das Rückgrat der nordwestdeutschen Schweinemast bildeten (28), mit zugekauften Futtermitteln gemästet wurde (29). Deshalb mußte die Futtermittelpolitik nicht nur etwa eine kleine Schicht von Unternehmern, sondern vor allem auch einen Großteil der nordwestdeutschen Bauernschaft treffen, deren Haupteinnahmen aus der Veredelungswirtschaft herrührten. Die Preise für den Eosinroggen bzw. für das Gerste-Eosingemisch (30) lagen oberhalb der Grenze der Futtergetreidepreise, die es den nordwestdeutschen Schweinemästern, die bisher Futtermittel zugekauft hatte, gestattet hätte, einen Preiswettbewerb mit etwa denjenigen Mästern zu bestehen, die ihre Schweine mit wirtschaftseigenen Futtermitteln mästeten. Je ne Mäster aber saßen relativ gleichmäßig verstreut nahezu in all den anderen Teilen Deutschlands. Sie, die vorwiegend Kartoffeln und Hafer verfütterten, sahen nun Vorteile gegenüber den nordwestdeutschen Mästern und vergrößerten dementsprechend die Viehhaltung. Da zudem große Kartoffelernten im Osten die Preise für Speisekartoffeln stark absinken ließen, so daß es für den ostdeutschen Agrarier rentabler war, statt Futterkartoffeln zu verkaufen, diese Hackfrucht durch den Schweinemagen wandern zu lassen, ergab sich von hier aus ein weiterer Grund für eine Ausdehnung der Mastwirtschaft. So stand letztlich einem immer wettbewerbsunfähiger werdenden Nordwesten, ein produktionssteigernder Osten gegenüber. Die Kombination von hohem Futtermittelzoll mit

einem ausgeprägten Schutz für Roggen und Hafer erwies sich also nicht nur als eine Maßnahme zur Stützung des deutschen Getreidepreises, sondern indirekt auch als eine Aktion zur Beeinträchtigung der nordwestdeutschen Landwirtschaft primär zugunsten der ostdeutschen Agrarier, denen sich nun zusätzlich noch verstärkt eine gewinnbringende Möglichkeit der Schweinemast eröffnete. Dieser Sachverhalt spiegelt sich auch in den veränderten Schweinebeständen in den einzelnen Gebieten deutscher Landwirtschaft wieder. So nahm in Nordwestdeutschland (Vergleichsjahre 1927 und 1931) ganz allgemein der Schweinebestand beträchtlich ab, wobei vor allem jene Gebiete stärker betroffen wurden, die früher in besonders hohem Maße Futtermittelabnehmer gewesen waren und auf eigenem Boden keine dem angestrebten Viehbestand entsprechende Futtermittelmenge produzieren konnten (31). In Ostdeutschland dagegen stieg die Schweinehaltung ganz beträchtlich, ebenso nahm in Mitteldeutschland, Süddeutschland und Westdeutschland der Schweinebestand (32) zu, wenn auch in den zuletzt genannten Gebieten diese Entwicklung weniger sprunghaft verlief. Erschwerend kam noch für die nordwestdeutsche Landwirtschaft hinzu, daß trotz der teurer gewordenen Gestehungskosten für die Produkte der Veredelungswirtschaft die Zölle für Schweine und Schweinefleisch genau so wenig wie die Zölle für die anderen tierischen Erzeugnisse auf die Höhe der einschlägigen Getreidezölle zum Schutze der ostdeutschen Landwirtschaft gehoben worden waren, so daß zur Konkurrenzunterlegenheit gegenüber den ostdeutschen Agrariern noch die Konkurrenzunterlegenheit gegenüber den einschlägigen ausländischen Erzeugern trat. Eine solche Erhöhung der entsprechenden Zölle für Tiere und tierische Produkte, die wohl ausländischen Konkurrenzdruck, nicht aber die mittel-, süd- und vor allem die ostdeutsche Konkurrenz in ihrer Vorzugsstellung hätte schwächen können solange noch die hohen Futtermittelgetreidezölle bestanden (33), war einfach schon wegen der daraus resultierenden verstärkten Teuerung der Lebenshaltungskosten, die angesichts von Lohnsenkungen und Arbeitslosigkeit

unverantwortlich gewesen wäre, untragbar. Jasny formuliert hier treffend, daß man beim Roggenschutz (einschließlich der daraus resultierenden hohen Weizen-, Hafer-, Kleie- und Futtergerstenzölle - Anmerkung von Walz) sich so hohe Ziele setzte, daß die Möglichkeit, den Schutz aller anderen Produkte auf die gleiche Höhe zu bringen, wegen Untragbarkeit für die Gesamtwirtschaft von vorneherein ausgeschlossen war. "Denn wenn auch die Zölle für die tierischen Produkte entsprechend den Getreidezöllen erhöht würden und sich alles aufeinander eingespielt hätte, müßte sich eine im Vergleich zur vorkriegszeit mehrfach gesteigerte Belastung der Konsumenten zwangsläufig ergeben, die wiederum auf die Konkurrenzfähigkeit deutscher Industriewaren im Ausland verheerend wirken müßte" (34), und, das sei Jasny ergänzend angefügt, Brünnings Reparationspolitik, die u.a. eine möglichst aktive Handelsbilanz im Interesse eines reibungslosen Transfers erforderte, diametral entgegengelaufen wäre. Hier bestanden also sowohl aus Rücksicht auf die Konsumenten, als auch aus reparationspolitischen Erwägungen Schranken für eine entsprechende Erhöhung des Schweinezolls und der anderen Zölle für tierische Erzeugnisse. Im übrigen wurden schon durch Artikel 3 des Gesetzes über Zolländerungen vom 28.4.1931 die Verteuerungen der Lebenshaltungskosten über ein bestimmtes Maß hinaus unmöglich gemacht (35) und damit, da gewissermaßen traditionell schon der hohe Getreideschutz wesentlich mit zur Teuerung der Lebenshaltungskosten beitrug, den Zollerhöhungen für tierische Erzeugnisse nahezu automatisch eine niedrigere Grenze gesetzt, im Endeffekt aber erreichte man durch jene Maßnahmen zugunsten der ostdeutschen und zuungunsten der nordwestdeutschen Landwirtschaft, daß die nordwestdeutsche Schweinemast, welche in Deutschland damals unbedingt eine Ausnahme - im großen und ganzen durchaus rationell nach modernen ökonomischen Gesichtspunkten betrieben worden war, auf das in Deutschland damals allgemein übliche tiefe Niveau herabsank; ein Niveau, bei dem die Agrarproduzenten weder nach dem ökonomischen Prinzip produzierten, noch sich irgendwie stärker

bemühten, durch Arbeitsteilung, intra- und internationale Kooperation sowie Orientierung am Nachfrager und den ausländischen Konkurrenzproduzenten die Absatz-Ertrags-Relation zu harmonisieren. Der Gedanke einer rationellen Agrarstrukturpolitik als der Voraussetzung jeglicher echten wirtschaftlichen Gesundung im Agrarsektor hatte damit in Deutschland wieder einmal eine Niederlage erlitten.

b.) Auswirkungen auf die Geflügelhaltung, Rindviehhaltung und Milchwirtschaft.

Das nordwestdeutsche Landwirtschaftsgebiet wurde jedoch durch die Schutzmaßnahmen zugunsten der ostdeutschen Getreidewirtschaft nicht nur in der Wettbewerbsfähigkeit seiner Schweinemästerei, sondern auch in der bäuerlichen Geflügelhaltung stark beeinträchtigt. Mit der Verteuerung der Futtermittel und hier insbesondere durch die Schaffung des Maismonopols wurden vor allem die gewerblichen Hühnerzuchtbetriebe, die einen Großteil der nordwestdeutschen Geflügelhaltung ausmachten und darüber hinaus dank ihrer rationellen Wirtschaftung einschließlich ihrer systematischen Verbesserung der Hühnerzucht den anderen Landwirten Deutschlands mit Geflügelhaltung nur als Vorbild dienen konnten, in eine bedenkliche Situation manövriert. Während das Ausland dank billiger Futterkosten und auch infolge eines niedrigen Einfuhrzolles für Eier im Interesse der Konsumenten (Deutschland war neben England das wichtigste Land mit einem Eiereinfuhrbedarf (36)) sein Agrarprodukt weit billiger als die nordwestdeutschen Erzeuger auf den Markt bringen konnte, standen die nordwestdeutschen gewerblichen Eiererzeuger vor dem Zwang, soweit sie nicht hinreichend Futter selbst anbauten, die Geflügelproduktion einzuschränken, was dann auch in nordwestdeutschland, insbesondere in Schleswig-Holstein in größerem Maße geschah (37). Zwar wurde versucht, die unmittelbare Notlage der nordwestdeutschen Geflügelzüchter mittels verbilligter Abgaben von Mais durch die Reichsmaisstelle an die Erzeuger etwas zu lindern, aber die Mengen, welche abgegeben wurden, waren viel zu gering

und der Mengenpreis (unter Einschluß des Zolles) für den Erzeuger noch viel zu hoch, so daß die Wirksamkeit dieser Maßnahme ohne größere Bedeutung blieb (38). Demgegenüber war die Geflügelhaltung in den anderen Gebieten Deutschlands weit weniger stark von den Auswirkungen der hohen Futtermittelzölle und des Maismonopols betroffen; in den nebst Nordwestdeutschland wichtigsten Gebieten mit einem relativ dichten Geflügelstand, nämlich Mittel-, West- und Süddeutschland, wo die Geflügelhaltung vorwiegend in den kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben zu finden war (39), und die Geflügelzucht und -haltung primär eine Nebenbeschäftigung der weiblichen Familienmitglieder darstellte, konnte man bei meist hinreichender eigener Futtergrundlage die Produktion nicht nur aufrechterhalten, sondern sie sogar noch ausdehnen. So stieg etwa von 1928 auf 1931 die Geflügelhaltung in Bayern, Württemberg, Pader und Hessen um 6,82 % bzw. 11,34 %, 5,31 % und 10,42 % (40). Es erfolgte in Deutschland also ähnlich wie im Sektor Schweinemast durch das Zusammenwirken diverser deutscher Agrarschutzzollpraktiken primär zum Schutz der ostdeutschen Landwirtschaft eine Verlagerung der Produktionsschwerpunkte weg von den Gebieten, in denen die Agrarprodukte bisher nach verhältnismäßig rationellen, ökonomisch sinnvollen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung der Vorteile der Spezialisierung und des Gesetzes der komparativen Kosten erzeugt worden waren, hin in jene Gebiete, in denen die landwirtschaftlichen Erzeuger von der Notwendigkeit einer rationellen, modernen landwirtschaftlichen Betriebsführung mit Spezialisierung, Arbeitsteilung, Kooperation usw. wenig oder fast nichts wußten und dementsprechend noch zu teuer produzierten sowohl im Vergleich zu den entsprechenden ausländischen Produzenten als auch im Vergleich zur entsprechenden Produktion bei den nordwestdeutschen Geflügelhaltern, wenn diesen nicht die Zufuhr billiger ausländischer Futtermittel abgeschnitten worden wäre. Entsprechend starke Zollerhöhungen für Geflügelprodukte, insbesondere für Eier, waren, wie bereits erwähnt, schon aus Rücksicht auf die Verbraucher nicht

wünschenswert, so daß weiterhin der Geflügelprodukteimport in einem durchaus nicht notwendig hohem Ausmaß die deutsche Handelsbilanz mittelastete. Zwar schien nämlich, wenn man die Abnahme der Einfuhrüberschüsse bei Eiern in Millionen RM in den Jahren der Wirtschaftskrise feststellte, zunächst alles für einen weitgehenden Importrückgang bei diesem Produkt zu sprechen, aber wenn man berücksichtigt, daß an dem Einfuhrrückgang bei Eiern in Millionen RM primär das gesunkene Preisniveau bei den veredelnden Produkten eine entscheidende Ursache darstellte, ja daß sogar etwa von 1931 auf 1932 die Eierimporte mengenmäßig um etwa 2 % stiegen, sich aber diese Steigerung infolge des sinkenden Preisniveaus nicht nur nicht in einem höheren Betrag in Millionen RM für die Eierimporte niederschlug, sondern sogar die Eiereinfuhrüberschüsse gerechnet in Millionen RM weiter abnahmen, dann kann man erst ermessen, was auf dem Sektor der Geflügelhaltung in Deutschland durch eine mißglückte Agrarpolitik an Chancen verpaßt wurde. Dabei denkt der Verfasser durchaus nicht an stärkere Zollerhöhungen für ausländische Geflügelprodukte. Diese Maßnahmen wären weder im Interesse der deutschen Verbraucher gewesen, die in der Krise ja starke Einkommensminderungen hinnehmen mußten, noch wären damit die durch hohe Futtermittelzölle und das Maismonopol gehandicapten nordwestdeutschen gewerblichen Geflügelproduzenten konkurrenzfähig gegenüber den Geflügelerzeugern in den anderen deutschen Gebieten mit ausreichender eigener Futtermittelgrundlage geworden und hätten so die Verlagerung der Geflügelerzeugungsschwerpunkte in Deutschland mit all den bereits genannten negativen Auswirkungen auf die Effizienz der deutschen Agrarwirtschaft aufhalten können. Vielmehr wäre die einzig vernünftige Möglichkeit zur Erhöhung des deutschen Anteils an der gesamten Konsummenge der Geflügelprodukte (insbesondere Eier) in Deutschland gewesen, eine Verbilligung der Futtermittel durch Zollsenkungen herbeizuführen, bzw. die Reichsmaisstelle in eine Organisation zur Zuweisung von Mais an die gewerblichen Geflügelzüchter zu benutzen. Dies geschah im ersten Falle überhaupt nicht und im

zweiten nur unzureichend, wiewohl bei einer erhöhten Maiszuteilung die Interessen der Ostagrarien keineswegs in so hohem Maße tangiert gewesen wären, wie etwa in der Frage eines hohen Gersten-, Weizen- und Roggenzolles. Damit war eine Chance verspielt. Eine liberale Handhabung der Futtermittelzölle hätte der deutschen Geflügelproduktion nicht nur die Möglichkeit gegeben, billiger zu produzieren und demgemäß auch, ohne eine Erlösminderung, die Produkte billiger an die Verbraucher abgeben zu können. Darüber hinaus hätte sie die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den einschlägigen ausländischen Erzeugern besser wahren können. Ohne daß sie durch handelspolitisch restriktive Maßnahmen, wie eine Erhöhung der Futtermittelzölle bzw. der Einfuhrzölle auf Geflügelprodukte hätte abgestützt werden müssen, hätte sie sich damit einen höheren Lieferanteil für die Gesamtkonsummenge der Geflügelprodukte in Deutschland gesichert und so noch weit stärker zur besseren Gestaltung der deutschen Handelsbilanz beigetragen, als dies etwa durch die hohen Futtermittelzölle erreicht werden konnte. Leider aber hatten die ostelbischen Agrarinteressen wieder einmal gesiegt und so nicht nur die deutsche Schweinemast, sondern auch die deutsche Geflügelproduktion schwer geschädigt.

Außer der Schweinemast und der Geflügelhaltung wurden aber auch die Rindviehhaltung und die Milchwirtschaft von den Auswirkungen der Kombination hoher Weizen-, Roggen- und Haferzölle (einschließlich der einschlägigen Stützungsmaßnahmen) mit hohen Futtermittelzöllen betroffen. So wurde etwa durch den Rückgang der Schweinemast und Geflügelhaltung in den nordwestdeutschen Gebieten die Milchwirtschaft, welche mit dem Wachsen der Geflügelhaltung und der Schweinemästereien zusammen in jenen Gebieten im Aufschwung begriffen und durch die Magermilchverwertung mit den beiden agrarischen Produktionszweigen eng verknüpft war, nicht unerheblich geschädigt. Dies sind aber nicht die einzigen Auswirkungen der deutschen Getreidepolitik auf Deutschlands Produktion an Milch, Molke- und Milchprodukten und Rindvieh, die zusammen mit 4,5 bis 5 Milliarden RM den Löwenanteil an der tierischen Veredelungsproduktion in der Ära Brüning stellten gegenüber etwa Schweinen,

Geflügel und Eiern im Produktionswert von ca. 3 Milliarden RM (41). Nicht nur, daß außer den zollfreien Ölkuchen für die Rindviehfütterung auch Kleie zugekauft wurde, die, mit einem hohen Zoll belegt, erheblich über dem Weltmarktpreisniveau lag. Das wäre wohl noch verhältnismäßig leicht zu verkraften gewesen. Von entscheidender Bedeutung war vielmehr, daß das Rindvieh vornehmlich aus der Produktion der eigenen Scholle ernährt wurde; hier wirkten sich nun die getreideprotektionistischen Maßnahmen der Regierung eindeutig kostensteigernd auf die Produktion und damit nachteilig für den Verbraucher wie auch für die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Agrarproduzenten gegenüber den einschlägigen ausländischen Agrarproduzenten aus. Auch wenn nach dem 1. Weltkrieg die Futtermittelknappheit für Schweinemast und für Rindviehhaltung durch eine Ausdehnung und Verbesserung der Grünlandwirtschaft und verbesserte Fütterungsmethoden zurückgegangen war, so ergab sich doch noch nach wie vor infolge der Knappheit des Produktionsfaktors Boden und des ausgeprägten Schutzes für die deutsche Getreidewirtschaft mit den daraus resultierenden hohen Getreidepreisen, daß das Wiesen- und Weideland sowie der Futteranbau in der Fruchtfolge zu stark gegenüber dem Getreideanbau eingeschränkt wurden, weil eben der Bodenwert durch die Rentabilität, die bei der Erzeugung der am meisten begünstigten Zollprodukte erzielt wurde, bestimmt war. Er (= der Bodenwert) verwandelte sich so für alle anderen Bodenerzeugnisse und die aus ihnen erstellten Produkte in einen wesentlichen Gestehungskostenfaktor. Soweit es sich nicht um Stroh handelte, mußten diese indirekten Wirkungen des Getreidezolls verteuern auf die Eigenproduktion der Futtermittel für das Rindvieh sich auswirken. Hinzu kam, daß die hohen Getreidepreise (insbesondere hier auch die Haferpreise) die Produktionskosten des Heues und des Futter- und Hackfruchtbaues (sofern sich die Produktion der tierischen Produkte nicht ausschließlich auf Weide stützte) über die Kosten der Gespannarbeit direkt die tierischen Erzeugnisse verteuerten. Entsprechend

den dargelegten Zusammenhängen zwischen Getreidepreisniveau und Gestehungskosten der veredelnden agrarischen Produktion hatten in den Agrarzentren der Welt, wo der Agrarprotektionismus längst nicht derart ausgeprägt wie im Deutschen Reich betrieben wurde, die niedrigen Getreidepreise eine Verstärkung des Hackfrucht- und Futterbaues zur Folge; das führte zu einer vermehrten Tierhaltung und schließlich auch zu niedrigeren Preisen für die tierischen Produkte. In Deutschland dagegen sah sich die veredelnde agrarische Produktion bei hohem Getreideschutz nicht in der Lage, mit der ausländischen einschlägigen Produktion in eine Preiskonkurrenz zu treten (von einer Qualitätskonkurrenz mit den hochspezialisierten und rationalisierten Veredelungswirtschaften etwa Dänemarks oder Hollands konnte sowieso nicht die Rede sein). Ein Zollschutz für tierische Erzeugnisse in Höhe der Getreidezölle aber schien mit Rücksicht auf die Lebenshaltungskosten undenkbar in einem Land, in dem auf Grund der Deflationspolitik nicht nur Löhne und Gehälter gesenkt und Werktätige zu Millionen außerhalb des Produktionsprozesses standen. Da sich auch die politischen und gesellschaftlichen Antagonismen zusehends verschärften, verboten sich solche Maßnahmen ebenso aus Gründen der politischen Klugheit. Aber als indirekte Auswirkung der übertriebenen Preisstützungsmaßnahmen ergaben sich dann doch folgende Erscheinungen:

- a.) Eine relative Verteuerung der agrarischen Veredelungsprodukte von Milch, milcherzeugnissen, Rindfleisch usw. und daraus resultierend
- b.) eine erneute Belastung der kaufkraftschwachen Konsumenten,
- c.) eine Einfuhrquote der erwähnten Produkte nach Deutschland, die infolge der Zölle auf die entsprechenden Produkte zwar in den Jahren der Krise gegenüber den 20er Jahren zurückging, die aber immer noch viel zu hoch war. Hingegen hätten liberale Maßnahmen in der Futtermiteleinfuhr (siehe

ier die Auswirkungen auf die Milchwirtschaft in den Gebieten bisheriger Schweinemast) bzw. eine entsprechende Reduzierung der Protektionsmaßnahmen für den Getreidesektor den deutschen Produkten der Veredelungswirtschaft eine bessere Konkurrenzfähigkeit gegenüber den ausländischen Produkten gesichert. Bei gleichbleibenden Zöllen für die entsprechenden Veredelungsprodukte aus jenen Ländern und bei - nach Reduzierung der getreideprotektionistischen Maßnahmen - gesunkenen Gestehungskosten hätte die deutsche Veredelungswirtschaft reelle Chancen besessen, wesentlich stärker zur Versorgung der deutschen Bevölkerung beizutragen. Sie hätte damit auch den hohen Zuschußbedarf aus dem Ausland, den Deutschland hier aufwies, verringert. Es gehört aber zu den Paradoxien der Agrarpolitik des Kabinetts Brüning, daß sie den Getreidesektor, in dem überproduziert und zugleich wenig rationell gewirtschaftet wurde, mit allen Mitteln zu stützen suchte, während sie die agrarische Veredelungswirtschaft eindeutig benachteiligte, die weit stärker nach den Gesichtspunkten der ökonomischen Effizienz strukturiert war und - sieht man einmal von der Entwicklung auf dem Schweinemarkt ab (42a) - auch die vorhandene Nachfrage durch Erzeugnissteigerung noch besser hätte befriedigen können(42).

Das Ergebnis war denn auch dementsprechend. Die Überproduktion im Getreidesektor blieb, und nur eine Kette von kostspieligen Maßnahmen und der Regierung zur Stützung des deutschen Ostens konnte den ostelbischen Großagrarern die Illusion erhalten, daß in der Agrarstruktur des deutschen Ostens keine tiefgreifenden Änderungen erforderlich wären. Diese ökonomisch verfehlte Agrarpolitik war aber für das Kabinett Brüning angesichts der Einflußnahme Hindenburgs und der ostelbischen Großagrarier auf den politischen Entscheidungsprozeß schwer zu umgehen. Wollte Brüning nicht gleich aus Protest demissionieren, so konnte er infolge des Fehlens

einer hinter ihm stehenden aktiven Parlamentsmehrheit diese Einflüsse schwerlich ganz neutralisieren. Die Zeche hatte daher einmal der deutsche Verbraucher zu bezahlen, was umso schmerzhafter war, als sein Einkommen während der Krise im Verhältnis stärker zurückging als die Preise für die agrarischen Konsumgüter; zum anderen die durch die Getreideprotektionistischen Maßnahmen geschädigte deutsche agrarische Veredelungsproduktion, die an der gesamten Agrarwirtschaft wertmäßig einen weit höheren Anteil hatte als etwa die Getreideproduktion (43), weshalb ihre Benachteiligung auch volkswirtschaftlich besonders bedenklich war.

6. Staatliche Maßnahmen zur Verbesserung der Marktorganisation.

Nahezu unbekannt scheint es in der einschlägigen wirtschaftshistorischen Literatur zu sein (1), daß vom Kabinett Brüning auch Maßnahmen zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Marktorganisation erlassen wurden, die durchaus zukunftsgerichtet waren. In diesem Zusammenhang muß vor allem an die reichsgesetzlichen Vorschriften zur Verbesserung der Marktverhältnisse für deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse (2) vom 1.12.1930 und an das Milchgesetz vom 31.7.1930 (3) erinnert werden. Beide Gesetze waren geeignet, die Organisation, Normierung und Standardisierung des agrarischen Angebotes voranzutreiben und so mitzuhelfen, die Stellung der agrarischen Anbieter - die, in zahlreiche Einzelinteressen zerfallen und kaufmännisch weitgehend ungeschult, weder die Gesetze des Agrarmarktes durchschauten, noch der straff organisierten Nachfrage durch den Handel eine ähnliche Organisation von der Angebotsseite her entgegenzusetzen hatten - nicht nur gegenüber dem Handel zu festigen, sondern gleichzeitig auch den Markt transparenter für Anbieter und Nachfrager zu machen und so einen reibungsloseren und schnelleren Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Agrarsektor zu ermöglichen.

a.: Vorschriften zur Verbesserung der Marktverhältnisse für landwirtschaftliche Erzeugnisse (4).

Auf Grund dieser reichsgesetzlichen Vorschriften konnte die Regierung Brüning mit Zustimmung des Reichsrates "Bestimmungen über Handelsklassen für landwirtschaftliche Erzeugnisse einschließlich der Erzeugnisse des Garten- und Weinbaues und der Imkerei sowie für Erzeugnisse der Fischerei erlassen", welche "bezeichnen die Mindestanforderungen, die an die Erzeugnisse der einzelnen Klassen gestellt werden"(5). Außerdem konnte die Regierung mit

Zustimmung des Reichsrates für die waren, für die gesetzliche handelsklassen eingeführt waren, bestimmungen erlassen über die Kennzeichnung der waren und Verpackungen, über einheitliche Verpackung und über die Mengeneinheiten, in denen die waren im Groß- und Einzelhandel gehandelt wurden. Zur Begutachtung der Waren für ihre Einreihung in die gesetzlichen Handelsklassen bildete man nach Bedarf Gutachterstellen, welche gemeinsam von den gesetzlichen berufsvertretungen von Landwirtschaft, Handel und Industrie errichtet und verwaltet wurden.

b.: Das Milchgesetz vom 31.7.1930 (5).

Das Milchgesetz stellt einen Versuch dar, durch eine Verbesserung der Milchmarktorganisation mit allen sich hieraus ergebenden folgen einmal zumindest langfristig die relativ hohen Einfuhrüberschüsse an Molkereiprodukten abzubauen und zum andern diesem allein schon von der Größenordnung her so überaus bedeutsamen sektor der Agrarwirtschaft neue Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen, um so den Absatzschwierigkeiten erfolgreich auf längere Sicht begegnen zu können. Die wesentlichsten Maßnahmebündel dieses sehr umfangreichen Gesetzes sind:

b.1: Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit des verbrauchers.

Es ist u.a. verboten, Milch von tuberkulösen Rindern in den Handel zu bringen. Für Milch von Kühen, die an Maul- und Klauenseuche litten, war eine Behandlung zur Abtötung gefährlicher keime vorgeschrieben. Ferner wurden umfangreiche Vorschriften zur Aufrechterhaltung hygienischer Zustände bei der Milchentnahme, Milchaufbewahrung und beim Milchtransport erlassen.

b.2: Maßnahmen zur Förderung der Qualität.

Hier steht es den obersten Landesbehörden frei, anzuordnen, ob und inwieweit die Milch vor der Abgabe an den Konsumenten noch zu bearbeiten ist (Reinigungs-, Tiefkühlungs-, Erhitzungsverfahren.

b.3: Maßnahmen zur Differenzierung.

Hier wird zwischen Milch- und Markenmilch unterschieden, wobei an letztere dementsprechend auch besondere Qualitätsanforderungen gestellt werden. Diese Einteilung vereinheitlicht den Begriff der Qualitätsmilch für Anbieter und Nachfrager und trägt so durchaus zu einer größeren Transparenz des Milchmarktes bei.

b.4: Konzessionszwang.

Um die Einhaltung der Vorschriften an die Milcherzeugung, -lagerung und -lieferung hinreichend sicherstellen zu können, wurde ein Konzessionszwang eingeführt, dem auch die landwirtschaftlichen Betriebe unterlagen, wenn sie außerhalb der Erzeugungsstätte Milch an den Konsumenten abgaben. Personen, die sachunkundig, krank oder unzuverlässig waren und/oder nicht die entsprechenden Einrichtungen zur Führung einer aufmerksamen Milchwirtschaft aufweisen konnten, sollten von der Milcherzeugung und Milchabgabe ferngehalten werden.

b.5: Zwangsorganisierung.

Im heiß umkämpften § 38 des Milchgesetzes vom 31.7.1930 wurde die Möglichkeit eines zwangsweisen Zusammenschlusses von Erzeugerbetrieben und milchbearbeitenden und verarbeitenden Betrieben zur Regelung der Verwertung und des Absatzes von Milch und Milcherzeugnissen geschaffen (6). Dadurch sollte die Zersplitterung der milchverarbeitenden Industrie in Deutschland (7), die eine Gefahr für die Vereinheitlichung der Qualität der Milch wie auch des Qualitätsniveaus darstellte, soweit wie es jeweils zur Durchführung des Milchgesetzes nötig schien, beseitigt werden. Hiermit aber wurde auch in der Landwirtschaft dazu noch von staatlicher Seite aus, die Notwendigkeit des Zusammenschlusses von Produktions- und Verwertungsbetrieben zu größeren leistungsfähigeren Produktionseinheiten (wenn auch nur im Sektor Milchwirtschaft) anerkannt und ein erster Versuch gemacht, eine Entwicklung, die in der privatwirt-

schaftlichen Industrie schon längst im Gange war (Konzentrationstendenzen), nun auch in einem Sektor der Landwirtschaft zu vollziehen.

Für die Zielsetzung dieser Abhandlung ist es nun vor allem von Bedeutung zu fragen, inwieweit dieses Milchgesetz geeignet war, während der Weltwirtschaftskrise in Deutschland mit zur Verbesserung der Lage auf dem Agrarmarkt etwa im Sinne einer Reduzierung der Importe von Milcherzeugnissen und einer Steigerung der Milchproduktion, bzw. einer vermehrten Nachfrage nach Milch- und Molkereiprodukten beizutragen. Und hier zeigt sich schnell, daß dem Milchgesetz keine größere Bedeutung für die unmittelbare Verbesserung der konjunkturellen Situation zukam. Nicht nur, daß seine wichtigsten Bestimmungen erst sehr spät, nämlich am 1.1. 1932, in Kraft traten; es waren vor allem Faktoren von der Nachfrageseite, die dieses Gesetz ungeeignet erscheinen ließen, während der Krise konjunkturelle Antriebskräfte zu induzieren. Denn in Zeiten der Arbeitslosigkeit und rapiden Lohnrückgänge, vor dem Hintergrund einer ständig fortschreitenden politischen und sozialen Verwirrung waren die breiten Schichten der Nachfrager sowohl wegen des rapiden Einkommensschwundes (Nachfrage u.a. als Funktion des Einkommens) als auch wegen einer durch die ökonomische, soziale und politische Krise bedingten stark herabgeminderten Zukunftserwartung (Nachfrage u.a. auch als Funktion des erwarteten Einkommens) und schließlich wegen den aus dem Zusammenspiel von sinkender Kaufkraft mit den psychologischen Reaktionen des Konsumenten auf die politische, soziale und gesellschaftliche Krise sich ergebenden Wandlungen der Bedarfsstruktur, die ebenfalls mit die Nachfrage bestimmen, weder geneigt, die Nachfrage nach Milch und Molkereiprodukten zu steigern, noch für eine bessere Qualität des Produkts höhere Preise zu zahlen, wie dies Solmssen vom Milchgesetz erwartete (8). In solchen schweren Krisenzeiten war das Denken des Durchschnittsverbrauchers von der Sorge um den Arbeitsplatz, vom Wunsch, bei sparsamster Lebensführung sich und die Familie über

Wasser zu halten, sowie von der sich immer gefährlicher zuspitzenden politischen Situation in Anspruch genommen. Für den Wunsch nach höherer Qualität der Milch- und Molkereiprodukte, die man notfalls auch mit entsprechenden Preisen zu bezahlen bereit war, sowie für eine Nachfrageintensivierung nach Milch- und Molkereiprodukten erwies sich daher die damalige Situation als denkbar ungeeignet. So konnte denn auch das Inkrafttreten des Milchgesetzes während der Krise nicht den weiteren Preisfall von Milch und Molkereiprodukten vermindern (vgl. Abschnitt 4 in diesem Paragraphen), ja die Butterpreise erreichten im Februar 1933, also mehr als ein Jahr nach Inkrafttreten des Milchgesetzes, beispielsweise den tiefsten Stand in der Nachkriegszeit (9). Auch die Anlieferung von Milch an die Molkereien war 1932 nicht höher als 1931 (10) und ebensowenig ging die Einfuhr von Molkereiprodukten 1932 prozentual wesentlich stärker zurück als 1931 (11).

Damit konnte das Milchgesetz genauso wenig wie etwa die Vorschriften zur Verbesserung der Marktverhältnisse für landwirtschaftliche Erzeugung unmittelbar konjunkturantreibende Kräfte induzieren. Darüber darf aber keineswegs vergessen werden, daß diese Maßnahmen sich langfristig durchaus positiv im Sinne einer Standardisierung und Qualitätsverbesserung auf dem Agrarmarkt sowie einer größeren Markttransparenz auswirkten und demgemäß auch mithalfen, den Agrarsektor besser den Strukturgesetzmäßigkeiten der modernen Industriegesellschaft und ihrem Zwang zur Durchorganisierung, Standardisierung und Normierung anzupassen. Nicht umsonst knüpfte die sogenannte landwirtschaftliche Marktordnung des Nationalsozialismus in ihrem Grundgedanken an das Milchgesetz an und nicht umsonst konnten die nach dem 2. Weltkrieg erlassenen Marktordnungsgesetze teilweise auf dem Milchgesetz aufbauen.

§ 5

Maßnahmen zur Entschuldung (Umschuldung (1)).

Nachdem wir die Hauptproblemkreise bei den Maßnahmen zur Beeinflussung des ausländischen Agrarangebotes und der inländischen Nachfrage nach Agrarprodukten erörtert haben, soll nun das zweite von den drei Hauptmaßnahmebündeln der Agrarpolitik des Kabinetts Brüning (Zollpolitik und Stützungsaktionen; Maßnahmen der Umschuldung; landwirtschaftliches Siedlungswesen), nämlich die Maßnahmen zur Umschuldung vom Verfasser analysiert werden.

1. Vorbemerkungen zum Zusammenhang von Kapitalbildung und und landwirtschaftlicher Verschuldung (2).

Bei zunehmender Intensivierung und Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion kommt vor allem in den alten europäischen Industrieländern, wo der Produktionsfaktor Boden relativ knapp ist, neben dem Faktor Arbeit in immer stärkerem Maße dem Produktionsfaktor Kapital in bezug auf eine Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft entscheidende Bedeutung zu (3). Man vergegenwärtige sich nur einmal, wie entscheidend die Verwendung moderner rationeller Maschinen und Geräte, verbesserter Düngemittel und hochwertigen Pflanzen- und Saatgutes bzw. Tierrassen in der Landwirtschaft ist, dann kann man die Bedeutung des Faktors Kapital gar nicht hoch genug veranschlagen. Demgemäß ist auch die Kapitalbildung in der Landwirtschaft beträchtlich, zumal die Produktionsüberschüsse normalerweise sofort wieder in den Wirtschaftsprozeß gesteckt werden. Weil jedoch in Zusammenhang mit der Landflucht und Erbenabfindung eine erhebliche Kapitalabwanderung aus der Landwirtschaft stattfindet und der Landwirt oft unter dem Druck von Umstellungsschwierigkeiten steht, die meist durch Verschiebungen in der Nachfrage hervorgerufen werden, und die wegen der relativ geringen Angebotselastizität der Landwirtschaft wie auch teilweise wegen der ungenügenden

betriebswirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Kenntnisse oft nur schwer und unter hoher Kapitalvergeudung bewältigt werden können, sind die Kapitalzuwächse oft nicht ausreichend, um eine hinreichende Kapitalintensivierung des landwirtschaftlichen Betriebes zu erzielen. Eine leichtere Verschuldung in der Landwirtschaft wird deshalb von der modernen ökonomischen Theorie sogar als ein Zeichen der Fortschrittlichkeit gewertet. Da das Attribut fortschrittlich auf die seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bis in die Zeit des Nationalsozialismus hochverschuldete deutsche Landwirtschaft nicht zutrifft, werden zunächst die Wurzeln für jene Verschuldung in aller Kürze zu klären sein, ehe die Umschuldungsmaßnahmen des Kabinetts Brüning problemgerecht analysiert werden können.

2. Die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft vor dem 1. Weltkrieg.

Nach dem Steinschen Oktoberedikt von 1807, welches den Güterhandel in großem Ausmaß zuließ, bahnten sich in der ostdeutschen Agrarwirtschaft häufige Besitzwechsel und tiefgreifende Besitzverschiebungen an, in deren Verlauf allmählich immer mehr neben den adeligen der bürgerliche Großgrundbesitzer trat. Diese Entwicklung wurde durch die erste größere Agrarkrise von etwa 1818 bis 1824, die im wesentlichen eine Anpassungskrise an den Nachkriegszustand nach der endgültigen Niederlage Napoleons darstellte (5), noch beschleunigt und führte zu einer hohen Belastung des Bodens bzw. einem starken Ansteigen der Bodenpreise. Dabei blieben mit zunehmendem Steigen der Bodenpreise in immer größerem Umfang die Schuldenlast unökonomisch erhöhende Restkaufgelder bestehen. Sie machten schon vor Ablauf des 19. Jahrhunderts schätzungsweise etwa 40 % am gesamten Immobiliarkredit aus (6), an dem außerdem die Lasten, die sich aus den mit den steigenden Bodenpreisen steigenden Erbabfindungen ergaben, ebenfalls einen hohen Anteil stellten. Die langfristig steigenden Preise für die Agrarprodukte und die infolge rationellerer, ökonomischer Agrarproduktionsmethoden steigenden Bodenerträge taten ein übriges, den Bodenverkauf zu forcieren, wobei die Investitionen in der ostdeutschen Landwirtschaft allmählich immer weniger aus eigenen Betriebsmitteln bereitgestellt werden und z.T. mit Hilfe der Pfandbriefanstalten auf dem Weg über hypothekarische Belastungen erstellt werden konnten. Gefährlich mußte der hohe Anteil des unproduktiven Besitzkredits am Immobiliarkredit aber dann werden, wenn aus irgendwelchen Ursachen die Erträge sanken, die Bodenrente abnahm und die Nachfrage nach Grundbesitz sank. So brachte schon die Agrarkrise im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, welche ihre entscheidenden Ursachen in den Verkehrsverbesserungen, die den Transport billiger Agrarprodukte in die alten Industrieländer ermöglichten, und in

den ungeheueren Kolonisationsmöglichkeiten in den neuerschlossenen Gebieten hatte (7), zahlreiche Landwirte, welche den Boden relativ teuer erstanden und hoch belastet hatten, in eine kritische Situation. Aber der industrielle Aufschwung mit seinem Trend zur Rationalisierung und Mechanisierung sowie die den industriellen Aufschwung begleitende starke Wachstumsrate der Bevölkerung sorgten, da mit zunehmender Industrialisierung der industrielle Produktivitätseffekt immer stärker den Bevölkerungswachstumseffekt übertraf, sowohl für eine Hebung der Kaufkraft der einzelnen Nachfrager, als auch für eine quantitative Vermehrung der Nachfragerzahl und trugen so neben der sich allmählich stärker akzentuierenden Agrarschutzzollpolitik dazu bei, daß diese Agrarkrise relativ gut überwunden wurde. Auf der Basis einer starken Kapitalneubildung standen auch in der Landwirtschaft selbst (8) dann über den Weg der Spareinlagen bei den ländlichen Spar- und Darlehenskassen der Landwirtschaft kurzfristige Personalkredite reichlich zur Verfügung. Außerdem konnten bei ständig steigender Kapitalzunahme in der deutschen Landwirtschaft die Landwirte Realkredit zu billigem Zins und ohne Steigerung durch Risikoprämien bei Landschaften, Landesbanken, Hypothekentanken, Sparkassen und Genossenschaften aufnehmen. Beckmann faßt die Agrarkreditsituation für die Zeit vor dem 1. Weltkrieg treffend in folgenden Sätzen zusammen: "Aus welcher Quelle auch immer vor dem Kriege Kredit geschöpft wurde, stets war der Ertrag aus dem aufgenommenen Kredit, die Rente, größer als der zu entrichtende Zins. Eine Ausnahme bildete nur der Besitzkredit Aber Betriebs- und Meliorationskredite waren schlechthin bei jenen Zinsen rentabel. Auch damals hatte der Bauer keine scharfe Kalkulation, aber er kannte erfahrungsgemäß bei jahrzehntelang gleichen Zinsen und ruhigen Preisen zahlreiche Fälle produktiven Kredits, denen er sich ruhig anvertrauen konnte (9)." So zehrte also in der Zeit vor dem 1. Weltkrieg die deutsche Landwirtschaft noch von der fortschreitenden Industrialisierung bzw. von der vom Verfasser bereits hinreichend analysierten Sonderstellung im

Staat, die man ihr einzuräumen bereit war. Beides wirkte danin, ehend zusammen, daß stark Agrarschutzzollpolitik und industriellem Aufschwung mit den Konsequenzen einer Nachfrageausweitung - und intensivierung eine langfristige Agrarstrukturpolitik, welche sich an den langfristigen Tendenzen der Industrialisierungsprozesse in den Hauptindustrielländern der Welt wie auch an der Entwicklung der Weltagrarmärkte zu orientieren gehabt hätte, unterblieb und daß, in Analogie zum politischen Bereich, wo die Bürger nicht gelernt hatten, die Zentren der politischen Machtausübung selbst zu steuern und stattdessen sich in Sicherheit wiegend, auf "Das Deutsche Reich" und seine Repräsentanten vertrauten, der Landwirt zumeist unfähig blieb, große agrarökonomische Zusammenhänge wenigstens in Ansätzen zu erkennen und seinen Betrieb nach dem Gesichtspunkt scharfer Kosten-Erlös-Kalkulation zu führen. Stattdessen erwartete und forderte er die Unterstützung des Staates bei allen spezifisch eigenen Interessen ohne Berücksichtigung möglicher Interessenkollisionen mit anderen Interessengruppierungen. Auf jeden Fall bewirkten Agrarschutzzölle und die zunehmende Nachfrage von Seiten einer immer größer werdenden Konsumentenschicht zusammen mit den sich aus der starken Kapitalzunahme der deutschen Wirtschaft ergebenden günstigen Wirkungen auf den landwirtschaftlichen Kredit und die Zinshöhe, daß für die Zeit vor dem 1. Weltkrieg noch nicht von einer Überschuldung der Landwirtschaft gesprochen werden kann. Die Verschuldung überstieg noch keinen zu hohen Prozentsatz der gesamten Aktiven, wenn sich auch bereits hier das Wohlstandsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland bedenklich bemerkbar machte (10). Wie schon erwähnt, war der Ertrag aus dem aufgenommenen Kredit normalerweise noch größer als der zu entrichtende Zins.

3. Die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft vom 1. Weltkrieg bis in die Ära Brüning.

Während vor dem 1. Weltkrieg es die Regel darstellte, daß für den Landwirt der Ertrag aus dem aufgenommenen Kredit größer als der zu entrichtende Zins war, lag in der Nachkriegszeit bereits vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise die Situation genau umgekehrt. Beckmann konstatiert 1928: "Die Kapitalrente der Landwirtschaft liegt weit unter dem Zins. Bei diesen Zinsen Kredit nehmen, heißt sich selbst den Hals abschneiden. Dabei spielt die technische Kunst überhaupt keine Rolle mehr. Daher bedeutet der Kredit zu oft eine dauernde Zubeiße aus dem Betrieb an den Kapitalbesitzer. Er ist eine einmalige Entlastung, aber eine dauernde größere Belastung, da die Zinsen höher bleiben, als die Rente (11)". Diese gefährliche Situation des landwirtschaftlichen Kreditwesens in den 1920ern wird besonders deutlich, wenn man das Verhältnis des Zinsendienstes zum Reinertrag in den landwirtschaftlichen Gebieten erfaßt (12). Zählt man z.B. für die Jahre 1927/28 und 1928/29 die landwirtschaftlichen Betriebe ohne Reinertrag und die Betriebe, bei denen der Zinsendienst den Reinertrag überstieg, zusammen, so ergibt sich, daß in Ostdeutschland bereits 68,3 bzw. 60,0 %, im Westen und Süden Deutschlands 56,8 bzw. 49,3 % aller landwirtschaftlichen Betriebe total überlastet waren (13). Da man außerdem auch bereits die Betriebe, bei denen der Zinsendienst mehr als die Hälfte des Reinertrages ausmachte, als schwer gefährdet ansehen muß, ergab sich für jene Jahre (und dies schon vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise !), daß im Osten 79,9 und 79,1 % aller Betriebe und im Westen und Süden 67,9 bzw. 64,6 % aller Betriebe als stark gefährdet angesehen werden mußten (14), wobei bei zunehmenden Betriebsgrößen die betriebliche Belastung stieg und zwar im Osten stärker als in West- und Süddeutschland (15). Diese Kreditbelastung der deutschen Landwirtschaft spiegelt sich auch in der Entwicklung der Verschuldung der deutschen Landwirtschaft nach der Inflation wieder; nachdem die Realverschuldung der deutschen Landwirtschaft, die 1913 noch

13 Milliarden M betragen hatte (16), wegen der Inflation von 1923 und der nachfolgenden Aufwertung auf etwa 3,5 Milliarden RM zurückgegangen war (17), stieg sie in den folgenden Jahren wieder so rasch und kontinuierlich an, daß Ende Dezember 1930 die Gesamtverschuldung der deutschen Landwirtschaft bereits rund 11,67 Milliarden RM betrug (18), wobei weitweniger als in der Vorkriegszeit etwa Belastungen aus Gutsübertragungen, Erbgeldern usw. an der Gesamtschuld beteiligt waren, als vielmehr Realkredite, Kredite mittlerer Laufzeit und kurzfristige Kredite (19). Zwar lag 1930 die Gesamtverschuldung (läßt man die Geldwertänderung außer Betracht) damit immer noch etwas unter der Vorkriegsverschuldung, aber letztere hatte sich erst im Laufe von Generationen ergeben, während nun die Verschuldung in den wenigen Jahren nach der Inflation bereits derart gewaltige Dimensionen angenommen hatte. Zudem kam, wie bereits angedeutet, erschwerend hinzu, daß die Zinsbelastungen infolge stark gestiegener Zinssätze weit höher als vor dem Krieg lagen (19a). Wegen der immer mehr sich verschärfenden Agrarkrise und der allgemeinen Wirtschaftskrise gestaltete sich die Ertragssituation bei tendenziell sinkenden Preisen, Nachfragerückgang und einer stetig sich vergrößernden Preisschere zwischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsgütern der Landwirtschaft immer ungünstiger (20). Auch die Zusammensetzung der Verschuldung war weit ungünstiger als vor dem Kriege. Damals bestanden die Verpflichtungen der Landwirte fast ausschließlich aus langfristigen Hypothekenkrediten, während in den 20er Jahren die kurzfristigen Kredite (obgleich sie gegen Ende der 20er allmählich gegenüber den ~~den~~ Realkrediten rückläufig waren) einen viel zu hohen Prozentsatz an der Gesamtverschuldung ausmachten (21). Daß die Verschuldung im Osten weit größer war als in Westdeutschland (22), muß nach all unseren bisherigen Erörterungen kaum noch besonders erwähnt werden. Die Statistiken über die regionale landwirtschaftliche Verschuldung in

Deutschland gemessen in v. H. des Einheitswertes ergänzen hervorragend noch das statistische Material über das Verhältnis von Zinsendienst und Reinertrag in der Landwirtschaft in den verschiedenen Regionen Deutschlands.

4. Die Ursachen der Neuverschuldung der deutschen Landwirtschaft nach dem 1. Weltkrieg.

Wenn wir im folgenden einzelne Ursachenbündel für die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft nach dem 1. Weltkrieg erläutern, so müssen wir uns dabei ständig vergegenwärtigen, daß all diese Gründe erst deshalb voll wirksam werden konnten, weil die Ertragssituation in der Landwirtschaft sich im industriellen Zeitalter im Vergleich mit dem industriewirtschaftlichen Sektor auf lange Sicht tendenziell immer ungünstiger gestaltet, wenn es die Landwirtschaft nicht versteht, sich rechtzeitig den Strukturwandlungen der Industriegesellschaft anzupassen und nicht nur zu modernisieren, sondern auch sich am Markt zu orientieren, nach einer im Rahmen des Möglichen relativ hohen Angebotsflexibilität zu trachten und so weit als irgend möglich den landwirtschaftlichen Betrieb nach kaufmännischen Erwägungen zu führen. Da einzelne, mehrere oder in manchen Ländern nahezu all diese Anforderungen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts nicht oder nur unzureichend erfüllt wurden, kam es zu jenen Anzeichen landwirtschaftlicher Überproduktion mit einem Sinken der Agrarpreise sowie einem immer stärkeren Auseinanderklaffen der Preisschere zwischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und industriellen Bedarfsgütern für die Landwirtschaft. Erst angesichts jener tendenziell gesehen ungünstigen Ertragssituation der Landwirtschaft auf lange Sicht infolge nicht oder nur unzureichend bewältigter Strukturwandlungen gewinnen die im folgenden erläuterten Ursachen ihre große Relevanz; bei einer auf lange Sicht tendenziell mit hohen Ertragsüberschüssen wirtschaftenden Landwirtschaft hätten Verschuldungsursachen wie die Kriegszwangswirtschaft, Inflation usw. weit weniger sich ausgewirkt.

a.) Kriegszwangswirtschaft und Inflation.

Durch die Zwangswirtschaft des Krieges mit einem weitgehenden Ablieferungszwang für Agrarprodukte

geschah eine Zwangsliquidierung großen Stils, erfolgte in beträchtlichem Ausmaß eine Umwandlung des Sachkapitals in Geldkapital. Weil sich nun sofort seit 1918 an die Zwangswirtschaft eine Inflation anschloß, ja beide Vorgänge sogar bis 1921 einander überlappten, wurde auch nach Kriegsende dieses Geldkapital nicht in Sachkapital zurückverwandelt. Die Flucht in den Sachwert blieb nämlich während der Inflation relativ gering, weil die so augenscheinlich steigenden Preise bei den Agrarprodukten in Verbindung mit dem mangelnden ökonomischen Weitblick weiter Kreise der Bauernschaft die Agrarier weit weniger vorsichtig als etwa die Industriellen agieren ließ und sie zu erhöhten Verkäufen veranlaßte, was sich besonders nachteilig auf die Viehbestände auswirkte. Seit 1923 versuchte man energisch, das in Krieg und Inflation verlorene Sachkapital wieder zurückzugewinnen, bzw. das mit dem Ende der Inflation vernichtete flüssige Betriebskapital zu ersetzen. Die Betriebe konnten aber ihre Substanz kaum erheblich vermehren. So wurden von den Krediten an die Landwirtschaft im Wert von 6,8 Milliarden RM während der Jahre 1924 bis 1928 nur 2,4 Milliarden RM zu Neuinvestierungen verwendet, während 4,4 Milliarden RM im wesentlichen zum Ausgleich der Fehlbeträge gebraucht wurden (22a), also nicht im eigentlichen Sinne produktiv verwendet werden konnten. Daß dem so war, ist neben kriegszwangswirtschaft und Inflation u.a. auch auf die Wirkung der Währungsstabilisierung und der daran anschließenden Steuerpolitik zurückzuführen.

b.) Wirkungen der Währungsstabilisierung und der daran anknüpfenden Steuerpolitik.

Während die Industrie bereits längst vor der Stabilisierung auf allen Märkten zur Goldrechnung übergegangen war, bezahlten die Landwirte noch in Papiermark, was zur Folge hatte, daß der Erlös für die agrarischen Produkte der Entwertung verfiel, so daß nicht nur die Bildung neuen Sachkapitals unterblieb, sondern zunächst der Entkapitalisierungsprozeß verstärkt wurde.

Da auch die Umstellung des Löhnertums vom Natural- zum Goldlohn früher kam als die Goldrechnung für die Agrarprodukte, ergab sich auch von dieser Seite her zunächst eine weitere Entkapitalisierung. Durch diese Umstellung ergab sich nämlich eine beträchtliche Lohnerhöhung (sie wird von Beckmann für den Westen auf 400.- 500 %, für den Osten auf 300 % geschätzt (22b)). Sie konnte von den durch die Inflation von Betriebskapital in Geldform weitgehend entblößten Landwirten oft nur durch den Verkauf von Betriebsmitteln getragen werden.

Die Goldsteuern brachten schließlich eine letzte Intensivierung des Entkapitalisationsprozesses. Da wegen der Durchführung der Währungsreform die Belastung mit öffentlichen Ausgaben weit stärker als in der Vorkriegszeit war, stiegen die Goldsteuern stark an; so stark, daß sie weit über den laufenden Ertrag hinausgingen. Um die Belastungen aus Goldlohn, Goldsteuern und der Umrechnung der Papiermarkt tragbarer zu machen, wurden nicht nur von den Landwirten die Getreidereserven aus den Ernten von 1922 und 1923 auf den Markt geworfen, vielmehr leiteten die Belastungen einen starken Ausverkauf der Betriebsmittel überhaupt ein, der bis Anfang 1925 dauerte. Dabei suchten die Landwirte unter dem Druck der Auswirkungen der Stabilisierung und der Steuerpolitik, welche die liquiden Mittel bald völlig aufgezehrt hatte, immer mehr Agrarprodukte auf den Markt zu bringen. Sie lösten dadurch eine Agrarbaissé aus, welche den Ausverkauf drängender werden ließ, was wiederum die Preise weiter sinken ließ usw. Dieser Entkapitalisierungsprozeß kommt Ende 1924, Anfang 1925 erst dann zu einem vorläufigen Abschluß, als alle flüssigen Mittel verbraucht worden sind und einfach nichts mehr liquidiert werden kann. Das war nun die Ausgangssituation für die (am Schluß des Absatz a: Kriegszwangswirtschaft und Inflation) bereits erwähnte starke Kreditnachfrage der Landwirtschaft in den 20er Jahren. Aus den bereits erläuterten Gründen der mangelnden strukturellen Anpassungsfähigkeit an die sich wandelnden Gegebenheiten des Industriestaates sowie wegen der durch Krieg, Inflation und Währungsstabilisierung

besonders schlechten Ausgangssituation waren die Möglichkeiten für ein langfristiges Überschußwirtschaften gering. In der folgenden Zeit mußten sich deshalb die Landwirte immer stärker verschulden. Diese Entwicklung wurde dann noch durch die große Wirtschaftskrise beschleunigt, weil infolge der geringen Exportmöglichkeiten für Agrarprodukte und der Unmöglichkeit, durch weitere Verminderung des Imports im fortgeschrittenen Stadium der Krise (Ende 1931, 1932/33) eine Ausweichmöglichkeit für die inländischen Nachfrage zu schaffen, eine nahezu "völlige Abhängigkeit des landwirtschaftlichen Einkommens von der jeweiligen Kaufkraft der Verbraucher" (23) gegeben war und diese Kaufkraft dank einer rigorosen Deflationspolitik, die einen Verelendungsprozeß zur Folge hatte, ständig absank (24).

5. Umschuldungsmaßnahmen in der Ara Brüning.

5.1. Umschuldungsmaßnahmen in der Zeit vor Brüning (25).

Bereits einleitend müssen wir nachdrücklich betonen, daß die Umschuldungsmaßnahmen in der Weimarer Republik verbunden mit verschiedenen anderen Maßnahmen (Siedlungswesen, Verbesserung der Infrastruktur, Zinsverbilligung) zur Verbesserung der Agrarsituation, fast ausschließlich die Gebiete Ostdeutschlands betrafen.

- a: Schon seit 1922 waren öffentliche Mittel eingesetzt worden, um den durch die neue Grenzziehung als Ergebnis des Versailler Friedens in unmittelbare Mitleidschaft gezogenen engeren Grenzgebieten zu helfen. Dabei wurde ein mehrjähriges Ostpreußenprogramm in die Wege geleitet, bei dessen Durchführung über 300 Millionen RM aus Reichsmitteln nach Ostpreußen flossen und dort vor allem zur Verbesserung der Infrastruktur verwendet wurden.
- b: 1926 wurde dann im Etat des Reichsfinanzministeriums ein besonderer Ostfonds eingerichtet, dessen Mittel vor allem zur Verbesserung der Infrastruktur sowie zur Zinsverbilligung für Realkredite im deutschen Osten bestimmt waren.
- c: Am 3.12.1927 trat dann bereits Hindenburg, dem man wenige Wochen vorher das ostpreußische Gut Neudeck geschenkt hatte, auf den Plan und forderte in einem Brief an den damaligen Reichskanzler Marx (26) für die ostpreußische Landschaft Hilfsmaßnahmen, da das Land in der verzweifelte Notlage den Mut zur Selbstbehauptung zu verlieren drohe und so eines Tages eine Beute der immer auf der Lauer liegenden polnischen Nachbarn zu werden drohe. Aus diesem Grunde müsse Ostpreußen vor allen anderen Gebieten Deutschlands besondere wirtschaftliche Hilfe zuteil werden.

Damit war wieder einmal in bewährter Manier ostpreußisches Klasseninteresse (nämlich das der Großagrarier) über das Interesse anderer Gruppen, wie auch anderer Gebiete gestellt und zur Vertuschung des wahren Sachverhaltes mit dem Mantelchen des nationalen Interesses (Maßnahmen zum Schutz gegen die polnische Gefahr) kaschiert worden. Bezeichnend erscheint es, wenn Hindenburg entgegen den tatsächlichen Besitzverhältnissen betont, die ostpreußische Landschaft sei nur zu einem Viertel in den Händen des Großgrundbesitzes, während in realiter doch die Großgrundbesitzer (= Grundbesitzer mit mindestens 100 ha Land) ungefähr 45 % des Landes in den Händen hatten (27). Mit diesem Schritt Hindenburgs, der aus der Sicht einer parlamentarischen Demokratie eine Einmischung in die Richtlinienkompetenz des Reichskanzlers darstellte, hatte - darin stimmt der Verfasser mit G. Schulz überein - der Reichspräsident in "ideeller wie in sachlicher Hinsicht die Forderungen der Provinz zu seinen eigenen gemacht, hatte er sich mit ihren Eingaben und Protesten identifiziert und war er in jedem Sinn des Wortes ihr Repräsentant geworden" (28). Damit ließ sich bereits erahnen, zu welchen unkontrollierten, dem demokratischen Öffentlichkeitsgebot entzogenen Einflußnahmen auf die Regierung dieser Präsident noch schreiten würde, wenn nur die Regierung keinen überzeugenden Rückhalt im Parlament aufzeigen konnte.

- d: Ab 1928 beteiligte sich dann das Reich an den Umschulungsmaßnahmen in den Ostgebieten, zunächst nur durch die Übernahme von Bürgschaften, ab 1928 auch durch Vorschüsse. Dabei fällt, auch wenn man die höhere und auch häufigere Verschuldung in den landwirtschaftlichen Großbetrieben berücksichtigt, besonders auf, wie einseitig doch die Großbetriebe und hier wiederum der größte Besitz bei diesen Maßnahmen gegenüber den Mittel- und Kleinbetrieben bevorzugt wurden (29).

e: Zu einer Zeit dann, als durch die Diskussionen über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen im Reichstag und den Abschluß eines Wirtschaftsabkommens mit Polen (30) in den nationalistischen Kreisen des deutschen Ostens die Emotionen wieder stark angefacht wurden (31), griff Hindenburg erneut in die Auseinandersetzung um die Hilfsmaßnahmen für den deutschen Osten ein. In einem offenen Brief an den Reichskanzler H. Müller (SPD) vom 18.3.1930 verband Hindenburg (32) mit seiner Zustimmung zum Liquidationsabkommen nun die Aufforderung an das Kabinett Müller, eine wirksame finanzielle Hilfsaktion für den Osten einzuleiten. Die finanziellen Aufwendungen sollten, getreu dem Plan Paul Silverbergs (Einzelheiten werden noch erörtert), durch Mittel der Industrieumlage und die Einnahmen aus Zollerhöhungen erbracht werden. Nach Hindenburg war es "billig und recht und auch zur Beseitigung der Mißstimmung im Zusammenhang mit dem deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen geeignet (man beachte erneut die geschickte Verknüpfung von nationalen bis nationalistischen Bewußtseinsinhalten mit handfesten gesellschaftlichen Gruppeninteressen), wenn nun in diesen Notjahren der Landwirtschaft von der Industrie ein gewisser Ausgleich gewährt wird." Zum Schluß betonte Hindenburg noch einmal ausdrücklich, neben der Sanierung der Finanzen müsse nun entschlossen an die Gesundung der deutschen Landwirtschaft und an die Wiederaufrichtung des zusammenbrechenden Ostens herangegangen werden (33).

Mit diesem Brief Hindenburgs, der nochmals eindringlich dessen Wendung zur direkten Einflußnahme auf den politischen Entscheidungsprozeß dokumentiert, und der von Hindenburgs Staatssekretär Meißner als ein wichtiger Schritt zum besten, was man haben könne, zum Führertum Hindenburgs bezeichnet wurde (34), war bereits der Aktionsradius, den Brünnings Agrarpolitik, insbesondere aber die Ostpolitik haben durfte, endgültig fixiert. Höchstens noch die Finanz- und Reparationspolitik konnten in Hindenburgs Augen Relevanz neben der ostagrarischen Subventionspolitik

besitzen. Diese aber hatte nicht nur der Aufrechterhaltung des agrarischen Besitzes in den betroffenen Gebieten zu dienen, sondern sie erfüllte, immer nach der Version der Großagrarier, noch den Sinn, Dämme gegen die angebliche Bedrohung durch Polen zu errichten. Wie wichtig auch das letzte Argument zur Rechtfertigung der ostpreußischen Umschulungsmaßnahmen gewesen sein mag, primär stand bei den ostelbischen Junkern aber der Gedanke der Besitzerhaltung und nicht ein nationales Interesse im Vordergrund; dies zeigte sich besonders deutlich, als im Frühjahr 1932 der Interessenkonflikt zwischen landwirtschaftlichen Siedlungsmaßnahmen und Umschulungsmaßnahmen voll durchbrach. Demnach hatte es das Kabinett Brüning nicht nur mit den handfesten, durch Hindenburg gestützten Interessenwünschen des deutschen agrarischen Ostens zu tun, sondern es sollte auch noch das Kunststück vollbringen, zwischen großagrarischen Gruppeninteressen, die nach Bedarf national kaschiert wurden und nationalen bis nationalistischen Forderungen nach vermehrter Siedlung im deutschen Osten, welche naturgemäß auf Kosten des Großgrundbesitzes gehen mußte, nach Möglichkeit einen Ausgleich zu suchen. Es ist bekannt, daß dies nicht gelang und wir müssen uns in den folgenden Abschnitten des Paragraphen daher noch näher mit den Maßnahmen zur Hilfe für den deutschen Osten befassen, um die Interdependenzen zwischen Politik, Ökonomie und Gesellschaft transparent werden zu lassen.

5.2. Umschulungsmaßnahmen während der Regierungzeit Brünings.

5.2.1. Erste Ansätze in der Anfangsphase der Regierung Brüning.

Bereits die Regierungserklärung Brünings vom 1.4.1930 ließ deutlich werden, daß diese Regierung, die nicht durch Mehrheitsbeschluß des Reichstages, sondern durch

Hindenburg und seinen Kreis kreiert worden und die gemäß Brüning's nachdrücklicher Betonung "entsprechend dem ... vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag an keine Koalition gebunden" (35) war, in hohem Grade Hindenburg und den ihm nahestehenden Interessengruppen Konzessionen machen mußte. In aller Ausführlichkeit wird auf die Not des deutschen Ostens eingegangen und die Rettung der Landwirtschaft als vordringliche Aufgabe bezeichnet. Die Verwirklichung eines umfassenden Hilfsprogramms für die Landwirtschaft mit Maßnahmen zur Um- und Entschuldung, Zins- und Lastensenkung und Ordnung der Kreditverhältnisse als vordringlichsten Maßnahmen (diese Maßnahmen schafften nach Brüning erst die Möglichkeit für eine zielbewußte Bauern- und Arbeitersiedlung) wird für die nahe Zukunft angekündigt, wobei Brüning ganz im Sinne der gängigen großagrarischen nationalen Argumentation die "Gesundung der östlichen Landwirtschaft" als die Grundlage nationaler und volkspolitischer Rettung des deutschen Ostens" bezeichnet (36). Bedeutsam erscheint in diesem Zusammenhang auch, daß Brüning sich in seinen Ausführungen zu den Problemen der Landwirtschaft nicht etwa auf Ostpreußen beschränkte, sondern ganz allgemein vom "deutschen Osten", von "besonders bedrohten Landesteilen" und der Osthilfe, nicht aber speziell von einer "Ostpreußenhilfe" sprach. Damit wurde eine Richtung bei den Zielsetzungen der subsidiären Interventionen immer deutlicher eingeschlagen, die man schon seit 1929 zunehmend verfolgt hatte und die dann im Osthilfegesetz vom 31.3.1931 voll verwirklicht wurde. Während nämlich in den 20er Jahren primär nur von einer größeren Hilfe für die vom deutschen Reich abgeschnittenen Gebiete Ostpreußens die Rede war und alle seit dem Jahre 1926 eingeleiteten Maßnahmen davon ausgegangen waren, die Grenzerreißungsschäden wieder gut zu machen, wurde seit Anfang 1929, als sich die Reichsregierung auf Grund einer Anregung des damaligen Reichsernährungsministers Dietrich mit dem Gedanken eines Osthilfeprogrammes befaßte, zwar am Gedanken einer Hilfe für die Gebiete Ostpreußens festgehalten, gleichzeitig aber versucht, die Ostpreußenhilfe in

ein systematisches Sanierungsprogramm überzuführen, das nicht nur Ostpreußen, sondern der gesamten Landwirtschaft des Ostens oder zumindest der größten Teile von ihr zugute kommen sollte. Auf dieser Linie lag bereits das Schreiben Hindenburgs vom 18.3.1930 an den damaligen Reichskanzler H. Müller-Franken, in dem er vom "deutschen Osten in seiner Gesamtheit" spricht. Bei Hindenburg kam bereits hier - schließlich dürfen wir ihm nicht wie Dietrich vertiefte ökonomische Kenntnisse unterstellen - deutlich zum Ausdruck, daß er nicht etwa nur nationalpolitische Motive, sondern eben auch und vor allem die Interessen der gesamten ostelbischen Großgrundbesitzerschicht vertrat. Im übrigen war es auf Grund der traditionellen Sonderstellung des ostelbischen Agrariertums mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwarten gewesen, daß bei zunehmender Krisenverschärfung nicht nur Ostpreußen, sondern der gesamte oder zumindest der größte Teil des deutschen Ostens nach einer Sonderbehandlung verlangen würde.

Eine solche Ausweitung der Ostpreußenhilfe zur Osthilfe, die ja dann unter Brüning abgeschlossen wurde und im Osthilfegesetz ihren Niederschlag fand, konnte aber, dies sei bereits hier bemerkt, die Trümpfe bei einmal eintretenden Verhandlungen mit dem Ausland über eine Beseitigung oder Verringerung der Reparationen etwas schwächen (37). Blieb nämlich die Osthilfe das, was sie war, nämlich eine Hilfe ausschließlich für jene Grenzgebiete Deutschlands, die durch die neue Grenzziehung Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg in unmittelbare Mitleidenschaft gezogen waren, so konnte man dem Ausland bei zukünftigen Reparationsverhandlungen verdeutlichen, daß die vom Reich und Preußen gemachten Aufwendungen zum größten Teil weitere Kriegslasten seien. Wenn aber die Ostpreußenhilfe in eine allgemeine Hilfe für die Landwirtschaft des deutschen Ostens umgebogen wurde, so mußte die Schlagkraft dieses Arguments erheblich abgeschwächt werden (38) und die deutsche Regierung konnte u.U. in den Verdacht geraten, im

Agrarsektor nicht die von den Reparationsgläubigerländern gewünschte Sparpolitik verfolgt zu haben, was wiederum möglicherweise geeignet gewesen wäre, die Verhandlungen über eine Beseitigung der Reparationen zu erschweren. Allerdings hielten später dann bei den Reparationsverhandlungen die Vertreter der Gläubigerländer nicht an diesem Punkt ein, wozu möglicherweise eine unzureichende Kenntnis der deutschen Agrarpolitik und der deutschen Agrarprobleme mit beigetragen haben mag.

In der Notverordnung vom 26.7.1930 wurden im 3. Abschnitt der Notverordnung (39), der der Osthilfe galt, aus dem in Arbeit befindlichen größeren Osthilfeprogramm bereits der Vollstreckungsschutz, befristet vorerst bis zum 31. Dezember und die Ermächtigung für die Reichsregierung zur Garantieübernahme in Höhe von 50 Millionen RM für "Siedlungszwecke" (Einzelheiten im Absatz über Maßnahmen zur Siedlung) bzw. für den Reichsfinanzminister oder, falls sich Preußen an der Bürgschaft zu gleichen Teilen mit dem Reich beteiligen sollte, für den Reichsfinanzminister in Gemeinschaft mit der preußischen Regierung die Ermächtigung zur Garantieübernahme in Höhe von 100 Millionen RM für Umschuldungsmaßnahmen in den Ostgebieten, entnommen. Der Vollstreckungsschutz war besonders vordringlich geworden, weil die Devastierung der Güter durch Beschlagnahme des Inventars und der Ernte im Interesse der Gläubiger weitergegangen wäre. Ohne Vollstreckungspause, so meinten damals die landwirtschaftlichen Sachverständigen (4), auf deren Rat sich die Regierung stützte, bekämen die Landwirte nicht die Atempause, die für die Umschuldung notwendig sei. Nach dem Willen der Regierung, oder sagen wir in diesem Fall etwas vorsichtiger nach dem Wortlaut der Notverordnung sollte der Vollstreckungsschutz für die landwirtschaftlichen Betriebe nur dort angewendet werden, wo eine Umschuldung noch erfolgreich schien. Die nicht mehr sanierungsfähig erscheinenden Betriebe sollten nicht gegen den Zugriff der Gläubiger geschützt werden, so stand es jedenfalls auf dem Papier; die Praxis sollte dann anders aussehen. Im Sinne der Verbindung

von Umschuldungskrediten und Vollstreckungsschutz glaubte die Regierung zumindest in provisorischer Form die Umschuldung sofort einleiten zu müssen. Sie schuf sich daher die Vollmacht zur Garantieübernahme durch die Notverordnung selbst, um bis zum Ablauf des Vollstreckungsschutzes wenigstens die allerdringendsten Umschuldungskredite erledigen zu können. Noch ein paar Worte zur Organisation der Osthilfemaßnahmen: Die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Situation im deutschen Osten hätte nicht nur monetäre Hilfen, sondern auch eine weitsichtige, zentralisierte Politik erfordert, welche alle Gebiete der staatlichen Einflußnahme auf den ostdeutschen Agrarsektor zentral leitete. Stattdessen wurde durch die Notverordnung vom 26.7.1930 nicht nur der bisherige Zustand miteinander rivalisierender und sich hemmender Reichs- und Staatsstellen belassen, bei dem sich auch der Dualismus von Preußen und Reich verhängnisvoll auswirkte, sondern man schuf zur Umschuldung noch eine "Oststelle" bei der Reichskanzlei und 5 sogenannte "Landstellen", also insgesamt 6 neue Reichsorganisationen. Damit bemühten sich um den Patienten "ostdeutsche Landwirtschaft" insgesamt 18 Reichs- und Staatsstellen! (41).

5.2.2 Osthilfegesetz und Industriebankgesetz.

Nachdem das alte Osthilfegesetz, das im Frühjahr und Sommer 1930 ausgearbeitet worden war, vom Reichstag nicht mehr erledigt werden konnte und die Notverordnung vom Juli 1930 kein volles Ostprogramm, sondern nur die Voraussetzung für den Beginn der Umschuldungsaktion geschaffen hatte, konnte am 31.3.1931 endlich das Osthilfegesetz in Kraft treten, das gegenüber den Entwürfen von 1930 gewisse Modifikationen, aber keine grundsätzlichen Verschiedenheiten aufwies.

Kern des Gesetzes, das nicht auf dem Notverordnungsweg erlassen, sondern ganz "normal" vom Reichstag beschlossen und nach Zustimmung des Reichsrates verkündet worden war, blieb nach wie vor die Umschuldung, die man in Entschuldung

umbenannte. Soweit die landwirtschaftlichen Betriebe noch sanierungsfähig und sanierungsbedürftig erschienen, sollten ihre Schulden im Verlauf von über 30 Jahren allmählich getilgt werden, und zwar zum beträchtlichen Teil auf Kosten der öffentlichen Kassen.

a: Die Finanzgrundlage des Entschuldungsprogrammes:

Hier orientierte man sich in wesentlichen Zügen am Plan des Industriellen Paul Silverberg, der vorsah, daß die ganze mit dem Dawes-Plan entfallende Industrieumlage nach dem Gesetz vom 3.8.1924 (Rgbl. 1924, Teil II, S. 269) ab 1932 dem Reichshaushalt entzogen werden und von da an bis 1936, wo die Industrieabgabe enden sollte, einem Zweckvermögen zufließen sollte, welches größtenteils dann für "landwirtschaftliche Umschuldungskredite" zur Verfügung stünde. Mit diesem Plan schien die Industrie, so er verwirklicht wurde, die Genugtuung zu haben, daß sie die Industrieabgabe nicht über das Jahr 1931 hinaus dem Reichshaushalt zufließen lassen mußte, sondern sie nun für die Bildung eines Zweckvermögens hergab, das ihr selbst gehörte und das allmählich, bei langfristiger Amortisation der Umschuldungshypotheken, wieder flüssig werden und nach Tilgung der langfristigen Schulden der Industrie zur Verfügung stehen würde. Die Industrie würde also zunächst zum Gläubiger der Landwirtschaft werden (43). Im Industriebankgesetz und im Osthilfegesetz (beide Gesetze stellen eine Einheit dar und können nur zusammen interpretiert werden) haben Silverbergs Vorstellungen, die hier nur in aller Kürze angedeutet wurden, in etwas modifizierter Form ihren Niederschlag gefunden. Bei einem vorsichtig geschätzten Umschuldungsbedarf von 850 Millionen RM sollen von 1931 bis 1936 insgesamt 500 Millionen RM aus der Industrieumlage der Bank für Industrieumlagen zufließen, die zu Umschuldungszwecken verwendet werden konnten. Das Aufkommen der Industrieumlage und die daraus für Entschuldungszwecke verwendbaren Beträge sollen sein (44):

Jahr	Gesamtauf- kommen	Der Bank fließt zu	zu	Davon für Entschul- dungszwecke
1931	230	50		50
1932	200	120 (45)		90 (46)
1933	180	180		135
1934	140	140		105
1935	100	100		75
1936	60	60		45

Außerdem soll die Bank für Industrieobligationen 200 Mill. RM Anleihen aufnehmen, die ebenfalls für Umschuldungszwecke Verwendung finden sollen. 75 Mill. RM gedenkt man von der Rentenbank-Kreditanstalt und der Preußenkasse zu erhalten. Für den Rest sieht man Kredite unter Reichsbürgschaft vor.

b: Vorfinanzierung (47).

Da die Raten der Industrieumlage erst im Laufe von 6 Jahren hereinkommen, die Begebung von Anleihen der Industriebank im Frühjahr 1931 auch noch nicht möglich ist, andererseits aber die Entschuldungshypotheken im Laufe der nächsten 3 Jahre vergeben werden sollen, steht man vor der Notwendigkeit, die späteren Einkünfte zu diskontieren. Dies hängt aber wieder von der Kraft des Kapitalmarktes ab, der angesichts der Krise sehr zu wünschen übrig läßt. Es kommt demnach vor allem auch darauf an, daß die Gläubiger mit ihren umzuschuldenden Forderungen einstweilen stillhalten und sich mit der Zusage der Umschuldung abgesichert fühlen.

c: Leistungen der Schuldner und Zuschüsse des Reiches (48).

Durch die Jahresleistungen der Schuldner sollen die Darlehen innerhalb von 33 Jahren getilgt werden; dabei haben die Landwirte in den ersten 5 Jahren $4 \frac{1}{2}$ v.H., in den nächsten 28 Jahren $5 \frac{1}{2}$ v.H. des Entschuldungsdarlehens jährlich zu entrichten. Davon sollen jeweils 1 % der Bank für Industrieumlagen zufließen, um damit die 500 Millionen RM, die sie aus eigenen Mitteln ausgeliehen hat, allmählich wieder aufzufüllen. Der andere Teil der jähr-

lichen Annuitäten ist für den Dienst der Anleihen und der sonstigen Kredite zu verwenden. Soweit die Leistungen der Schuldner nicht ausreichen, die laufenden, zur Durchführung der Entschuldung erforderlichen Aufwendungen (besonders an Zinsen, Geldbeschaffung und Verwaltungskosten) zu decken, hat die Reichsregierung den Unterschied zur Verfügung zu stellen, und zwar bis zu einer Höhe von jährlich 36 Mill. RM. Dieser Betrag ist in den Rechnungsjahren 1931 bis 1935 jeweils für diesen Zweck im Reichshaushaltsplan vorzusehen und soweit er nicht in diesem Sinne eingesetzt werden braucht, zur sonstigen Sicherung der Weiterführung von Entschuldungsbetrieben (Betriebssicherung) einzusetzen.

a: Risikoverteilung (49).

Reich und Staat übernehmen zu gleichen Teilen gegenüber der Bank für Industrieobligationen die Ausfallbürgschaft für Entschuldungsdarlehen bis zu einem Gesamtbetrag von 850 Mill. RM dieser Darlehen mit der Maßgabe, daß sich die Haftung auf 25 v.H. des jeweils gewährten Darlehens beschränkt. Dieses Risiko ist aber gewissermaßen nur ein Vorschußrisiko, denn die Bank hat Reich und Staat die Beträge zurückzuerstatten, die sie wegen dieser Bürgschaft ausgelegt haben "sobald der Betrag, den die Bank als Tilgung für die aus ihrem Vermögen gewährten Entschuldungsdarlehen erhalten hat, den Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten übersteigt, die sie bei dritten Stellen für Entschuldungszwecke eingegangen ist" (50). Damit ist letztlich das volle Risiko (sieht man von der 10%igen Haftung der Schuldner selbst einmal ab) auf das Industrievermögen abgewälzt, nur wird durch die Ausfallbürgschaft ein gewisses Moment der Sicherheit für die Gläubiger der Bank geschaffen und die Kreditfähigkeit der Bank dadurch erhöht, daß die Gläubiger sich, solange sie Gläubiger sind, darauf verlassen können, daß der Bank für Industrieobligationen 25 % der Ausfälle im Umschuldungsgeschäft von Reich und Land ersetzt werden (51). Die Schuldner selbst haften in einer Höhe von 10 % des Entschuldungsdarlehens für die Ausfälle, welche an der Gesamtheit der

Entschuldungsdarlehen an Kapital, Zinsen und Nebenleistungen entstehen. Die Entschuldungsbetriebe können auch zur Durchführung der Entschuldung und Betriebsüberwachung sich - nach gleichartigen Betriebsgrößen und Betriebsarten gruppiert - zu Haftungsverbänden zusammenschließen, wobei auf entsprechenden Antrag der Landwirtschaftskammer des Bezirkes die Bank die Hingabe des Darlehens an Entschuldungsbetriebe mit einem Einheitswert von mehr als 30 000 RM vom Beitritt des Schuldners zu einem Haftungsverband abhängig machen kann. Aus den Kreisen der Landwirtschaft waren diese Haftungsverbände gefordert worden, weil man in ihnen ein Mittel zur Steigerung des Einflusses der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung auf die Kreditvergebung sah (52).

e: Das Kreditvergebungsverfahren (53).

So wie es bereits Paul Silverberg in seinem Plan vorgesehen hatte, entscheidet die Bank zusammen mit den jeweiligen Landesstellen über die Anträge auf Gewährung von Entschuldungsdarlehen, wobei aber gegen den Willen der Bank ein Entschuldungsdarlehen in keinem Fall gewährt, entgegen dem Widerspruch der Landstelle der Betrieb aber von der Bank umgeschuldet werden kann, falls ein Haftungsverband die Bürgschaft an Stelle des Reichs und des Landes übernimmt. Die technische Vorprüfung der Entschuldungsanträge wird durch die jeweils zuständige Landstelle vorgenommen, wobei gewissenhaft geprüft werden soll an Hand der Leistungsfähigkeit, des Vermögens und Schuldenstandes und der voraussichtlichen Ertragsverhältnisse des Betriebes, ob etwaige Hilfsmaßnahmen noch zu einer Regelung der Kreditverhältnisse des Entschuldungsbetriebes führen, die seine ordnungsgemäße Fortführung gewährleisten.

f: Entschuldungsaktion und landwirtschaftliche Siedlung (54).

Ohne jetzt bereits auf das Siedlungsgesetz (ebenfalls vom 31.3.1931) näher eingehen zu wollen, sei hier bereits betont, daß die landwirtschaftliche Siedlungstätigkeit im deutschen Osten, die wir in einem eigenen Absatz behandeln werden, nicht nur Selbstzweck im Rahmen der gesamten Agrarpolitik darstellte, sondern u.a. auch als eine ergänzende

Hilfe bei der Durchführung der Entschuldungsaktion gesehen wurde. In der Regel konnte nämlich das Land der nicht mehr sanierungsfähigen Güter nur noch für Siedlungszwecke verwendet werden und manchen hochverschuldeten Gütern war nur noch dann durch Entschuldungskredite zu helfen, wenn sie vorher einen Teil ihres Landes verkauften und damit alte Verpflichtungen abdeckten. Aus diesem Grunde waren nach § 24 des Osthilfegesetzes für die Jahre 1932 bis 1936 jährlich 50 Mill. RM im Reichshaushaltsplan zur Förderung des landwirtschaftlichen Siedlungswesens in Zusammenhang mit der Entschuldung zur Verfügung zu stellen. Insbesondere sollten die zur Verfügung zu stellenden Mittel zum "Erwerbe von land- und forstwirtschaftlich genutzten Betrieben verwendet werden, bei denen in der Hand des bisherigen Betriebsleiters die Gewähr für ordnungsgemäße Bewirtschaftung nicht gegeben ist; ein Erwerb soll möglichst nur in der Zwangsversteigerung erfolgen (55)".

g: Lastensenkung und andere Maßnahmen (56).

Für die Rechnungsjahre 1932 bis 1936 sind jeweils Reichsmittel in mindestens gleicher Höhe wie im Rechnungsjahr 1931 (ca. 30 Mill. RM) zur Erleichterung kommunaler Lasten, zur Frachtenenerleichterung und zur Senkung der Schifffahrtsabgaben auf dem Königsberger Seekanal bereitzustellen. "Außerdem hat die Reichsregierung in den Rechnungsjahren 1932 bis 1936 jeweils Mittel in Höhe von mindestens 20 Millionen RM bereitzustellen, um die besondere Notlage auf wirtschaftlichem, gewerblichem, gesundheitlichem, sozialem und kulturellem Gebiet zu lindern sowie sonstige zur Stützung der Bevölkerung erforderliche Hilfsmaßnahmen zu treffen" (57). Daß ein Fonds mit einer derart weitgefaßten Zweckbestimmung geradezu ideal zweckentfremdet werden konnte, zumal wenn man die der öffentlichen Kontrolle entzogenen Einflußnahmen agrarischer Interessengruppierungen auf politisch-bürokratische Entscheidungen berücksichtigt, braucht kaum noch betont zu werden. Ferner wurde die Reichsregierung ermächtigt, zur Herstellung von Eisenbahn- und Kraftfahrlinien nach Anhörung

der zuständigen Landesregierung hierfür einen Betrag von 140 Millionen RM aus Anleihemitteln bereitzustellen. Dazu muß gesagt werden, daß im Frühjahr 1931 angesichts all der anderen vordringlichen kapitalverzehrenden Maßnahmen und der angespannten Finanzlage auf dem konventionellen Anleiheweg für dieses Projekt keinerlei Kapital aufzubringen war.

h: Geltungsbereich der Osthilfemaßnahmen.

Die Maßnahmen zur landwirtschaftlichen Entschuldung waren nach dem Osthilfegesetz zunächst in dem in § 1 der Verordnung vom 8.8.1930 genannten Gebiete (57a) durchzuführen. Der Reichstag aber hatte mit dem Osthilfegesetz zugleich die Regierung ermächtigt, im Einverständnis mit der zuständigen Landesregierung sowohl das Anwendungsgebiet wie auch die erforderlichen finanziellen Mittel weiter auszudehnen (58). Damit hatte der Reichstag bei einer ökonomisch wie auch politisch äußerst relevanten Angelegenheit freiwillig auf sein Gesetzgebungs- und Kontrollrecht verzichtet und es lag fortan ganz im Ermessen der Reichsregierung und natürlich Hindenburgs, die Osthilfe auszudehnen. Dies geschah dann auch bereits am 21.5.1931 mit der ersten Durchführungsverordnung zum Osthilfegesetz (59), als die Maßnahmen zur Entschuldung ausgedehnt wurden:

- a.) auf alle bisher noch nicht erfaßten Teile der Provinzen Pommern, Niederschlesien und Brandenburg,
- b.) auf die östlich der Elbe gelegenen Teile der Provinz Sachsen, des Freistaates Sachsen und des Freistaates Anhalt,
- c.) auf die Freistaaten Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg Strehlitz.

i: Zur Handhabung der Osthilfe.

Entgegen den Bestimmungen des Osthilfegesetzes, nach denen die zur Entschuldung und Betriebssicherung vorgesehenen Maßnahmen nur dann angewandt werden sollten, wenn nach Vollzug dieser Maßnahmen die begründete Aussicht bestand,

daß der landwirtschaftliche Betrieb ökonomisch sinnvoll bewirtschaftet werden konnte, wurde die Osthilfe "in der praktischen Handhabung weitgehend umgewandelt in Maßnahmen zur Erhaltung des Besitzes um jeden Preis, im Falle des adeligen Gutsbesitzers in eine ausgesprochene Ständehilfe" (60). Dabei wurden, ohne die notwendige Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit, den Vermögensstand und den Schuldenstand sowie die Betriebsführung in den einzelnen agrarischen Betrieben zu nehmen, die Hilfen zur Entschuldung und Betriebssicherung großzügig und ohne strenge Prüfung gewährt, so daß ein ausgedehnter und nahezu lückenloser Schutz der bestehenden Besitzverhältnisse im deutschen Osten sich ergab, von dem auch jene Betriebe profitieren konnten, die durch Leichtsinns- und/oder groben wirtschaftlichen Unverstand sich bis zum Anlaufen des Osthilfegesetzes in eine scheinbar aussichtslose Situation manövriert hatten. Zum Nachweis dieser mißbräuchlichen Anwendung der Osthilfe sei vor allem auf eine Denkschrift des Rechnungshofes des Deutschen Reiches aus dem Jahre 1933 verwiesen, in der in zahlreichen Einzelfällen diese mißbräuchliche Handhabung nachgewiesen wird (61). Weiteres Material findet sich auch in B. Buchtas Werk "Die Junker und die Weimarer Republik" (62).

Im übrigen kann die Handhabung der Osthilfe nach all den bisher über die Sonderstellung der Landwirtschaft, insbesondere des ostelbischen Großgrundbesitzes, in dieser Abhandlung herausgearbeiteten Fakten keineswegs mehr eine Überraschung darstellen, insbesondere wenn man dann auch noch das Engagement Hindenburgs für die ostelbischen Großgrundbesitzer bedenkt, das ihn sogar zu aktiven Einflüssen auf Umschuldungsverfahren trieb (63). Besonders signifikant wird der Charakter der Osthilfe als eines Maßnahmenbündels nicht etwa in erster Linie zur unmittelbaren / Hilfe für die durch die Grenzziehung nach dem 1. Weltkrieg in engere Mitleidenschaft gezogenen Gebiete, wie dies noch Reichsminister Treviranus, der im 1. Kabinett Brüning

für die Osthilfe zuständig war, am 24.3.1931 in der Reichstagsdebatte über das Osthilfegesetz versicherte (64), sondern zu einer umfassenden Hilfe für den größten Teil des deutschen agrarischen Ostens bereits schon nicht ganz 2 Monate nach dem Inkrafttreten des Osthilfegesetzes, als wie bereits erwähnt, die erste Durchführungsverordnung zum Osthilfegesetz die Entschuldungsmaßnahmen über weite Bereiche des ostelbischen Gebietes ausdehnte.

5.2.3 Zur volkswirtschaftlichen Beurteilung des Osthilfegesetzes (65).

Zunächst ist hier kritisch zu vermerken, daß das Osthilfegesetz primär subventionspolitisch ausgerichtet ist und - sieht man einmal von den in ihm enthaltenen Ansätzen zu einer Siedlungspolitik ab, die aber gegenüber den anderen Maßnahmen durchaus leicht wiegen (wir werden noch im Absatz über Siedlungspolitik näher darauf zu sprechen kommen)- nahezu jeglichen strukturpolitischen Ansatz vermissen läßt. Es enthielt keinerlei Maßnahmen, die geeignet gewesen wären, etwa die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft durch verstärkte Rationalisierung, Mechanisierung, Maschinisierung, durch verstärkte Orientierung an der Nachfrage zu steigern. Zwar wäre die Weltwirtschaftskrise durchaus nicht der passende Zeitpunkt gewesen, etwa eine Wendung um nahezu 180 Grad von der traditionellen Subventionspolitik hin zu einer langfristig orientierten Strukturpolitik zu unternehmen. Das Kabinett Brüning hatte weder die finanziellen Mittel (66), noch die nötige politische Machtstellung, um plötzlich eine derartige Strukturpolitik durchzusetzen, die vor allem auch der Sonderstellung der ostelbischen Agrarier ein Ende bereitet hätte. Man hätte aber wenigstens versuchen müssen, eine agrarische Strukturpolitik, deren positive Auswirkungen allerdings erst langfristig sich bemerkbar gemacht haben würden, wenigstens in Ansätzen mit den vorgesehenen Maßnahmen zur Stützung des landwirtschaftlichen Besitzes zu kombinieren. Davon konnte aber keine Rede sein. Die Weltwirtschaftskrise und die mit ihr einhergehende Weltagrarkrise hatten den verantwortlichen Männern keinesfalls die Augen

über die tieferen Ursachen der landwirtschaftlichen Not geöffnet.

Da dann noch die Osthilfe in einer Weise angewendet wurde, die einen weitgehend lückenlosen Schutz des bestehenden Besitzes, nahezu unabhängig vom ökonomischen Tauglichkeitsgrad der bisherigen Betriebsführung garantierte, wurden die bisherigen Strukturen der ostagrarischen Landwirtschaft in ihrem Erstarrungszustand noch verhärtet.

Weil die zur Entschuldung von agrarischen Betrieben im Osten bestimmten Mittel nahezu ausschließlich zur Rückzahlung von fälligen Krediten an die Gläubiger dieser Betriebe verwendet wurden, es sich aber bei den Gläubigern in den allermeisten Fällen um Banken und Sparkassen handelte, die in der damaligen Situation (man erinnere sich an die große Geld- und Kreditkrise, die im Sommer 1931 ihrem Höhepunkt zutrieb und zum Zusammenbruch zahlreicher Kreditinstitute führte) die zurückgezahlten Beträge nun keineswegs wieder für Investitionsvorhaben ausliehen, sondern meist zur Verbesserung der angespannten Liquidität einbehielten, ging von hier aus ein weiterer deflatorischer Schrumpfungseffekt aus, denn mit dem Geld verschwand eine weitere potentielle Nachfrage aus dem Kreislauf, so daß die Gesamtnachfrage sich weiter verringerte und dementsprechend der ökonomische Schrumpfungsprozess sich weiter verstärkte. Dabei hatten besonders die an anderer Stelle aus dem Einkommenskreislauf genommenen Mittel, also in diesem Fall etwa vor allem die dem Staatshaushalt von Reich und Preußen entzogenen Mittel diese konjunkturvermindernde Wirkung. Insoweit als die Entschuldung mit Mitteln durchgeführt wurde, welche etwa durch Anleihen oder Staatsbürgschaften erbracht worden waren, war primär zunächst keine Verstärkung des Schrumpfungsprozesses festzustellen, da nicht unmittelbar Geld dem Wirtschaftskreislauf entzogen wurde; allerdings konnte immer noch indirekt von hier aus eine gewisse Verstärkung des Schrumpfungsprozesses induziert werden, wenn man annimmt, daß Spargelder (also bereits der unmittelbaren Nachfrage entzogene Gelder), die durch die Anleihen angezogen werden, wenigstens teilweise bei einer nur kurzfristigen Anlage wieder dem Konsum zugeführt worden wären.

Besonders negativ aber mußte sich auf die ökonomische Entwicklung die Heranziehung des größeren Teiles der Industrieaufbringungsumlage zu den Entschuldungsmaßnahmen auswirken. Diese Sondervermögenssteuer auf industrielles und gewerbliches Vermögen, die mit dem Inkrafttreten des Young-Planes eigentlich hinfällig geworden, dann aber in eine Reichssteuer umgewandelt und zu einem beträchtlichen Teil der Bank für deutsche Industrieobligationen zu Entschuldungszwecken zugewiesen worden war, war wie nahezu jede Vermögenssteuer weniger auf die Substanz der industriellen Vermögen als vielmehr auf die Ertragskraft der industriellen Betriebe gerichtet. Es muß nun untersucht werden, ob nicht zumindest bei einer Streichung desjenigen Teiles der Aufbringungsumlage, der der Bank für Industrieobligationen zugewiesen wurde, sich günstigere Auswirkungen für die Gesamtwirtschaft ergeben hätten, als bei einer Verwendung dieser Gelder für Entschuldungsmaßnahmen, die dazu noch in einer denkbar unökonomischen Weise durchgeführt wurden. Dabei fragen wir im ersten Schritt unserer Überlegungen, in welcher Weise eine Senkung der Ertragssteuer sich auf die Investitionen der Unternehmer, eine entscheidende Wirkgröße für die konjunkturelle Situation im privatkapitalistischen System, auswirkt (67). Die Senkung der Ertragssteuer führt, darüber kann es in der modernen Konjunkturtheorie keinen Meinungsstreit mehr geben, im Normalfall zu höheren Investitionen, weil sich die erwartete Rendite der neuen Investition erhöht, wenn die steuerliche Belastung der Investitionserträge sich vermindert, weil eine Senkung der Ertragssteuer die Möglichkeiten für eine Selbstfinanzierung der Neuinvestitionen erweitert (dies ist gerade in einer Deflationskrise, in der die Preise immer weiter sinken und die aufgenommenen Kredite ständig im Wert steigen für den Unternehmer sehr bedeutsam) und weil eine Ertragssteuersenkung im allgemeinen bei den Unternehmern eine optimistischere Einschätzung der kommenden Wirtschaftsentwicklung bewirkt, die im allgemeinen das Investitionsklima positiv beeinflußt. All diese günstigen Auswirkungen einer

Ertragssteuersenkung auf die Unternehmerinvestitionen aber sind einmal natürlich von der Höhe der Ertragssteuersenkung, zum anderen aber, und dies ist bei unserer Untersuchung von ausschlaggebender Bedeutung, von der gesamten ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Situation abhängig, die u. U. derart aussichtslos erscheinen mag, daß auch eine beträchtliche Ertragssteuersenkung nicht geeignet ist, das Investitionsklima anzuheben. Vor dem Hintergrund dieser aus dem Zusammenwirken von Modell- und Gestalttheorie erwachsenden Erkenntnis, die sich an zahlreichen historisch-empirischen Beispielen verifizieren ließe, beurteilt der Verfasser dann auch die positive Rückwirkung durch das Wegfallen der Industrieaufbringungsumlage ab 1931 weit vorsichtiger als H. Raupach. Sicherlich, 1931 wurden 50 Mill. RM und 1932 100 Mill. RM aus der Aufbringungsumlage dem Einkommenskreislauf entzogen und verstärkten ebenso wie die Zuweisungen aus dem Staatshaushalt zu den Entschuldungsmaßnahmen den Schrumpfungsprozeß der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage; deshalb war aber noch lange nicht von einer Senkung der Aufbringungsumlage jeweils um die genannten Beträge eine derart starke multiplikative Erweiterung der Gesamtnachfrage zu erwarten, daß davon entscheidende konjunkturelle Antriebsimpulse hätten ausgehen können. Wenn Raupach und Erbe auf Grund ökonomischer Berechnungen, die in keiner Weise etwa die sich aus der allgemeinen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Situation ergebenden psychologischen Rückwirkungen auf die Investitionsneigung erfassen, annehmen (68), die Steuersenkung hätte zu einem viermal so hohen Betrag zusätzlicher Investitionen geführt (das wären 1931 Mehrinvestitionen im Wert von 200 Mill. RM und 1932 Mehrinvestitionen im Wert von 400 Mill. RM gewesen), so steht der Verfasser dieser Annahme äußerst skeptisch gegenüber, weil eben die Investitionsneigung der Unternehmer nicht nur eine Funktion von Größen wie der Zinshöhe, bzw. der zur Verfügung stehenden Geldmenge ist. Bedenken wir, wie aussichtslos 1931 und 1932 die ökonomische Situation erschien, wie 1931 besonders die monetäre Krise im Sommer sowie das an die englische Abwertung

sich anschließende internationale Währungschaos mit seiner Forcierung des Zerfalls der internationalen Handelsbeziehungen die Investitionsinitiative beeinträchtigen mußten, wie der politische Radikalismus immer stärker sich ausbreitete und die letzten Restbestände der Demokratie zu überfluten begann, wie die gesellschaftlichen Antagonismen in ungeminderter Härte aufeinander prallten, dann muß es uns als sehr unwahrscheinlich anmuten, daß die Unternehmer durch die Streichung jener Beträge von 50 Mill. RM 1931, bzw. 100 Mill. RM 1932 sich hätten anregen lassen, bei einer weiterhin hoffnungslos erscheinenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausgangslage auf einmal in einer vierfachen Höhe der eingesparten Steuerabgaben zu investieren. Dazu sprechen einfach das ~~gewaltige Absinken der volkswirtschaftlichen Nettoinvestitionen~~ im Deutschen Reich von 1929 auf 1932, und hier wiederum besonders das Absinken der Investitionen im Bereich der Industrie eine zu deutliche Sprache. Wenn etwa der Saldo aus gesamten Anlageinvestitionen und Normalabschreibungen für das Deutsche Reich insgesamt bzw. für die Industrie sich (ohne Wohnungsbau; hier verminderten sich sowieso die Investitionen in einem noch stärkeren Maße) von 1929 bis 1932 von 3 848 Mill. RM auf - 1602 Mill. RM bzw. von 399 Mill. RM auf - 881 Mill. RM verändert (69), so besteht ganz offensichtlich ein tiefgreifender Pessimismus der Unternehmer im Hinblick auf zukünftige Gewinnerwartungen, der sich nicht mit volkswirtschaftlich gesehen so geringen Steuernachlässen aus der Welt schaffen läßt. Doch selbst wenn sich, wie Raupach vermutet, eine Mehrinvestition von 200 bzw. 400 Mill. RM für die Jahre 1931 und 1932 ergeben hätte und man wie Raupach einen Investitionsmultiplikator von 4 annimmt (70), hätte sich doch damit das Volkseinkommen in den Jahren 1931 und 1932 nur um 0,8 Mrd. RM bzw. 1,6 Mrd. RM erhöht, was angesichts der Rückgänge des Volkseinkommens in den Krisenjahren jeweils um viele Milliarden RM (70a) konjunkturpolitisch nicht relevant ins

Gewicht fällt. Einem volkswirtschaftlichen Kurzschluß verfällt man aber, wenn man behauptet: "Der Gesamtumfang der vorgesehenen Entschuldung der ostelbischen Landwirtschaft durch die Bank für deutsche Industrieobligationen in Höhe von 500 Mill. RM bereits 1931 zur Investitionsanregung bzw. für öffentliche Investitionen verwandt, hätte u.U. ausgereicht, die Schrumpfung des Volkseinkommens zu stoppen und den Prozeß umzukehren (71)". Wenn nämlich die aus der Industrieaufbringungsumlage über die Bank für Industrieobligationen der Landwirtschaft bis 1936 für Entschuldungszwecke zuzuführenden 500 Mill. RM schon 1931 für öffentliche Investitionen bzw. zur Investitionsanregung verwendet hätten werden sollen, wäre es zunächst nötig gewesen, zu fragen: Auf welche Weise wäre es möglich gewesen, daß bereits 1931 500 Mill. RM zu Investitionszwecken zur Verfügung gestanden hätten? Dazu hätte es schließlich nicht ausgereicht, auf die Erhebung der Sondervermögenssteuer 1931 in Höhe der Zuweisung an die Bank für deutsche Industrieobligationen (50 Mill. RM) zu verzichten. Vielmehr hätte der Staat, um die zusätzlichen Investitionen von 500 Mill. RM zu ermöglichen, den fehlenden Betrag (ca. 450 Mill. RM) vorschießen müssen. Da zum damaligen Zeitpunkt aber das Reich keinerlei Kassenüberschüsse aufzuweisen hatte, ja die Haushaltslage aufs äußerste angespannt war und eine produktive Kreditschöpfung sowohl aus reparationspolitischen wie auch aus allgemeinen wirtschafts- und finanzpolitischen Erwägungen heraus für das Kabinett Brüning von vorneherein ausschied (71b), hätte sich das Reich den Zuschußbetrag nur verschaffen können, wenn es die benötigten Mittel an anderer Stelle dem Einkommenskreislauf entnommen hätte (etwa durch andere Steuererhebungen usw.) (72), so daß die effektive Gesamtnachfrage keine Steigerung aufgewiesen hätte und die gesamte Maßnahme letztlich konjunkturpolitisch bestenfalls neutral gewesen wäre.

5.2.4. Tendenzen in der Osthilfe bis zu Brüning's Sturz.

5.2.4.1 Die Bestellung eines Reichskommissars für die Osthilfe.

Am 5.11.1931 wurde durch Erlaß des Reichspräsidenten (73) ein Reichskommissar für die Osthilfe bestellt, der unmittelbar dem Reichskanzler unterstellt, die Aufgabe übernehmen sollte, für eine einheitliche Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung in den Ostgebieten zu sorgen sowie auch auf eine einheitliche Politik der Reichsregierung und der beteiligten Länderregierungen bei den in Abschnitt A des Osthilfegesetzes vorgesehenen Maßnahmen (landwirtschaftliche Siedlung, Lastensenkung, Verbesserung der Infrastruktur) hinzuwirken. Diese Ernennung eines Reichskommissars für die Osthilfe muß auch in Zusammenhang gesehen werden mit der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Osthilfe vom 6.11.1931 und der Verordnung zur Änderung der Durchführungsverordnungen zum Osthilfegesetz vom 14.11.1931 (74), die ein Ausscheiden Preußens aus der Osthilfe wie auch aus der Siedlung brachte, nachdem es schon in den letzten Jahren zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen war, die teilweise in dem ohnehin gespannten Verhältnis Preußen-Reich, teilweise in den divergierenden agrarpolitischen Auffassungen und last not least in der Aversion der ostdeutschen Großgrundbesitzer gegen das "rote Preußen" ihre Ursache hatten (75). Diese Maßnahme, die übrigens im Einvernehmen mit dem preußischen Ministerpräsidenten vorgenommen wurde (76), unterstellte die preußischen Landstellen dem Reichskommissar und wandelte alle Bestimmungen im Osthilfegesetz, die bisher ein "Einvernehmen" zwischen Reich und Ländern als zur Durchführung einer Maßnahme für notwendig ersehen hatten, um in ein "Anhören" der Länder, was natürlich faktisch ihrer Ausschaltung (genau gesagt der Ausschaltung Preußens) gleichkam. Diese Änderungen im Osthilfegesetz liegen aber auch auf jener

Linie, die mit der kurz vorher erfolgten Regierungsumbildung im Kabinett Brüning verstärkt eingeschlagen worden war, als Veränderungen im Kabinett nach rechts auf Wunsch Hindenburgs und nicht etwa des handlungsunfähigen Parlaments vorgenommen wurden und der politische Entscheidungsprozeß sich damit wieder ein Stück mehr den Geboten demokratischer Öffentlichkeit und Kontrolle entzogen hatte (77). Nun war nämlich nicht nur das Land Preußen aus der Kompetenz für die Osthilfe ausgeschaltet, sondern nach § 1 Absatz 6 der Verordnung zur Sicherung der Osthilfe vom 6.11.1931 wurde auch die in § 32 Absatz 1 des Osthilfegesetzes vorgesehene notwendige Zustimmung des Reichsrates zu Regierungserlassen von Bestimmungen, die zur Durchführung des Osthilfegesetzes als erforderlich bezeichnet werden (bzw. als erforderlich deklariert werden konnten), beseitigt. Damit hatte die Regierung bei der Durchführung des Osthilfegesetzes völlig freie Hand.

Mit dem Übergang der unmittelbaren Verantwortung für die Osthilfemaßnahmen von Treviranus auf den neuen Reichskommissar Schlange-Schöningen veränderte sich auch die Zielsetzung der ostdeutschen Agrarpolitik, was das Zusammenwirken von Entschuldungsmaßnahmen und Siedlungspolitik angeht, nicht unerheblich (78). Während Treviranus primär den subventionspolitischen Aspekt der Osthilfe betont und strukturpolitischen Aspekten wenig Beachtung geschenkt hatte, waren Schlange-Schöningens Absichten "ausschließlich der Aufgabe zugewandt, Osthilfe und Siedlung in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen" (79). Positiv muß hervorgehoben werden, daß Schlange-Schöningen über ein durchdachtes Konzept zur Osthilfe bei seinem Amtsantritt verfügte (80). Da einer kleinen Gruppe von sanierungsfähigen Betrieben im Herbst 1931 bereits eine große Mehrheit an nicht mehr sanierungsfähigen Betrieben gegenüberstehe, die einem völligen Produktionsverfall zustrebten, ergebe sich notwendigerweise eine Verlagerung der Osthilfe, wenn man noch positive Rückwirkungen auf die Wirtschaft Ostdeutschlands erreichen wolle. Schlange-Schöningen schlägt in diesem Zusammenhang 3 Maßnahmbündel vor:

- 1.) Die Schaffung von Abwicklungsmöglichkeiten für die zusammenbrechenden Betriebe, wobei dem landwirtschaftlichen Gütermarkt der wichtigste Käufer, die Siedlung wiedergegeben werden müsse. Nur die Überführung der zusammenbrechenden Betriebe in die Nutzungsform bäuerlicher Familienwirtschaften könne die Krisenfestigkeit des ostdeutschen Wirtschaftslebens erhöhen, wirke der drohenden Entvölkerung des deutschen Ostens entgegen.
- 2.) Die Sicherstellung der Produktionserhaltung auf den landwirtschaftlich nutzungsfähigen Böden.
- 3.) Die Stützung der für die Wirtschaft unentbehrlichen Kreditorganisationen.

Soviel zu den theoretischen Vorstellungen Schlöges, die wir bei der Besprechung des Problems der landwirtschaftlichen Siedlung noch sehr kritisch beurteilen werden. In der Praxis sah sich Schlange aber zunächst gezwungen, sich weniger den weitreichenden strukturpolitischen Maßnahmen zu widmen, als vielmehr zunächst eine Reorganisation der Osthilfe vorzunehmen, um der ständig weiterschreitenden Verschlechterung der agrarischen Betriebssituation entgegenzuwirken. Erste Frucht dieser Bemühungen war die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegesetz vom 17.11.1931 (81), die offensichtlich Punkt 2 seiner programmatischen Denkschrift (Sicherstellung der Produktionserhaltung auf den landwirtschaftlich nutzungsfähigen Böden) realisieren sollte und die etwas eingehender betrachtet werden muß, weil sie bereits für sich allein (sieht man hier noch von den Siedlungsproblemen vorerst ab) dokumentiert, daß es mit den von H. Muth so betonten Fähigkeiten Schlange-Schöningsens, strukturpolitisch beschlagen zu sein, nicht gar so gut bestellt sein kann, wenn man unter Strukturpolitik eine Politik versteht, die sich bemüht, die Strukturen der Wirtschaft den langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten und Strukturgesetzmäßigkeiten der modernen sich ständig wandelnden industriellen Massengesellschaft adäquat planerisch zu verändern.

5.2.4.2. Die Verordnung zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet vom 17.11.1931 (82).

a: Die grundsätzliche Problematik der neuen Sicherungsverordnung (83).

Der leitende Gedanke dieser Sicherungsverordnung ist, die neue Ernte 1932 auch bei überschuldeten Betrieben sicherzustellen, die ohne Sicherungsschutz dem Zugriff der Gläubiger ausgesetzt wären (84). Es werden der Verhinderung des Brachliegens bisher bestellter Böden sowohl die Rechte der Gläubiger wie auch die Verwendung der geringen noch zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel untergeordnet; eine Zielsetzung, gegen die sich sowohl strukturelle, als auch gesamtwirtschaftliche Argumente ergeben.

Wenn in einer Zeit partieller Überproduktion in der Landwirtschaft, in der sich zudem bemerkenswerte Nachfrageverschiebungen bei den agrarischen Produkten immer mehr abzuzeichnen beginnen, versucht wird, den Umfang des deutschen Getreidebaus auf jeden Fall aufrecht zu erhalten (dies ergab sich als Konsequenz der Sicherungsverordnung für die Ostgebiete, weil hier eben der Getreideanbau ganz eindeutig dominierte), so zeigt dies eine deutliche Mißachtung der strukturellen Entwicklungsgesetzlichkeiten, nach denen sich eine Einschränkung der Getreideanbauflächen im Sinne einer Anpassung an die langfristig sinkende Nachfrage nach Getreide als strukturausgleichende Maßnahme erwiesen hätte. Die Argumente Schlange-Schöningsens, 'man müsse für das nächste Jahr "eine Ernährungskrise größten Ausmaßes" verhüten und das Volk müsse, seien die Schwierigkeiten auch noch so groß, vor der äußersten Not bewahrt werden, treffen in diesem Zusammenhang ins Leere, weil gerade der Versuch, auf Kosten der übrigen deutschen

Wirtschaft den ostdeutschen Agrariern eine derart weitreichende Sicherung zu geben, dem gesamten volkswirtschaftlichen Organismus Schaden zufügen muß. Mit welchen logischen Argumenten konnte man überhaupt eine Hungerkatastrophe für möglich halten, wenn Deutschland vom Weltgetreidemarkt, der nach wie vor überfüllt war, Getreide in beliebigen Mengen billigst beziehen konnte, wenn es nur dazu bereit war. Bei einer Handelsbilanz, die von 1929 auf 1931 sich von einem Passivsaldo von - 783,4 Mill. RM hin zu einem Aktivsaldo von 2478,9 Mill. RM entwickelt hatte (Reparationssachlieferungen nicht mit eingerechnet) (85), wären auf jeden Fall genügend Devisen vorhanden gewesen, um die Getreideeinfuhren zu bezahlen, auch wenn man die technischen Schwierigkeiten der Reichsbank bei der Devisenerfassung seit der Sommerkrise 1931 gebührend in Rechnung stellt. So macht etwa die gesamte Brotgetreideeinfuhr in den Monaten von Januar 1931 bis einschließlich September 1931 nur 82 Mill. RM aus, während die gesamte Wareneinfuhr während dieser Zeit schon die 6 Milliarden-grenze übersteigt (86). Selbst bei einer Verdreifachung der Brotgetreideeinfuhr hätte immer noch eine kleine Einschränkung bei den übrigen Posten der Gütereinfuhr genügt, um die nötigen Devisen zu erbringen. Außerdem würden bei einer solchen Getreideeinfuhr, die natürlich nicht durch Prohibitivzölle künstlich unrentabel gemacht werden dürfte (87), "wahrscheinlich gerade auch die Devisen, die heute den Weg zur Reichsbank nicht finden, und die Kredite, die heute aus privatwirtschaftlichen Gründen von den deutschen Banken nicht ausgenutzt werden, zur Finanzierung der Getreideeinfuhr verwendet werden, wenn man den enormen Anreiz sich auswirken ließe, der bei Gewährung eines zollfreien Einfuhrkontingents in der Differenz zwischen dem Weltmarktpreis und dem deutschen Inlandspreis läge" (88). Auch war gegen Ende des Jahres 1931 bereits nach der Verkündung des Hoover-Moratoriums und der Veröffentlichung des Baseler Gutachtens (Layton-Bericht) mit einiger Sicherheit für das Jahr 1932 das Ende der Reparationen zu

erwarten, zumal die Regierung Brüning mit äußerster Zielstrebigkeit auf die Erreichung dieses Zieles hinstrebte (88a). Damit aber wäre der Gesamtbedarf an Devisen sowieso gesunken. Selbst wenn man annahm, daß die Beseitigung der Reparationen nicht mit letzter Sicherheit zu erwarten sei und man daher auf jeden Fall für eine möglichst hohe aktive Handelsbilanz (= möglichst hoher Devisenvorrat) im Interesse der Lösung des Transferproblems zu sorgen habe; Das Argument, daß man aus reparationspolitischen Gründen lieber eine Sicherung der hochüberschuldeten Betriebe vornehmen müsse, als etwa zollfreie Getreidekontingente in Höhe des jeweiligen Zuschußbedarfes nach Deutschland zu lassen, konnte nicht ins Schwarze treffen (89). Denn gerade wenn man bei größten Opfern der Gesamtheit versucht, die letzte irgendwie noch bestellbare Ackerfläche vor dem Brachliegen zu bewahren, ergibt sich eine Verschlechterung der Handelsbilanz, weil nämlich die Kosten für jenen ausgeprägten Schuldnerschutz in der Landwirtschaft primär der exportfähige Teil der deutschen Wirtschaft aufzubringen hat, so daß auf der Aktivseite weit mehr als die Summe verloren geht, um die man die Passivseite verringern kann. Stolper kritisiert in diesem Zusammenhang noch einmal scharf Schlange-Schöningsens Rechtfertigungsversuche für die Sicherungsverordnung: "Es ist selbstverständlich, daß Deutschland alles tun muß, was es tun kann, um seinen Landwirten zu helfen. Aber unberechtigte Zumutungen an die übrigen Volksteile damit zu begründen, daß die Zahler sich diesen Zumutungen zu fügen haben, weil sie sonst verhungern müßten - das ist eine Art wirtschaftspolitischer Propaganda, wie man sie mindestens von amtlicher Seite nicht hören möchte" (90).

b: Das neue Sicherungsverfahren.

"Der Eigentümer, Pächter oder Nießbraucher eines landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen

Betriebs (Betriebsinhaber), der außerstande ist, ohne wesentliche Beeinträchtigung der Vorbereitung und Einbringung der nächsten Ernte seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, kann bei der unteren Verwaltungsbehörde die Eröffnung des Sicherungsverfahrens beantragen. Den gleichen Antrag kann auch ein Gläubiger stellen, der ein berechtigtes Interesse an einer gesicherten Fortführung eines ihm verschuldeten Betriebs nachweist. Der Antrag ist unzulässig, wenn bereits eine Umschuldung --- stattgefunden hat, ferner wenn ein Entschuldungsantrag gestellt, aber über ihn noch nicht entschieden ist, oder wenn über das Vermögen des Betriebsinhabers das Konkursverfahren eröffnet ist (91)". Dagegen werden schwebende Vergleichsverfahren eingestellt, die Entscheidung über Konkursanträge ausgesetzt und Landwirten, deren Umschuldungsanträge noch laufen, auf dem Umweg über die Landstelle (die in diesem Fall die Eröffnung des Sicherungsverfahrens beschließen kann) die Möglichkeit einer Sicherung gegeben. Bei Betrieben mit einem Einheitswert bis zu 40 000 RM entscheidet im allgemeinen der Landrat, bei Betrieben mit einem höheren Einheitswert die Landstelle, bei Differenzen zwischen Landrat und Landstelle der Reichskommissar für die Osthilfe über die Eröffnung des Sicherungsverfahrens. Dieses Sicherungsverfahren, das wegen der sehr unklaren Bestimmungen in der Verordnung über eine etwaige Ablehnung (92) bei einer geschickten Interpretation nahezu immer angewendet werden konnte, hat de facto die Wirkung eines Moratoriums; Zwangsvollstreckungen gegen den Betriebsinhaber (auch gegen sein nicht dem Betrieb dienendes Vermögen) sind ebensowenig zulässig wie eine Verwertung verpfändeter oder zur Sicherung übereigneter Gegenstände. Dafür wird der Betrieb der Aufsicht eines Treuhänders unterstellt, der aber ebenfalls sehr leicht eine gegen die Gläubiger gerichtete Funktion erfüllen kann: " Wenn ein gegenseitiger Vertrag zur Zeit der Eröffnung des Sicherungsverfahrens von dem Betriebsinhaber und von dem anderen Teil nicht

oder nicht vollständig erfüllt ist, so kann der Betriebsinhaber mit Zustimmung des Treuhänders die Erfüllung verweigern." "Wird die Erfüllung verweigert, so kann der andere Vertragsteil im Rahmen des Sicherungsverfahrens Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen" (93). Weil aber der Schadenersatz nur im Rahmen des Sicherungsverfahrens verlangt werden kann, kommt ihm nur noch eine stark verminderte Bedeutung zu, weil sich dieser Anspruch ja zunächst nicht realisieren kann.

Im § 15 der Verordnung, der die Richtlinien für die Verwendung der Mittel des Betriebes und die Befriedigung der Gläubiger enthält (94), wird ein Vorrecht der laufenden Geldbedürfnisse des landwirtschaftlichen Betriebs gegenüber allen sonstigen Ausgaben und gegenüber allen früher entstandenen Ansprüchen geschaffen, wobei wiederum die laufenden Geldbedürfnisse für die agrarischen Betriebe einer näheren Definition entbehren, so daß in der Praxis eine sehr weitherzige Auslegung der Bestimmungen möglich ist.

Da durch diese Verordnung die Zuführung neuer Mittel auf dem Kreditwege infolge des Moratoriums und nach Durchführung der Zinsen- und Schuldenkonversion (siehe den nächsten Unterabsatz) faktisch unmöglich erscheint, soll auch hier wieder die Bank für Industrieobligationen für die Zuführung neuer Mittel sorgen: "Während der Dauer des Sicherungsverfahrens wird die Bank für deutsche Industrieobligationen, soweit nicht von anderer Seite Mittel beschafft werden können, nach Maßgabe ihrer für landwirtschaftliche Kredite verfügbaren Mittel die zur Aufrechterhaltung des Betriebs, zur Vorbereitung und Einbringung der Ernte sowie zur Durchführung des Entschuldungsverfahrens erforderlichen Beträge zur Verfügung stellen. Die Beträge sind, soweit sie zur Vorbereitung und Sicherung der Ernte gegeben werden, aus den Einnahmen der nächsten Ernte vorzugsweise zurückzuzahlen" (95). Hier kann nur, ähnlich wie bei der Analyse des Osthilfegesetzes, festgestellt werden, daß

eine Verwendung der der Industrie entzogenen Gelder für Entschuldungsmaßnahmen bzw. zur Aufrechterhaltung des Betriebs sowie zur Vorbereitung und Einbringung der Ernte gesamtwirtschaftlich gesehen prozyklisch, also krisenverschärfend wirken und zudem noch sich als eine vom strukturpolitischen Gesichtspunkt aus ausgesprochen dysfunktionale, weil den Anpassungsprozeß der Landwirtschaft an die Gegebenheiten des Weltagrarmarktes noch weiter hinauszögernde Maßnahme erweisen mußte.

c: Zum Entschuldungsverfahren.

War die Situation der Gläubiger schon durch den Vollstreckungsschutz sehr bedenklich geworden, so wurde sie durch die neuen Vorschriften zur Entschuldung (96) geradezu katastrophal, denn der im Laufe des Entschuldungsverfahrens aufgestellte jeweilige Entschuldungsplan wurde faktisch nicht nur ohne die Mitwirkung der Gläubiger (97) rechtswirksam, sondern die Leitlinien für die Entschuldungspläne waren ganz eindeutig auf einen nahezu optimalen Schuldnerschutz abgestimmt. So boten die neuen Vorschriften bei allen Forderungen (mit Ausnahme der ersten Hypotheken) die Möglichkeit, ohne Zustimmung des Gläubigers und ohne Gegenleistung an ihn die Verzinsung bis auf 4 1/2 % und den Kapitalbetrag bis auf die Hälfte zu senken. Ebenso konnte der Erlass von Zinsrückständen einseitig angeordnet werden. Dies hing außer vom Willen des Schuldners noch von der Landstelle ab, die den vom Schuldner einzureichenden Plan für die Entschuldung bestätigen mußte, nicht aber von den Gläubigern, deren Zustimmung nur noch erforderlich war, wenn im Entschuldungsplan eine Herabsetzung des Kapitals um mehr als die Hälfte oder eine Verminderung des Zinssatzes auf weniger als 4,5 % vorgesehen war.

Daß durch eine derartige Kombination von Sicherungsmaßnahmen und Entschuldungsmaßnahmen die Gläubiger schwer getroffen wurden, braucht kaum noch betont zu werden. Hiervon waren nicht nur die volkswirtschaftlich gesehen so bedeutsamen Genossenschaften und ländlichen Sparkassen

betroffen (schließlich bestehen zwischen dem landwirtschaftlichen Kreditwesen und den übrigen Kreditinstituten viele Kanäle, durch die dann ebenfalls ökonomisch depressive Effekte aus einem Sektor in den anderen einströmen können), sondern auch kleine Gläubiger, wie das Handwerk, außerdem auch noch ein großer Teil des Produzentenhandels.

5.2.4.3. Entschuldung und Sicherung bis zu Brünnings Sturz.

Die Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegesetz vom 17.11.1931, die so ganz eindeutig die ostdeutsche Landwirtschaft gegenüber der Landwirtschaft in den anderen Teilen Deutschlands bevorzugte, führte zu zahlreichen Kreditkündigungen in den nicht gesicherten Gebieten, vor allem in den Gebieten westlich der Elbe. Da natürlich auch hier die Landwirte größtenteils nicht die gekündigten Gelder abdecken konnten, versuchten die Gläubiger ihre Forderungen durch die Einleitung von Zwangsversteigerungen zu retten. Weil die Folgen eines kumulativen Zusammenbruchs westelbischer Güter bei optimaler Sicherung des ostelbischen Besitzes eine zu augenscheinliche Privilegierung des Ostens gewesen wäre, die der agrarische Westen kaum noch länger in diesem Ausmaß hingenommen hätte (der Auszug der 3 Vertreter der westdeutschen Landwirtschaft aus dem Wirtschaftsbeirat am 19.11.1931 aus Protest gegen die ständige Bevorzugung der ostdeutschen Landwirtschaft, wie sie sich 2 Tage vorher noch in der Sicherungsverordnung dokumentiert hatte, mußte der Regierung und auch Hindenburg als warnendes Beispiel dienen (97a)), und da aus rein ökonomischen Erwägungen heraus ein verstärkter Zusammenbruch der westlichen agrarischen Betriebe kaum zu verantworten gewesen wäre, wurde in Teil 3 § 5 ff der 4. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8.12.1931 eine einstweilige

Einstellung von Zwangsversteigerungen für das gesamte Deutsche Reich verfügt, wodurch aber noch keineswegs etwa das Problem der Verschuldung der westdeutschen agrarischen Betriebe, die sicherlich nicht so hoch wie die meisten ostdeutschen Betriebe verschuldet waren, deren Schuldenstand aber dennoch bereits eine bedenkliche Höhe erreicht hatte (siehe die diversen Statistiken des Verfassers) gelöst war.

Für die Osthilfegebiete aber, wie sie durch die erste Durchführungsverordnung vom 21.5.1931 zum Gesetz über Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens vom 31.3.1931 festgelegt worden waren, ergab sich durch das Zusammenwirken der verschiedenen Maßnahmebündel ein nahezu lückenloser Schutz des bestehenden Besitzes, wozu schließlich auch noch die Verordnung des Reichspräsidenten zur beschleunigten Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet (Entschuldungsverordnung vom 6.2.1932 (98), die Osthilfedurchführungsverordnungen vom 12.3.1932 und schließlich vom 30.5.1932 (99), die Verordnung des Reichspräsidenten zur Ergänzung der Vorschriften über die Zwangsvollstreckung bei landwirtschaftlichen Betrieben und über das Sicherungsverfahren vom 19.2.1932 sowie der Erlaß der Richtlinien für die landwirtschaftliche Entschuldung im Osthilfegebiet vom 15.3.1932 (100) noch ihr Teil beitrugen. Durch diese Handhabung der Osthilfe wurde aber jetzt eine Stagnierung der Siedlungstätigkeit herbeigeführt, weil die derart abgesicherten Gutsbesitzer es nun nicht mehr nötig hatten, Land für Siedlungszwecke zu veräußern. Damit aber mußte sich für den Ostkommissar wie auch für das ganze Kabinett Brüning ein Konflikt eröffnen zwischen den Interessen der ostdeutschen Großagrarien und nationalpolitischen und sozialen Erwägungen, die für eine vermehrte Siedlung im deutschen Osten, notfalls auch auf Kosten der Großagrarien, zu sprechen schienen. Zum Verständnis der verwickelten Zusammenhänge wird der Verfasser bei der nun folgenden Besprechung der Siedlungsmaßnahmen

einen Exkurs über das Siedlungsproblem am Ausgang der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Zusammenhänge wie auch Antinomien zwischen ostagrarischer Subventionspolitik und ostdeutscher Siedlungspolitik einschalten.

Zum Problem der Siedlungspolitik in der Ära Brüning (1).

1. Einige kritische Bemerkungen zur ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Funktion der Siedlung in der Weimarer Republik.

Bei unseren Ausführungen über das Wohlstandsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland und seine Ursachen wurde bereits dargelegt, daß auf Grund dieses klimatisch-geographisch und verkehrsmäßig bedingten Ost - West-Gefälles, das sich über die deutschen Grenzen hinaus nach Osten fortsetzte, einerseits eine Sogwirkung vom sich immer stärker industrialisierenden Nordwesten Deutschlands auf die ostdeutschen Arbeitskräfte ausging, andererseits die deutschen Ostgebiete wieder eine Sogwirkung auf polnische Arbeitskräfte aus den vergleichsweise weniger wohlhabenderen polnischen Gebieten ausübten, die einen starken Zustrom polnischer Arbeitskräfte bzw. Saisonarbeiter in die deutschen Grenzgebiete auslöste, so daß bereits vor dem 1. Weltkrieg mehr als 4 Millionen Menschen mit slawischer, davon rund 3 1/2 Millionen Menschen mit polnischer Muttersprache in Preußen wohnten. Hinzu kam noch eine halbe Million ausländischer Saisonarbeiter überwiegend polnischer Abkunft (2). Dieser Zustrom an polnischen Arbeitskräften war natürlich in jenen Kreisen Deutschlands, die gewohnt waren, ganz primär in geopolitischen, ja betont national-machtpolitischen Bahnen zu denken, ein Ärgernis. In einer Zeit, in der die Nationen bestrebt waren, nach außen zu expandieren, ihre macht- und bevölkerungsmäßigen Grenzen immer mehr auszuweiten, erschien es geradezu für "den Bürger" (3) als ein Verbrechen, wenn man die deutschen Grenzen gegen die polnische Zuwanderung nicht schloß und systematisch durch den Staat Böden ankaufen ließ, um deutsche Bauern auf geeigneten Böden anzusiedeln. Diese Forderung vertrat auch bereits

1894 Max Weber (4), dessen Darlegungen zum ökonomischen und politischen Machtkampf unter Berücksichtigung national-bevölkerungspolitischer Gesichtspunkte wir hier etwas ausführlicher zitieren, weil sie in besonders anschaulicher Weise jene Motivationen aufzeigen, die, auch dann in der Zeit der Weimarer Republik, zur Betonung eines nationalen (je nach Standort könnte man auch sagen nationalistischen) bevölkerungspolitischen Aspektes bei der deutschen Ostsiedlung führten. Im übrigen mögen die längeren Zitate als kleine Nebenwirkung vielleicht mithelfen, die Grenzen des Politologen Max Weber etwas deutlicher zu sehen, der nicht nur in seinen Ausführungen über die Stellung des Reichspräsidenten (1919) Nüchternheit und Weitblick vermissen ließ ...

Max Weber: "Auch unter dem Schein des "Friedens" geht der ökonomische Kampf der Nationalitäten seinen Gang. Nicht im offenen Streit werden die deutschen Bauern und Tagelöhner des Ostens durch politisch überlegene Feinde von der Scholle gestoßen; im stillen und öden Ringen des ökonomischen Alltagslebens ziehen sie einer tieferstehenden (!) Rasse gegenüber den kürzeren, verlassen die Heimat und gehen dem Untertauchen in eine dunkle Zukunft entgegen. Es gibt keinen Frieden auch im wirtschaftlichen Kampf ums Dasein ... Wir wissen es ja: Die Volkswirtschaftspolitik ist der vulgären Auffassung ein Sinn über Rezepte für die Beglückung der Welt - die Besserung der "Lustbilanz" des Menschendaseins ist für sie das einzig verständliche Ziel unserer Arbeit. Allein: Schon der dunkle Ernst des Bevölkerungsproblems hindert uns, Eudämonisten zu sein, Frieden und Menschenglück im Schoße der Zukunft verborgen zu wähen und zu glauben, daß anders als im harten Kampf des Menschen mit dem Menschen der Ellenbogenraum im irdischen Dasein werde gewonnen werden (5) ...

Die Volkswirtschaftspolitik eines deutschen Staatswesens ebenso wie der Wertmaßstab des deutschen volkswirtschaftlichen Theoretikers können nur deutsche sein.

Ist dem vielleicht anders, seit die ökonomische Entwicklung über die nationalen Grenzen hinaus eine umfassende Wirtschaftsgemeinschaft der Nationen herzustellen begann? So ist auch die volkswirtschaftliche Gemeinschaft nur eine andere Form des Ringens der Nationen untereinander

Nicht Frieden und Menschenglück haben wir unseren Nachfahren mit auf den Weg zu geben, sondern den ewigen Kampf um die Erhaltung und Emporzüchtung unserer nationalen Art. Und wir dürfen uns nicht der optimistischen Hoffnung hingeben, daß mit der höchstmöglichen Entfaltung wirtschaftlicher Kultur bei uns die Arbeit getan sei und die Auslese im freien und "friedlichen" ökonomischen Kampfe dem höher entwickelten Typus alsdann von selbst zum Siege verhelfen werde

Nicht in erster Linie für die Art der volkswirtschaftlichen Organisation, die wir ihnen überliefern, werden unsere Nachfahren uns vor der Geschichte verantwortlich machen, sondern für das Maß des Ellenbogenraums, den wir ihnen in der Welt erringen und hinterlassen " (6).

Diese starke Betonung völkisch-nationalpolitischer Gesichtspunkte hatte bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu Maßnahmen zur Förderung deutscher Ansiedlungen in den immer mehr an Bevölkerungsverdünnung leidenden Gebieten in Posen, Westpreußen, Ostpreußen, Hinterpommern und dem östlichen Schlesien geführt, wobei der Großgrundbesitz durch Landhergabe für Siedlungszwecke Entlastung von unregulierten Schulden erlangen konnte. Die Unantastbarkeit des Besitzes und der freie Entschluß des Großgrundbesitzers zu einer etwaigen Abparzellierung waren in diesem Zusammenhang die feststehenden Voraussetzungen der preussischen Siedlungspolitik, die insgesamt gesehen wenig erfolgreich war (7). Diese Versuche, die ländliche Siedlung in Ostdeutschland zu forcieren - später tauchte dafür das Schlagwort "innere Kolonisation" auf - verrieten übrigens außer bevölkerungspolitisch-nationalen Motiven auch bereits zeitkritische Ressentiments gegen die Entwicklungstendenzen der

industriellen Gesellschaft mit ihrem Trend zur Urbanisierung und zur Verminderung der Bedeutung des Agrarsektors. "Das Schlagwort "innere Kolonisation" kennzeichnet bereits die historische reactio in einer Ära, in der "Kolonien" und "Kolonisation" als die modernen Errungenschaften einer deutschen "Weltpolitik" galten, die dem Weg des "Welthandels" einer zu hoher Leistungsfähigkeit gelangten Industrienation folgte. Es verwies auf eine entschieden nationale Programmatik und verknüpfte die Sache des "Deutschtums" mit zeitkritischen Motiven. Die Skepsis den Erscheinungen des Industriezeitalters und dem Stadtleben gegenüber verstand sich beinahe in dem gleichen Maße von selbst wie der nationale Gedanke, der sich gegen die fortgesetzte Landflucht und die Bevölkerungsverdünnung in dem von polnischen Bevölkerungsgruppen durchsetzten preußischen Osten wandte ... (8)".

Unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg ging von der Vorstellung einer Massensiedlung im deutschen Osten eine besonders starke Faszination aus; dabei stellten Revolutionsausbruch und Kriegsabschluß zunächst das bevölkerungspolitische Problem in den Vordergrund. Unter dem Druck des zunächst noch anhaltenden Lebensmittelmangels und unter dem unmittelbaren Eindruck des Verlustes der Kolonien und weiter Gebietsteile glaubte man das Problem einer vermeintlich drohenden Übervölkerung Deutschlands vor allem durch eine gesteigerte agrarische Produktion lösen zu können. Hierbei schien eine verstärkte Siedlungstätigkeit im deutschen Osten das geeignete Mittel zu sein. Vor dem Hintergrund dieser Vorstellungen, zu denen man natürlich nach wie vor auch industriestaatsfeindliche, agrarromantische und antipolnische Faktoren ergänzend stellen muß, wurde dann das Reichssiedlungsgesetz vom 11.8.1919 (20) verabschiedet, an das große Hoffnungen geknüpft wurden (11), die sich aber keineswegs erfüllten (12). Zudem wurde durch die dank zunehmender Inflation und dem allgemeinen Nachholbedarf der Weltwirtschaft nach dem Krieg erzeugte rasche Entfaltung von Handel und Industrie, die

es möglich machte, die Massen der städtischen Erwerbslosen zu absorbieren, der Gedanke der Übervölkerung Deutschlands in den Hintergrund gedrängt, und statt der Neusiedlung trat bis etwa 1923 immer mehr die Anliegersiedlung gegenüber der Neusiedlung in den Vordergrund (13). Ab Ende 1923 begann sich dann das Schwergewicht der Ostsiedlung erneut zu verschieben. Unter dem Eindruck einer allgemeinen Verschlechterung der Situation in der Landwirtschaft, die die Nachfrage nach Neusiedlerstellen bzw. das Verlangen nach einer Anliegersiedlung entscheidend verminderte, und der Unwilligkeit des dank der Inflation stärker entschuldeten Großgrundbesitzes im Interesse der Schuldentilgung Land für Siedlungszwecke zu veräußern, wurde nun die Motivation für eine Ostsiedlung wieder primär in der Aufrichtung eines Bollwerkes gegen die vermeintliche slawische Gefahr gesehen. Der Bauer, romantisierend als ein Träger der Lebenskraft des Volkes gesehen, sollte als wirkungsvollste Waffe gegen das "Vordringen" der Polen eingesetzt werden. Carl Hepp, Präsident des Reichslandbundes und Mitglied des Reichstages, formuliert dies 1928 folgendermaßen: "Siedlung verfolgt völkische ... Ziele. Während Deutschland rassistisch sich entkräftet, drängt geburtenfrohes Slawentum in immer höherer Brandung an unsere Grenzen heran. Im Jahre 1923 betrug in Rußland die Geburtenziffer auf je 1000 Einwohner 47, in Polen 46. Bei einer Vergewärtigung der Bevölkerungsdichte in den fraglichen Gebieten (14a) ... ist leicht einzusehen, daß eine Überflutung Ost- und Norddeutschlands seitens dieser Völker in greifbare Nähe gerückt ist. Eine Unterschicht in Form ausländischer Saisonarbeiter ist bereits vorhanden ... Der Bauer, Träger der Lebenskraft des Volkes, ist in seiner zähen Verwurzelung mit dem heimatlichen Boden allein in der Lage, sich national zu behaupten. Siedlung aber ist das einzige Mittel, den Bauernstand da zu halten und da zu stärken, wo er zu schwach ist. Daher tut not deutsche Ostsiedlung (14)." Daß man etwa auch versuchen könnte, mit Polen sich auf der Basis ruhig-sachlicher Erörterungen zu treffen, die

den Interessen beider Länder, nicht nur denen Deutschlands gerecht zu werden suchten, dafür war weder in den 20er Jahren, noch später dann in den 30er Jahren in den Vorstellungen eines Politikers Raum. Vielmehr riefen die Grenzziehungen im Osten auf Grund des Versailler Vertrages von Anfang an die entschiedenste Ablehnung in Deutschland hervor, und die Forderung nach einer Revision der deutsch-polnischen Grenze gehörte fortan zum festen Bestandteil deutscher Politik (15). Sicherlich, Deutschland hatte durch die Abtretung weiter Teile Westpreußens, Posens und des oberschlesischen Industriegebietes große Verluste hinnehmen müssen, der deutsche Osten hatte durch die Gebietsabtretungen über ein Viertel seiner Fläche, fast ein Drittel der Bevölkerung, etwa ein Drittel seiner landwirtschaftlichen, ein Viertel seiner gewerblichen Produktionskraft und auch den größten Teil seiner mineralischen Reserven verloren, ganz zu schweigen von den negativen ökonomischen Auswirkungen, die etwa die neue Gebietsfestlegung, insbesondere die Abschneidung Ostpreußens hervorrief (16), ganz zu schweigen etwa auch davon, daß die Entscheidung des Völkertundes über die Auslegung des oberschlesischen Abstimmungsergebnisses (59,6 % der abgegebenen gültigen Stimmen hatten für Deutschland votiert) durchaus nicht im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker getroffen wurde; aber all diese Tatsachen gewannen erst ihre enorme nationale machtpolitische Dimension vor dem Hintergrund einer Auffassung, die Politik (wie der Max Weber von 1894 und lange vor ihm schon Machiavelli, wenn auch dieser den Fürsten statt der Nation bzw. dem Volksganzen gesetzt hatte) vorwiegend allein auf den Kampf um Machterhalt und Machterwerb der einzelnen Staaten und Völker reduziert, wobei die Gesellschaft in ihrer Sozialität und in ihrer ökonomischen Mitbestimmtheit letztlich nur Instrument bei der Durchführung dieses Zieles darstellt. Vor diesem Hintergrund war es möglich, daß die Landflucht im deutschen Osten, die Bevölkerungsexpansion in den polnischen Gebieten so betont unter dem Blickwinkel einer slawischen Bedrohung gesehen wurden, der man nur durch vermehrte Siedlung begegnen zu können glaubte, anstatt den Weg

einer deutsch-polnischen Verständigung wenigstens zu versuchen (17), um die ökonomische Situation in den Grenzgebieten des deutschen Ostens und insbesondere in Ostpreußen durch eine Intensivierung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen mit einer Liberalisierung des deutsch-polnischen Güterverkehrs zu verbessern. In welcher Weise macht- und geopolitische Aspekte hervorgehoben wurden, sieht man daran, daß in einem angesehenen ökonomischen Sammelwerk aus dem Jahre 1932 sogar die nationalpolitische Bedeutung der landwirtschaftlichen Siedlung in Schleswig-Holstein in Hinblick auf die dichtbesiedelten Grenzgebiete Dänemarks (!) betont wird (18).

Allerdings treten dann ab etwa der Mitte der 20er Jahre neben die national-bevölkerungspolitischen Motive wieder zunehmend ökonomische Motive, die für eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Siedlung im Osten zu sprechen schienen. Zunächst einmal vermehrte sich ab Herbst 1925, als die Agrarpreise scharf abzusinken begannen und allmählich auch bereits wieder die Schulden der Landwirtschaft sich stärker bemerkbar machten, das Angebot an Siedlungsland an die Siedlungsgesellschaften oder andere Stellen der öffentlichen Hand, weil der landwirtschaftliche Großbetrieb, der sonst ein Gegner der Siedlung war, nun in der Abgabe von Land für Siedlungszwecke wieder ein Mittel zur Befreiung von den am stärksten drückenden Schulden sowie zur Beschaffung des dringend benötigten Betriebskapitals sah. Als dann schließlich 1929 die Weltwirtschaftskrise ausbrach und auch der Agrarsektor voll in den wirtschaftlichen Abwärtsstrudel gezogen wurde, sah man vor allem in einer verstärkten landwirtschaftlichen Siedlung ein Mittel, die Situation auf dem deutschen Agrarsektor zu bessern. "Man betont nunmehr die relativ und absolut stärkere Krisenfestigkeit des Klein- und Mittelbetriebes und erhofft von einer bäuerlichen Besiedlung des Ostens stabile Verhältnisse (19)". Damit kann man bereits die beiden treibenden Kräfte für eine deutsche Siedlung während der Weltwirtschaftskrise nennen: Einmal den bevölkerungspolitisch-nationalpolitischen Aspekt, zum anderen den ökonomischen Aspekt

(Verbesserung der agrarischen Situation, insbesondere eine größere Krisenfestigkeit im Agrarsektor). An dieser Stelle nun müssen wir in eine Auseinandersetzung über die ökonomischen Aspekte einer verstärkten Siedlungstätigkeit im deutschen Osten eintreten; einmal um zu klären, ob die während der Weltwirtschaftskrise vorgesehenen bzw. durchgeführten Siedlungsmaßnahmen und die zu ihrer Durchführung erlassenen Gesetze überhaupt ökonomisch sinnvoll waren, zum anderen um kritisch abzuwägen zu können, ob das politische Verhalten des Kabinettes Brüning im Frühjahr 1932 bei der Behandlung der Siedlungsfrage politisch weitblickend war, d.h. hier konkret, ob der ökonomische und damit verbunden auch der soziale Aspekt der Siedlung so überzeugend sein konnte, daß darüber die Vernachlässigung anderer Determinanten von Brünings Wirtschaftspolitik wie etwa die Abhängigkeit von Hindenburg zwar nicht gerechtfertigt, zumindest aber vom Blickpunkt der modernen ökonomischen Theorie bzw. vom sozialpolitischen Gesichtspunkt aus verständlich erscheint. Sind Brünings Worte zur Verteidigung der Siedlungsmaßnahmen seiner Regierung, die er nach seinem Sturz am 17.6. 1932 in einer Rede in Mainz fand, gemessen am Maßstab einer langfristigen Bewahrung der Demokratie, einer Stützung der Wirtschaft (einschließlich des Agrarsektors) sowie einer weitgehenden sozialen Gerechtigkeit überhaupt stichhaltig (20)? Um all diese Fragen klären zu können, ist eine ökonomische Wirkungsanalyse der Siedlungsmaßnahmen unter gleichzeitiger Berücksichtigung der gesellschaftlichen Konsequenzen der Siedlung und deren potentieller Rückwirkungen auf den politischen Entscheidungsprozeß in der Ära Brüning notwendig.

Die positiven ökonomischen Auswirkungen (21), die man der landwirtschaftlichen Siedlung zuschrieb, waren im wesentlichen folgende:

- 1.) Eine Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Insbesondere erhoffte man hier eine Steigerung in der

Erzeugung von Fleisch, Eiern, Milch, Butter und Geflügel, da von den Kleinbesitzern im allgemeinen ein relativ höherer Viehbestand zu erwarten war als bei den vorwiegend am Getreideanbau ausgerichteten Großagrariern. Weil aber durch die Siedlung meist nur unzureichend bewirtschaftete Güter zur Aufteilung kommen sollten, nahm man an, daß, da "durch die strenge Auswahl der Siedler ein überdurchschnittliches Menschenmaterial zum Bauern erhoben wird, ... auch in der Erzeugung von Brotgetreide, Futtergetreide und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen eine allgemeine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erreicht wird, die sich dann auch auf dem Markte und in der Zufuhr nach anderen Großstädten auswirken muß (22)".

- 2.) Die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten und damit Hebung der industriellen Erzeugung. Damit hänge wiederum eng zusammen
- 3.) die Einschränkung der Arbeitslosigkeit und damit eine allgemeine Stärkung der Krisenfestigkeit. "Arbeitskräfte, die an falscher Stelle stehen, und daher mangelhaft oder gar nicht ausgenützt brach liegen, werden verpflanzt in einen Beruf und in eine Stelle, wo Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten produktiver Natur dauernd vorhanden sind." (23).
- 4.) Aus den in 1.) bis 3.) genannten ökonomischen Auswirkungen ergebe sich dann schließlich eine Stützung des Binnenmarktes.

Gegen diese ökonomischen Argumente für eine vermehrte Siedlungstätigkeit lassen sich aber nun eine ganze Fülle von schlagkräftigen Gegenargumenten anführen. Ohne hier sich in Einzelheiten verlieren zu wollen, seien wenigstens die allerwichtigsten Gegenargumente angedeutet. Die wichtigsten drei Argumente, die für den Großbetrieb in der ostdeutschen Landwirtschaft sprechen, hat der Verfasser bereits in seinen Ausführungen über "Langfristige Entwicklungstrends im deutschen Agrarsektor" dargelegt.

- 1.) Die relativ kurzen Bestell- und Erntezeiten in der nordostdeutschen Landwirtschaft zeitigen eine hohe Arbeitsspitzen-

belastung und verlangen einen konzentrierten Betriebsmittel- und Arbeitseinsatz.

- 2.) Wenig ergiebige Böden und ungünstiges Klima bewirken verhältnismäßig geringe Grenzproduktivitäten von Arbeit und Kapital. Dadurch wird wiederum eine Extensivierung und Einseitigkeit der Bodennutzung sich in der Regel ergeben. Diese beiden Momente sind bei Konkurrenzbedingungen einer Familienwirtschaft durchaus abträglich und begünstigen den Großbetrieb. Dies erkennt etwa H. Raupach an, der rückblickend die ökonomische Effizienz einer landwirtschaftlichen Siedlung im deutschen Osten sehr skeptisch beurteilt (24).
- 3.) Die ökonomischen Strukturgesetzmäßigkeiten der modernen Industriegesellschaft verweisen auf den durchorganisierten, spezialisierten, rationalisierten, hart am Markt orientierten und arbeitsteilig mit der übrigen Volkswirtschaft verflochtenen landwirtschaftlichen Großbetrieb als optimale Betriebsform im Agrarsektor, wenn eine optimale ökonomische Effizienz und eine optimale Güterversorgung und Bedürfnisbefriedigung aller gewährleistet werden soll.

Im übrigen konnte bei der damaligen ökonomischen Situation eine Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, wie man sie als Ausweitung einer intensiveren landwirtschaftlichen Siedlungstätigkeit erwartete, keineswegs ein Gebot der Stunde sein. In einer Zeit partieller Überproduktion in der Landwirtschaft bei sinkenden Produktpreisen wäre eine Produktionssteigerung in der Agrarwirtschaft zunächst geradezu ein Schlag ins kalte Wasser gewesen und die deutsche Agrarpolitik hätte, nachdem man nun ganz konsequent bereits agrarprotektionistische Maßnahmen in weitestem Umfang zur Stützung des Agrarpreisniveaus unternommen hatte, zu noch stärkeren Zollerhöhungen, Stützungskäufen, Subventionen usw. Zuflucht nehmen müssen, wenn sie das Agrarpreisniveau nicht zu tief absinken lassen und den Neusiedlern nicht von Anfang an die Existenzgrundlage infolge einer zu ungünstigen Preis-Kosten-

Relation entziehen wollte. Diese agrarprotektionistischen Maßnahmen wären aber letztlich wieder auf Kosten des Verbrauchers gegangen, dem bei sinkendem Einkommen für die Befriedigung seiner Nachfrage nicht entsprechend billige Agrarprodukte (etwa aus dem Ausland exportierte Agrarprodukte ohne große Zollversteuerung) zur Verfügung standen, sondern nur die künstlich weit über dem Weltmarktpreisniveau gehaltenen deutschen Agrarprodukte.

Insgesamt gesehen müssen auch der Arbeitsplatzeffekt und der Konjunkturtriebseffekt einer landwirtschaftlichen Siedlung aus der Sicht der modernen volkswirtschaftlichen Theorie, angewendet auf die damalige ganz konkrete historische Wirtschaftswirklichkeit, verneint werden. Sicherlich, man konnte Arbeitskräfte, die in den Zeiten höchster Depression nicht oder nur unzureichend im industriellen Produktionsprozeß benötigt wurden, in die landwirtschaftliche Siedlung überführen. Wie aber soll ein wirtschaftlicher Aufschwung wieder eingeleitet werden, wenn effektive und potentielle Arbeitskräfte immer mehr der Industrie und dem Gewerbe entzogen werden? Woher soll der Unternehmer dann, wenn die Talsohle der Konjunktur durchschritten zu sein scheint, die Einsicht und dem Unternehmungsgeist nehmen, mehr zu investieren und die Kapazitäten auszuweiten, wenn doch so ganz offensichtlich der Genosse Trend aufzeigt, daß sich die Sektoren Industrie und Gewerbe zu stark im Verhältnis zur Landwirtschaft entwickelt haben und nun bereits eine Gegenbewegung "zurück aufs Land" im Gange ist? Spätestens seit Keynes wissen wir, daß die Investitionsquote eine der wesentlichen Bestimmungsgrößen für die jeweilige Konjunktur in einem industrialisierten Land darstellt; die Wirtschaft sieht sich, um eine Abwärtsentwicklung zu vermeiden bzw. abzustoppen und umzukehren, gezwungen, ständig zu investieren und zu wachsen (25), wobei die im weitesten Sinne industriellen Sektoren die Hauptträger der Investitionen sein müssen. Für Investitionen im industriellen Sektor

hätte eine zügig und in großem Rahmen durchgeführte Ostsiedlung die Problematik einer solchen Maßnahme deutlich werden lassen. Eine große Ostsiedlung (glücklicherweise hat es diese aber nie in großem Maßstab gegeben, selbst nicht im Dritten Reich), hätte einen Trend zur Reagrarisierung angezeigt. hätten dann die Unternehmer paradoxerweise doch noch mit frischem Mut investieren wollen, so wäre es, immer vorausgesetzt, man hätte alle in der Depression brachliegenden Arbeitskräfte, so wie es in romantischen Siedlungsvorstellungen zu finden war, in die Siedlung verpflanzt, bald zu einem problematischen Zustand gekommen. Die durch Investitionen hervorgerufenen Arbeitsplatzeffekte (Erstellung neuer Kapazitäten), die bereits in der 2. Periode nach Investitionsbeginn auftreten, hätten für eine entsprechende Ausweitung der industriellen Arbeitsplätze gesorgt, denen aber dann nicht mehr das nötige Potential an Arbeitskräften gegenübergestanden hätte, da diese in den Agrarsektor abgewandert gewesen wären. Für einen solchen Fall aber gab es nur 3 Möglichkeiten:

- a.) Man muß auf die Besetzung der Arbeitsplätze verzichten. Die Kapazitäten bleiben also ungenutzt, der Investitionsschwung der Unternehmer wird erlahmen und die Wirtschaft stürzt wieder in einen kumulativen Abwärtstrend.
- b.) Die Menschen, die eben erst unter harten Bedingungen ihr Siedlungswerk begannen, werden veranlaßt, wieder in die Industrie zurückzuwandern. Der psychische Druck, den eine erneute Umstellung innerhalb einer solch kurzen Zeit in den einzelnen Menschen ausgelöst hätte, kann kaum überbetont werden; sieht man einmal ganz von den ökonomischen Schwierigkeiten ab, die sich bei einer Aufgabe der Siedlung und einer Wieder- oder Neueingliederung in die Industrie ergeben hätten. Das Gefühl des Ausgestoßenseins, des Manipuliertwerdens, der sozialen Verunsicherung hätte sich in jenen Menschen Raum geschaffen und den Boden für die Übernahme radikaler politischer Lehren intensiver bereitet.

- c.) Man besetzt die vorhandenen Arbeitsplätze mit ausländischen Arbeitskräften. Diesem Vorhaben war aber nun wieder der national-bevölkerungspolitische Aspekt der Ostsiedlung genau entgegengesetzt, so daß sich ein schwerer Zielkonflikt ergeben hätte, bei dem das Ziel einer - angeblich - durch die Siedlung zu erreichenden Krisenstabilisierung, wenn es verwirklicht worden wäre, das andere Hauptziel der Siedlung, die Erhaltung und Bewahrung, wenn nicht Ausbreitung deutschen Volkstums annulliert hätte.

Daß der kleinere landwirtschaftliche Betrieb, so wie er ja durch die Siedlung gefördert werden sollte, gerade in ökonomischen Krisenzeiten im deutschen Osten durch seine Betriebsform und die Art der in ihr üblichen Bewirtschaftung prädestiniert erschien, zur Verelendung der Städte im deutschen Osten anstatt zur Hebung der industriellen Erzeugung und zur Belebung des Binnenmarktes beizutragen, entging einem Großteil der Zeitgenossen völlig (26). Der bäuerliche Besitz hat nämlich die Fähigkeit, sich einer wirtschaftlichen Notlage durch Verengung im Betriebsaufwand, eine allgemeine Extensivierung und eine rigorose Einschränkung der Privatbedürfnisse anzupassen. Durch diese rein subjektiv für den landwirtschaftlichen Besitz nützlich erscheinende, gesamtwirtschaftlich gesehen aber schädliche Fähigkeit des bäuerlichen Betriebes wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage weiter vermindert und damit der depressive Effekt in der Wirtschaft verstärkt. Im Sinne dieser Selbsteinschränkung liegt es auch, wenn der bäuerliche Betrieb in ökonomischen Notzeiten den festbesoldeten Lohnarbeiter dadurch ausschaltet, daß er die Arbeitszeit der bäuerlichen Familienmitglieder entsprechend ausdehnt. Dadurch werden nicht nur die Befriedigung volkswirtschaftlich wichtiger Privatbedürfnisse der bäuerlichen Familie, sondern vor allem auch in ganz radikaler Weise die Beschäftigungschancen der Lohnarbeiter verringert, ja geradezu ausgeschaltet. Dagegen fehlt dem landwirtschaftlichen Großbetrieb die Fähigkeit, kurzfristig derart weitgehend Lohnarbeiter abzubauen. "Der Lohnarbeiter wird auch in Krisenzeiten (der Verfasser würde hier einschränkend hinzufügen: des öfteren noch) nach festem Tarif bezahlt und der Barlohn

beträgt bei den meisten Großbetrieben 40 und mehr Prozent der geldlichen Gesamtausgaben. Da die meisten Bewohner des Großbetriebes, also die Arbeiter und Angestellten auch in Zeiten schwerster Krise eine mäßige Kaufkraft behalten, so verursacht bei der herrschenden Agrarkatastrophe der Kleinlandwirt eine Verelendung der Oststädte in noch höherem Maß als der Großlandwirt (27)".

Zu all den bisher angeführten Argumenten, die gegen eine Forcierung des Siedlungsgedanken sprechen, kommt schließlich noch hinzu, daß nach den Erkenntnissen der modernen antizyklisch orientierten Konjunkturtheorie im fortgeschrittenen Stadium einer schweren Depression in primär noch privatwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystemen Investitionen nur dann Konjunkturantriebskräfte induzieren, wenn das hierfür notwendige Geld auf dem Weg über eine produktive Kreditschöpfung zusätzlich bereitgestellt und nicht etwa an einer anderen Stelle dem Einkommenskreislauf entzogen wird, was ja lediglich nur eine Nachfrageverschiebung, nicht aber eine zusätzliche Nachfrage bewirken würde. Von einer produktiven Kreditschöpfung im Interesse der Finanzierung der landwirtschaftlichen Siedlung konnte aber in der Ära Brüning nicht die Rede sein. Damit aber wäre, selbst wenn sonst alle anderen ökonomischen Argumente für eine vermehrte Ostsiedlung gesprochen hätten, eine wirksame Belebung des Binnenmarktes durch die Siedlungstätigkeit nicht möglich gewesen. Aber allein schon das Gewicht all der anderen ökonomischen Argumente, die wir zusammengestellt haben, zeigt, daß die Forcierung der landwirtschaftlichen Siedlung ganz grundsätzlich einen Trend zur Entindustrialisierung und Reagrarisierung implizierte, der einer Belebung der volkswirtschaftlichen Konjunktur entgegenwirken mußte. Gerade diese Entindustrialisierung und Reagrarisierung war aber zumindest in abgeschwächter Form von allen energischen Befürwortern einer aktiven Siedlungspolitik angestrebt worden, wenn man auch keineswegs die schädlichen Konsequenzen einer solchen Politik für den volkswirtschaftlichen Gesamtorganismus voll erkannt hatte. Zur Illustration jener

Reagrarisierungstendenzen, die sich mit Ressentiments gegen die Urbanisierung und Industrialisierung verbanden, seien hier abschließend wieder einige Bemerkungen des damaligen Präsidenten des Reichslandbundes, Carl Hepp, aus dem Jahr 1928 zum Siedlungsproblem zitiert: "Die Geburtenziffer (im deutschen Osten) ist von 40,6 % i.J. 1875 auf 19,5 % i. J. 1926 gesunken. Dieser Rückgang ist in der Hauptsache eine Folge der fortgeschrittenen Verstädterung und Industrialisierung des deutschen Volkes. Hierbei ist zu bedenken, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung vor 40 Jahren noch der Hauptberufsstand war, während sie heute auf ein Drittel der Berufsbevölkerung zurückgegangen ist. Daher abermals: Siedlung tut not, Erhaltung und Verdichtung der ländlichen Bevölkerung durch Siedlung schützt allein das deutsche Volk vor dem allmählichen Absterben in den Großstädten und in den Industriegebieten (28)".

Jedes Kabinett am Ausgang der Weimarer Republik aber hatte neben den ökonomischen und sozialpolitischen Konsequenzen einer verstärkten Ostsiedlung auch die gesellschaftliche Brisanz der Ostsiedlung in das politische Kalkül mit einzu beziehen, wollte es nicht unversehens Schiffbruch erleiden. Nicht nur, daß die ostelbischen Großgrundbesitzer, wenn es irgendwie wirtschaftlich möglich war, nichts von ihrem Grundbesitz für Siedlungszwecke veräußern wollten, man wendete sich auch aus reinen standes- und interessenorientierten Erwägungen heraus gegen eine forcierte Ostsiedlung. Magnus von Braun (29) hat dies in seinen Erinnerungen besonders deutlich formuliert, wenn er darauf hinweist, daß Hindenburg die Schlacht von Tannenberg nicht deshalb geschlagen habe, um danach die konservative Struktur der Provinz Ostpreußen aufbrechen zu lassen. "In solchen Äußerungen zeigt sich die Angst, daß Siedler politische und soziale Anschauungen mitbringen könnten, die den bisher führenden Kreisen des Ostens nicht genehm waren" (30). Man fürchtete die Siedler "als mögliche Fremdkörper in der durchgängig rechtsorientierten

Parteistruktur des Ostens (31)", man sah seine eigene Position, die Position einer faktisch im deutschen Osten herrschenden Klasse, durch die nachrückenden Siedler bedroht. Vor diesem Hintergrund muß man die agrarische Agitation des Frühjahrs 1932 gegen Brüning's "Agrarbolshewismus" sowie gegen die angebliche nationale Unzuverlässigkeit der Siedler bei Hingenburg sehen (32), die wesentlich mit zu Brüning's Sturz beitrug. Für diese Agitation konnte man bei dem konservativen Hindenburg, der selbst Besitzer eines Gutes geworden war und allen Demokratisierungs- und Egalisierungstendenzen mit tiefem Mißtrauen gegenüberstand, nur zu leicht ein wohlgesonnenes Ohr finden; bei jenem Hindenburg von dem man schon 1925 kurz nach seiner ersten Wahl zum Reichspräsidenten eine größere Hilfe aus dem Reich erwartete und dem man auch eine Gegenleistung versprach; eine "entschlossene Mitarbeit an der seelischen und politischen Gesundung des durch die Revolution und deren mißverstandene Nachäffung westlicher Demokratie verwirrten und verirrten deutschen Volkes, einer Gesundung, die nur von der Peripherie, von den durch den Umsturz weniger tief berührten äußeren Ländern und Provinzen her nach dem Mittelpunkt vordringen kann" (33).

2. Die Ostsiedlung bis zu Brünings Sturz.

Vorbemerkung:

Die Maßnahmen der Regierung Brüning zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung treten, was ihre makroökonomische Relevanz (33a) angeht, weit gegenüber den Maßnahmen zur Entschulzung und den agrarpolitischen Maßnahmen zur Beeinflussung des ausländischen Angebots und zur Einwirkung auf die inländische Nachfrage zurück, so daß, wäre diese Abhandlung ausschließlich nur an einer ökonomischen Wirkungsanalyse der Agrarpolitik des Kabinettes Brüning orientiert, mit ein paar knappen Bemerkungen über die Siedlungspolitik hinweggegangen werden könnte. Da aber die siedlungspolitischen Maßnahmen der Regierung Brüning in gesellschaftspolitischer Hinsicht und in ihren Auswirkungen auf den politischen Entscheidungsprozeß (Sturz der Regierung Brüning) von hoher Bedeutung waren, sollen im folgenden unter Verzicht auf für die Zielsetzung dieser Abhandlung nicht bedeutsame ökonomische Details (etwa die Stellung der landwirtschaftlichen Siedlung im geplanten Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung Brüning, die Bedeutung der Siedlungsmaßnahmen im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes und der Notstandsarbeiten (33b)) vor allem die interessenpolitischen und allgemein-politischen Aspekte der Siedlungsmaßnahmen erörtert werden. Dies kann natürlich nicht ohne eine Darlegung der ökonomischen Struktur und der ökonomischen Effizienz der siedlungspolitischen Maßnahmen erreicht werden.

Die Geschichte der agrarpolitischen Maßnahmen zur Hilfe für die Landwirtschaft des deutschen Ostens ist im wesentlichen die Geschichte des Zurücktretens der siedlungspolitischen Komponente gegenüber den primär subventionspolitischen Komponenten, die in dieser Abhandlung bereits ausführlich in ihrer Problematik analysiert worden sind; es ist die Geschichte vom Sieg der Interessen des ostdeutschen Großgrundbesitzes über die Initiatoren einer landwirtschaftlichen Siedlung, und sie zeigt, wie die ostelbischen Großagrarier ganz im Gegensatz etwa zu den Mittelschichten nationalpolitische Momente (etwa eine vermehrte Ostsiedlung) gegenüber

den reinen interessenpolitischen Gesichtspunkten zurückzustellen wußten, ja die nationale Phrasologie in einer machtpolitisch durchaus souveränen Weise im Interesse der Erhaltung der eigenen gesellschaftlichen und ökonomischen Position sowie der Konservierung der eigenen Weltanschauung umfunktionierten: Aus der Siedlung zur Sicherung der nationalen Position gegenüber dem slawischen Osten wurde unversehens eine Gefahr für die deutsche Nation gemacht, indem man die Siedler als national unzuverlässig erklärte...

Bereits in Brünnings Regierungserklärung vom 1.4.1930 wird recht deutlich der Primat der landwirtschaftlichen Stützungsmaßnahmen gegenüber der landwirtschaftlichen Siedlung angesprochen, wenn der Kanzler in bezug auf die Osthilfe ausführt: "Umschuldung und Entschuldung, Zins- und Lastensenkung, Ordnung der Kreditverhältnisse stehen im Vordergrund, Festigung und Erhaltung der bestehenden wirtschaftlichen Betriebe schaffen erst die Möglichkeit einer zielbewußten Bauern- und Arbeitersiedlung (34)". In der Notverordnung vom 27.7.1930 (35) trat dann bereits der Siedlungsgedanke gegenüber den reinen Stützungsmaßnahmen zurück (36), da die Reichsregierung nur eine Garantieübernahme von 50 Mill. RM für Siedlungszwecke gegenüber einer Garantieübernahme von 100 Mill. RM für Umschuldungsmaßnahmen in den Ostgebieten einging und zudem bereits einen zeitlich vorerst noch befristeten Vollstreckungsschutz für die agrarischen Betriebe des deutschen Ostens erließ, der naturgemäß einer erfolgreichen Abwicklung einer landwirtschaftlichen Siedlung entgegenstehen mußte, zumal wenn man an die bereits erläuterte praktische Durchführung der Stützungsmaßnahmen im deutschen Osten denkt.

Vollends tritt der Gedanke der Siedlung gegenüber den Maßnahmen zur Erhaltung des bestehenden landwirtschaftlichen Besitzes im deutschen Osten im Osthilfegesetz und dem Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung zurück. Im Siedlungsgesetz wird zunächst ein Gedanke weitergeführt, der

bereits in der Notverordnung vom 26.7.1930 im Dritten Abschnitt (Osthilfe) § 3 mit der Schaffung der "Deutschen Siedlungsbank" angesprochen worden war (37). Nachdem Preußen und das Reich seit der Stabilisierung der Währung im Jahre 1923 ungefähr 300 Mill. RM als Siedlungszwischenkredite vergeben hatten (38), sollten nun diese Zwischenkredite durch Anleihen abgelöst werden, die aber mit einer Reichsbürgschaft versehen sein mußten. Zur Übernahme dieser Bürgschaften wurde die Reichsregierung im § 1 des Siedlungsgesetzes vom 31.3.1931 ermächtigt. Im Abschnitt 2 des § 1 wird darüber hinaus für 1931 der Höchstbetrag der Bürgschaften auf 150 Mill. RM festgesetzt. Diese Regelung mag im ersten Augenblick sehr großzügig klingen und uns glauben machen, der Siedlungsgedanke sei doch nicht so stark hinter den Maßnahmen zur Sicherung der bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe zurückgetreten, aber man muß berücksichtigen, daß in der damals angespannten Lage auf dem Kapitalmarkt ein solcher Betrag ganz unmöglich für Siedlungszwecke aufgebracht werden konnte, ja daß überhaupt der Kapitalmarkt für derartige Anleihen auch in kleineren Größenordnungen einfach nichts mehr hergab (39). Insofern konnte den genannten Bestimmungen im Siedlungsgesetz nur ein mehr deklamatorischer Charakter, genauer gesagt eine beschwichtigende Funktion gegenüber den Vorkämpfern einer landwirtschaftlichen Ostsiedlung bzw. eine verschleiende Funktion in Hinsicht auf die Bevorzugung der Großagrarien im deutschen Osten gegenüber dem mittleren und kleineren Bauerntum zukommen. Im § 24 des Osthilfegesetzes war dann vorgesehen, daß in "den Rechnungsjahren 1932 bis 1936 ... im Reichshaushaltsplane jährlich 50 Mill. RM zur Förderung des ländlichen Siedlungswesens im Zusammenhange mit der Entschuldung zur Verfügung zu stellen" sind. Dies bedeutet aber wieder die völlige Abhängigkeit der tatsächlichen Verwendung dieser Gelder für Siedlungszwecke von Art und Umfang der landwirtschaftlichen Umschuldungs- und Sicherungsmaßnahmen. Sollte etwa der Schutz des bestehenden Besitzes weitgehend lückenlos durchgeführt werden, dann konnte diese Bestimmung schon deshalb nicht zum Tragen

kommen, weil kein derart abgesicherter Großagrарier sich bereit finden würde, Land für Siedler abzutreten, gleich, ob diese möglicherweise den deutschen Osten demokratisch oder sozialistisch "verseuchen" würden oder nicht. Ein weiterer Zuschuß für Siedlungszwecke sollte nach § 3 des Siedlungsgesetzes aus abgezweigten Mitteln vom Ertrag der Hauszinssteuer ermöglicht werden: "Von den Mitteln, die auf Grund des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken in der Fassung der Bekanntmachung vom 1.6.1926 (Reichsgesetzbl. I, S. 251), des Gesetzes vom 22. März 1930 (Reichsgesetzbl. I, S. 91) und der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 (Reichsgesetzbl. I, S. 517, Vierter Teil Kapitel I und Siebenter Teil Kapitel I zur Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens) bestimmt sind, haben die Länder vom Jahre 1932 an zur Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des ländlichen Siedlungswesens einen bestimmten Betrag an das Reich zur treuhänderischen Verwaltung durch die deutsche Siedlungsbank abzuführen Für das Jahr 1931 ist für diesen Zweck ein Betrag von vierzig Millionen Reichsmark aufzubringen". Wir sehen also, in einer für das Vorgehen der wirtschaftspolitik des Kabinettes Brüning geradezu typischen Weise wird einmal an einer Stelle des Kreislaufes Nachfrage entzogen und an eine andere Stelle im Kreislauf verschoben, wobei eine derartige Nachfrageverschiebung in diesem Fall nicht nur strukturpolitisch sehr bedenklich war (Enturbanisierungs- und Reagrarisierungstrend), sondern auch aus der Sicht der modernen Konjunkturtheorie als eine konjunkturpolitisch negative Maßnahme gesehen werden muß, weil vom Wohnungsbau der Städte und Industrieorte potentiell ganz andere Konjunkturantriebskräfte auf den gesamten volkswirtschaftlichen Organismus übertragen werden können als vom landwirtschaftlichen Siedlungswesen aus.

Auch die dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6.10.1931, in der im 4. Abschnitt

formal gesehen sehr ausführlich auf das Wohnungs- und Siedlungswesen eingegangen wird (40), enthält nichts an konkreten Maßnahmen, was geeignet gewesen wäre, die landwirtschaftliche Siedlung zu forcieren. Unter Voraussetzung der bekannten "Argumente" für eine verstärkte Siedlung (41) weist man nun neben der landwirtschaftlichen Siedlung auch noch auf die Notwendigkeit einer vorstädtischen Kleinsiedlung und der Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose hin, die ebenfalls aus den abgezweigten Mitteln vom Ertrag der Hauszinssteuer mit finanziert werden sollen. Die Verordnung ist schon, was den Abschnitt über die Siedlung betrifft insofern ein Kuriosum, als keinerlei Angaben gemacht werden über die Höhe der Beträge, die neben der landwirtschaftlichen Siedlung für die vorstädtische Kleinsiedlung und die Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose aufgebracht werden sollen. Auch über die Bereitstellung von Land für die beiden letztgenannten Siedlungsweisen kann, ähnlich wie bei der landwirtschaftlichen Siedlung, nur gesagt werden, daß der für die Siedlungszwecke nötige Landerwerb durch einen weitestgehenden Schutz der bestehenden landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe sehr schwierig gemacht wurde (42). Mehr denn je drängt sich also der Eindruck auf, man entledige sich bei der Ausfertigung von Gesetzen, die die Siedlung betreffen, einer Pflichtübung, wobei man zwar auf Wahrung der Form hält, die Übung aber im übrigen in einer Weise gestaltet, die die Verwirklichung ihrer ursprünglichen Zielsetzung (eine möglichst intensive landwirtschaftliche Siedlung) immer schwieriger werden läßt. Und in der Tat haben die diversen Maßnahmen der Umschuldung, Erntesicherung usw., zumal wenn man nicht nur den juristischen Gesetzestext, sondern auch die praktische Anwendung und Ausführung der Gesetze in die Überlegungen mit einbezieht, wie wir dies bei unseren Ausführungen über die Maßnahmen der Umschuldung getan haben, einen nahezu lückenlosen Schutz des bestehenden Besitzes im deutschen Osten herbeigeführt. Nun sahen sich die ostdeutschen Großgrundbesitzer meist nicht mehr genötigt, im Interesse der

Schuldentilgung Teile ihres Landes zur Verfügung zu stellen, jetzt versuchte man, da man ja seinen Besitz weitgehend durch die einschlägigen Regierungsmaßnahmen garantiert sah, vielmehr alle Siedlungsmaßnahmen nach Kräften zu torpedieren, um die Gebiete Ostelbiens als eine Einflußsphäre der ost-deutschen Großagrarien zu halten. So kam es in der 2. Hälfte des Jahres 1931 allmählich bereits zu einer Stagnation der normalen Siedlungstätigkeit, nachdem schon im Sommer 1931 Wilhelm von Gayl, der Direktor der Ostpreußischen Landgesellschaft, im Bericht über die Tätigkeit seiner Gesellschaft im Jahr 1930 darauf hingewiesen hatte, daß in Zukunft wohl die Siedlungstätigkeit geringer werden müsse "weil sich dem Ankauf des Landvorrats für das kommende Jahr eine Reihe von Schwierigkeiten entgegenstellten, die hier nicht näher erörtert werden können und die außerhalb des Einflusses der Landgesellschaft lagen (43)". Am 4.2.1932 kam dieses Problem bei der Beratung der Umschuldungsverordnung auch im Kabinett zur Diskussion, wobei Schlange-Schöningen vor seinen Kollegen offen zugeben mußte, daß einfach im Augenblick kein Land für Siedlungszwecke zur Verfügung stehe. Brüning nun, der sich subjektiv durchaus bemühte, alle in der Krise anstehenden Lasten gleichmäßig auf die Schichten des Volkes zu verteilen und dabei niemanden zu privilegieren (44), machte seine Zustimmung zur Entschuldungsverordnung von einer unverzüglichen Inangriffnahme des Siedlungsproblems abhängig (45). Übrigens war die Erkenntnis, daß durch die Osthilfemaßnahmen der Gütermarkt im deutschen Osten ins Stocken geraten war, keineswegs allein in den Ministerien und den engsten Fachkreisen zu finden, vielmehr wurden diese Zusammenhänge, wie H. Muth zu belegen weiß (46), bereits ganz offen in der Tagespresse erörtert.

In den folgenden Wochen begann man nun am Entwurf für eine neue Siedlungsverordnung zu arbeiten, wobei man jetzt sich in der fatalen Situation befand, daß die Möglichkeiten für eine Ausdehnung der Siedlung eben durch jene Maßnahmebündel zur Sicherung des bestehenden landwirtschaftlichen Besitzes von

vorneherein aufs äußerste eingeschränkt waren. Mit anderen Worten, auch Schlange-Schönungen, der doch noch in seiner schon erwähnten Denkschrift vor seinem Amtsantritt festgehalten hatte, daß die agrarische Subventionspolitik nur unter der Voraussetzung einer alshaldigen Reaktivierung der landwirtschaftlichen Siedlung (= nach Schlange-Schönungen Agrarstrukturpolitik) zu verantworten sei, mußte erkennen, daß die eingesetzten "Mittel" der Subventionspolitik, an deren Konzipierung er ja seit seinem Amtsantritt maßgebend mitbeteiligt war, das "Ziel" (großzügige Siedlungspolitik) in weite Ferne hatten rücken lassen. Nachdem man dann schließlich am 20.5.1932 sich im Kabinett über die wesentlichen Punkte des vorgelegten Entwurfes über die Siedlungsverordnung geeinigt hatte (47, und am 21.5.1932 in einer Besprechung zwischen Reichsarbeitsminister Stegerwald und Schlange-Schönungen letzte Differenzen zwischen den beiden im Kabinett am unmittelbarsten mit dem Siedlungsproblem befaßten Männern beseitigt und einige kleinere Textkorrekturen am Siedlungsentwurf noch vorgenommen worden waren (48), beschloß man, diesen Text zusammen mit den zwischen Stegerwald und Schlange-Schönungen getroffenen Vereinbarungen (49) dem Kabinett dann zur endgültigen Entscheidung über die Notverordnung vorzulegen. Aber dazu kam es nicht mehr, denn in einem geradezu klassischen Fall der Interdependenz von Politik, Ökonomie und Gesellschaft wurde die Siedlungsvorlage zu einem der Hauptangelpunkte in der Apitaktion rechtsgerichteter und proagrarischer Kreise gegen Brüning, zu einer Agitation, die nicht nur den Sturz des Kanzlers wesentlich mit herbeiführen half, sondern darüber hinaus bereits das Ende der Weimarer Republik einlautete, denn das, was nach Brüning kam, hatte bereits alle Interdependenzen zu Parlament und Volke verloren, war, gemessen am Maßstab einer parlamentarischen Demokratie, bereits Diktatur ... Um nun aber die Reaktionen auf den Siedlungsentwurf und die Folgen dieser Reaktion kritisch abwägen zu können, muß hier in aller Kürze wenigstens auf die wesentlichsten Punkte des Entwurfs zur

Siedlungsverordnung eingegangen werden (50), der entgegen einer in der Sekundärliteratur weitverbreiteten Ansicht (51) nicht etwa auf irgendeine geheimnisvolle Art und Weise in die Hände Hindenburgs gespielt, sondern dem Reichspräsidenten ganz legal durch seinen Staatssekretär Meißner vorgelegt wurde (52). Fassen wir daher den ausgearbeiteten, kabinettstreifen Siedlungsentwurf kurz zusammen:

- 1.) Von einer Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten einer vermehrten Siedlungstätigkeit konnte ganz einfach nicht die Rede sein, vielmehr sollten "nur diejenigen Betriebe zur Zwangsversteigerung kommen, die beim besten Willen in den Händen der jetzigen Besitzer wegen Überschuldung nicht mehr zu halten sind (53)", sollten der Reichskommissar für die Osthilfe und die von ihm bestimmten Dienststellen ermächtigt werden, "im Osthilfeggebiet gelegene landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Grundstücke, die nach den gesetzlichen Vorschriften für die landwirtschaftliche Entschuldung nicht mehr entschuldet werden können und für die andere, die Gewähr zweckmäßiger Verwendung bietende Erwerbungen nicht vorhanden sind, für das Reich freihändig oder im Wege der Zwangsversteigerung zu erwerben", wobei der Preis "angemessen ... und in der Regel die dinglich gesicherten Ansprüche von Realkreditinstituten decken(54)" soll.
- 2.) Nur auf dem Wege über eine "Auffangorganisation", deren Gestaltung in vollem Umfange dem Reichskommissar für die Osthilfe überlassen wird, soll die Zuführung von Gütern an die landwirtschaftliche Siedlung möglich gemacht werden. Gegen diese Bestimmung hatte sich vor allem Reichsarbeitsminister Stegerwald gewandt, der in dieser Auffangorganisation bereits ein Mittel sah, die landwirtschaftliche Siedlung zu verzögern (55); in einer Unterredung vom 21.5.1932 mit Schlange-Schönningen hatte er jedoch schließlich dessen Forderungen akzeptiert. Die Entscheidung, ob die aufgefangenen Güter der Siedlung

zugeführt werden sollen, liegt ausschließlich beim Reichskommissar für die Osthilfe bzw. den von ihm ermächtigten Dienststellen.

- 3.) Zwar sind vor der letzten EntschlieÙung über die Aufhebung des Sicherungsverfahrens die landwirtschaftlichen Berufsorganisationen ebenso wie die Gläubigerorganisationen zu hören, ein entscheidendes Mitspracherecht wird ihnen aber nicht mehr eingeräumt, vielmehr kann die Oststelle von sich aus die umschuldungsfähigen Grundstücke zur Zwangsversteigerung bringen.
- 4.) Die Fristen für die Einleitung der Zwangsversteigerungen werden bis auf die Zeit von drei Monaten nach der Ablehnung oder Aufhebung des Sicherungsverfahrens verkürzt. Dies geschieht nach Schlange-Schöningen um das Tempo bei der Einleitung der Siedlungstätigkeit zu erhöhen; überhaupt sei diese Maßnahme an dem ganzen Gesetzesentwurf, soweit er den landwirtschaftlichen Besitz betrifft, das einzig Neue gegenüber früheren Entwürfen, Verordnungen usw. (57).

Zusammenfassend können wir also urteilen: Diese Siedlungsverordnung enthielt nichts, was den Vorwurf des Agrarbolschewismus auch nur im entferntesten gerechtfertigt hätte, von einer Maßnahme gegen den Großgrundbesitz kann einfach nicht gesprochen werden, da nur solcher Grundbesitz in die Siedlung überführt werden sollte, bei dem jede Aussicht auf eine erfolgreiche Entschuldung bereits verbaut war. Ja im Gegenteil, wenn man bedenkt, wie weitgehend der landwirtschaftliche Besitz Ostdeutschlands durch die Osthilfemaßnahmen in seinem Besitz gesichert wurde, dann kann man diesem Siedlungsentwurf, dem so jede echte Spitze gegen den Großgrundbesitz abging, eigentlich nur die Funktion einräumen, daß mit ihm versucht werden sollte, wenigstens die allernachteiligsten Fälle von Mißbräuchen bei der Anwendung der Osthilfemaßnahmen auf nicht mehr sanierungsfähige Betriebe auszumerzen und dieses Land dann der Siedlung zuzuführen, daß aber im übrigen bei der weitgehenden Stützung der landwirtschaftlichen Betriebe diese

Funktion kaum nennenswert in Betracht fallen konnte und es als sehr fraglich erscheinen mußte, ob bei Anwendung dieser Siedlungsverordnung wesentlich mehr Land für Siedlungszwecke zur Verfügung hätte gestellt werden können. wenn also in Kreisen der ostdeutschen Großagrarier ob des Siedlungsentwurfes sich wilde Entrüstung erheben konnte, so zeigt dies nur wieder einmal, mit welcher Selbstverständlichkeit man doch in jenen Kreisen auf einer Privilegierung der eigenen ökonomischen und gesellschaftlichen Positionen bestand und wie scharf man schon auf jeden Versuch reagierte, wenigstens die alleroffensichtlichsten Auswüchse jener Privilegierung behutsam zu beseitigen ... Der weitere Einfluß der Siedlungsverordnung auf die Vorgänge, die zum Sturze der Regierung Brüning führten, ist von der zeitgeschichtlichen Forschung bereits hinreichend erhellt worden (58) und soll in diesem Zusammenhang nicht noch einmal ausführlich dargelegt werden. Nachdem die Position der Regierung Brüning bereits gegen Ende 1931 zunehmend prekärer wurde, weil diese Regierung nicht Hindenburgs Wunsch hinreichend erfüllen konnte, entschieden nach "rechts" zu regieren und die Deutschnationalen in das Kabinett miteinzubeziehen, nachdem Hindenburg 2 Wahlgänge benötigt hatte, um im Frühjahr 1932 wieder zum Reichspräsidenten gewählt zu werden, er sich außerdem von den "falschen" Leuten gewählt fühlte und an all dem die Schuld Brüning zuschob, nachdem durch das SA-Verbot vom 23.4.1932 und den sich bald daran anschließenden Rücktritt Groeners als Reichswehrminister die Stellung Brünnings, der zu diesem Zeitpunkt schon endgültig das Vertrauen der Spitzen der Reichswehr und hier insbesondere des Chefs des Ministeramtes im Reichswehrministerium, General von Schleicher verloren hatte, bereits äußerst prekär geworden war und nachdem seit Herbst 1931 sich auch die Industrie immer stärker von der Regierung Brüning distanziert hatte, die wirtschaftspolitisch keine Erfolge einbringen konnte, bot nun die Siedlungsverordnung Schlange-Schöningens den willkommenen Anlaß, zum allerletzten entscheidenden Schlag gegen den Kanzler auszuholen. In einer primär

von deutschnationaler Seite aus gesteuerten Aktion, welche man aber aus taktischen Erwägungen heraus zwischen Reichslandbund und Reichstagsfraktion der DNVP aufgeteilt hatte, gelang es durch mündliche und schriftliche Proteste von seiten der ihre organisierten Interessen vertretenden Großagrari-er bzw. durch die Entschlie-ßung der Reichstagsfraktion der DNVP vom 24.5.1932, die am 27.5.1932 der Öffentlichkeit unterbreitet wurde, auf Hindenburg, der in jenen entscheidenden Tagen und Wochen zudem noch den Einflüssen der auf Brünnings Sturz hinarbeitenden Spitzen der Reichswehr (insbesondere hier des General von Schleicher) ausgesetzt war, derart stark einzuwirken, daß er Brüning das Vertrauen entzog und ihn damit zum Rücktritt zwang. Dabei wird, besonders wenn man die Argumente analysiert, die gegen die Siedlungsvorlage vorgebracht werden, ganz deutlich, wie diese Siedlungsvorlage durchaus mehr war als nur ein letzter Anlaß für Brünnings Sturz, sondern wie sich an ihr die tiefe Problematik einer sich ständisch verstehenden und auf ihre Vorrechte pochenden Interessengruppe der ostelbischen Großagrari-er entzündet, die sich kurzfristig erfolgreich noch einmal den Entwicklungsgesetzlichkeiten der modernen Industriegesellschaft mit ihren Trends zur Egalisierung im politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bereich entgegenstellen, wenn auch langfristig dann Schlange-Sehönings Prophezeiung, die Entwicklung werde schließlich über die Großagrari-er hinweggehen, wenn sie sich ihr nicht rechtzeitig anpassen, in Erfüllung gehen sollte (59). Aus dieser Sicht kann man dann durchaus mit H. Muth den Entwurf zur Siedlungsverordnung nicht nur als einen Anlaß, sondern auch als eine agrarpolitische Ursache verstehen, die beim Regierungssturz mitwirkte (60). Im Interesse der Erhaltung des bestehenden Besitzes und der Abwehr von "Eindringlingen" in die konservative Besitz- und Gesellschaftsstruktur Ostdeutschlands war man bereit, die Siedlungsmaßnahmen als "vollendeten Bolschewismus" (61) zu verunglimpfen und unter Verdrehung aller bisher in der deutschen nationalen Agrar- und Siedlungspolitik

vertretenen Ansichten, die Siedlung als ein Mittel zur Gefährdung der nationalen Sicherheit hinzustellen. Bei der Anwendung des letzten Argumentes wird übrigens besonders deutlich, wie wenig doch die Nation den Großagrariern bedeutete, wenn es um die Wahrung ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Positionen ging. Hierin unterschieden sie sich fundamental von den meisten Personen aus dem Bereich der Mittelschichten, die die Nation als Bezugsrahmen weit, weit ernster schon allein deshalb nahmen, weil sie es in Deutschland nie, wie etwa die Großagrariere, zu einer derartigen Privilegierung und Statuszementierung ihrer ökonomischen und sozialen Position gebracht hatten. Für die beiden von großagrarischer und deutschnationaler Seite aus gegen den Siedlungsentwurf vorgebrachten "Argumente" des Siedlungsbolschewismus bzw. der Heraufbeschwörung der nationalen Gefahr angesichts der zu erwartenden Siedlungsverordnung seien hier anschließend noch aus den Schreiben des Präsidenten des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth (62) bzw. des Freiherrn von Gayl (63) an Hindenburg einige signifikante Sätze zitiert:

Kalckreuth: "In früheren Zeiten bedurfte jede Enteignung von Grund und Boden einer königlichen Entscheidung. Welche Bitterkeit und Empörung aber löst es aus, wenn man mit diesen Plänen selbst die Form vergleicht, in der in der schlimmsten Zeit der Staatsumwälzung die Volksbeauftragten durch ihre Verordnung vom 29.1. 1919 die Landbeschaffungsfrage für die Siedlung lösten. ... Es blieb dem heutigen System in seiner völligen Hilflosigkeit vorbehalten, Pläne zu ersinnen, die weit über die Methode der Volksbeauftragten des Winter 1918/19 hinausgehen."

Freiherr von Gayl: "Durch das Bekanntwerden des Entwurfs sind weite Kreise des Ostens in Landwirtschaft und städtischem Mittelstand (hier vergrößert v. Gayl in großzügiger Weise durch die Einbeziehung des Mittelstandes die Basis der Beunruhigten) schwer beunruhigt. Die Zermürbung der Seelen macht im Osten furchtbare Fortschritte. Sie wirkt allmählich auf die Widerstandskraft der Kreise, welche bisher Träger des nationalen Wehrwillens gegenüber Polen sind. Diese

Beobachtung ist auch den militärischen Stellen nicht entgangen. In dieser kritischen Zeit müßte aller vermieden werden, was irgendwie den Widerstandswillen schwächt.⁴ -

Es bleibt am Abschluß unserer Ausführungen zu den Problemen der Siedlungspolitik nur noch festzustellen, daß man ohne Zweifel von einer gewissen Tragik des Geschehens sprechen kann, wenn u.a. in der Absicht, die Krise zu dämpfen und die Belastungen auf alle Schichten gleichmäßig zu verteilen, ein Siedlungsentwurf konzipiert wurde, der nicht nur, wäre er in dieser Form verwirklicht worden, ungeeignet war, ökonomische Antriebskräfte zu induzieren bzw. einen sozialen Ausgleich auf der Basis veredelter ökonomischer Ausgangsbedingungen für alle herbeizuführen, sondern der auch Anlaß und eine der Ursachen zugleich darstellte für den Sturz des Kabinetts Brüning. Dabei ist die Überschätzung der Bedeutung der landwirtschaftlichen Siedlung Brüning sowie den anderen Mitgliedern seines Kabinetts wohl kaum als subjektives Versagen anzurechnen. Vielmehr erklärt sich diese Überschätzung aus der spezifischen historischen Situation jener Zeit, in der der Erkenntnisstand der ökonomischen Theorie, insbesondere was die Probleme der Wachstums-, einschließlich der Strukturpolitik und der Konjunkturpolitik angeht, noch wenig entwickelt war und in der man aus ganz bestimmten historischen, politischen und sozialen Vorstellungen heraus zu einer Überschätzung der Bedeutung des Agrarsektors für die gesamte Volkswirtschaft sowie zu einer Überbetonung der nationalen Komponente (die sich im Agrarsektor besonders stark in den siedlungspolitischen Vorstellungen niederschlagen konnte) neigte. Dagegen muß die Nichtbeachtung der potentiellen politischen und gesellschaftlichen Reaktionen auf den Entwurf der Siedlungsverordnung als ein Fehler im politischen Kalkül Brünings gewertet werden. Das ausschließliche Denken in Sachzwängen und Maßnahmen unter Nichtbeachtung ihrer potentiellen Auswirkungen auf eine konfliktgeladene Gesellschaft und die in ihr agierenden, um Macht und Einfluß kämpfenden politischen und gesellschaftlichen Interessen konnte keineswegs geeignet sein, den Rahmen für ein politisch weitblickendes Handeln abzustecken.

Kritische Zusammenfassung der Darlegungen zur Agrarpolitik
des Kabinettes Brüning:

1. Einengung des Handlungsspielraumes des Kabinettes Brüning
in der Agrarpolitik.

Der Handlungsspielraum des Kabinettes Brüning in der Gestaltung der Agrarpolitik war von Anfang an stark eingeschränkt durch:

- a: Die traditionelle Überschätzung des Sektors Landwirtschaft in Deutschland für den volkswirtschaftlichen Produktionsprozeß und - damit eng zusammenhängend - ein Nichtwissen um die strukturellen Entwicklungstrends der Agrarwirtschaft in den Industriegesellschaften des 20. Jahrhunderts.
- b: Die gegebenen agrarökonomischen Daten beim Amtsantritt Brünings.

Spätestens seit dem dritten Viertel des 19. Jahrhunderts hatte man es in Deutschland versäumt, im Agrarsektor die nötigen Modernisierungen und Umstrukturierungen vorzunehmen, um sich nicht nur dem veränderten Konsumverhalten der inländischen und ausländischen Verbraucher, sondern auch den Entwicklungstrends in der Weltlandwirtschaft anzupassen. Das agrarökonomische Instrumentarium, das dementsprechend bei Brünings Amtsantritt zur Verfügung stand, war alles andere denn geeignet, den großen Sprung nach vorn in der Landwirtschaft durch staatliche Rahmenplanung und wohldosierte agrarpolitische Lenkungsmaßnahmen einzuleiten. Das, was nach Brünings Amtsantritt den wesentlichen Inhalt seiner Agrarpolitik ausmachte, nämlich Maßnahmen zur Zollpolitik und Unterstützungsaktionen, Maßnahmen zur Umschuldung und Maßnahmen zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung, war bereits durch die qualitativ gleichen (wenn auch quantitativ infolge der besseren Wirtschaftssituation vor der Weltwirtschaftskrise noch wesentlich weniger bedeutsamen)

agrarpolitischen Maßnahmen seiner Amtsvorgänger und ihrer zuständigen Ressortminister quasi vorprogrammiert worden. Erschwerend kam aber noch für das Kabinett Brüning hinzu, daß - auch wenn es über eine zukunftssträchtige Konzeption zur Neugestaltung der Agrarpolitik verfügt hätte - der Zeitpunkt der Weltwirtschaftskrise denkbar ungeeignet schien, in der Agrarpolitik neue Experimente zu wagen bzw. langfristige Agrarstrukturpolitikänderungen vorzunehmen. Vielmehr galt es in dieser Zeit zunächst einmal der Not zu begegnen, wo sie am größten war, und erst wenn dann noch ein Spielraum für langfristige, sich später erst auszahlende Strukturänderungen im Agrarsektor bleiben sollte, konnte man an die Nutzung dieses Spielraumes gehen.

- c: Den trotz Weltkrieg und Inflation noch immer mächtigen Einfluß der Interessenvertreter der Agrarier, insbesondere der ostelbischen Großagrarier auf den politischen Entscheidungsprozeß.
- d: Durch die besondere machtpolitische Konstellation bei Brüning's Amtsantritt und während seiner Regierungszeit. Brüning wurde nicht durch eine Parlamentsmehrheit zum Kanzler gekürt, sondern er war der Kandidat Hindenburgs, der mit seinem Reichskabinett entsprechend dem von Hindenburg erteilten Auftrag an keine Koalition gebunden war. Über keine hinter ihm stehende Reichstagsmehrheit verfügend, war der Kanzler (vor allem nach dem Übergang zum parlamentarisch tolerierten präsidentiellen Notverordnungsregime im Herbst 1930) in bezug auf seine Machtposition weitgehend vom Reichspräsidenten abhängig, der es Brüning bei seinem Amtsantritt zur Auflage gemacht hatte, die Hilfsmaßnahmen für die ostdeutsche Landwirtschaft, der sich Hindenburg eng verbunden fühlte, erheblich zu intensivieren und diese ausdrücklich in sein Regierungsprogramm aufzunehmen. Wenn sich daher das Kabinett Brüning in seiner agrarpolitischen Konzeption allzuweit von den Vorstellungen Hindenburgs entfernen sollte, bestand die Gefahr, daß dieser Brüning sein Vertrauen entzog und der Kanzler, ohne eine aktive Reichstagsmehrheit als Gegengewicht gegen den Präsidenten hinter sich zu haben, seinen Abschied nehmen mußte.

2. Ökonomische Ergebnisse und soziale Aspekte der Agrarpolitik des Kabinetts Brüning.

- a: Die agrarpolitischen Maßnahmebündel der Regierung Brüning zur Beeinflussung des ausländischen Angebots und zur Einwirkung auf die inländische Nachfrage wirkten im Agrarsektor vor allem in folgenden Richtungen:
- a.1: Es gelang, die deutschen Getreidepreise nahezu völlig vom Weltgetreidemarktpreisniveau zu isolieren und weit über diesem Niveau zu halten. Dabei konnte man dank ganz rigoroser getreideprotektionistischer Maßnahmen in den Jahren der Krise die Getreidepreise insgesamt gesehen nahezu konstant halten. Im Gegensatz zum Getreidesektor genoß die landwirtschaftliche Veredelungsproduktion weit weniger starke staatliche Unterstützung. Hier kam es in den Jahren der Wirtschaftskrise zu starken Preiserückgängen bei Vieh und tierischen Erzeugnissen (1).
- a.2: Infolge des nahezu lückenlosen Schutzes des deutschen Getreidemarktes gelang es, die deutschen Getreideeinfuhrüberschüsse von 666 Millionen RM im Wirtschaftsjahr 1929/30 auf 267 Millionen RM im Wirtschaftsjahr 1931/32 zu verringern. Damit wurde mit zur Verbesserung der deutschen Handels- und Devisenbilanz beigetragen, was das Kabinett Brüning im Interesse der Reparationszahlungen bzw. der Aufrechterhaltung der Währungsparität und eines hinreichend großen Devisenvorrats angesichts der labilen deutschen Zahlungsbilanz ja für besonders wichtig hielt. Zwar ging auch die Einfuhr an Vieh und Vieherzeugnissen etwas zurück, im Vergleich zum Importrückgang bei Getreide ist hier die Einfuhrückgangsquote jedoch gering. Allerdings wird hier der mengenmäßig geringe Einfuhrückgang in seiner Wirkung auf die Handels- und Devisenbilanz des Deutschen Reiches durch das weit stärkere Absinken der Preise bei den Produkten der agrarischen Veredelungsproduktion als beim Getreide noch etwas verbessert (2).

- a.3: Die Auswirkungen dieser Agrarpolitik, die so einseitig den Getreidesektor (und hier insbesondere die ostdeutschen Anbauggebiete) gegenüber dem Sektor der agrarischen Veredelungswirtschaft bevorzugte, waren sowohl unter volkswirtschaftlichen wie auch unter sozialen Gesichtspunkten in vieler Hinsicht negativ.
- a.3.1: Durch die Politik der Zollerhöhungen (und all die anderen Maßnahmen zur Beeinflussung des ausländischen Angebotes und zur Einwirkung auf die inländische Nachfrage) wurden, zumal während der Weltwirtschaftskrise ja einschneidende Lohn- und Gehaltskürzungen vorgenommen wurden, die breiten Schichten der Verbraucher stark betroffen. Insbesondere ist hier an die drückende Mehrbelastung für Arbeiter, Kurzarbeiter und Arbeitslose als den Gruppierungen innerhalb der Bevölkerung zu denken, die am stärksten einem Einkommensschwund ausgesetzt waren (3).
- a.3.2: Infolge der getreideprotektionistischen Maßnahmen zugunsten der ostelbischen Großagrарrier ergaben sich nicht nur schwere Belastungen für die breiten Schichten der Verbraucher, sondern auch eine starke Beeinträchtigung der ökonomischen Effizienz der deutschen agrarischen Veredelungswirtschaft, die ja wertmäßig einen weit höheren Anteil an der gesamten agrarischen Produktion in Deutschland stellte, als die Getreideproduktion. Durch diese getreideprotektionistischen Maßnahmen der Regierung Brüning infolge einer Serie von komplizierten Ursache-Wirkungszusammenhängen, die wir ausführlich analysiert haben, wurden die Produktionsbedingungen für die bisherigen Hauptzentren der deutschen agrarischen Veredelungswirtschaft nicht nur ganz erheblich verschlechtert, sondern gleichzeitig auch eine Verlagerung der Produktionsschwerpunkte der Veredelungswirtschaft stärker in jene Gebiete eingeleitet, wo man weit weniger als in den bisherigen Zentren nach rationeller Kosten-Erlös-Kalkulation rechnete und deshalb auch nicht in der

Lage war, bei Deckung der Grenzkosten so billig zu produzieren, wie dies in den alten Zentren der Veredelungswirtschaft vor Einführung der scharfen getreideprotektionistischen Maßnahmen der Fall war. Als Folge dieser Entwicklung erreichte die deutsche Veredelungswirtschaft nicht den Grad an Konkurrenzfähigkeit gegenüber den entsprechenden ausländischen Veredelungswirtschaften, der möglich gewesen wäre, wenn man den bisherigen deutschen Hauptgebieten der agrarischen Veredelungsproduktion nicht die billige ausländische Futtermiteleinfuhr derart weitgehend eingeschränkt hätte. Dementsprechend konnte auch von seiten der deutschen agrarischen Veredelungswirtschaft nicht der Grad an positiver Einwirkung auf die deutsche Handels- und Devisenbilanz ausgehen, der bei einer Ausschaltung der ostelbischen Sonderbehandlung möglich gewesen wäre; sieht man einmal ganz von der bedrohlichen ökonomischen Situation ab, in die Beschäftigte in den bisherigen Zentren der agrarischen Veredelungswirtschaft infolge der Drösselung der bisher billig zu kaufenden Futtermittel und der dadurch mitbedingten stärkeren Verlagerung der agrarischen Veredelungsproduktion in andere Gebiete Deutschlands gerieten. Sie wurden nämlich nicht wie die ostelbischen Großagrarier weitgehend in ihrem Besitzstand abgesichert; aber schließlich lag ja auch Gut Neudeck nicht in Nordwestdeutschland. Durch diese Rückwirkungen der getreideprotektionistischen Maßnahmen auf die agrarische Veredelungswirtschaft erlitt die Entwicklung Deutschlands zu einem modernen Industriestaat einen Rückschlag. Denn auch die Landwirtschaft kann den Strukturgesetzmäßigkeiten der industriellen Entwicklung nicht entgehen. Eine moderne Agrarstrukturpolitik wird u.a. auch dem Landwirt die Rolle eines nüchtern an der Kosten-Ertrag-Relation orientierten agrarischen Produzenten auferlegen, der mit Arbeitsteilung, Arbeitsvereinigung, Rationalisierung, Spezialisierung und Marktbeobachtung eng vertraut ist. Diese agrarprotektionistischen Maßnahmen verhinderten auch, daß dem deutschen Verbraucher die deutschen Veredelungsprodukte zu dem günstigen Preis angeboten werden konnten, der

bei einer nicht durch agrarprotektionistische Maßnahmen gehemmten agrarischen Veredelungsproduktion dank der dann billigeren Gestehungskosten möglich gewesen wäre.

- b: Mit den Vorschriften zur Verbesserung der Marktverhältnisse für landwirtschaftliche Erzeugnisse und mit dem Milchgesetz gelangen dem Kabinett Brüning Maßnahmen, die auf lange Sicht durchaus strukturpolitisch erfolgreich waren, indem sie die Stellung der Agrarier gegenüber dem Handel festigten, den Agrarmarkt transparenter für Anbieter und Nachfrager gestalteten und so einen reibungslosen und schnelleren Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Agrarsektor ermöglichten. Allerdings begannen sich diese positiven Effekte erst lange nach Brünings Sturz auszuwirken. Die unmittelbare konjunkturelle Antriebswirkung dieser Maßnahmen war aus einer Reihe von Gründen, die der Verfasser bereits erörterte, nahezu gleich Null.
- c: Bei den Maßnahmen zur Entschuldung des deutschen Ostens hatte das Kabinett Brüning alles andere denn eine glückliche Hand. In der Theorie sollten nur die landwirtschaftlichen Betriebe noch umgeschuldet werden, die sanierungsbedürftig und noch sanierungsfähig erschienen, so daß nach Vollzug der Umschuldungsmaßnahmen die begründete Hoffnung bestand, daß der landwirtschaftliche Betrieb ökonomisch sinnvoll weiterbewirtschaftet werden konnte. De facto aber wurde die Osthilfe weitgehend umgewandelt "in Maßnahmen zur Erhaltung des Besitztums um jeden Preis, im Falle des adeligen Gutsbesitzers in eine ausgesprochene Standeshilfe" (4), so daß sich ein nahezu lückenloser Schutz der bestehenden Besitzverhältnisse im deutschen Osten ergab, von dem auch jene Betriebe profitieren konnten, die durch Leichtsinns und/oder groben wirtschaftlichen Unverstand sich bis zum Anlaufen des Osthilfegesetzes in eine scheinbar aussichtslose Lage manövriert hatten.

Daß diese Maßnahmen zur Umschuldung, die im Osthilfegesetz vom März 1931 ihren detaillierten gesetzlichen Niederschlag fanden, vom ökonomischen Gesichtspunkt aus untaugliche

Mittel sowohl zur wirklichen Gesundung der ostdeutschen Agrarwirtschaft als auch zur Hebung der volkswirtschaftlichen Konjunktur darstellten, hat der Verfasser in einer längeren Analyse nachgewiesen. Wenn je das harte Wort der völlig nutzlosen Vergeudung öffentlicher Mittel angebracht erscheint, so hier. Diese Osthilfemaßnahmen stellten in Verbindung mit den Getreideprotektionistischen Maßnahmen des Kabinettes Brüning eine unerhörte Privilegierung einer zahlenmäßig verschwindend kleinen Schicht von ostelbischen Großagrariern dar, nicht nur zuungunsten der übrigen deutschen Agrarbevölkerung, sondern auch zu Lasten der breiten Schichten der Verbraucher, die, soweit sie etwa Arbeiter, Angestellte und Beamte waren, nicht nur keine staatliche Stützung erfuhren, sondern stattdessen mit Arbeitslosigkeit (Arbeiter, Angestellte), einem Lohn- und Gehaltsabbau sowie dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen (Arbeiter, Angestellte, Beamte) rechnen mußten! Von den massiven Interesse der ostelbischen Großagrariern, die in Hindenburg gewissermaßen die stählerne Speerspitze ihrer Interessenforderungen gefunden hatten, wurden Brünings durchaus ernst gemeinte Vorstellungen, in der Krise müsse auf jeden Fall eine lückenlose Sparpolitik betrieben und die Lasten der Krise auf alle Schultern gleichmäßig verteilt werden, aus dem Bereich der Agrarpolitik eliminiert. Aber damit hatte der Kanzler rechnen müssen, als er im Frühjahr 1930 von Hindenburg berufen wurde; schließlich hatte ihm der Präsident, von dessen Gunst je länger um so mehr des Kanzlers Stellung abhing, die verstärkte Hilfe für den deutschen Osten schon bei seinem Regierungsantritt zur Pflicht gemacht.

- d: Bei den agrarpolitischen Maßnahmen des Kabinettes Brüning, die auf die ostdeutsche Landwirtschaft abzielten, trat, je länger je mehr, die siedlungspolitische Komponente hinter der subventionspolitischen Komponente zurück, wie der Verfasser ausführlich dargelegt hat. Dies lag vor allem daran,

daß die ostelbischen Großgrundbesitzer, denen durch Hindenburg eine machtpolitisch gesehen ideale, dem demokratischen Öffentlichkeitsgebot entzogene Einflußnahme auf die agrarpolitischen Maßnahmen des Kabinettes Brüning gegeben war, sich einmal ganz grundsätzlich gegen die Festsetzung von Siedlern in "ihren" Gebieten wehrten, weil sie davon ein Aufbrechen der konservativen Struktur jener Gebiete befürchteten und zum anderen auch dank des nahezu lückenlosen Schutzes, den die Osthilfemaßnahmen ihnen gewährten, es nun auch nicht mehr nötig hatten, Land für Siedlungszwecke abzutreten.

Als dann im Frühjahr 1932 die Regierung Brüning glaubte gezwungen zu sein, im Interesse der sozialen Gerechtigkeit wie auch einer ökonomisch effizienten Agrarpolitik sowie teilweise aus national-bevölkerungspolitischen Aspekten heraus, wenigstens Maßnahmen ausarbeiten zu lassen, nach denen das Land von absolut nicht mehr sanierungsfähigen landwirtschaftlichen Betrieben Siedlungszwecken zugeführt werden sollte, trug sie dadurch wesentlich zu ihrem Sturz bei. Die Aktionen des Reichslandbundes und der DNVP-Fraktion, mit denen Hindenburg suggeriert werden sollte, daß das Kabinett Brüning agrar bolschewistische Maßnahmen einzuleiten gedenke, blieben nämlich bei Hindenburg nicht ohne Wirkung. Brüning kann in diesem Zusammenhang der Vorwurf nicht erspart bleiben, die potentiellen politischen und gesellschaftlichen Reaktionen auf den Siedlungsentwurf seines Kabinettes nicht genügend in seinem politischen Kalkül mitberücksichtigt zu haben. Daß im übrigen die beabsichtigten Siedlungsmaßnahmen volkswirtschaftlich gesehen ungeeignet waren, zur Verbesserung der Lage im ostdeutschen Agrarsektor bzw. zur Anregung der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur in Deutschland beizutragen, macht die Entwicklung im Frühjahr 1932 bis hin zu Brünings Sturz nur umso tragischer. Trug doch damit die Einleitung von ökonomisch sinnlosen Maßnahmen, die aber fälschlicherweise für unbedingt notwendig erachtet wurden, mit zum Abbau der Restbestände der Demokratie bei.

3. politische und interessenpolitische Aspekte der Agrarpolitik des Kabinettes Brüning.

a: Zur Reaktion wichtiger gesellschaftlicher Interessengruppierungen auf Brünings Agrarpolitik.

Abschließend ist festzustellen, daß sich Brüning mit seiner Agrarpolitik, die sich insgesamt gesehen ökonomisch negativ auswirkte, bei deren Konzipierung er und die anderen Mitglieder seines Kabinettes aber weitgehend unter dem Druck der ostelbischen Großagrarier standen, die auf dem Weg über Hindenburg entscheidenden Einfluß nehmen konnten, zwischen alle Stühle setzte. Die Massen der Konsumenten waren aufgebracht, weil durch den rigorosen Agrarprotektionismus die Preise für die Grundnahrungsmittel trotz dem Abbau der sozialstaatlichen Leistungen, der Lohn- und Gehaltskürzungen, ja der Arbeitslosigkeit (5) überall noch relativ hoch gehalten wurden; die Industrie - wiewohl gegenüber den Wünschen der Landwirtschaft im allgemeinen von großer Nachsicht, da man in ihr gewissermaßen einen natürlichen Bundesgenossen gegen alle vermeintlichen linksgerichteten sozialistischen Strömungen sah - stellte immerhin tadelnd fest, daß die infolge der agrarprotektionistischen Maßnahmen des Kabinettes Brüning gegebene hohe Belastung des deutschen Lebensmittelverbrauches einen zu großen Teil der Kaufkraft für die Deckung der Nahrungsbedürfnisse abschöpfe, was sich negativ auf den Absatz industrieller Produkte auswirken müsse (6); übrigens hatte der Reichsverband der deutschen Industrie (RdI) bereits kurz nach Brünings Amtsantritt, nämlich am 8.4.1930 in einem Memorandum an die Wirtschafts-, Finanz- und Ernährungsminister im Kabinett sich gegen die geplante (und dann auch tatsächlich durchgeführte, Agrarzollerhöhung ausgesprochen, weil sie sowohl Unruhe auf dem Inlandmarkt bringen, als auch die deutschen Außenhandelsbeziehungen (Interessen der exportorientierten

deutschen Industrie) belasten würde (7). Daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sich nicht mit einer Agrarpolitik einverstanden erklären konnten, die so einseitig zu lasten des Verbrauchers ging, und de facto in eine einseitige Interessenhilfe zugunsten der ostelbischen Großgrundbesitzer einmündete, muß wohl kaum noch betont werden (8). Die Landwirte in Nordwest-, West- und Süddeutschland hatten über die negativen Auswirkungen der agrarprotektionistischen Maßnahmen für den deutschen Osten auf ihre agrarische Veredelungsproduktion zu klagen und auch die ostelbischen Großagrarier als die Hauptnutznießer der Agrarpolitik des Kabinettes Brüning waren - seit Generationen eine Vorzugsbehandlung durch den Staat als selbstverständlich hinnehmend - noch derart wenig mit den getroffenen Maßnahmen zufrieden bzw. so stark aufgebracht über die beabsichtigten Siedlungsmaßnahmen, daß sie tatkräftig am Sturz Brünings mitwirkten. Überhaupt müssen wir feststellen, wie die Agrarpolitik des Kabinettes Brüning, die ja im krassen Widerspruch zu der sonst vom Kabinett betriebenen Deflationspolitik weitestgehend subventionspolitisch orientiert war, bei den gesamten organisierten Interessen der Landwirtschaft, also sowohl bei den Ostagrarierern als auch bei den Agrariern in den anderen Gebieten des Reiches mit zunehmender Amtsdauer Brünings immer mehr auf Ablehnung stieß. Die zunehmende Gegnerschaft des Reichslandbundes (der wohl mächtigsten organisierten Interessenvertretung der Agrarier, in der wiederum die Großagrarier den Ton bestimmten) gegenüber dem Kabinett Brüning sei hier als besonders eindrucksvolles Beispiel angeführt.

- a.1: Bereits im Februar 1931, also kurz vor der Verabschiedung des Osthilfegesetzes, wird in einer EntschlieBung des Vorstandes des Reichslandbundes (9) das Kabinett Brüning heftig attackiert. Man beklagt, daß bisher vom Kabinett noch viel zu wenig getan worden sei, um der Not der

deutschen Landwirtschaft zu steuern (10) und findet den Hauptschuldigen an jener Entwicklung in jenem Kreise "einseitig händlerischer und exportindustrieller Interessenten, welche unter Einspannung der Marxisten die gesamte deutsche Wirtschaft und Politik schon seit der Vorkriegszeit in verhängnisvoller Weise zum Schaden des deutschen Volkes beeinflußt haben (11)". Auch die gegenwärtige Reichsregierung Brüning sei den Einflüssen jener Kreise "Schritt für Schritt erlegen und dadurch mitschuldig. ... Die Reichsregierung hat durch ihr Versagen das deutsche Landvolk aufs schwerste enttäuscht und tiefstes Mißtrauen erweckt". Aus diesem Grund will der Reichslandbund um eine Reichsleitung kämpfen, "die sich frei macht von den bisherigen schädlichen Einflüssen und Abhängigkeiten, und fordert daher den Rücktritt einer Regierung, die nicht sofort und ungeschmälert diese Forderung zur Tat macht" (12). Mit dieser Erklärung hat der Reichslandbund, in dem die ostelbischen Großagrarier ebenfalls einen entscheidenden Einfluß besaßen und es taktisch geschickt verstanden, die Unzufriedenheit der übrigen deutschen Agrarier über ihre Situation, die ja wesentlich durch die Maßnahmen zugunsten des deutschen Ostens mit verschlechtert worden war, nicht auf die ostelbischen Großagrarier, sondern stattdessen auf die amtierende Regierung abzulenken, dem Kabinett Brüning bereits unverhüllt gedroht, daß man auf seinen Sturz hinarbeiten werde, wenn es nicht unverzüglich sich den agrarischen Interessenwünschen bedingungslos füge.

a.2: Die Entschließung des Reichslandbundes vom 22.3.1932 in der der Reichslandbund bei der Reichspräsidentenwahl im 2. Wahlgang zur Stimmabgabe für Hitler und nicht für Hindenburg aufrief (13), muß vor allem als eine Kampfansage an das Kabinett Brüning und nicht etwa an den Präsidenten Hindenburg aufgefaßt werden. Da ja bereits nach dem ersten Wahlgang mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststand, daß Hitler auch im 2. Wahlgang

gegenüber Hindenburg der Verlierer sein würde (14), galt die Stimmabgabe als ein wirksames Mittel im als notwendig apostrophierten "Kampf des deutschen Landvolkes um Befreiung und Selbsterhaltung des Berufsstandes gegen das hinter der Person Hindenburgs schuttsuchende System"(15), d.h. hier konkret gegen das Kabinett Brüning, das einer Beseitigung der Restbestände der Demokratie im Wege stand. Wußte man doch beim Reichslandbund sehr genau, daß man mit dem Aufruf zur Stimmabgabe für Hitler den auf die Unterstützung durch seine Standesgenossen so sehr bedachten Hindenburg tief treffen konnte und daß dieser durch jenen Schritt wieder ein gut Teil mehr geneigt sein würde, den Kanzler Brüning mit seinem Kabinett, die ihn so augenscheinlich bei seinen Standesgenossen in Mißkredit brachten, fallenzulassen.

a.3: Über die agrarpolitischen Hintergründe zu Brünings Sturz, bei denen im Mai 1932 auch dem Reichslandbund eine bedeutende Rolle zukam, hat sich der Verfasser bereits geäußert.

b: Allgemein-politische Aspekte.

b.1: Der machtpolitische Aspekt.

b.1.1: Darüber, daß Brüning mit seiner Agrarpolitik, die den Wünschen der Agrarier, insbesondere der Großagrarier nicht voll gerecht werden konnte, wesentlich zu seinem Sturz beitrug, wurde in dieser Abhandlung bereits gesprochen.

b.1.2: Agrarier und Nationalsozialismus.

Durch das Zusammenspiel einer Reihe von Faktoren, die in diesem Zusammenhang nicht im einzelnen erläutert werden können (16), zu denen aber u.a. auch die gemessen an der staatlichen Unterstützung für die Großagrarier, Unterprivilegierung der mittleren und kleineren Landwirte gehört, war die strukturelle Disposition der

mittleren und kleineren Landwirte für den Nationalsozialismus besonders groß (17).

b.2: Agrarpolitik contra wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept.

Genau besehen bestand die Agrarpolitik der Regierung Brüning in einem Widerspruch zu der sonst vom Kabinett betriebenen Sparpolitik. Immerhin aber wirkte das primär auf einer orthodox-liberalen ökonomischen Grundauffassung aufbauende wirtschaftspolitische Gesamtkonzept der Regierung noch insoweit auf die Agrarpolitik ein, als das Kabinett Brüning die Stützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft keinesfalls etwa auf der Basis des deficit-spending finanziert wissen wollte. Maßnahmen solcher Art hätten, bei einer entsprechend großen Kreditschöpfung und bei sinnvollem Einsatz der geschöpften Mittel im Agrarsektor u.U. Konjunkturantriebskräfte in der Volkswirtschaft induzieren können, wenn auch eine Belebung der Konjunktur, die vom primären Sektor ausgeht, und dann auf die anderen Sektoren übergreift, wesentlich schwerer zu bewerkstelligen ist, als wenn umgekehrt verfahren wird. Das Kabinett Brüning verfuhr anders. Es versuchte, im Rahmen eines rein haushaltstechnisch verstandenen Etat-ausgleichs - in einer Zeit sinkender Staatseinnahmen und steigender Staatsausgaben - auf der Ausgabenseite die vorhandenen Etatmittel so aufzuteilen, daß noch eine Agrarstützungspolitik durchgeführt werden konnte. Im Rahmen einer Politik des strikten Etatausgleichs konnte eine erhebliche Stützung des Agrarsektors nur dann erreicht werden, wenn Abstriche oder Streichungen bei den übrigen haushaltsposten gemacht wurden. Es lag nahe, daß die am wenigsten starren und besonders konjunkturabhängigen Sozialausgaben in Mitleidenschaft gezogen wurden (17a). Hier traten die sozial bedenklichen Aspekte dieser Agrarpolitik zutage. Wirkten diese finanzpolitischen Stützungsaktionen für den Agrarsektor wenigstens konjunkturpolitisch neutral, lösten die entsprechenden Veränderungen auf der Ausgabenseite des Staatshaushalts Nachfrageverschiebungen aus, die sich im Rahmen der gesamt-

wirtschaftlichen Nachfrage wieder ausgleichen? Auch das läßt sich nicht sagen, weil, anders als in der reinen ökonomischen Modelltheorie, die agrarpolitischen Maßnahmenbündel durch ihre in der Praxis immer gegebene Verflechtung in das wirtschaftliche und soziale Gesamtgeschehen Auswirkungen haben, die von der reinen Modelltheorie nicht miterfaßt werden.

Die Interdependenz von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist nicht zu bestreiten. (In diesem Sinne sind auch die §§ 1 - 3 dieser Abhandlung zu verstehen). Im Blick auf diese Interdependenz hat die Untersuchung ergeben, daß keines der drei großen agrarpolitischen Maßnahmenbündel der Regierung Brüning (vgl. die §§ 4 - 6) geeignet seien, kurz- oder längerfristig eine konjunkturbelebende Wirkung zu erzielen. Insgesamt ist ein die Konjunktur weiter verschlechternder Effekt eingetreten.

Im dieser Beziehung spielt freilich die Agrarpolitik des Kabinettes Brüning keine Sonderrolle. Wie die allgemeine deflations- und Paralleelpolitik hat auch sie zur Verschärfung der ökonomischen Depression beigetragen (18).

4. Lehren für die Gegenwart.

Wenn man noch einmal im Geiste die agrarpolitischen Maßnahmenbündel der Regierung in ihrer Struktur, Funktion, Funktionalität und Motivation Revue passieren läßt und daneben die agrarpolitische Situation der Gegenwart in den westlichen Industriestaaten, insbesondere im EWG-Raum, sich ins Bewußtsein ruft, so scheinen dem Verfasser vor allem folgende grundlegende Voraussetzungen (über die agrarpolitischen Einzelmaßnahmen soll hier nicht mehr gesprochen werden; sie werden je nach dem Zusammenspiel von historisch-empirischer Raum-Zeit-Wirklichkeit und bestimmten Wertvorstellungen und Zielsetzungen innerhalb einer relativ großen Bandweite variiert werden müssen) für eine erfolversprechende Integrierung des Agrarsektors in die moderne Industriegesellschaft notwendig zu sein:

a: Vermehrtes Studium der strukturellen Entwicklungsgesetzlichkeiten der industriellen Gesellschaft.

Nur durch ein intensives Studium der strukturellen Entwicklungsgesetzlichkeiten der modernen Industriegesellschaft, das natürlich ohne eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen der Ökonomie, Geschichte, Politologie, Soziologie, Psychologie und teilweise auch der Medizin ineffizient bleiben muß, wird es möglich sein (immer vorausgesetzt, daß die Kommunikation zwischen den Gesellschaftswissenschaften und der praktischen Politik auch wirklich funktioniert), in den einzelnen Volkswirtschaften (bzw. (im Idealfall) dann zwischen den einzelnen volkswirtschaften), die Produktion und/oder das Arbeitskräftepotential in den einzelnen Wirtschaftszweigen so aufeinander abzustimmen, daß ökonomische Wohlstandsgefälle zwischen den einzelnen Wirtschaftsabteilungen bzw. schwere Disproportionalitäten in den Volkswirtschaften vermieden werden.

b: Ideologiekritik und Wissenssoziologie.

Aus der Einsicht in die strukturellen Entwicklungsgesetzlichkeiten der modernen Industriegesellschaft sollte bei

Wissenschaftlern und Politikern die Fähigkeit erwachsen (oder besser noch: sollte parallel zum Wissen um diese Entwicklungsgesetzlichkeiten diese Fähigkeit zielstrebig entwickelt werden), bestehende, ökonomische, soziale und politische Strukturen unter strenger Überprüfung der eigenen Zielvorstellungen und Basisgestimmtheiten sowie unter Berücksichtigung der Erkenntnisse zu den strukturellen Entwicklungsgesetzlichkeiten der modernen Industriegesellschaft ideologiekritisch daraufhin zu untersuchen, ob sie wirklich

- 1.) dem Entwicklungstrend der Industriegesellschaft adäquat sind,
- 2.) der Wohlstandsmaximierung für alle dienen,
- 3.) geeignet erscheinen, die letzten Werte der westlichen Zivilisation, Freiheit, Gleichheit und Humanität in einer den industriellen Verhältnissen angemessenen Form so weit als nur irgend möglich zu realisieren.

Eine derart durchgeführte wissenssoziologische Selbstkontrolle und Ideologiekritik, gepaart mit einem fundierten Wissen um die strukturellen Entwicklungsgesetzlichkeiten der modernen Industriegesellschaft, würde es - um einige Hinweise auf gegenwärtige Probleme der Agrarpolitik zu geben - z.B. u.a. für den verantwortungsbewußten Politiker ausschließen

- a.) die Landwirte nicht über die Wandlungen in den einzelnen Produktionssektoren der Volkswirtschaft bei zunehmender Industrialisierung aufzuklären und ihnen die Konsequenzen aus dieser Entwicklung für ihr persönliches und berufliches Leben nicht mitzuteilen. Wenn etwa ernstgemeinte Pläne zur Integration des Agrarsektors in die industrielle Gesellschaft, wie etwa der Mansholt-Plan, der Schiller-Plan und der Ertl-Plan (zu jedem dieser Pläne wäre sicherlich manche Detailkritik anzubringen, ihr Grundkonzept

verdient aber Anerkennung) primär der Gewinnung von Wählerstimmen wegen (bzw. zwecks Restauration bestimmter sozialer Strukturen, die geeignet erscheinen, ein verlässliches Wählerreservoir zu sichern), verteufelt werden, so ist dies mehr als bedenklich

b.) zu behaupten, daß man eine Behebung der auch in der Gegenwart noch unvermindert fortbestehenden Strukturkrise der Agrarwirtschaft ohne umfangreiche staatliche Planungsmaßnahmen herbeiführen kann. Wenn je das Prinzip der Marktwirtschaft völlig versagt hat, dann auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Hier gilt es durch energische langfristige Planung erst wieder auf einen Zustand hinzuarbeiten, in dem der Marktmechanismus ohne größere Störungen funktionieren kann.

c.) Wachstumsorientierte Industriegesellschaft.

Da im Zuge der strukturellen Entwicklungsgesetzlichkeiten der modernen Industriegesellschaft der primäre Sektor gegenüber den anderen Sektoren an Relativanz verliert, gleichzeitig aber auch im Sinne einer Anpassung der Landwirtschaft an die veränderten ökonomischen Verhältnisse die Rationalisierung, Mechanisierung und Maschinisierung der Landwirtschaft fortschreitet, wird es für die moderne Industriegesellschaft u.a. (19) auch aus den genannten Gründen zu einer zwingenden Notwendigkeit, für eine langfristig wachsende, sich noch stärker industrialisierende Wirtschaft zu sorgen, die die in der Landwirtschaft freiwerdenden Arbeitskräfte, denen der Übergang in ein anderes Berufsleben durch eine gut aufeinander abgestimmte Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik und Wirtschaftsstrukturpolitik erleichtert werden muß, aufsaugen kann. In diesem Zusammenhang heißt es auch Abschied nehmen von der in einem dominant privatkapitalistischen Wirtschaftssystem nicht zu realisierenden Vorstellung der völligen Vereinbarkeit von Preisstabilität und Wirtschaftswachstum, über deren ideologische Motivation sich eine Menge Kritisches sagen ließe. Es gilt

für uns, mit gewissen Preissteigerungen leben zu lernen, wenn wir eine wachsende Wirtschaft wollen, ohne die das Postulat größerer sozialer Gerechtigkeit, welches wiederum auf den Grundwerten der modernen westlichen Zivilisation fußt, nicht verwirklicht werden kann. ...

d.) Internationale Kooperation.

Im Zeichen der internationalen ökonomischen Verflechtung, die es keinem hochentwickelten Industriestaat - so er nicht gerade zu den Supermächten gehört - mehr ermöglicht, seine Wirtschaftspolitik (Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne) ohne Rücksicht auf die ökonomischen Interessen der Länder zu gestalten, mit denen er makroökonomisch relevante ökonomische Kontakte besitzt und die die Konjunktur des Industriestaates jeweils bis zu einem gewissen Grad von der wirtschaftlichen Entwicklung in den anderen Industriestaaten abhängig werden läßt, sowie angesichts der Abhängigkeit der Befriedigung der jeweiligen inländischen Nachfrage nach Agrarprodukten in den Industriestaaten durch Einführen von ausländischen Agrarprodukten kann kein Industriestaat (möglicherweise gilt dies nicht für die Supermächte - um diese Frage zu klären, bedürfte es einer detaillierten Analyse) eine echte Gesundung des Agrarsektors herbeiführen, wenn nicht die internationale ökonomische Kooperation entsprechend intensiviert wird. Ohne eine Abstimmung der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Agrar- und Währungspolitiken der einzelnen Staaten kann auch keine vernünftige Agrarstrukturpolitik betrieben werden. Die Abstimmung der einzelnen Zweige der Wirtschaftspolitik hat wiederum nur dann einen Sinn, wenn in den einzelnen Ländern, basierend auf der Kenntnis der strukturellen Entwicklungsgesetzlichkeiten der modernen Industriegesellschaft, sich mit Hilfe der Ideologiekritik und der wissenssoziologischen Selbstkontrolle auch weitgehend die gleichen Zielvorstellungen herauskristalisieren, nach denen man das wirtschaftliche, soziale und politische System zu gestalten gedenkt (20). Daß eine derart

weitgehende internationale Kooperation den Verzicht auf nationale Egoismen (21) impliziert, muß kaum noch besonders betont werden. Desgleichen gilt es zu bedenken, daß einer weitgespannten internationalen ökonomischen Kooperation auch dadurch der Garauß gemacht werden kann, wenn sich zwischen einigen Ländern kleinere ökonomische Kooperationseinheiten bilden, die dann gegen die ökonomischen Kooperationsseinheiten anderer Länder bzw. gegen nicht zur jeweiligen Kooperationseinheit gehörende Drittländer handelspolitisch restriktive Maßnahmen ergreifen, die zuweilen einem kaum noch verhüllten handelspolitischen Krieg gleichkommen. ...

Kritischer Textapparat:

Die Agrarpolitik der Regierung Brüning.

§ 1

Notwendige einleitende Vorbemerkungen.

- (1) K.D. Bracher. Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. 4. Auflage. Villingen 1964.
- (2) Siehe hier vor allem aus dem vielbändigen Werk von J. Kuczynski über "Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus" folgende Bände:

Bd. 5: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33. Berlin 1965.

Bd. 15: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1918 bis 1945. Berlin 1964, S. 1 - 142.

Bd. 16: Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 - 1945. Berlin 1964, S. 1 - 174.

Einen Überblick über die Geschichte der Weimarer Republik im Spiegel der Geschichtsschreibung der DDR bietet: R. Beck. Die Geschichte der Weimarer Republik im Spiegel der sowjetischen Geschichtsschreibung. Eine Studie über den Zusammenhang zwischen Geschichtsschreibung, Politik und Ideologie. Diss. Erlangen 1963.

- (3) Das Werk Brachers sei hier ausdrücklich ausgenommen.
- (4) Diese Punkte sind als zum kritischen Nachdenken anregen sollende Hypothesen des Verfassers zu verstehen. Zu ihrer exakten Verifizierung bedurfte es umfangreicher empirischer Erhebungen kombiniert mit der Anwendung der instrumentarien der Wissenssoziologie und Ideologiekritik.
- (5) Der Begriff "Kulturelle Selbstverständlichkeit" ist hier im Sinne von J. Habermas zu verstehen (J. Habermas. Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. 3. Auflage. Neuwied, Berlin 1968, S. 266 f.

- (6) Hier sei bereits auf detaillierte Ausführungen verwiesen, die der Verfasser in seinem schon erwähnten umfangreichen Forschungsprojekt "Ökonomie als Schicksal?" zu diesem Sachverhalt liefern wird.
- (7) R.K. Merton. Social Theory and Social Structure. Revised and enlarged edition. Glencoe 1964, S. 50 ff; A Paradigm for Functional Analysis in Sociology; siehe hier insbesondere Punkt 4, 9 und 11 des Paradigmas, die über den reinen Wertinstrumentalismus von T. Parsons hinausführen. (T. Parsons. Structure and Process in Modern Societies. Glencoe 1960 und T. Parsons, E.A. Shils. Toward a General Theory of Action. Cambridge (Mass.) 1951).
- (8) G. Wurzbacher u.a. Der Pfarrer in der modernen Gesellschaft. Hamburg 1960, hierin: G. Wurzbacher. Der soziologische Aspekt, S. 7 ff, insbesondere S. 15 ff.
H. Gronau. Die soziologische Rollenanalyse als betriebsorganisatorisches und berufspädagogisches Instrument. Stuttgart 1965, Kapitel 2 (Begriffsinstrumente).
- (9) J. Habermas. Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien. 2. Auflage. Neuwied, Berlin 1967.
J. Habermas. Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus, Erwiderung eines Pamphlets, in: KZfSS, Jg. 16, 1967, S. 635 ff.
- (10) Die im Entstehen begriffene größere Studie des Verfassers wird trotz aller Bemühungen die 1500-Seiten-Grenze nicht unterschreiten können.
- (11) Bracher. Auflösung der Weimarer Republik, a.a.O.
- (12) H. Sanmann. Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1965, S. 109 ff.
- (13) In diesem Bereich wären etwa auch die wertinstrumentalistischen Systemanalysen von Politologen angesiedelt, die allerdings in Deutschland, wo man diesbezüglich noch ein "technological gap" im Vergleich zu den USA aufweist, erst relativ selten angewandt werden, während in den

Vereinigten Staaten nach einer von David Easton (D. Easton. The Political System. New York 1953) wesentlich mit initiierten Phase des Optimismus bei der Anwendung dieser Methoden auf die komplexe Wirklichkeit mit ihren anstehenden Problemen, die gelöst sein wollen, allmählich bereits eine Ernüchterung bezüglich des Erfolges und der Grenzen derartiger Methoden eingetreten ist, welche de facto Bestehendes ohne Berücksichtigung gesetzter Ziele und Werte restaurieren helfen, die Kette der Ursache-Wirkungszusammenhänge zwischen politischen, sozialen und ökonomischen Prozessen nicht aufschlüsseln und dementsprechend auch keine Therapie zur Auflösung gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Antagonismen anbieten können (siehe zur Kritik der wertinstrumentalistischen politischen Systemtheorien auch neuerdings: Karlheinz Messelken. Politikbegriffe der modernen Soziologie, eine Kritik der Systemtheorie und Konflikttheorie - begründet aus ihren Implikationen für die gesellschaftliche Praxis. Köln, Opladen 1968).

- (14) W. Conze. Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929 - 1933, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33.
Hg. W. Conze u. H. Raupach. Stuttgart 1967, S. 176 ff.
- (15) H. Muth. Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning. Hg. F.A. Hermens u. T. Schieder. Berlin 1967, S. 317 ff.
H. Muth. Quellen zu Brüning, in: GWU, 1963, S. 221 ff.
H. Muth. Zum Sturz Brünings. Der agrarpolitische Hintergrund, in: GWU, 1965, S. 749 ff.
- (16) Vgl. etwa: B. Buchta. Die Junker und die Weimarer Republik. Charakter und Bedeutung der Osthilfe in den Jahren 1928 - 1933. Berlin 1959.
- (17) Sanmann, a.a.O., S. 115 f.
- (17a) Gemeint sind das politische, ökonomische und gesellschaftliche System des Reiches.

- (18) Zum Begriff des Funktionalitätsaspektes siehe Gronau, a.a.O. S. 34 ff.
- (19) Bis jetzt sind immer noch die Darstellungen Predöhl's bezüglich der im Text genannten Aspekte am besten nutzbar.
(A. Predöhl. Das Ende der Weltwirtschaftskrise. Eine Einführung in die Probleme der Weltwirtschaft. Reinbek 1962 (rowohlt) ferner:
A. Predöhl. Weltwirtschaftskrise, in HdSW. Bd. 11. Stuttgart. Göttingen, Tübingen 1965, S. 618 ff.
A. Predöhl. Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931, in: VZG, 1953, S. 97 ff.
Der Verfasser selbst wird im § 2 seines umfangreichen Forschungsprojektes mit dem Arbeitstitel "Ökonomie als Schicksal ?" einen Neuversuch zur Deskription und Deutung der Weltwirtschaftskrise unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Deutschen Reich geben.
- (20) Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. 1931, S. 301.
Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, 1930/31, Teil A, Heft 1, S. 36-41,
sowie: Berichte der Reichskreditgesellschaft. Deutschlands wirtschaftliche Lage im ersten Halbjahr 1930, S. 35 ff.
- (21) Daten für 1931 nach: Stat. Jahrbuch 1932, S. 291.
- (22) Im April (Zahlen jeweils am Monatsende) 1931 betrug die Arbeitslosenzahl 4,36 Mill. (- 0,53 Mill. gegenüber Januar 1931), Im Juli 1931 3,99 Mill. (- 0,37 Mill. gegenüber Ende April 1931 (Stat. Jahrbuch 1931, S. 301).
- (23) Stat. Jahrbuch 1931, S. 291.
- (24) Vgl. Stat. Jahrbücher 1930 - 1933, passim (insbesondere die Abschnitte I und II).
- (25) Berechnet nach den Angaben in: Konjunkturstatistisches Handbuch 1933. Berlin 1933. S. 13 ff. (als Arbeitsfähige wurde im Anschluß an Sanmann (S. 113) die Zahl der jeweils Beschäftigten zu der Zahl der Arbeitslosen addiert).

- (26) Zahlen nach: Konjunkturstatistisches Handbuch 1936.
Hg. E. Wagemann. Berlin 1935, S. 46.
- (27) Industrielle Produktion in Deutschland (1928 = 100)
nach Ausschaltung der Saisonbewegung.

Zeit	Produktionsgüter	Verbrauchsgüter
1929 J.-D.	104,0	94,8
1930 "	88,7	92,3
1931 "	65,4	85,7
1932 "	50,2	77,6

(J.-D. = Jahresdurchschnitt)

Quelle: Bericht der Reichskreditgesellschaft. Deutschlands
wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1934
S. 2.

- (28) Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, S. 46
- (29) Ebenda, S. 99, S. 101, S. 104.
- (30) Die Zahlenangaben zu den Investitionen sind entnommen
aus:
Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 - 1944.
Hg. vom Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes.
München 1949, S. 604.
- (31) Stat. Jahrbuch 1934, S. 500.
Bemerkung aus dem Stat. Jahrbuch 1934, S. 500: "Wegen
der Überalterung der Bevölkerung (gesunkener Anteil
der weniger verbrauchenden Kinder) bedarf es zur Er-
haltung eines gegebenen Wohlstandsniveaus gegenwärtig
im Vergleich zur Vorkriegszeit eines höheren Einkommens
je Kopf der Gesamtbevölkerung. Um den zahlenmäßigen Ein-
fluß des veränderten Altersaufbaues auszuschalten, wird
das Volkseinkommen mit der auf Verbrauchseinheiten
("Vollpersonen") umgerechneten Bevölkerung in Beziehung
gesetzt. Als Einheit gilt dabei der Verbrauch eines er-
wachsenen Mannes ("Vollperson"); Frauen und Kinder wer-
den entsprechend ihrem Anteil am Verbrauch dieser Ein-
heit auf Vollpersonen umgerechnet."

- (32) Für Inlandszwecke verfügbares Einkommen je Vollperson (1913 = 100) in Kaufkraft von 1928 (umgerechnet über den Index der Lebenshaltungskosten).

Jahr	Einkommensindex
1928	94
1929	92
1930	89
1931	79
1932	70

Quelle: Stat. Jahrbuch 1934, S. 500.

- (33) Bei der Analyse der Weltwirtschaftskrise in seiner Abhandlung "Ökonomie des Schicksals?" wird der Verfasser die Weltagrarkrise in ihrem Gesamtzusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise untersuchen. Einstweilen sei für die knappen Darlegungen des Verfassers in dieser Abhandlung verwiesen auf:

W. Stauss. Entwicklungsfaktoren der weltlandwirtschaft, in: Der deutsche Volkswirt (fortan zitiert als "Volkswirt"), 27.2.1931, Beilage, S. X ff. (eine ungewöhnlich gute Darstellung der Strukturprobleme der Weltlandwirtschaft im 20. Jahrhundert, die außerdem noch den Vorteil prägnanter Kürze aufweist).

E. Altschul. Agrarwirtschaft und Industriezyklus, in: Die Wirtschaftskurve, 1931, Heft 4 (Jan. 1932 erschienen), S. 394 ff.

M. Sering. Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Berlin 1932, S. 78 ff: Die Agrarkrise von 1928 - 1930/31.

A. Weber. Agrarpolitik. Neu bearbeitet von W. Meinhold. Berlin 1951, S. 28 ff: Die Weltagrarkrise seit 1929.

F. Beckmann. Die weltwirtschaftlichen Beziehungen der deutschen Landwirtschaft (bes.: Kapitel 2: Die weltagrarkrise), in: Strukturwandlungen der Volkswirtschaft. Hg. B. Harms. 2 Bde. Berlin 1928, hier: Band I,

S. 139 ff.

F. Naphtali. Wirtschaftsdemokratie (1928) Neuauflage
Frankfurt 1966, S. 110 ff. Entwicklungstendenzen in
der Landwirtschaft.

P. Waller. Die Rohstoffkrise, in: Volkswirt, 25.12.1931,
S. 442 ff.

(34) Vgl. hier etwa die differenzierten Statistiken und
graphischen Darstellungen bei: Waller, a.a.O., S.
444 - 446.

(35) Vgl. zum folgenden: Conze. Politische Entscheidungen,
a.a.O., und Eracher, Auflösung, a.a.O.

(36) Conze. Politische Entscheidungen, S. 212.

(37) Siehe außer der in Anmerkung (35) genannten Literatur
noch als besonders wichtige Quellen:

Schultheß, Europäischer Geschichtskalender. Hg. I.
Thuerauf, 1930, 1932, 1932 (München 1931, 1932, 1933)
fortan zitiert als: Schultheß 1930 bzw. 1931 bzw. 1932.
Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918
und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands
in der Gegenwart. Hg. H. Michaelis, E. Schraepfer.
Band 8. Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamen-
tarischen Systems. Brüning - Papen - Schleicher. 1930
- 1933. Berlin o.J., S. 73 ff. (Diese mehrbändige Ur-
kunden- und Dokumentensammlung wird fortan zitiert als:
Ursachen und Folgen, 1 . . . (die Zahl bezeichnet den
jeweiligen Band der Dokumentensammlung).

An besonders relevanter Sekundärliteratur sei noch ver-
wiesen auf:

F. Poetzsch-Heffter (in Zusammenarbeit mit C - H. Ule,
K. Dornedde, J. Brennet). Vom Staatsleben unter der
weimarer Verfassung. III (letzter) Teil (Vom 1. Januar
1929 bis 31.1.1933), in: Jahrbuch des öffentlichen
Rechts, Bd. 21, 1933/34, Tübingen 1934, S. 1 ff.

U. Scheuner. Die Anwendung des Art. 48 der Weimarer Reichs-
verfassung unter den Präsidentschaften von Ebert und Hin-
denburg, in: Brüning-Festschrift, a.a.O., S. 249 ff.

- (38) Artikel 48 der Weimarer Verfassung lautet:

"Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.

Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz" (Dieses Reichsgesetz wurde nie erlassen, so daß die Anwendungsmöglichkeiten des Artikels 48 von elastischer Unbestimmtheit blieb - Bemerkung von Walz).

(Artikel 48 wurde zitiert nach: Deutsche Verfassungen. Die grundlegenden Dokumente deutscher Demokratie von der Paulskirche bis zum Grundgesetz. Hg. D. Kakies. München o.J. (Goldmann), S. 86.

- (39) W. Keil. Erlebnisse eines Sozialdemokraten, II. Band. Stuttgart 1948, S. 399.
- (40) Der Verfasser wird im § 6 von "Ökonomie als Schicksal?" eine detaillierte Analyse des Systems der parlamentarisch tolerierten Präsidialregierung vornehmen.
- (41) Zum Begriff der demokratischen Öffentlichkeit siehe: Habermas. Strukturwandel der Öffentlichkeit, insbes.: S. 265 ff.
- (42) Vgl. A. Dorpalen. Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik. Berlin, Frankfurt a.M. 1966, S. 309.

- (43) Der Mentalität Hindenburgs, der noch in seinen Vorstellungen voll in der Vorkriegszeit wurzelte (vgl. Dorpalen passim), waren etwa pressure-groups wie die Gewerkschaften alles andere als angenehm. Diese konnten deshalb auch keineswegs wie etwa die industriellen und agrarischen pressure-groups in das durch die Denaturierung des parlamentarisch-demokratischen Systems entstandene Machtvakuum mit eindringen.
- (44) Dieser Weg war in den Artikeln 68 bis 77 der Weimarer Verfassung fixiert worden.
- (45) Vgl. zum folgenden vor allem Sanmann, a.a.O.
- (46) Vgl. vor allem W.J. Helbich. Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Planes für die deutsche Politik 1930 bis 1932. Berlin 1962. Daneben aber gilt es, die bei Sanmann gebrachten Korrekturen an dem von Helbich dargelegten reparationspolitischen Konzept der Regierung Brüning mit zu berücksichtigen.
- (47) Zum Young-Plan siehe als Quellengrundlage: Reichsgesetzblatt (Rgbl.) 1930, II, S. 39 - 537: Gesetz über die Haager Konferenz und das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen.
- (48) Genauer gesagt, es galt den Reichsetat unter Einbeziehung der Reparationen, die die Ausgabenseite schwer belasteten, in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen zu halten.
- (49) Vgl. J. Kuczynski. Bd. 5 und L. Preller. Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart 1949, passim.
- (50) Zitiert nach § 5 (S. 4) von "Ökonomie als Schicksal?", der bereits fertiggestellt ist.
- (51) Zur theoretischen Begründung der krisenverschärfenden Wirkung der Sparpolitik Brüninges siehe Sanmann, a.a.O.

§2: Langfristige Determinanten einer deutschen Agrarpolitik um 1930.

§ 2,1:

- (1) Siehe hierzu H. Rogmann. Ostdeutschlands große Not. Zahlen und Tatsachen. Berlin 1930.
- M. Weber. Der Nationalstaat und die volkswirtschaftspolitik (Akademische Antrittsrede, Freiburg 1895), abgedruckt in: Max Weber. Gesammelte politische Schriften. 2. erweiterte Auflage. Tübingen 1958, S. 1 ff.
- M. Weber: Kapitalismus und Agrarverfassung (Vortrag gehalten 1904 in St. Louis), abgedruckt in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1932, S. 124 ff.
- H. Rosenberg. Die "Demokratisierung" der Rittergutsbesitzerklasse, in: Zur Geschichte und Problematik der Demokratie. Festgabe für Hans Herzfeld. Berlin 1959, S. 459 ff.
- E. Lang, C. von Dietze, O. Bazlen, F. Beckmann, H. Niehaus. Grundlagen und Formen der Deutschen Landwirtschaft. Berlin 1933 (Veröffentlichungen aus dem Deutschen Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen).
- F. Aereboe. Allgemeiner Überblick über die heutige Lage der deutschen Landwirtschaft. in: Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, Hg. von B.Harms, Band I, Berlin 1928, S. 109 ff.
- F. Beckmann. Die weltwirtschaftlichen Beziehungen der deutschen Landwirtschaft, in: Strukturwandlungen, I, S. 136 ff.
- G. Schulz. Staatliche Stützungsmaßnahmen in den deutschen Ostgebieten. Zur Vorgeschichte der Osthilfe der Regierung Brüning, in: Brüning-Festschrift, a.a.O., S. 141 ff.
- G. Schulz. Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung, in: PVS, 1961, S. 124 ff.

H. Raupach. Der interregionale Wohlfahrtsausgleich als Problem der Politik des Deutschen Reiches, in: Staats- und wirtschaftskrise 1931, a.a.O., S. 13 ff. A. Weber. Agrarpolitik. Neubearbeitet von W. Meinhold. Berlin 1951, besonders: S. 11 - 37, S. 87 - 112, S. 226 - 245, S. 340 ff, S. 354 ff, S. 391 ff. Für die Bevölkerungsbewegungen siehe außer Rogmann (a.a.O.) noch:

Raum und Bevölkerung in der Weltgeschichte (Bevölkerungs-Ploetz). 3. Auflage. Band 4. Bevölkerung und Raum in: Neuerer und neuester Zeit von W. Köllmann, Würzburg 1965 sowie: G. Mackenroth. Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung. Berlin, Göttingen, Heidelberg 1953.

- (2) Siehe hierzu in erster Linie die ökonomisch ausgezeichnete Abhandlung Raupachs (a.a.O.). Allerdings sieht der Verfasser, wie sich im Laufe der Ausführungen noch zeigen wird, nicht wie Raupach nahezu monokausal im westöstlichen Gefälle der Wohlstandsbildung eine Determinante, die etwa ganz grundsätzlich keine Alternativen zu den eingeschlagenen Praktiken der Agrarpolitik bzw. Siedlungspolitik zugelassen hätte. Vielmehr erhielt das Datum "Wohlstandsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland" seinen Stellenwert erst in Verbindung mit den jeweiligen ökonomischen, politischen und sozialen Vorstellungen, die in Deutschland während jener Zeit dominant waren.
- (3) H. von Thünen. Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie. Jena 1921 (Erstausgabe Rostock 1842).
- (4) G. Myrdal. Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen. Stuttgart 1959.
- (5) Hier einige statistische Daten über Urbanisierung und Ost-West-Wanderung (nach Ploetz, S. 87 ff.).

a: Die Verstädterung Deutschlands (Ploetz S. 92/93).

Je 100 Einwohner sind ansässig in	1871	1910
Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern	4,8	21,3
Gemeinden mit 10 000 bis 100 000 Einwohnern	7,7	13,4
Gemeinden mit 5000 bis 10 000 Einwohnern	11,2	14,1
Gemeinden mit über 5000 Einwohnern insgesamt	23,7	48,8
Gemeinden mit 2000 bis 5000 Einwohnern	12,4	11,3
Städtischen Gemeinden insgesamt	36,1	60,1
Ländlichen Gemeinden	63,9	39,9

b: Die Ost-West-Wanderung (Ploetz, S. 87, 88, 89)

Hier müssen vor allem erwähnt werden:

- 1.) Die Zuwanderung nach Berlin, dessen Einzugsbereich allerdings den gesamten ost- und mitteldeutschen Raum umfaßt. Schon bald nach 1850 beginnen aus Schlesien, nach 1860 dann aus Nordostdeutschland die Menschen nach Berlin zu strömen. Ab 1880 übertrifft dann die nordostdeutsche Zuwanderung nach Berlin die Zuwanderung aus allen anderen Gebieten in die Hauptstadt des Reiches.
- 2.) Die Zuwanderung aus Nord-Ost-Deutschland in das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet, besonders das Ruhrgebiet. Diese Wanderungsbewegung verstärkt sich vor allem in den 1880ern, 1890ern.

Deutsche Binnenwanderung: Wanderungsbilanz 1907 (in Tausend)					
Gebiet	Ansässige insgesamt:	Geborene Ansässige Abgewan- derte		Zugewan- derte	Wanderungs- bilanz
Ostdeutsch- land	12066,2	11708,1	2326,7	358,1	-1968,6
Berlin-Bran- denburg	5585,2	3936,1	445,7	1649,2	+1203,7
Fortsetzung dieser Tabelle auf der nächsten Seite					

Gebiet	Ansässige insgesamt	Geborene		Zugewan- derte	Wanderungs- bilanz
		Ansässige	Abgewan- derte		
Nordwest- deutschland	6881,9	6101,8	495,7	775,1	+ 279,4
Mittel- deutschland	9719,7	9001,9	891,4	717,8	- 173,6
Hessen	3371,1	2954,9	348,1	416,2	+ 68,1
Westdeutsch- land	10171,1	9080,6	449,4	1090,5	+ 641,1
Süddeutsch- land	12580,5	12200,0	431,4	380,5	- 50,9
Ostdeutschland (= Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien, Pommern)					
Nordwestdeutschland (= Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Lübeck, Hamburg, Bremen, Oldenburg, Lippe, Hannover)					
Westdeutschland (= Westfalen, Rheinprovinz).					

Stärke der Zuwanderungsgruppen (Schätzung)				
Region der Herkunft	Regionen der Ansässigkeit			
	Berlin-Brandenburg		Rheinland-Westfalen	
	in Tausend	in % der Geb.- völk.	in Tausend	in % der Ges.- völk.
Ostdeutschland	1963,8	31,9	810,5	7,2
Berlin-Brandenburg	-	-	71,1	0,6
Nordwestdeutschland	193,6	3,1	259,6	2,3
Mitteldeutschland	538,5	8,7	215,0	1,9
Hessen	40,2	0,7	285,7	2,5
Bayern (ohne Pfalz)	26,2	0,4	50,5	0,4
Südwestdeutschland	26,2	0,4	85,9	0,8
Elsaß-Lothringen	-	-	35,8	0,3
Westdeutschland	103,6	1,7	-	-
Zuwanderungsgruppen	2892,1	46,9	1814,1	16,1

(6) Vgl. die Statistik in: Statistisches Jahrbuch 1934, S. 13,
Nr. 10.

(7) Max Weber. Der Nationalstaat und die volkswirtschaftspoli-
tik, a.a.O.

- (8) Unter Nordostdeutschland oder auch Ostdeutschland sind in dieser Abhandlung zu verstehen: Mecklenburg-Strehlitz, Mecklenburg-Schwerin, Niederschlesien, Oberschlesien, Pommern, die Grenzmark, Ostpreußen und Brandenburg.
- (9) Siehe Raupach, S.18: Schulz' (Staatliche Stützungsmaßnahmen, S. 146 f), Angaben über die jeweilige Zahl der Großbetriebe sind eindeutig zu hoch gegriffen. Siehe dagegen die jährlichen Angaben in den Statistiken des Deutschen Reiches, welche durch die Angaben E. Langs (Grundlagen und Formen der Deutschen Landwirtschaft, Kapitel I. Ostdeutschland. S. 94 - 97 (Statistiken), der sich bei seinen statistischen Angaben vor allem auf die Unterlagen des landwirtschaftlichen Unterausschusses des Enquete-Ausschusses von 1927 stützt, voll bestätigt werden. Hier die landwirtschaftlichen Besitzgrößen nach dem Stand von 1925 (Quelle: Statistisches Jahrbuch 1930, S.56/57) sowie zum Vergleich die entsprechenden Größen für das Land Bayern.

Länder und Landteile	von 100 ha der land. benutzten Flächen entfallen auf die Größenklassen von ha				
	0,05 bis 1	2 bis 5	5 bis 20	20 bis 100	100 und mehr
Provinz Ostpreußen	2,5	4,6	21,1	32,5	39,2
Provinz Brandenburg	4,3	6,4	27,1	27,8	34,4
Grenzmark Posen Westpreußen	2,4	3,5	27,7	33,1	33,3
Provinz Pommern	2,8	3,2	24,3	19,9	49,8
Provinz Niederschlesien	3,6	9,2	32,8	21,3	33,1
Provinz Oberschlesien	6,7	14,2	38,7	12,9	27,5
Mecklenburg-Strehlitz	3,3	1,7	7,6	29,1	58,3
Mecklenburg-Schwerin	3,7	3,2	10,8	24,1	58,2
Bayern	4,4	14,6	53,8	24,7	2,5

- (10) Siehe hierzu die Statistik: Maschinenverwendung in der Landwirtschaft nach der Zählung vom 10.6.1925 in: Statistisches Jahrbuch 1930, S. 59 f.
- (11) Die ersten beiden Gründe nach Raupach, S. 18, der dritte Grund nach dem Verfasser.
- (12) Unmittelbare Stadtnähe, günstiges Klima, bessere Löhne und günstigere Transportmöglichkeiten lassen es durchaus als nicht unmöglich erscheinen, daß für die Stadtnähe, wo man als empirisches Faktum sowieso in den landwirtschaftlichen Betrieben stärkere Produktionsvariierungen feststellen muß, die optimalen Betriebsgrößen niedriger liegen.
- (13) In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß der Zustrom an Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in die Industrie über weite Strecken der Industrialisierung hinweg erst das gesamtwirtschaftliche Wachstum ermöglicht hat.
(Siehe: H.-J. Rüstow. Perspektiven der zukünftigen Wirtschaft, in: Industriekurier, 29.10.1968, Sonderbeilage: Die nächsten zwanzig Jahre.

§ 2.2:

- (14) Siehe außer der in Anmerkung (1) genannten Literatur zu diesem Abschnitt noch zusätzlich:
W. Hock, Deutscher Antikapitalismus (a.a.O.), besonders: S. 14 - 19, S. 28f., S. 36 f., S. 55- 61, sowie:
J. Dörner, Bauernstand und Nationalsozialismus, München 1930;
L. Mises, Die Wurzeln des Antikapitalismus, Frankfurt 1958;
R. Vierhaus, Politisches Bewußtsein in Deutschland vor 1789, in: Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, öffentliches Recht und verfassungsgeschichte 1967, S. 175 ff.
- (15) W. Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl., Berlin, Göttingen, Heidelberg 1959, S. 70, 77, 80, 106, 163, 186 f., 226 ff., 249, 254;
- (15a) Auch wenn sich der Verfasser bei der folgenden Skizzierung einer bei der Methode der pointierenden Abstraktion durchaus legitimen negativen Argumentationskette (a) bedient, so sei hier um etwaige Mißverständnisse auszuräumen doch noch angemerkt, daß es selbstverständlich auch eine Reihe von Faktoren gab, die dysfunktional bezüglich einer Überbetonung des Agrarsektors wirkten (b). Insgesamt jedoch fielen die für eine Überbewertung des Agrarsektors funktionalen Faktoren weit stärker ins Gewicht als die dysfunktional wirkenden Faktoren (die in der historischen Realität gegebene Überbetonung des Agrarsektors in Deutschland bestätigt das), so daß in unserem knappen Exkurs über ideologische, politische und gesellschaftliche Faktoren in der deutschen Landwirtschaft umso leichter auf eine differenzierende Saldierung der funktionalen und der dysfunktionalen Faktoren verzichtet werden konnte, welche zudem den Rahmen dieser Abhandlung ungebührlich ausgeweitet hätte..
- (a) negative Argumentationskette bedeutet in unserem

Falle ausschließliche Darlegung jener Faktoren, die wesentlich mit zur staatlichen und gesellschaftlichen Überbewertung des Agrarsektors in Deutschland beitrugen; Verzicht auf eine Darstellung der Faktoren, die dysfunktional bezüglich einer Überbewertung des primären Sektors wirkten.

- (b) Von den Faktoren, die für eine Überbetonung des Agrarsektors dysfunktional wirkten, sei hier nur an das Wirken der zahlreichen liberalen Ökonomen und Staatswissenschaftler im Deutschland des frühen 19. Jahrhunderts (b.1) sowie an Einstellung und Verhalten der hohen preußischen Bürokratie in der Frühphase der Industrialisierung in Deutschland erinnert (b.2). Diese hohe preußische Bürokratie bemühte sich zunächst – nicht zuletzt unter dem Einfluß der liberalen Ökonomen und Staatswissenschaftler – um eine nachhaltige Förderung des Industrialisierungsprozesses, selbst wenn dabei die Interessen der Großgrundbesitzer tangiert wurden. Sie verlor aber im Laufe des 19. Jahrhunderts immer mehr an Einfluß, bis sie schließlich unter Bismarcks Führung in der Zeit der großen Depression endgültig entmachtete wurde (b.3).
- (b.1) vgl. M.E.Vopelius, Die altliberalen Ökonomen und die Reformzeit, Stuttgart 1968.
- (b.2) siehe W. Treue, A. Smith in Deutschland, in: Deutschland und Europa. Historische Studien zur Völker- und Staatenordnung des Abendlandes. Festschrift für Hans Rothfels, Hg. W. Conze, Düsseldorf 1951, S. 101ff.
- (b.3) vgl. H. Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967, S. 140, sowie: R. Morsey, Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck (Neue Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung, Bd. 3), Münster 1957, S. 262ff.

- (16) W. Hock, a.a.O., S. 24 ff.
- (17) M. Holborn, Der deutsche Idealismus in sozialgeschichtlicher Beleuchtung, in: HZ, 1952, S. 174, S. 359 ff., hier: S. 359f. und S. 362;
L. Mises, Die Wurzeln des Antikapitalismus, Frankfurt 1958.
- (17a) Vgl. hier ergänzend auch die einschlägigen Ausführungen von W. Mommsen (Größe und Versagen des deutschen Bürgertums. Ein Beitrag zur politischen Bewegung des 19. Jahrhunderts, insbesondere der Revolution von 1848/49. 2. Aufl., München 1964, S. 21 ff.
- (18) Siehe hier exemplarisch die Studie K. Lenks über E.M. Arndt (Ernst Moritz Arndt. Ein Wegbereiter des deutschen Nationalismus, in: Erlanger Forschungen, 1968);
- (19) J.G. Fichte, Reden an die deutsche Nation (Berlin 1908), neu herausgegeben von F. Medicus, Leipzig o.J., S.106. Siehe hier ergänzend nur zwei einschlägige Passagen:
- a) "Leben und Denken muß bei uns aus einem Stücke sein und ein sich durchdringendes und gediegenes Ganzes. ... Wir müssen, um es mit einem Worte zu sagen, uns Charakter anschaffen; denn Charakter haben und Deutschsein ist ohne Zweifel gleichbedeutend."
- b) Rettet nicht der Deutsche den Kulturstand der Menschheit, so wird kaum eine andere europäische Nation ihn retten."
- (Sozusagen eine Vorform des "Am deutschen Wesen soll die Welt genesen". - Anmerkung von Walz).
- (19a) Vgl. hier auch die einschlägigen Darlegungen von E.M. Arndt (E.M. Arndt, Ein Wort über die Pflege und Erhaltung der Forsten und der Bauern im Sinne einer höheren, d.h. menschlichen Gesetzgebung; in Auszügen abgedruckt in: Conze, Quellen zur Geschichte der deutschen Bauernbefreiung, a.a.O., S. 148 ff.)
- (19b) An besonders wichtiger Sekundärliteratur siehe: F. Lenz, Agrarlehre und Agrarpolitik der deutschen Romantik, Berlin 1912.

- (20) J.G. Fichte, Der Geschlossene Handelsstaat. Ein philosophischer Entwurf als Anhang zur Rechtslehre und Probe einer künftig zu liefernden Politik, Tübingen 1800 (Unveränderter Abdruck (Leipzig 1943) der 2. Auflage von 1922).

Friedrich List dagegen würde der Verfasser im Gegensatz zu W. Hock (S. 74) nicht in einem Atemzug mit Fichte nennen. List lehnte keineswegs pauschal etwa den Freihandel ab, er war nur gegen eine Verabsolutierung der Freihandelsmaxime, gegen ein unbesehenes Anwenden von Modelltheorien, die möglicherweise in der historischen Wirklichkeit nicht modellgetreu angewendet werden können. In diesem Sinne war er für Freihandel, wenn dieser in der historisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit jeweils ohne negative Konsequenzen zu verwirklichen war. List war damit einer der ersten, die die Wirtschaftspolitik in den Zusammenhang der jeweiligen historisch-gesellschaftlichen, veränderlichen (dies ein fundamentaler Gegensatz zu Fichte) Wirklichkeit stellten.

(Siehe in diesem Zusammenhang über List die viel zu wenig beachtete Studie G. Weipperts (G. Weippert, Der späte List. Ein Beitrag zur Grundlegung der Wissenschaft von der Politik und zur politischen Ökonomie als Gestaltungslehre der Wirtschaft. Erlanger Forschungen, Band 7, Erlangen 1956).

- (21) Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Studienausgabe in 3 Bänden. Hg. K. Löwith, M. Riedel. Band 2: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse, Frankfurt, Hamburg 1968.

- (22) W. Hock, S. 16.

- (23) Ebenda.

- (23a) An Sekundärliteratur zur Konservativen Revolution sei zur Einführung verwiesen auf:

A. Mohler, Die konservative Revolution in Deutschland 1918 - 1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen, Stuttgart 1950.

(24) W. Sombart. Die Zukunft des Kapitalismus . Berlin 1932, besonders: S. 18 ff.

(25) Siehe hierzu: H. Pross. Vor und nach Hitler. Zur deutschen Sozialpathologie. Freiburg 1962, S. 43 ff.
Auch Mommsen (S. 30 - 32) weist auf die bedenklichen Begleiterscheinungen des Wartburgfestes und des Hambacher Festes hin.

Diese fehlende Möglichkeit, das Nationaldenken an der Wirklichkeit erproben zu können, war bereits für die Zeit unmittelbar vor 1789 relevant, nur war damals die daraus resultierende Beschaffenheit des Nationaldenkens noch weniger brisant; dafür sorgten erst dann die französische Revolution mit ihren politischen Auswirkungen sowie die spezifisch deutschen Entwicklungslinien nach der französischen Revolution, die vom Verfasser in diesem Kapitel knapp umrissen werden. Über die potentiellen Gefahren deutschen Nationalbewußtseins siehe: R. Vierhaus (Politisches Bewußtsein in Deutschland vor 1789, in: Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte, 1967, S. 175 ff, hier: S. 185):

"Das Nationalbewußtsein der Gebildeten war weithin deutsches Kulturbewußtsein, das in der politischen Wirklichkeit nicht schon festen Halt besaß, sondern suchen mußte. Wo die Masse der Menschen noch im Horizont ständisch - regionalen Bewußtseins sich bewegte, wo die Grenzen konfessioneller Unterschiede eben erst durch die Aufklärungsbildung überschritten, aber noch mächtig waren, wo man preußischer, badischer, hohenzollerischer Untertan war, aber auch keiner Fremdherrschaft unterstand, gegen die man aufbegehrte, da konnte nationale Solidarität nur schwer politisch konkret erfahren werden. Sie blieb nach der ganzen geistigen Struktur der Bildungsschicht eine intellektuelle Leistung. Revolutionär war dieses Nationalbewußtsein nicht; dagegen konnte es infolge seines geringen Realitätsinhalts

leicht "spiritualisiert" oder auch ideologisch übersteigert werden."

- (25a) Zum Verlauf der deutschen Revolution von 1848 sei hier auf 2 Darstellungen verwiesen, die noch am ehesten den Leser auf die hier vom Verfasser idealtypisch skizzierten Problemlinien vorbereiten - falls er es nicht schon ist:
- W. Mommsen, a.a.O. u.T. Schieder. Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich, in: Gebhardt, 8. Auflage. Stuttgart 1960, S. 95 ff, bes. S. 125 ff.
- (25b) Vgl.: F. Rörig. Die europäische Stadt und die Kultur des Bürgertums im Mittelalter. Göttingen 1964, S.121 ff.
- (25c) Vgl. auch: Schieder, a.a.O., S. 137 u. T. Schieder. Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat. Köln, Opladen 1961, S. 11.
- (26) Hock, S. 19 .
- (26a) Die wohl beste Studie der ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen jenes wirtschaftlichen Abschwunges lieferte bis jetzt R. Rosenberg (Große Depression und Bismarckzeit. a.a.O.
- (27) Vgl. M. Weber (Der Nationalstaat und die volkswirtschaftspolitik, S. 23), der 1894 diese Angst schon klar diagnostizierte.
- (28) Vgl. hier schon M. Weber (Nationalstaat, S.22): "Nicht ökonomische Gründe sind schuld an der politischen Unreife breiter Schichten des deutschen Bürgertums; der Grund liegt an seiner unpolitischen Vergangenheit, darin, daß die politische Erziehungsarbeit eines Jahrhunderts sich nicht in einem Jahrzehnt nachholen ließ und daß die Herrschaft eines großen Mannes nicht immer ein Mittel politischer Erziehung ist."
- (28a) Vgl. G. Clausen. Artikel: Konjunkturen, in: HdSW, Bd.6, Stuttgart Tübingen, Göttingen 1959, S. 133 ff, insbes.: S. 137 ff und J. Schumpeter. Konjunkturzyklen. Bd. I, Göttingen 1961, S. 408 ff.
- (29) Mit besonderem Nachdruck verweist der Verfasser in diesem Zusammenhang auf die Studie H. Rosenbergs (Vergl.: Anmerkung 1).

- (29a) An besonders wichtiger Literatur zur Bauernbefreiung sei hier verwiesen auf:
- G.F. Knapp. Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens. 2. unveränderte Auflage. 2 Bde. Leipzig 1927; Bd. 1: Überblick der Entwicklung. Bd. 2: Die Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse von 1806 bis 1857.
- W. Conze. Quellen zur Geschichte der deutschen Bauernbefreiung. Göttingen, Berlin, Frankfurt 1957.
- F. Gutmann. Artikel: Bauernbefreiung in: HdStW, Bd. 2, 4. Auflage. Jena 1924, S. 378 ff.
- F. Lütge. Artikel: Bauernbefreiung, in: HdSW, Bd. 1, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956, S. 658 ff.
- G. Ipsen. Die preußische Bauernbefreiung als Landesausbau, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 1954, Heft 2.
- (30) Rosenberg, S. 464.
- (31) Rosenberg, S. 465.
- (32) Rosenberg, S. 471.
- (33) Vgl. A. Weber - Meinhold (Anmerkung 1), S. 29 ff bzw. S. 391 ff.
- (33a) Vgl. über die Wendung zur Schutzzollpolitik mit all ihren ökonomischen, politischen und sozialen Konsequenzen neben Rosenberg (Große Depression und Bismarckzeit, S. 154 ff, S. 159 ff) vor allem auch die Abhandlung Böhmcs (H. Böhme. Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründerzeit 1848 - 1881. Köln, Berlin 1966, S. 405 ff, S. 421 ff); speziell über die Wendung zum Agrarzoll und seine Folgen siehe: H.-H. Herlemann. Vom Ursprung des deutschen Agrarprotektionismus, in: Agrarwirtschaft und Agrarpolitik. Hg. E. Gerhardt u. P. Kuhlmann. Köln, Berlin 1969, S. 183 ff, bes.: S. 186 ff und: U. Teichmann. Die Politik der Agrarpreisstützung. Marktbeeinflussung als Teil des Agrarinterventionismus in Deutschland. Köln 1955, S. 193 ff.
- (34) M. Weber. Kapitalismus und Agrarverfassung, a.a.O., S. 441, vergleiche ferner: Rosenberg, S. 466 f.

- (35) Vergleiche besonders: M. Weber, Kapitalismus und Agrarverfassung, S. 449.
- (36) Rosenberg, S. 470/71 skizziert dieses Verhältnis in einer anschaulich-bildhaften Sprache. Hier die entscheidenden Sätze zur Erholung von der spröderen Formulierungsweise des Verfassers und zur größeren Anschaulichkeit:
"So wurde aus dem zackigen Gutsherrn und Autokraten des Ancien Regime, dem Furcht einflößenden, gelegentlich zum Stock und zur Peitsche seine Zuflucht nehmenden Kommandeur von hörigen Untertanen schließlich ein "Herrenmensch mit demokratischen Handschuhen". Freilich bedeutete die Schwächung des alten Herrschaftsgefühls keineswegs den Verlust autoritärer und militärischer Denkweise. Denn der modern gewordene Rittergutsbesitzer, auch wenn er nicht "hinter der durchschnittlichen Mischung naiver Brutalität mit Menschenfreundlichkeit" zurückstand, pflegte sich meist doch nicht als einen gewöhnlichen Arbeitgeber, sondern als den "Vorgesetzten" seiner Arbeiter und Untergebenen zu betrachten, von denen er militärische Disziplin verlangte."
- (37) Über die sich aus der Struktur jener im Bürgertum zirkulierenden Vorstellungen ergebenden Neigung, den landwirtschaftlichen Sektor im Staatsleben überzubetonen, hat sich der Verfasser in diesem Kapitel bereits ausführlich geäußert.
- (37a) Siehe hierzu vor allem: H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893-1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1967.
- (37b) Mit der Rolle der Mittelschichten, der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie während der Weimarer Republik wird sich der Verfasser in seinem schon erwähnten Forschungsprojekt detailliert auseinandersetzen. Hier nur einige grundlegende Werke zur Einführung in diese hochkomplexen Problemstellungen, die dem Verfasser bei der Urteilsfindung besonders hilfreich waren und sind.
- 1: Gewerkschaften, Sozialdemokratie.
K. Kautsky. Der Weg zur Macht. Berlin 1920
Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Hg. F. Naphtali (1928). Neudruck Frankfurt 1964.
E. Bernstein. Die Voraussetzungen des Sozialismus und

die Aufgaben der Sozialdemokratie (1899). Hannover 1964.
W. Gottschalch. Strukturveränderungen der Gesellschaft
und politisches Handeln in der Lehre von Rudolf Hilfer-
ling. Berlin 1962.

U. Hüllbüsch. Die deutschen Gewerkschaften in der Welt-
wirtschaftskrise, in: H. Raupach, W. Conze. Die Staats-
und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches, a.a.O., S.
126 ff.

E. Matthias, R. Morsey. Das Ende der Parteien. Düssel-
dorf 1960, S. 101 ff.

R.N. Hunt. German Social Democracy 1918 - 1933. New
Haven 1964.

2: Mittelschichten.

T. Geiger. Die soziale Schichtung des deutschen Volkes
(1932) Neudruck: Stuttgart 1964.

M.R. Lepsius. Extremer Nationalismus. Strukturbedingun-
gen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung.
Stuttgart 1966.

S.M. Lipset. "Faschismus" - rechts, links und in der mit-
te, in: S.M. Lipset. Soziologie der Demokratie. Neuwied
1962.

S. Kracauer. Die Angestellten. Eine Schrift vom Ende der
Weimarer Republik (Frankfurt 1930). Neudruck. Allensbach,
Bonn 1959.

M. Victor. Verbürgerlichung des Proletariats und Prole-
tarisierung des Mittelstandes. Eine Analyse der Einkom-
mensumschichtung nach dem Kriege, in: Die Arbeit, 1931,
J. 17 ff.

T. Geiger. Die Mittelschichten und die Sozialdemokratie,
in: Die Arbeit, 1931, S. 619 ff.

F. Stern. Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine
Analyse nationaler Ideologie in Deutschland. Bern, Stutt-
gart, Wien 1964.

R. König. Zur Soziologie der zwanziger Jahre, in: Hg. L.
Reinisch. Die Zeit ohne Eigenschaften. Stuttgart 1961.

(38) Hock, S. 20.

(39) Dorner, Bauernstand und Nationalsozialismus, S. 40, S.30.

Der Verfasser konnte sich hier der Zitate aus der oben-
genannten nationalsozialistischen Broschüre bedienen,
weil diese Passagen nicht etwa nur für die nationalsozia-
listische Blut- und Bodenromantik um 1930, sondern glei-
chermaßen auch für die sogenannte nationale Blut- und
Bodenromantik repräsentativ waren.

§ 2,5:

(40) Gliederung der Bevölkerung nach Wirtschaftsabteilungen im Deutschen Reich nach dem Gebietsstand von 1934 (ohne Saar-gebiet).

Wirtschafts- abteilungen	1933		1925		1907		1895		1882	
	E.P.	B.Z. (c)	E.P.	B.Z.	E.P.	B.Z.	E.P.	B.Z.	E.P.	B.Z.
	Verhältniszahlen									
Land- und Forstwirt- schaft	28,9	21,0	30,5	23,0	34,0	27,1	36,4	33,6	42,2	30,0
Industrie und Hand- werk	40,4	38,8	42,1	42,0	39,1	40,8	37,9	39,0	34,3	35,4
Handel und Verkehr	18,4	16,9	16,4	16,8	13,9	14,9	10,9	11,4	8,6	9,7
Offent.Dienst u. Priv. Dienstlei- stungen	8,4	7,8	6,7	6,7	6,6	5,7	6,7	5,5	5,7	4,9
Häusliche dienste	3,9	2,0	4,3	2,4	6,4	3,4	8,1	4,4	9,2	5,3
Erwerbs- personen (a) zusammen	100	86,5	100	90,9	100	91,9	100	93,9	100	95,3
Berufslose Selbständige (b)	-	13,5	-	9,1	-	8,1	-	6,1	-	4,7
Gesamtbevölkerung	100		100		-	100	-	100	-	100

(Quelle: Stat. Jahrbuch 1934, S. 16)

E.P. = Erwerbspersonen

B.Z. = Berufsangehörige

(a) = hauptberuflich Erwerbstätige und Erwerbslose

(b) = im wesentlichen Rentenempfänger, Pensionäre von eigenem Vermögen oder von Unterstützungszuwendungen lebende Personen

(c) = Erwerbspersonen bzw. berufslose Selbständige einschließlich ihrer Angehörigen ohne Hauptberuf.

(41) Siehe hierzu H. Ohm. Allgemeine volkswirtschaftspolitik. Band II. Der volkswirtschaftliche Gesamtorganismus als Objekt der

Wirtschaftspolitik. Berlin 1967, S. 19 ff.

J. Fourastié. Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. Köln 1954, bes.: S. 119 ff: Die Verschiebungen der erwerbstätigen Bevölkerung und der Begriff der Übergangsperiode .

R. Aron. Die moderne Industriegesellschaft. Frankfurt 1964.

J.K. Galbraith. Die industrielle Gesellschaft. München 1968.

- (42) Auf die Probleme der Forstwirtschaft und der Fischerei wird im Zusammenhang unserer Ausführungen über die Agrarpolitik des Kabinettes Brüning nicht weiter eingegangen werden, da sie während der Zeit der großen Depression weder innerhalb des Agrarsektors, noch innerhalb der gesamten Volkswirtschaft makroökonomische Relevanz besaßen. Wenn man etwa den Sektor Landwirtschaft untergliedert in die "Landwirtschaft im engeren Sinne" (Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht) und die "Forstwirtschaft und Fischerei" so betrug 1933 der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen des Reiches in der Abteilung "Landwirtschaft im engeren Sinne" 28,4 %, in der Abteilung "Forstwirtschaft und Fischerei" dagegen nur 0,5 % (Stat. Jahrbuch, 1934, S. 20).

- (43) Statistische Basis für die weiteren Ausführungen ist folgende Statistik:

Die Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen 1933 und 1925 (jeweils in v.H.)

(Quelle Stat. Jahrbuch 1934, S. 19)

Wirtschaftsabteilungen	Erwerbspersonen (a)		Erwerbstätige		Erwerbslose	
	1933 insg. (b)	1925 insg.	1933 insg.	1925 insg.	1933 insg.	1925 insg.
Land- und Forstwirtschaft	28,9	30,5	34,2	31,0	5,3	3,7
Industrie und Handwerk	40,4	42,1	33,5	41,6	71,7	66,1
Handel und Verkehr	18,4	16,4	18,9	16,3	15,7	20,7

Übertrag:

Wirtschaftsabteilungen	Erwerbspersonen (a)		Erwerbstätige		Erwerbslose	
	1933	1925	1933	1925	1933	1925
	insg. (b)	insg.	insg.	insg.	insg.	insg.
Übertrag	87,7	89,0	86,6	88,9	92,7	90,5
Öff. Dienst und private Dienstleistungen	8,4	6,7	9,3	6,7	4,2	6,0
Häusliche Dienste	3,9	4,3	4,1	4,4	3,1	3,5
Erwerbspersonen bzw. Erwerbstätige bzw. Erwerbslose zusammen	100	100	100	100	100	100

(a) Erwerbspersonen (= Erwerbstätige + Erwerbslose)

(b) insg. = insgesamt

- (44) Ergänzend hier noch einige statistische Daten, welche aufzeigen, daß das Gros des landwirtschaftlichen Personals sich vorwiegend auf die größeren agrarischen Betriebe aufteilte. Familienfremde Arbeitskräfte in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1933 (Stat. Jahrbuch 1932, S. 64) im Deutschen Reich:

Größenklassen nach der Betriebsfläche		Familienfremde Arbeitskräfte	
		Gesamtzahl der vollbeschäftigten über 14 Jahre alten familienfremden Arbeitskräfte	Gesamtzahl der nichtständig beschäftigten über 14 Jahre alten familienfremden Arbeitskräfte
0,51 bis	2 ha	55 638	32 961
"	5 ha	87 946	58 548
5 "	10 "	148 465	88 433
10 "	20 "	298 432	142 588
20 "	50 "	495 357	170 853
50 "	100 "	345 092	80 818
100 "	200 "	172 340	48 380
200 ha u. darüber		547 471	135 768

- (45) Anmerkung: Die wohl scharfsinnigste Einführung in das dialektische Spannungsverhältnis zwischen der egalitär-plebiszitären und der repräsentativen Komponente im modernen demokratischen System findet sich bei:
G. Leibholz. Der Strukturwandel der modernen Demokratie, in: G. Leibholz. Strukturprobleme der modernen Demokratie. 3. Auflage. Karlsruhe 1967, S. 78 ff.
Siehe außerdem noch: E. Fraenkel. Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat, in: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, 219/220. Tübingen 1958.
- (46) Ein indirekter Bezug wurde allerdings dadurch hergestellt, daß die agrarpolitischen Maßnahmen der Regierung Brüning de facto eine Stützung insbesondere der großagrarischen Betriebe (freilich auf Kosten der nicht-agrarischen Wirtschaftszweigen) brachten, in denen das Gros der familienfremden Arbeitskräfte des Agrarsektors tätig war, und damit natürlich auch einem Abbau der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer entgegenwirkten.
- (47) Landwirtschaftliche Betriebe im Deutschen Reich, differenziert nach Betriebsgrößenklassen (nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1933: Quelle: Stat. Jahrbuch 1934, S. 60).

Von 100 Betrieben insgesamt entfielen auf die Größenklassen von

0,51 -	2 ha	27,4 v.H.
2 -	5 "	25,8 v.H.
5 -	20 "	35,1 v.H.
20 -	100 "	10,6 v.H.
100 ha und mehr		1,1 v.H.

- (48) Stat. Jahrbuch 1934, S. 60
- (49) Agrarische Betriebsflächen im Deutschen Reich, differenziert nach Betriebsgrößenklassen (nach der landwirtschaftlichen Berufszählung von 1933, Quelle: Stat. Jahrbuch 1934, S. 60).

(Zahlenangaben auf der nächsten Seite)

Von 100 ha der gesamten Betriebsfläche entfielen auf die Größenklassen von

0,51	-	2 ha	2,3 v.H.
2	-	5 "	6,2 v.H.
5	-	20 ha	25,7 v.H.
20	-	100 "	27,9 v.H.
100 ha	-	und mehr	37,9 v.H.

- (50) Siehe die differenzierte Statistik in: Stat. Jahrbuch 1934, S. 60; vgl. ferner § 2, Anmerkung 9.
- (51) In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß angesichts der schweren ökonomischen Depression die kleinsten, kleineren und mittleren Landwirte keine Chance besaßen, etwa als relativ hochbezahlte Arbeitskräfte von einer wachsenden Wirtschaft aufgesogen zu werden.
- (52) Die Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft nach ihrer sozialen Stellung 1933 (Berufszählung vom 16. Juni 1933; Quelle: Stat. Jahrbuch 1934, S. 20).

a.) Erwerbspersonen insgesamt:

	Zahl in 1000	v.H. des Reiches
Landwirtschaft, Gärtnerei, Tier- zucht	9175	28,4
Forstwirtschaft, Fischerei	168	0,5
Landwirtschaft, Gärtnerei, Tier- zucht, Forst- wirtschaft Fischerei	9343	28,9

b.) Von den Erwerbspersonen insgesamt waren:

	Selbst- stän- dige	Mittel- fende Famili- enangehö- rige	Beamte	Ange- stell- te	Arbeiter
	in 1000				
Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht	2170	4514	2	83	2406
Forstwirtschaft, Fischerei	12	3	14	15	124
Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft, Fischerei	2182	4517	16	98	2530

Bemerkung: Der Verfasser wählte hier bei seinen sozioökonomischen Daten zum Agrarsektor den Zeitpunkt des Jahres 1933, weil in diesem Jahre umfangreiche statistische Erhebungen über den Agrarsektor durchgeführt wurden und weil die letzten umfangreichen einschlägigen Erhebungen schon in den Jahren 1925 bzw. 1927 durchgeführt wurden. Das Datenmaterial aus dem Jahre 1933 aber gibt selbstverständlich einen weit genaueren Aufschluß über sozioökonomische Verhältnisse im Agrarsektor während der großen Depression als die statistischen Unterlagen aus den Jahren 1925 bzw. 1927.

83: Zusammenfassender Überblick über die wesentlichsten Gesetze
und Verordnungen zur Agrarpolitik in der Ära Brüning.

- (1) Reichsgesetzblatt 1930, Teil I (abgekürzt Rgbl. 1930,I),
S. 131 ff.
- (2) Rgbl. 1930.I, S. 144
- (3) Ebenda, S. 153
- (4) Ebenda, S. 175
- (5) Ebenda, S. 186
- (6) Ebenda, S. 311 ff; hier: S. 316 ff.
- (6a) ebenda, S. 433 f
- (6b) Ebenda, S. 449 f
- (6c) Ebenda, S. 457 f
- (6d) Ebenda, S. 458
- (7) Ebenda, S. 355
- (8) Ebenda, S. 421 ff
- (9) Ebenda, S. 445
- (10) Ebenda, S. 480
- (11) Ebenda, S. 600 ff
- (12) Ebenda, S. 606
- (13) Rgbl. 1931, I. S. 17
- (14) Ebenda , S. 62
- (15) Ebenda, S. 101 f
- (16) Ebenda, S. 117 ff
- (17) Ebenda, S. 122 ff
- (18) Ebenda, S. 124
- (19)Ebenda, S. 128
- (20) Ebenda, S. 279 ff; hier: S. 311
- (21) Ebenda, S. 336 ff
- (22) Ebenda, S. 343 f
- (23) Ebenda, S. 427
- (24) Ebenda, S. 447
- (25) Ebenda, S. 448
- (26) Ebenda, S. 561
- (27) Ebenda, S. 658
- (28) Ebenda, S. 665

- (29) Ebenda, S. 675 ff
- (30) Ebenda, S. 691 ff
- (31) Ebenda, S. 699 ff; hier: S. 710 ff
- (32) Ebenda, S. 751 f
- (33) Rgbl. 1932, I, S. 59 f
- (34) Ebenda, S. 121 ff
- (35) Ebenda, S. 170 ff
- (36) Ebenda, S. 143 ff
- (37) Ebenda, S. 187 f
- (38) Ebenda, S. 252
- (39) Wenn wir im Text nun von 42 Gesetzen und Verordnungen sprechen, während wir eben vorher noch **38** Gesetze und Verordnungen in der Nummerierung angeführt hatten, so liegt hier keine Unachtsamkeit des Verfassers vor; dieser hat jetzt lediglich die unter Nr. 6 mit angeführten Ausführungsverordnungen(6a - 6d) noch mitgezählt.
- (40) Poetzsch-Heffter, a.a.O., S. 184

§4: Agrarpolitische Maßnahmen zur Beeinflussung des ausländischen Angebots (insbesondere zollpolitische Maßnahmen) und zur Einwirkung auf die inländische Nachfrage.

- (1) Siehe außer der in Anmerkung (1) von § 2 Abschnitt 1 genannten Literatur, die wertvolle Hinweise zu dieser Problemstellung enthält, ergänzend und vertiefend noch folgende Abhandlungen, die dem Verfasser bei der Urteilsfindung besonders hilfreich waren:
- Weber-Meinhold: Agrarpolitik a.a.O. S. 339 ff, S. 354 ff, S. 389 ff. Hier eine knappe, konzentrierte, doch sachlich hervorragende Darstellung wesentlicher agrarpolitischer Maßnahmen der Regierung Brüning.
- F. Baade, Die Technik der neuen Roggenpolitik, in: Volkswirt, 5.12.1930, S. 307 ff.
- F. Baade. Deutsche Roggenpolitik, in: Volkswirt, 7.11. 1930, S. 171 ff.
- F. Baade, Roggenpolitik und bäuerliche Veredelungswirtschaft, in: Volkswirt, 14.11.1930, S. 211 ff.
- F. Baade. Der Eosinroggen, in: Volkswirt, 21.11.1930, S. 244.
- F. Baade, Roggenstützung, in: Volkswirt, 28.11.1930, S. 273 ff.
- K. Bloch. Kritik der Roggenpolitik, in: Volkswirt, 12.12. 1930, S. 335 ff.
- G. Stolper. Agrarpolitik, in: Volkswirt, 27.2.1931, S. 699 ff.
- N. Jasny. Deutsche Roggenpolitik, in: Volkswirt, 10.4. 1931, S. 933 ff.
- N. Jasny. Deutsche Roggenpolitik, in: Volkswirt, 17.4. 1931, S. 969 ff.
- N. Jasny. Deutsche Roggenpolitik, in: Volkswirt, 24.4. 1931, S. 1003 ff.
- N. Jasny. Die Zukunft des Roggens, Vierteljahreshefte des Instituts für Konjunkturforschung, Berlin 1930, Sonderheft Nr. 20

C. Landauer. Neuer Agrarschutz, in: Volkswirt, 15.1. 1932, S. 516 ff.

P. Waller, Rohstoffbaisse, in: Volkswirt, 4.7. 1930, S. 443 ff.

L.R. Um den Gerstenzoll, in: Volkswirt, 4.7.1930, S. 1375 ff.

K. Brandt. Das Roggenproblem, in: Volkswirt, 26.9.1930, S. 1768 ff.

F. Hornung. Rationalisierung - Zollschutz. Ein Beitrag zum deutschen Agrarproblem. Heidelberg 1932

P. Waller. Rohstoffbaisse, in: Volkswirt, 25.12.1931 S. 443 ff.

H.W. Finckenstein. Die Getreidewirtschaft Preußens von 1800 bis 1930, in: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung. Berlin 1932. Sonderheft Nr. 35.

A. Walter und H. Engel. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Zölle seit 1902. Berlin 1931. (Veröffentlichungen des deutschen Landwirtschaftsrats. Heft 6)

E. Woermann. Die Veredelungswirtschaft. Betriebsformen und Rentabilitätsfragen der Nutztviehhaltung. Berlin 1933. Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dargestellt unter Verwertung und Ergänzung der Arbeiten des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. In Gemeinschaft mit O. Appel u.a. von Max Sering hg. Berlin 1932.

U. Teichmann. Die Politik der Agrarpreisstützung. Marktbeeinflussung als Teil des Agrarintentionismus in Deutschland. Köln 1955.

Abschnitt 1 und 2:

(2) Rgbl. 1925, I, S. 261 ff.

(3) Rgbl. 1929, I, S. 227 ff.

(4) Siehe: Gesetz über Zolländerungen bei Weizen und Hafer vom 26.3.1930 (Rgbl. 1930, I, S. 87).

Gesetz über Zolländerungen bei Malz, Kartoffeln, Mehl und Kleie, 26.3.1930 (Rgbl. S. 88 f).

Gesetz über Zolländerungen bei Zucker, 26.3.1930 (Rgbl. S. 88).

Verordnung über Änderung der Zollsätze für Weizen, Spelz, Gerste und Hafer, 26.3.1930, (Rgbl. S. 89 f).

(5) Maisgesetz, 26.3.1930. (Rgbl. S. 88 f).

(5a) Zu Einzelheiten einer derartigen sozialistischen Strategie siehe vor allem die 1928 von F. Naphtali im Auftrag des ADGB herausgegebene Schrift zur Wirtschaftsdemokratie (F. Naphtali. Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel (1928). Neudruck 1966. 2. unveränderte Auflage. Frankfurt/Main 1968).

(6) Bei agrarpolitischen Gesetzen und Verordnungen, welche bereits bei der Zusammenstellung der wesentlichen agrarpolitischen Maßnahmen angeführt und mit Quellenhinweisen (siehe § 3) versehen wurden, werden im folgenden keine Quellenhinweise mehr gegeben.

(7) Rgbl. 1928, I, S. 133.

(8) Rgbl. 1900, I, S. 547.

(9) " Gesetz über eine Vereinbarung mit Finnland wegen Änderung des vorläufigen Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland vom 26.6.1926 und das Zusatzabkommen dazu vom 25.November 1929, 25.10.1930 (Rgbl. II, S. 1226 ff). Ratifizierung der Vereinbarung am 17.11.1930 (Rgbl. 1930, II, S. 1272).

(10) Gesetz über die Vermahlung von Inlandweizen, 4.7.1929, Rgbl. 1929, I, S. 129.

Abschnitt 3:

Das System der Einfuhrscheine und seine Problematik.

(1) Quellen: Einschlägige Gesetze und Verordnungen in den Reichsgesetzblättern.

Sekundärliteratur: L. Vollmar. Wandlungen und Bedeutung der Getreideeinfuhrscheinpolitik. Frankfurt 1934; Weber-Meinhold, S. 404 f.

A. Schindler. Der Getreideabsatz in Deutschland und die Bestrebungen zu seiner Vervollkommnung, in: Sering, a. a.O., S. 424 ff, bes.: S. 428 f und S. 436 ff.

Die Zollgesetzgebung nebst ihren Hilfsmaßnahmen und ihre Wirkung auf die Preise. Abschnitt A: Die Zollgesetzgebung. Zusammengestellt von F. Schlömer, in: Sering, a.a.O., S. 829 ff; über Einfuhrscheine, bes.: S. 832 ff.

- (2) Siehe auch Weter-Meinhold, S. 404 f. Allerdings erkennen die Autoren offensichtlich nicht, daß das System der Einfuhrscheine von Anfang an u.a. auch eine Maßnahme im ganz spezifischen Interesse der ostelbischen Großgrundbesitzer war.

Zum Getreideeinfuhrscheinsystem siehe auch: Teichmann, Politik der Agrarpreisstützung, S. 193 ff.

- (3) Weber-Meinhold, S. 404.

- (4) Vergl.: Schindler, in: Sering, S. 428.

- (5) Rgtl. 1925, I, S. 331.

- (6) Rgtl. 1928, I, S. 133.

- (7) Siehe: Schlömer, in: Sering, S. 837, S. 844.

Die Erteilung von Einfuhrscheinen wurde für folgende Agrarprodukte eingestellt:

a.) Am 4.6.1930 für Hafer,

b.) am 5.7.1930 für Roggen,

c.) seit dem 3.10.1930 für Weizen, Spelz, Gerste, Buchweizen, Bohnen, Erbsen, Linsen, Lupinen, Wicken, Rind- und Schafffleisch;

d.) seit dem 27.11.1930 für lebende Rinder und Schafe sowie für Rind- und Schafffleisch in luftdicht verschlossenen Behältnissen;

e.) seit dem 5.6.1930 für Weizenmehl,

f.) seit dem 3.10. 1930 für Roggenfabrikate,

g.) seit dem 5.11. 1930 für alle anderen Müllereierzeugnisse.

- (8) Vergleiche: Schlömer, S. 436 ff.

- (9) Schlömer, S. 437.

Abschnitt 4:

Graphisch-statistische Analyse der Auswirkungen der agrarprotektionistischen Maßnahmen auf die Agrarpreisentwicklung in Deutschland, die agrarischen Importe und Exporte sowie die Konsumnachfrage nach Agrarprodukten in Deutschland.

- (1) Beide Skizzen aus: N. Jasny. Deutsche Roggenpolitik, Volkswirt 17.4.1931, hier: S. 969 bzw. S. 970.
- (2) Skizze aus: N. Jasny. Deutsche Roggenpolitik, Volkswirt 24.4.1931, hier: S. 1005.
- (3) Hier sind natürlich die jeweiligen Reichsgesetzblätter die Quelle.
- (4) Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung 1932/33 Teil B, Heft 1 S. 6
- (5) Angaben über die Roggenpreise nach: Statistisches Jahrbuch 1929, S. 242; 1930, S. 282, 1931, S. 267; 1932, S. 261.

Wir beschränken uns auf Preisangaben über den Roggenpreis in Berlin (ab märkischer Station) stellvertretend für die Preissituation der ostelbischen Gebiete und auf Preisangaben über die jeweiligen Reichsdurchschnitte. Selbstverständlich hat der Verfasser, ehe er sich entschloß, nur die Preise in Berlin stellvertretend für die Preise im Osten zu nehmen, den statistisch-repräsentativen Charakter jener Preise in Berlin an hand einer Durchsicht der einschlägigen Statistiken überprüft.

- (6) Zu den Angaben über die Weizenpreise siehe die in Anmerkung (5) angegebenen Quellen.
- (7) Als Grundlage für die Erörterungen siehe die folgenden Tabellen, die der Verfasser zusammengestellt hat nach den Tabellen in: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung 1932/33. Teil B, Heft 2, S. 77 und Heft 4, S. 223.

a: Ernte­flä­chen und Ernte­er­träge in Deutsch­land 1930 - 32.

Getreideart	Ernte­flä­chen (1000 ha)			Ernte (Millionen t)		
	1930	1931	1932	1930	1931	1932
Weizen	1900	2281	2394	3,9	4,4	5,2
Roggen	4711	4366	4450	7,7	6,7	8,4
Brotgetreide insgesamt:	6611	6647	6844	11,6	11,1	13,6

b: Ernte­er­träge von 1913 und 1925 - 1932 (in Millionen t)

Getreideart	1913	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Weizen	4,5	3,4	2,7	3,4	4,0	3,5	3,9	4,4	5,2
Roggen	10,1	8,1	6,4	6,8	8,5	8,2	7,7	6,7	8,4
Brotgetreide insgesamt:	14,6	11,5	9,1	10,2	12,5	11,7	11,6	11,1	13,6

Weizenpreis im Reichsdurchschnitt im Dezember 1932: 192,4
(für 1000 kg in RM)

Roggenpreis im Reichsdurchschnitt im Dezember 1932: 154,4
(für 1000 kg in RM)

(nach: Statistisches Jahrbuch 1933, S. 259).

(8) Berechnung nach der Tabelle in Anmerkung (7).

(9) Zu den Angaben für die Hafer- und Roggenpreise siehe:
Statistisches Jahrbuch 1929, S. 242 f; 1930, S. 282 f;
1931, S. 267 f; 1932, S. 261 f.

(10) Die folgende Tabelle ist zusammengestellt nach: Viertel-
jahreshefte zur Konjunkturforschung 1932/33, Teil B,
Heft 2, S. 77 sowie Teil B, Heft 4, S. 223.

a: Ernte­flä­chen und Ernte­er­träge in Deutsch­land von
1930 - 1932

Getreideart	Ernte­flä­chen (1000 ha)			Ernte (Millionen t)		
	1930	1931	1932	1930	1931	1932
Hafer	3440	3363	3284	5,66	6,2	6,7
Gerste	1519	1619	1586	2,86	3,02	3,2

b: Ernteerträge 1927 - 29 (in Millionen t)

Getreideart	1927	1928	1929
Hafer	6,3	7,0	7,4
Gerste	2,7	3,3	3,2

- (11) Die folgende Tabelle stammt aus: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, 1932/33, Teil B, Heft 2, S. 77
Deutschlands Einfuhr - (-) bzw. Ausfuhr (+) - Überschuß an Getreide- und Futtermitteln.

Wirtschafts- jahr August/Juli	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Mais	Getreide- und Futter- mittel (einschl. Kleie, Reis- abfälle usw.) insgesamt:
1928/29	-2117	+405	-1615	+231	-790	-
1929/30	-1297	+434	-2208	+663	-839	-
1930/31	- 849	+ 53	- 809	- 36	-423	-
1931/32	- 640	-443	- 724	- 9	-771	-
in Millionen RM						
1928/29	- 453	+ 77	- 293	+ 48	-140	- 843
1929/30	- 277	+ 56	- 341	+ 82	-128	- 666
1930/31	- 133	+ 3	- 77	- 3	- 51	- 287
1931/32	- 86	- 44	- 61	- 1	- 63	- 267

- (12) Siehe dazu als Quellen: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung 1931/32 Teil B, Heft 1, S. 8ff und Teil B, Heft 4, S. 9 ff.

Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung 1932/33, Teil B Heft 1, S. 9 ff und Teil B, Heft 4, S. 224 ff;
sowie: Statistisches Jahrbuch 1932, S. 262 f und
Wirtschaft und Statistik, 15.9.1933, S. 578 f: Preisver-
lauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Siehe hier ferner die ausführliche zusammenfassende Stati-
stik des Verfassers über die Preisentwicklung der Agrar-
produkte während der Weltwirtschaftskrise in Anmerkung
(1) der kritischen Zusammenfassung im Paragraph 7. Es
empfiehlt sich, diese Statistik bereits an dieser Stelle
der Abhandlung einzusehen.

Siehe hier, da sonst bei der Entwicklung der agrarischen Preise immer die Großhandelspreise angegeben werden, ergänzend auch einmal die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktpreise, so wie sie der Endverbraucher erlebte. Als Quelle nahm der Verfasser : Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung 1932/33, A, Heft 4, S. 213.

Entwicklung der Verbraucherpreise bei
Preisveränderung von 1928 auf 1932 in v. H.

Schweinefleisch	- 32,4	Butter	- 35,5
Brot	- 18,9	Kartoffeln	- 35,2
Gemüse	- 45,7	Eier	- 34,4
Milch	- 23,3		

- (13) Die Skizze wurde entnommen aus: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung 1932/33, B, Heft 2, S. 79.
- (14) So waren beispielsweise Ende 1931 die Preise in v.H. der Preise von 1928 abgesunken bei Schweinen auf 49 v.H., Ferkel auf 36 v.H., Kühe auf 58 v.H., Ochsen auf 61 v.H., Schafe auf 56 v.H., Kälber auf 55 v.H., Butter auf 53 v.H. und Trink Eier auf 66 v.H. (Vierteljahreshefte 1931/32, B, 4, S. 9)
- (15) Aus: Vierteljahreshefte 32/33, B, 4, S. 224: Viehbestand in Millionen Stück

1. Dez.	Rindvieh		Schweine		Hühner	
	insgesamt	davon Kühe	insgesamt	davon unter 1/2 Jahr	insgesamt	davon Hennen
1929	18,0	10,4	19,9	13,1	83,3	66,5
1930	18,5	10,4	23,4	15,5	88,1	69,9
1931	19,1	10,6	23,8	15,6	84,2	68,0
1932	19,1	10,8	22,8	14,7	64,1	68,3

- (16) Siehe dazu: Vierteljahreshefte 32/33, A, 4, S. 200 f Abhängigkeit der Landwirtschaft von der industriellen Konjunktur.
- (17) Der Einfuhrüberschuß an Nahrungsmitteln und Futtermitteln ist von 1927 bis 1932 insgesamt um 64 % zurückgegangen; der Import von auch im Inland erzeugbaren Produkten um 71 v.H. und die Einfuhr von nicht im Inland erzeugbaren Waren um 45 % (nach Vierteljahreshefte 32/33, S. 201).

- (18) Zur Entwicklung der Ersparnisse der privaten Haushalte siehe: D. Keese. Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925 - 1936, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des deutschen Reiches 1929/33. Hg. W. Conze und H. Raupach. Stuttgart 1967, S. 49: Konto 4. Einkommenskonto der Haushalte (Posten 4,3).
- (19) Die folgenden Statistiken aus: Vierteljahreshefte 1932/33, B, 3, S. 151 f und 1934, B, 1, S. 11 f.

a: Einfuhr von Butter

Vj = Vierteljahr

Zeit	1928		1929		1930	
	1000 dz	Mill. RM	1000 dz	Mill. RM	1000 dz	Mill. RM
1. Vj.	301,7	103,3	322,2	119,3	280,1	91,9
2. Vj.	273,5	93,1	294,7	95,6	309,1	82,4
3. Vj.	352,3	117,2	381,9	124,9	394,1	110,8
4. Vj.	338,0	121,8	346,7	121,6	348,2	91,9
Jahr	1265,5	435,4	1345,5	461,4	1331,5	377,0
=====						
Zeit	1931		1932			
	1000 dz	Mill. RM	1000 dz	Mill. RM		
1. Vj.	224,3	57,8	205,1	35,4		
2. Vj.	241,1	54,2	149,0	23,7		
3. Vj.	259,8	55,5	161,5	22,4		
4. Vj.	277,1	52,3	181,0	25,5		
Jahr	1002,3	219,8	696,6	107,0		

b: Einfuhr von Eiern

(Vj. = Vierteljahr)

Zeit	1928		1929		1930	
	Mill. Stück	Mill. RM	Mill. Stück	Mill. RM	Mill. Stück	Mill. RM
1. Vj.	619,6	71,6	530,2	61,6	570,2	52,9
2. Vj.	931,0	76,9	941,1	85,1	934,6	70,5
3. Vj.	761,7	76,7	721,4	72,7	654,7	54,2
4. Vj.	635,5	69,1	560,3	60,6	479,4	50,3
Jahr	2947,8	294,3	2753,0	280,0	2638,9	227,9

Zeit	1931		1932	
	Mill. Stück	Mill. RM	Mill. Stück	Mill. RM
1. Vj.	489,8	42,5	497,7	30,8
2. Vj.	799,0	52,6	761,8	34,6
3. Vj.	513,8	34,0	584,5	29,1
4. Vj.	524,4	40,5	519,4	33,5
Jahr	2327,0	169,6	2363,4	128,0

c: Auslandsabhängigkeit in der Milchversorgung

	1928		1931	
	Mrd. l.	v.H.	Mrd. l.	v.H.
Inlandsprodukte von Milch	21,03	83	22,93	87
Einfuhrüberschuß von Butter usw. (umgerechnet in Milch)	4,32	17	3,44	13
Verbrauch insgesamt:	25,35	100	26,37	100

d: Die folgenden Daten sind vom Verfasser errechnet nach:

Statistisches Jahrbuch 1932, S. 172 ff und 1933, S. 186 f und 1931, S. 174.

Ein(-) bzw. Ausfuhr-(+) Überschüsse in Mill. RM

Ware	Jahr				
	1928	1929	1930	1931	1932
Pferde	- 10,7	- 5,0	- 0,5	- 0,1	- 3,6
Rindvieh	- 87,9	- 87,3	- 45,4	- 8,7	- 10,3
Schweine	- 2,2	- 12,9	+ 16,5	+ 15,1	+ 3,3
Sonstige lebende Tiere	- 25,6	- 22,3	- 20,3	- 14,5	- 8,3
Hart- und Weichkäse	- 100,8	- 103,5	- 85,8	- 58,3	- 40,0
Eier	- 292,5	- 279,8	- 227,8	- 169,4	- 127,9
Butter	- 435,0	- 460,9	- 376,2	- 219,5	- 106,3

- (20) Siehe ergänzend zu den bisherigen Statistiken noch eine zusammenfassende Statistik der prozentualen Veränderung der Mengenproduktion bei wichtigen landwirtschaftlichen Produktionen während der Jahre 1928 - 1932 (nach Wirtschaft und Statistik 29.4.1933, S. 227):

Erzeugung wichtiger landwirtschaftlicher Produkte 1928 und 1932	1928 Mill. t.	1932 Mill. t.	Veränderung 1928 - 1932
Weizen (einschl. Spelz)	4,0	5,2	+ 30,0
Roggen	8,5	8,4	- 1,2
Hafer	7,0	6,7	- 4,3
Gerste	3,3	3,2	- 3,0
Kartoffeln	41,3	47,0	+ 13,8
Rindfleisch	0,85	0,90	+ 5,9
Kalbfleisch	0,20	0,20	+ 0,0
Schweinefleisch	2,09	1,97	- 5,7
Fleisch insgesamt:	3,23	3,14	- 2,8

Abschnitt 5

Probleme und Interessenkonflikte von Getreidebau und Veredelungswirtschaft.

- (1) Siehe hierzu vor allem die Arbeiten Jasnys, insbesondere seine Abhandlung "Die Zukunft des Roggens" sowie Weber-Meinhold, S. 342 ff.
- (2) Weber-Meinhold, S. 342
- (3) Jasny. Die Zukunft des Roggens. S. 64
- (4) Die Zahlen wurden vom Verfasser nach der Tabelle bei Sering, a.a.O., S. 8 errechnet.
- (5) Siehe Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung 1930, Heft 4, S. 143.
- (6) Jasny, in: Volkswirt, 10.4.1931, S. 933.
- (7) Baade. Roggenpolitik, in: Volkswirt, 7.11.1930, hier: S. 172.
- (8) Vergleiche: Sering, S. 843 ff. .
- (9) Siehe A. Schindler. Der Getreideabsatz in Deutschland und die Bestrebungen zu seiner Vervollkommnung. Absatz I: Die Organisation des Absatzes, in: Sering, a.a.O. S. 424 ff.
- (10) Zu den periodischen Spitzen im saisonalen Getreideangebot siehe: Baade. Die Technik der neuen Roggenpolitik, a.a.O., S. 307 ff, hier: bes.: S. 307.
- (10a) Siehe Teichmann, S. 259 ff.
- (11) Zu dieser Roggenstützungsaktion siehe: Sering, S. 844.
- (12) Zur zweiten Roggenstützungsaktion siehe: Sering, S. 844 f.
- (13) Sering, S. 847.
- (14) Ebenda.
- (15) Baade, Der Eosinroggen, S. 246.
- (16) Sering, S. 845.
- (17) Baade, S. 275.
- (18) Sering, S. 846.
- (19) Brandt. Roggenproblem, S. 1771; vergleiche Baade, S. 275 f.
- (20) Sering, S. 846
- (21) Vergleiche Anmerkung (1) von § 4 Abschnitt 1.
Zum folgenden siehe außer den einschlägigen Statistiken vor allem die bereits genannten Arbeiten von Baade, Jasny und Bloch, sowie:

J. Hansen. Entwicklung und Leistung der deutschen Viehzucht, in: Sering, S. 442 ff.

F. Keiser. Futtergrundlagen der deutschen Viehhaltung und Möglichkeiten des Ersatzes von roh und veredelt eingeführtem Futtereiweiß, in: Sering S. 475 ff.

F. Mendelson, Bedeutung, Lage und Aussichten der deutschen Milchwirtschaft, in: Sering, S. 503 ff.

A. Vogel. Die Lage der Geflügelzucht und Haltung, in: Sering, S. 509 ff.

Sering, S. 870 ff. Der Agrarschutz.

H. Niehaus. Nordwesten und Osten in der deutschen Futterpolitik. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 68 Bd., Heft 5, 1933.

(22) Jasny, S. 969.

(23) Jasny, ebenda.

(24) Siehe Sering, S. 22 die Tabelle; siehe vor allem: Anmerkung 19 im Abschnitt 4 von § 4

(25) Vergleiche Sering S. 22 die Tabelle sowie Anmerkung (19), d: von § 4 Abschnitt 4.

(26) Exemplarisch sei hier nur auf die radikalen einseitigen Forderungen A. von Batocki-Bledaus (Roggenkrisis, in: Volkswirt, 4.4. 1930, S. 898 ff) hingewiesen.

(27) Vergleiche Niehaus, in: Grundlagen und Formen der deutschen Landwirtschaft. Hg. von Lang, v. Dietze u.a., S. 313.

(28) Ebenda, S. 332 sowie L.R., Volkswirt, 4.7.1930, hier: S. 1374 f.

(29) Dies betont besonders Niehaus in seinen beiden schon zitierten einschlägigen Schriften sowie L. R.

(30) Vergleiche Sering, S. 886. Sering gibt ganz offen zu, daß "durch Verteuerung der Produktionskosten den halb oder ganz industriellen Mästern (also den Mästern, die ihre Betriebe nach den Gesichtspunkten der ökonomischen Realität führten - Anmerkung von Walz) der Vorteil genommen werden sollte, den sie bisher vor den landwirtschaftlichen Produzenten hatten, die überwiegend auf eigene Futterbasis angewiesen waren." -

Seit Juni 1931 begann übrigens das Eosinroggen-Gerste-system allmählich durch den Absatz von Kartoffelflocken (hohe Kartoffelernten 1930 und 1931) in Verbindung mit einem Gerstenvorzugszoll ersetzt zu werden (Sering S. 886).

- (31) Sering S. 887; hier auch eine regional differenzierende Tabelle; ferner Niehaus, in: Grundlagen und Formen der deutschen Landwirtschaft, S. 328 ff.
- (32) Siehe E. Lang. Ostdeutschland, in: Grundlagen und Formen der deutschen Landwirtschaft, a.a.O., S. 9 ff, hier: S. 88 f; besonders die beiden Tabellen.
C. v. Dietze. Mitteldeutschland, in: Grundlagen und Formen, S. 109 ff; hier: S. 154 f, besonders Abbildung 10.
O. Barzlen, Süddeutschland, in: Grundlagen und Formen, S. 173 ff; hier: S. 208 die Tabelle.
F. Beckmann. Westdeutschland, in: Grundlagen und Formen, S. 232 ff, hier: S. 264.
- (33) Dies auch als Einwand gegen Jasny, der m.E. zu wenig die einsetzende Verlagerung der Schweinemast nach Ost-, Süd- und Mitteldeutschland berücksichtigt. Siehe dagegen auch Bloch (a.a.O., S. 337), der diese Verlagerung schon frühzeitig erkannt hat.
- (34) Jasny, in: Volkswirt, S. 970.
- (35) Rgbl. 1931, I, S. 101:
"Die Reichsregierung hat die ihr zur Verfügung stehenden Mittel in der Weise einzusetzen, daß
a.) das Mißverhältnis zwischen dem Index der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und den übrigen Indices beseitigt wird,
b.) insbesondere der Index der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in ein angemessenes Verhältnis zu dem Index der landwirtschaftlichen Produktionserfordernisse gebracht wird.

Steigt im Gegensatz zu dieser allgemeinen grundsätzlichen Preispolitik die vom Statistischen Reichsamt ermittelte Reichsindexziffer für Ernährung über 133 und bleibt

sie vier Monate über diesem Stande, so hat die Reichsregierung unverzüglich durch geeignete Maßnahmen einschließlich der Herabsetzung von Zollsätzen auf die Preisgestaltung so einzuwirken, daß die Indexziffer auf oder unter den Index 133 sinkt."

(36) Siehe hier: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung 1932/33, Teil B, 3, S. 151 f, die Statistik über die Eierimporte (vergleiche die ausführlichen Statistiken in Anmerkung (19) von § 4, Abschnitt 4).

(37) Niehaus, in: Grundlagen und Formen, S. 327 f.

(38) Siehe: Sering, S. 890.

(39) Vergleiche A. Vogel. Lage der Geflügelzucht- und haltung, in: Sering, hier: S. 512; insbesondere die Tabelle über die Verteilung des Geflügelstandes auf die landwirtschaftlichen Betriebsgrößen.

(40) O. Bazlen, hier in: Grundlagen und Formen, S. 216.

(41) Siehe: Jasny, in: Volkswirt, 17.4.1931, S. 971.

Baade, in: Volkswirt, 14.11.1930, S. 212/13.

(42) Die deutsche Veredelungswirtschaft hätte vor allem aus 2 Gründen (immer vorausgesetzt, sie hätte auf dem Binnenmarkt eine echte Preiskonkurrenz gegenüber der ausländischen Veredelungswirtschaft bestehen können) die Möglichkeit zur Expansion besessen.

a: Einmal weil ein beträchtlicher Teil des deutschen Konsums an Produkten aus der Veredelungswirtschaft bisher noch vom Ausland befriedigt werden mußte. (Mehreinfuhr in tierischen Erzeugnissen (in Millionen RM) nach Deutschland:

1928, 1220 Mill. RM; 1929, 1185 Mill. RM; 1930, 929 Mill. RM und 1931 immer noch 567 Millionen RM; Zahlen nach Vierteljahreshefte 32/33, B, 1, S. 9),

b: weil der Pro-Kopf-Verbrauch an Produkten der Veredelungswirtschaft in Deutschland trotz der Krise bis 1931 überhaupt nicht und 1932 nur geringfügig abnahm.

b1: Statistik zum Fleischverbrauch nach: Berichte der Reichskreditgesellschaft, Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1933, S. 26.

Der Fleischverbrauch

Je Kopf der fleischverbrauchenden Bevölkerung (Jahresdurchschnitt 1928 = 100)

(Nach Ausschaltung der Saisonbewegung)

Zeit	1928	1929	1930	1931	1932
1. Vierteljahr	99,6	97,5	92,8	96,1	95,7
2. Vierteljahr	99,8	97,1	96,2	94,2	94,2
3. Vierteljahr	100,4	99,8	98,5	96,2	87,9
4. Vierteljahr	100,2	96,9	94,5	98,0	91,7
Jahresverbrauch:	100,0	97,8	95,5	96,1	92,4

Bemerkenswert ist hier vor allem, daß noch 1931 ein leichter Anstieg des Fleischverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung festzustellen war, obwohl bereits zu diesem Zeitpunkt die Einkommen der Konsumenten stark gesunken waren. Insbesondere hat hier die Preissenkung bei Fleisch und der Übergang zu billigeren Fleischsorten den Verbraucher gestützt. Erst seit dem 2. Quartal 1932 wirkte sich der weitere Rückgang der Einkommen der Konsumenten dann so stark aus, daß er die Preissenkungen bei Fleisch überlappte und zu einem, wenn auch durchaus nicht sehr starken Sinken des Fleischverbrauchs führte.

b.2: Frischmilchabsatz.

(in % des Absatzes der gleichen Vorjahreszeit)

1932	Januar	90,4	Quelle: Berichte der Reichskreditgesellschaft. Deutschlands wirtschaftliche Lage im ersten Halbjahr 1933, S. 26.
	Februar	91,6	
	März	91,0	
	April	91,6	
	Mai	85,6	
	Juni	84,4	
	Juli	92,2	
	August	95,8	
	September	95,3	
	Oktober	91,4	
	November	91,0	
	Dezember	90,0	

Auch hier hielt sich der Rückgang im Milchkonsum also durchaus in Grenzen.

b.3: Nach den Untersuchungen in den Vierteljahresheften zur Konjunkturforschung (1932/33, B, 4, S. 226 f) ergaben sich in den Jahren 1930 - 32 auch keinerlei signifikante Veränderungen im Konsum an Eiern, Butter und anderen Fettsorten.

(42a) Auf dem Gebiet der Schweinemast schien eine stärkere Ausdehnung des Angebotes in der damaligen Situation nicht angemessen, da hier bereits seit 1930 (siehe § 4 Abn. 4 Anmerkung (19), d) ein Ausfuhrüberschuß bestand, der, zieht man die verstärkte Auflösung der internationalen Handelsverflechtungen seit 1931 und die verstärkte Konkurrenz durch die Veredelungswirtschaft anderer Länder in Betracht, kaum noch ausgedehnt, ja eher wieder leicht rückläufig werden konnte, wie die Statistiken zum Jahre 1932 zeigen (§ 4 Abschnitt 4 Anmerkung (19) d:). Wenn hier nun betont wurde, daß eine Angebotssteigerung im Schweinemastsektor inopportun schien, so heißt dies aber durchaus nicht, daß damit die vom Verfasser dargelegten kritischen Ausführungen über die negativen Einwirkungen der getreideprotektionistischen Maßnahmen auf den Schweinemastsektor (insbesondere den von Nordwestdeutschland) zurückgenommen würden. Vielmehr wird dadurch das Argument, daß diese getreideprotektionistischen Maßnahmen infolge ihrer Auswirkungen auf die Kosten-Preis-Relation in der Schweinemast, bzw. auf deren regionale Verbreitung negativ den Schweine-sektor beeinflussten, in keiner Weise in seiner Stringenz beeinträchtigt. Schließlich bestand das Hauptproblem für die deutsche Schweineproduktion nicht in einer Produktionsausweitung, sondern bei relativer Konstanthaltung des output in der Anwendung möglichst rationaler kostensparender Produktionsmethoden, die es ermöglichen sollten, bei hinreichenden Erlösen das Produkt

dennoch bei kaufkraftschwachen Konsumenten absetzen zu können, bzw. den Marktanteil gegen die ausländische Konkurrenz zu halten sowie in Deutschland die Produktion auf die Erfordernisse der langfristigen Strukturentwicklungen in der Landwirtschaft abzustellen. Diese 3 Ziele und hier wieder insbesondere das letztgenannte Ziel, wurden durch die Auswirkungen der getreideprotektionistischen Maßnahmen unzureichend erfüllt.

- (43) Siehe die folgende differenzierende Statistik aus:
 Vierteljahreshefte 1932/33, B, 4, S. 224:

	Wirtschaftsjahre Juni/Juli					
	1929/30	30/31	31/32	1929/30	30/31	31/32
	Mrd. RM			v.H.		
Vieh (1)	4,1	3,5	2,6	42	39	36
tierische Erzeugnisse (2)	2,2	2,0	1,7	23	23	23
Vieh und tierische Erzeugnisse	6,3	5,5	4,3	65	62	59
Feldfrüchte (3)	2,4	3,4	3,0	35	38	41
insgesamt:	9,7	8,9	7,3	100	100	100

(1) = Schweine, Rinder, Kälber, Schafe, Geflügel

(2) = Milch, Eier, Wolle, Honig

(3) = Getreide, Kartoffeln, Obst, Gemüse, Ölfrüchte, Hopfen, Hülsenfrüchte, Zichorie.

Abschnitt 6

Staatliche Maßnahmen zur Verbesserung der Marktorganisation

- (1) Siehe dagegen: Weber-Meinhold, S. 410 f, die auf diese Maßnahmen aufmerksam machen und sie einer kritischen Würdigung unterziehen.
- (2) Rgbl. 1930, I, S. 602 f.
- (3) Rgbl. 1930, I, S. 421 ff.
- (4) Die Reichsgesetzliche Verordnung über staatliche Maßnahmen zur Verbesserung der Marktorganisation entspricht im wesentlichen einem vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Schiele, im Verein mit den Spitzenorganisationen der Landwirtschaft ausgearbeiteten Gesetzentwurf für ein Handelsklassengesetz bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, der infolge der Auflösung des Reichstags im Sommer 1930 nicht mehr denselben passieren konnte.
- (5) Das Reichsmilchgesetz war sozusagen die letzte Tat des am 18.7.1930 aufgelösten Reichstages. An relevanter Sekundärliteratur zu diesem Gesetz siehe: G. Solmssen. Das Reichsmilchgesetz. Ein Wendepunkt der deutschen Agrarpolitik, in: Volkswirt, 5.9.1930, S. 1667 ff sowie: Teichmann, S. 560 ff.
J. Blum. Das Milchgesetz, in: Der Heimatdienst. Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst. X. Jg. 1930, S. 291 ff (2. Septemberheft).
- (6) Die entscheidenden Passagen des § 38 des Milchgesetzes vom 31.7.1930:

"Die obersten Landesbehörden können nach Anhörung der gesetzlichen Berufsvertretungen der beteiligten Wirtschaftskrise Erzeugerbetriebe sowie milchbearbeitende und - verarbeitende Betriebe zur Regelung der Verwertung und des Absatzes von Milch und Milcherzeugnissen zusammenschließen"

" Die obersten Landesbehörden können insbesondere Betriebe an bereits bestehende Zusammenschlüsse von Betrieben gleicher Art anschließen und hierbei die Rechte und Pflichten der Mitglieder auch abweichend von den vertraglichen Vereinbarungen regeln."

- (7) 1930 bestanden in Deutschland etwa 13 000 Molkereibetriebe mit jeweils sehr unterschiedlichen Betriebsgrößen. Zudem setzten Hunderttausende von landwirtschaftlichen Betrieben ihre Milch als Frischmilch direkt, ohne Zwischenschaltung einer Molkerei, an den Konsum ab. (Solmssen, a.a.O., S. 1669).
- (8) Solmssen, a.a.O. S. 1669: "Man kann mit Sicherheit annehmen, daß in Deutschland genau so wie in anderen Ländern die Verbraucherschaft bereit sein wird, für die Garantie, die sie hinsichtlich der Qualität des von ihr erworbenen Erzeugnisses erhält, entsprechende Preise zu bewilligen" .
- " Der Zwang zur generellen Einführung der Bezahlung der Ware nach Qualität wird, so darf man hoffen, eine Ankurbelung der gesamten deutschen Milchwirtschaft mit sich bringen. Der Landwirt wird auf dem Wege über das Portemonnaie zur Lieferung höchstmöglicher Qualitäten angespornt werden, und die Lieferung der guten Qualitäten als beste "Propaganda für die Erhöhung des Milchkonsums wirken."
- (9) Vierteljahreshefte 1932/33, Teil B, Heft 4, S. 226.
- (10) Ebenda, sowie: Wirtschaft und Statistik, 15.6.1933, S. 327; nach den Erhebungen in Wirtschaft und Statistik nahm die Milchablieferung 1932 gegenüber 1931 um 0,3 v. H. ab und der Absatz von Frischmilch sank 1932 gegenüber 1931 sogar um ca. 10 %, was ganz eindeutig gegen die erhoffte positive Auswirkung des Milchgesetzes spricht.
- (11) Siehe hierzu: Statistisches Jahrbuch 1932, S. 172 ff und 1933, S. 186 f.

1. Maßnahmen zur Entschuldung (Umschuldung).

- (1) Siehe ergänzend zu der **bereits im Paragraphen über die Agrarpolitik des Kabinetts Brüning** angegebenen Literatur noch:

W.M. v. Bissing. Der **Realkredit** der deutschen Landwirtschaft. Berlin und Leipzig 1930.

F. Beckmann. Landwirtschaftliche Kreditfragen, in: Strukturwandlungen der Volkswirtschaft. Hg. von B. Harms. Band 1. Berlin 1928.

Weber-Meinhold, a.a.O. S. 253 - 270.

F. Rathenau. Die Leidensgeschichte der deutschen Osthilfe, in: Volkswirt, 7.7.1931, S. 350 ff.

C.L. (wohl Carl Landauer). Die Endform der Osthilfe, in: Volkswirt, 3.4.1931, S. 895 ff.

W.M. v. Bissing. Die Reform des landwirtschaftlichen Kreditwesens und die Schuldentlastung, in: Sering, a. a.O., S. 359 ff.

W. Gerloff. Die Besteuerung der Landwirtschaft vor und nach dem Kriege, in: Sering, S. 156 ff.

Sering. Kapitel II: Die Lage der Landwirtschaft im Überblick, S. 38 ff.

Sering, S. 88 ff: Die Preisschere.

Sering, S. 102 ff: Der landwirtschaftliche Personal- und Realkredit und der Zinsfuß (Abdruck aus: Enquete-Ausschuß. Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Landwirtschaft Bd. 12. Berlin 1930).

Ferner als Quellen natürlich die einschlägigen Gesetze und Verordnungen in den Reichsgesetzblättern 1930 - 1932 (sie wurden in diesem Paragraphen vom Verfasser schon mit den anderen agrarpolitischen Verordnungen und Gesetzen zusammengestellt).

- (2) Siehe dazu: Weber-Meinhold, S. 247 - 253.

- (3) Der Begriff des Kapitals ist in der einschlägigen agrar-ökonomischen Literatur nicht eindeutig festgelegt. Der Verfasser versteht darunter, sowohl das Sach- und Realkapital (Saatgut, Pflanzen, Viehbestand, Gebäude,

Maschinen, Dünge- und Futtermittel usw.), als auch die auf Grund einer rechtlichen Wertordnung geschaffenen Wertträger (vor allem Geld).

(4) Siehe hierzu Weber-Meinhold, S. 254 f.

G. Schulz. Staatliche Stützungsmaßnahmen, a.a.O., hier: S. 147 ff.

W. Rothkegel. Die Entwicklung der Kauf- und Pachtpreise für Landgüter und Stückländereien, in: Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik. Hg. von F. Beckmann u.a.. Teil I: Die Lage der deutschen Landwirtschaft und die Gestaltung der agrarischen Einzelmaßnahmen. Berlin 1932, S. 406 ff.

(5) Weber-Meinhold, S. 29 f.

(6) Zahlenangabe nach G. Schulz, S. 148.

(7) Siehe hierzu: Weber-Meinhold, S. 30 f. und S. 34

(8) Diese starke Kapitalneubildung in der deutschen Landwirtschaft vollzog sich wesentlich stärker im bäuerlichen Westen als im Osten mit seinen Großgrundbesitzern, aber eine gut ausgebaute Kreditorganisation sorgte dafür, daß der Kapitalreichtum des Westens auch nach Osten floß (siehe Sering, S. 108).

(9) Beckmann. Landwirtschaftliche Kreditfragen, S. 158.

(10) Amtliche preußische Statistik der landwirtschaftlichen Verschuldung von 1902 (nach Weber-Meinhold, S. 255);

Von Hundert der Eigentümer waren:

In den Grundsteuer- reinertragsklassen von RM	Unverschuldet		Über 50 % verschuldet	
	östliche	westliche	östliche	westliche
	Provinzen		Provinzen	
60 - 90	14,4	65,2	24,8	6,5
90 - 150	9,6	57,8	25,3	7,1
150 - 300	5,9	46,8	26,6	8,2
300 - 750	4,2	33,9	30,7	9,2
750 - 1500	3,2	24,7	42,0	12,4
1500 - 3000	1,9	18,5	63,2	20,4
3000 und mehr	2,5	17,1	58,4	21,9
Durchschnitt:	7,8	46,0	29,1	8,9

- (11) Beckmann, landwirtschaftliche Kreditfragen, S. 159
 (12) Aus: Deutsche Rentenbankkreditanstalt. Die Kreditlage der deutschen Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1928/29. Berlin 1930, S. 32 f (vom Verfasser zusammengefaßt).

Verhältnis von Zinsendienst und Reinertrag in den Wirtschaftsjahren 1927/28 - 1928/29					
Prozentuale Verteilung der erfaßten Betriebe					
A) Nach Wirtschaftsgebieten					
Wirtschaftsgebiet	Zahl der Betriebe	Jahr	Von 100 untersuchten Betrieben hatten einen Zinsendienst		wiesen keinen Reinertrag auf
			v. 51-105 % des Reinertrages	v. über 105 % des Reinertrages	
Osten	1207	1927/28	11,6	22,0	46,3
(Ostpreußen, Schlesien, Mitteloosten)		1928/29	19,2	28,6	31,4
Westen und Süden	1983	1927/28	11,1	15,0	41,8
(Nordwesten, Mittel - deutschland Rheinland - Südwesten Bayern)		1928/29	15,3	17,0	32,3

- (13) Siehe die Tabelle bei Anmerkung 12.
 (14) Ebenda.
 (15) Siehe die Tabellen zum Verhältnis von Zinsendienst und Reinertrag 1927/28 - 1928/29 in der prozentualen Verteilung der erfaßten Betriebe nach Betriebsgrößen (Rentenbankkreditanstalt., a.a.O., S. 32f)
 (17) Sering, S. 49; Weber - Meinhold, S. 255
 (18) Nach Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung. 5. Jg., 1930/31 Teil A, Heft 4, S. 45.

(Tabelle auf der nächsten Seite)

Gliederung der Gesamtverschuldung der deutschen Landwirtschaft
Ende Dezember 1930

Erfaßbare Neuverschuldung (Kredite, welche von Banken, Kreditinstituten und Genossenschaften gewährt wurden)	7, 8 Milliarden RM
Aufwertungsschulden	1,6 " "
Belastungen aus Gutsübertragungen, Erb- geldern und dergleichen	1,3 " "
Kurzfristige Schwimmkredite bei Liefere- ranten und Händlern	0,9 " "

(19) Vom Verfasser gekürzte Tabelle aus: Sering, S. 50:

Entwicklung der erfaßbaren Verschuldung der Landwirtschaft vom
31.12.1924 bis 31.12.1927 in Millionen RM

	31.12.24.	31.12.25.	31.12.26	31.12.27
Realkredite	600	1011,3	2048,5	2814,4
Kredite mittlere Laufzeit	1400	25,8	101,8	304,4
Kurzfristige Kredite	-	2186,1	2127,0	2565,8
Insgesamt:	2000	3223,2	4277,3	5684,6

Entwicklung der erfaßbaren Verschuldung der Landwirtschaft vom
31.12.1928 bis 31.12.1930 in Millionen RM

	31.12.28	31.12.29	31.12.30
Realkredite	3623,3	4117,1	4373,0
Kredite mittlere Laufzeit	318,0	360,4	330,2
Kurzfristige Kredite	2889,8	2865,2	3088,1
Insgesamt:	6831,1	7342,7	7791,3

(19a) Nach Sering (a.a.O. S. 51 (er stützt sich auf die Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung)) beliefen sich 1913 die Zinsverpflichtungen auf etwa 750 Millionen RM, Ende 1930 dagegen auf 965 Mill. RM. Gegenüber einem

durchschnittlichen Zinssatz für die Gesamtverschuldung von 4 - 5 % in der Vorkriegszeit betrug seit 1927 der durchschnittliche Zinssatz für die Gesamtverschuldung (einschließlich der billigen Aufwertungsschulden) etwa 8 - 9 %.

- (20) Hinweis: Die Preisschere zwischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsgütern der Landwirtschaft (ein Vorgang, der sich vor allem in den modernen Industriestaaten immer wieder bemerkbar macht) verlief nach dem 1. Weltkrieg folgendermaßen: Die Geldeinnahmen der Landwirtschaft sanken wegen des scharfen Preissturzes für landwirtschaftliche Produkte weit stärker als der Betrag, welcher für den nötigen Aufwand an Konsumgütern und Produktionsmitteln ausgegeben werden mußte.
- (21) Nach Sering (S.50), der die Tabelle nach den "Berichten über Landwirtschaft" und den "Vierteljahresheften zur Konjunkturforschung" zusammengestellt hat:

Anteil der Kreditarten in % der erfaßbaren Verschuldung der Landwirtschaft vom 31.12.1924 bis 31.12.1930 (jeweils der Stand vom 31.12.)							
	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930
Kredite mittlerer Laufzeit	70	0,8	2,4	5,4	4,7	4,9	4,3
Kurzfristige Kredite	-	67,8	49,7	45,1	42,3	39,0	39,6
Realkredite	30	31,4	47,9	49,5	53,0	56,1	56,1
Insgesamt:	100	100	100	100	100	100	100

- (22) Etwas gekürzte Tabelle aus: Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt. Die Kreditlage der deutschen Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1929/30. Berlin 1931, S. 15

Verschuldung in % des Einheitswertes von 1928		
Betriebsgröße ha	Ostdeutschland	Westdeutschland
5 - 20	43	36
20 - 50	47	34
50 - 100	59	37
100 - 200	71	44
200 - 400	71	46
über 400	62	-

(Ostdeutschland = Ostpreußen, Schlesien und Mittelosten
Westdeutschland = Mitteldeutschland, Nordwesten, Rhein-
land, Südwesten, Bayern)

- (22a) Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 22,
1931, S. 37 und S. 111.
(22b) Beckmann, Landwirtschaftliche Kreditfragen, S. 161.
(23) Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung 1932/33, Teil A,
Heft 4: Die volkswirtschaftliche Konjunktur, Absatz III:
Die Landwirtschaft, S. 197 ff., hier: S. 201.

	In Milliarden RM jeweils Ende des Jahres					
	1926	1928	1929	1930	1931	1932
Altenverschuldung (= Aufwertungs- schulden)	2,4	2,95	1,87	1,60	1,50	1,45
Neuverschuldung (= erfaßbare Neu- verschuldung; Belastungen aus Gutsübertragun- gen, Erbgeldern usw. Kurzfristige Schwimmkredite bei Lieferanten und Händlern)	6,33	8,88	9,52	10,03	10,27	9,97

- (25) Siehe dazu vor allem noch: G. Schulz. Staatliche Stützungs-
maßnahmen, hier: S. 189 ff: Von der Ostpreußenhilfe zur
Osthilfe sowie S. 172 ff: Subsidiäre Interventionen im
wirtschaftlichen und im politischen Zusammenhang sowie:
K. von Zitzewitz-Kottow. Wirtschaftliche Betrachtungen zur
Osthilfe. Berlin 193,, besonders: S. 138 ff.
(26) Dieser Brief ist abgedruckt bei: Graf Henning von Borcke-
Stargardt. Der ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt,

Krise und Politik (Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. III) Würzburg 1957, S. 36 ff.

(27) Schulz, S. 187.

(28) Schulz, a.a.O. S. 188.

(29) Siehe Schulz, S. 193 f, der, gestützt auf sichere Quellen, umfangreiche statistische Angaben liefert.

(30) Zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen siehe: Ursachen und Folgen, 6, S. 726 f (Dok. Nr. 1640 a) sowie Rgbl. 1930, II, S. 549 f.

Zum Abschluß des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens siehe: Das deutsch-polnische Handelsabkommen, in: Volkswirt, 17.4.1930, S. 977 (ohne Verfasser) sowie : Die Bedeutung des deutsch-polnischen Handelsabkommens, in: Volkswirt, 25.4.1930, S. 1009 ff (ohne Verfasser).

(31) Als ein Dokument von vielen sei hier ein Brief des Albrecht von Thaer, Oberst a.D., an General von Schleicher vom 13.3.1930 genannt (abgedruckt bei H. Muth. Quellen zu Brüning, in: GWU, 1963, S. 221 ff, hier: S. 224 f), der wegen seiner hohen Aussagekraft über die Verbindung von nationalen Vorstellungen mit agrarischem Eigeninteresse und die daraus abzuleitenden Konsequenzen hier eine etwas eingehendere Erwähnung finden soll. In beredten Worten schildert Thaer die materielle Not der ostelbischen Agrarier und malt das Gespenst einer polnischen Überflutung des deutschen Ostens an die Wand: " für Ostelbien ist es 3 Minuten vor 24 Uhr. Wir sehen sonst den Untergang 700jähriger deutscher Ostpolitik Und da faseln noch gutgläubige Idealisten von dem großen Grenzwall deutscher Bauern, den wir gegen die slawische Flut errichten wollen! Schöner Gedanke! Der deutsche Bauer verläßt heute Hacke und Pflug, um dem Exekutor zu entgehen, sucht irgendwo in westlicher Industrie Arbeit ..."

"Dieses "Versacken" des Ostens ist die beste Chance nicht nur für die extremste politische Entwicklung" (hier geht Thaer auf das Anwachsen der Nazipartei im deutschen Osten

ein), die "an vaterländischer Opferwilligkeit und Rücksichtslosigkeit im Einsatz des eigenen Lebens" die anderen Parteien stark in den Schatten stelle und der die Jugend aus Resignation, die Alten aus Begeisterung zuströmen, "sondern auch für unseren östlichen Nachbarn. Sie haben vor 10 Jahren sich diese günstige Entwicklung nicht träumen lassen, sie werden sie ausnutzen." Gegen dieses Versacken aber "gibt es nur ein (im Original hervorgehoben) Mittel: Sofortiger radikaler Umschwung unserer gesamten Innenpolitik, vor allem konsequente Einstellung der Wirtschaftspolitik auf die Erkenntnis, daß der Bauer der wichtigste Grundfaktor jeder (im Original hervorgehoben) Wirtschaft und jeder Politik ist." Durch wen dieser radikale Umschwung nach Ansicht Thaers herbeigeführt werden kann, bleibt keineswegs im Dunkel: Die Marxisten können ihn (den gut funktionierenden Staat) nicht schaffen, das Parlament auch nicht, die einzelnen Parteien ebenfalls nicht! Nur größte Kraft gepaart mit Charakter und selbstloser Vaterlandsliebe vermögen es - auch heute noch. Sie äußern sich niemals in der Vielheit." Was hier ausgesprochen wurde, ist ganz eindeutig eine Absage an den Parteienstaat und das Parlament und die Hinwendung zum autoritären Regierungsstil, zur Herrschaft des großen patriotischen Mannes, der nach Thaers politischen und gesellschaftlichen Überzeugungen nur Hindenburg heißen konnte.

- (32) Der Brief ist abgedruckt bei: Borcke-Stargardt, a.a.O., S. 40 ff sowie in wesentlichen Auszügen in: Ursachen und Folgen, 8, S. 487 ff.
- (33) Hindenburg in seinem Brief: "Nachdem die seit langem schwebenden außenpolitischen Fragen nunmehr ihre gesetzliche Regelung gefunden haben, muß - neben der Sanierung unserer Finanzen - nun entschlossen an die Gesundung unserer Landwirtschaft und an die Wiederaufrichtung des zusammenbrechenden Ostens herangegangen werden. Nur in der bestimmten Erwartung, daß dies geschieht, habe ich

meine eigenen Bedenken gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen und das gestern paraphierte deutsch-polnische Handelsabkommen zurückzustellen vermocht und dem Gesetz meine Unterschrift geben können ..."

- (34) So Meißner in einem kurzen Antwortschreiben an Schleicher wegen des ihm von diesem zugesandten Brief Thaers (Muth, Quellen zu Brüning (S. 227)).
- (35) Regierungserklärung Brünings vom 1.4.1930, in: Ursachen und Folgen, 8, S. 21 ff, hier: S. 21.
- (36) Ursachen und Folgen, 8, S. 23.
- (37) Rathenau. Die Leidensgeschichte der Osthilfe, S. 851; Schulz. Stützungsmaßnahmen, S. 189 ff.
- (38) Rathenau ist offensichtlich der einzige Autor, der auf die reparationspolitische Seite der Ausweitung der Osthilfe hinweist.
- (39) Rgbl. 1930, Teil I, S. 311 ff; hier: S. 316 ff.
- (40) Siehe Artikel: "Die Osthilfe" in der Rubrik "Aus der Woche" im Volkswirt, 1.8.1930, S. 1496. Hier auch wesentliche Ergänzungen zur Intension des Kabinettes bei den Agrarmaßnahmen in der Notverordnung vom 26.7.1930.
- (41) Vergleiche: Rathenau, a.a.O., S. 850.
- (42) Rgbl. 1931, Teil I, S. 117 ff bzw. S. 124 ff.
Zum Osthilfegesetz siehe ergänzende Bemerkungen bei C.L. Die Endform der Osthilfe.
- (43) Zum Silverberg-Plan siehe: C. Landauer. Osthilfe.
- (44) Tabelle zusammengestellt nach: Osthilfegesetz § 16,2 und Industriebankgesetz § 1,2 § 2,1 und § 3.
- (45) 1931 und 1932 wurden von der Aufbringungsumlage noch 180 Mill. RM bzw. 80 Mill. RM für den Reichshaushalt in Anspruch genommen.
- (46) Die Differenzen zwischen den Summen, die der Bank zufließen und dem Betrag, der für Entschuldungszwecke verwendet wird, erklärten sich, indem ein Betrag von 15 bis 30 Mill. RM jeweils für das Gewerbe des Ostens bestimmt war.
- (47) Vergleiche: C.L. Endform der Osthilfe, hier: S. 895 f.

- (48) § 19, 21, 22 des Osthilfegesetzes.
- (49) § 18, 20, 21, 27 des Osthilfegesetzes.
- (50) § 21, Absatz 3 des Osthilfegesetzes.
- (51) Vergleiche: C.L. Endform der Osthilfe, S. 896.
- (52) Ebenda.
- (53) Siehe besonders § 25 und 27 des Osthilfegesetzes.
- (54) Siehe § 24 des Osthilfegesetzes.
- (55) § 24, Absatz 2 des Osthilfegesetzes.
- (56) § 3 bis 13 des Osthilfegesetzes.
- (57) § 5 des Osthilfegesetzes.
- (57a) Vgl. Rgbl. 1930, I, S. 433 f.
- (58) § 14, Absatz 1 des Osthilfegesetzes.
- (59) Rgbl. 1931, I, S. 277.
- (60) Muth. Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932, in: Brüning-Festschrift, S. 311 ff; hier: S. 320.
- (61) Akten der Reichskanzlei R 43 I/1825, 1826, 1827
Denkschrift des Rechnungshofes des Deutschen Reiches
über die Ergebnisse einer Prüfung auf dem Gebiet der
landwirtschaftlichen Osthilfe.
- (62) B. Buchta. Die Junker und die Weimarer Republik. Charakter und Bedeutung der Osthilfe in den Jahren 1928 - 1933. Berlin 1959.
- (63) Buchta, S. 118.
- (64) Treviranus am 24.3.31 im Reichstag in der Debatte über das Osthilfegesetz: "Die Osthilfe hat die doppelte Aufgabe, den durch die Grenzziehung in ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit bedrohten Gebieten neue Lebenskraft zuzuführen zur Erleichterung der Aufnahme neuer Geschäftsbeziehungen und auf der anderen Seite die Landwirtschaft als die Grundfeste der ostdeutschen Wirtschaft nach Möglichkeit vor den Gefahren zu bewahren, die infolge der Grenzziehung und der weiteren Grenzscha'den vor ihr entstanden sind". (Ursachen und Folgen, 8, S. 491).

Demnach hätten ja wohl nur Ostpreußen und allenfalls die Ostmark, Posen-Westpreußen und Hinterpommern für die Osthilfe in Frage kommen können!

- (65) Siehe hier zu den konjunkturellen Auswirkungen der Heranziehung eines großen Teiles der Industrieaufbringungsumlage für die Osthilfe die Ausführungen Raupachs (Raupach. Interregionaler Wohlfahrtsausgleich, hier: S. 24 - 27), der auch bereits auf den teilweise prozyklischen Effekt hinweist, der bei der Rückzahlung fälliger Kredite unter gewissen Voraussetzungen auftreten kann.
- (66) Und selbst wenn es sie besessen bzw. sie sich mittels produktiver Kreditschöpfung beschafft hätte, wäre es angesichts des deflatorischen Schrumpfungsprozesses der Wirtschaft vernünftiger gewesen, eine Ankurbelung im Bereich des industriellen Sektors vorzunehmen, weil von hier aus weit stärkere konjunkturelle Antriebskräfte auf den volkswirtschaftlichen Gesamtorganismus ausgehen können als vom Agrarsektor, in dem die Neueinleitung einer Strukturpolitik ohnehin kurzfristig ein kostenzehrendes, wenig ertragreiches Unternehmen gewesen wäre, ehe sich dann langfristig die Vorteile bemerkbar gemacht hätten.

Zur nahezu völligen Abhängigkeit des landwirtschaftlichen Einkommens von der industriellen Konjunktur (Kaufkraft des Verbrauchers!), bzw. der weit geringeren Abhängigkeit der Industrie von der Landwirtschaft (und dementsprechend auch der weit geringeren Möglichkeit, von einer Belebung des Agrarsektors aus der Industrie konjunkturelle Antriebskräfte zu induzieren) im Deutschland der Weltwirtschaftskrise siehe die statistisch untermauerten Darlegungen in den Vierteljahresheften zur Konjunkturforschung, 1932/33, Teil A, Heft 4, S. 200 ff.

- (67) Zum Problem der Investitionsbeeinflussung siehe: H. Ohm. Allgemeine Volkswirtschaftspolitik, Band II. Der volkswirtschaftliche Gesamtorganismus als Objekt der Wirtschaftspolitik. Berlin 1967, S. 88 ff: Die Beeinflussung der privaten Investitionen.

- E. Preiser, Investition und Zins, in: E. Preiser. Bildung und Verteilung des Volkseinkommens. 2. Auflage Göttingen 1961, S. 171 ff.
- H. Meinhold, Investitionen, in: HdSW, Bd. 5, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956. S. 333 ff.
- W.A. Jöhr. Konjunktur (II). Politik, in: HdSW. Bd. 6 Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1959, S. 114 ff.
- (68) Raupach, S. 26; Erbe, a.a.O., S. 109.
- (69) Siehe: Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 - 1944. Hg. vom Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, München 1949, S. 604.
- (70) Diese Annahme erscheint durchaus gerechtfertigt; Keese (Volkswirtschaftliche Gesamtgrößen, S. 54 - 59) errechnet für die Jahre 1929 bis 1934 einen Multiplikator von 1,72 .
- (71) Raupach, Interregionaler Wohlfahrtsausgleich. S. 27.
- (72) Der Anleiheweg konnte 1931, im Jahr der großen nationalen Geld- und Kreditkrise (als die Ersparnis der privaten Haushalte nicht nur den tiefsten Stand erreicht hatte, sondern sogar negativ wurde (Keese, S. 48 Tabelle 4: Einkommenskonto der Haushalte)), das gleichzeitig das Jahr der großen internationalen Währungskrisen war und eine ökonomische Vertrauenskrise größten Ausmaßes brachte, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als ein möglicher Weg der Finanzierung ausscheiden.
- (73) Rgbl. 1931, I, S. 665.
- (74) Rgbl. 1931, I, S. 665 und S. 681.
- (75) Siehe Muth. Agrarpolitik und Parteipolitik, S. 326, der auch Belege anführt.
- (76) H. Schlange-Schöningen. Am Tage danach. Hamburg 1946, S. 52 sowie:
O. Braun. Von Weimar zu Hitler. Hamburg 1949, S. 241.
- (77) Zusammenfassend dazu: Bracher. Aufbau, S. 415 ff; ergänzend siehe die Bemerkungen bei: H. Brüning. Ein Brief, in: Deutsche Rundschau, 1947, 7, S. 1 ff bes.: S. 5 - 8; ferner:

F. Klein. Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie (1929 - 1932), in: ZfG, 1953, S. 871 ff, hier: S. 893 ff.

- (78) Muth (Agrarpolitik und Parteipolitik, bes. S. 322 ff) untersucht Schlange-Schöningens Konzeption von einer sinnvollen Osthilfe, wobei er sich u. a. auf eine Denkschrift Schlange-Schöningens vom 21.10.1931 zur "Durchführung der Osthilfe" (BA Nachlaß Schlange-Schöningens, NR. 2) stützt.
- (79) Muth, S. 323.
- (80) Siehe hier die in Anmerkung (78) genannte Denkschrift.
- (81) Rgbl. 1931, I. S. 675 ff.
- (82) Siehe hierzu: F.W. Boyens. Geschichte der ländlichen Siedlung. Bonn 1960. Band II, S. 83 ff.
F. Stolper. Schuldnerschutz oder Kreditschutz, in: Volkswirt, 20.11.1931, S. 243 ff. (Der Verfasser teilt in großen Zügen die Ansicht Stolpers über jene Verordnung).
- (83) Vergleiche besonders: Stolper, S. 243.
- (84) Aus § 1 der Sicherungsverordnung vom 17.11.1931:
"Um im Osthilfegebiet ... die Vorbereitung und Einbringung der nächsten Ernte und im Interesse der Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und ihrer Gläubiger die Durchführung der Entschuldungsverfahren zu sichern, wird ein besonderes Sicherungsverfahren ... durchgeführt."
- (85) Statistisches Jahrbuch 1932, S. 173.
- (86) Stolper, S. 243; auch wenn man die gesamte Getreideeinfuhr des Jahres 1931 in Rechnung stellt und sie mit der gesamten Gütereinfuhr von 1931 vergleicht, bleibt ihr Anteil an der Einfuhr denkbar gering; Einfuhr im reinen Warenverkehr 1931: 6727,0 Mill. RM (Stat. Jb. 1932, S. 173).
Einfuhr an Gerste, Weizen, Hafer,
Roggen und Mais im Jahr 1931: 234,8 Mill. RM.
(Ebenda, S. 174).
- (87) Hier hätten zollfreie Einfuhrkontingente in der jeweils nötigen Menge des Getreidezuschußbedarfes gewährt werden müssen.

- (88) Stolper, S. 243.
- (88a) Vergleiche Helbich, a.a.O., bes.: S. 74 ff.
- (89) Auf den Zusammenhang zwischen Sicherungsmaßnahmen und dem Reparationsproblem geht Stolper nicht ein.
- (90) Stolper, S. 243.
- (91) § 2 Absatz 1 der Verordnung vom 17.11.1931.
- (92) § 3, Absatz 2 der Verordnung "Die Eröffnung des Sicherungsverfahrens ist abzulehnen, wenn auch durch Anwendung der in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen die Sicherung der Vorbereitung und Einbringung der nächsten Ernte nicht erreicht werden kann oder wenn die Entschuldung mit Rücksicht auf die damit verbundenen Eingriffe in die Rechte der Gläubiger allgemeinen wirtschaftlichen Interessen zuwiderlaufen würde. Will die Landstelle von einer aus dem letztgenannten Grunde ablehnenden Stellungnahme der unteren Verwaltungsbehörde abweichen, so hat sie die Entscheidung des Reichskommissars für die Osthilfe einzuholen."
- (93) § 10, Absatz 1 und 2 der Verordnung.
- (94) § 15 der Verordnung: "Für die Verwendung der Mittel des Betriebs und die Befriedigung der Gläubiger gilt als Richtlinie folgendes:
- a: "Die Betriebseinnahmen sowie die sonstigen Einnahmen des Betriebsinhabers sind vorbehaltlich der im Rahmen der laufenden Betriebsführung zu leistenden Ausgaben und der Vorschrift des § 24 zunächst zur Bezahlung der Löhne, Gehälter und Sozialversicherungsbeiträge, zur Sicherung der notwendigsten Bedürfnisse des Betriebsinhabers und seiner Familie, zur Erfüllung der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen im Rahmen bescheidenster Lebensführung, zur Bezahlung der Sachversicherungen, der laufenden öffentlichen Abgaben, der laufenden Zinsen für Auslandsanleihen und der Aufwendungen zu verwenden, die zur Vermeidung des Verfalls der Betriebseinrichtungen sowie zur Vorbereitung und Einbringung der Ernte unbedingt erforderlich sind.

b: Darüber hinaus verfügbare Mittel sind zur Bezahlung der laufenden Zinsen und Tilgungsbeträge der ersten Hypothek sowie zur Erfüllung sonstiger laufender Zinsverpflichtungen in der Reihenfolge zu verwenden, die im Falle der Zwangsverwaltung des Grundstücks maßgebend wäre. Im übrigen sind laufende Zinsforderungen vor rückständigen Zinsen und Kapitalforderungen zu berücksichtigen. Dabei sind Gläubiger, die infolge der Eröffnung des Sicherungsverfahrens ein Pfandrecht verloren haben, vornehmlich zu berücksichtigen."

(95) § 16 der Verordnung.

(96) § 18 ff der Verordnung.

(97) § 18, Absatz 1: "Der im Laufe des Entschuldungsverfahrens aufgestellte Entschuldungsplan bedarf zu seiner Wirksamkeit der Bestätigung durch die Landstelle. Vor der Entscheidung sind die Gläubiger zu hören. Die Bestätigung darf nur erteilt werden, wenn die Durchführung des Planes mit Rücksicht auf die darin vorgesehenen Eingriffe in die Rechte der Gläubiger allgemeinen wirtschaftlichen Interessen nicht zuwiderläuft."

(97a)Schultheß 1931, S. 255.

(98) Rgbl. 1932, I, S. 59 ff.

(99) Ebenda, S. 130 ff, S. 252.

(100)Ebenda, S. 71 f, S. 143 ff.

Zum Problem der Siedlungspolitik in der Ära Brüning.

- (1) Siehe ergänzend zu der bisher bereits im Paragraphen über die Agrarpolitik des Kabinettes Brüning angegebenen Literatur vor allem noch:
- Sering, a.a.O., S. 692 ff. Bedeutung und Organisation der ländlichen Siedlung in Deutschland.
- Weber-Meinhold, S. 171 ff; Die landwirtschaftliche Siedlung und Bodenreform.
- C. Hepp. Das Siedlungsproblem, in: Strukturwandlungen der Volkswirtschaft (Hg. B. Harms) Band I.
- M. Weber. Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik, in: M. Weber. Gesammelte politische Schriften. 2. Auflage. Hg. von J. Winckelmann, Tübingen 1958.
- H.J. Wenske. Siedlung und Osthilfe in der Problemstellung der Verwertung nicht sanierungsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe, in: Die Arbeit, 1932, Heft 4, S. 228 ff.
- C. v. Dietze. Über ländliche Siedlung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 73, (Jena) 1928.
- F. v. Bethmann-Hollweg. Probleme der Ostsiedlung, in: Volkswirt, 29.8.1930, S. 1633 ff.
- J. Kuhn-Dreetz. Beitrag zum Siedlungsproblem, in: Volkswirt, 20.3.1931, S. 813 ff.
- Ferner als Quellen die einschlägigen Gesetze in der Ära Brüning, die bereits in der Gesamtzusammenstellung der Agrargesetze nach den Reichsgesetzblättern zitiert wurden, sowie: Stat. Jb. 1934, S. 67 (Statistiken zur Siedlungstätigkeit von 1919 bis 1933).
- (2) Zahlenangaben nach G. Schulz. Staatliche Stützungsmaßnahmen, S. 155; Schulz stützt sich wiederum auf F. Burgdörfer. Artikel: Bevölkerungsstatistik, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4. Auflage. Ergänzungsband. Jena 1929, S. 115.

- (3) Der ostelbische Großgrundbesitzer, der nicht wie der Angehörige der Mittelschichten die Nation als Bezugsrahmen benötigte, um keine Statusverunsicherung zu erleiden, gab sich keinesfalls wie das Bürgertum im gleichen Maße der Katastrophenvision einer polnischen Überflutung hin, zumal er ja die polnischen Arbeitskräfte als Ersatz für die nach Nordwestdeutschland abgewanderten ostdeutschen Arbeiter benötigte, um seinen Betrieb aufrechtzuerhalten.
- (4) Weber, Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik, S.10
- (5) Weber, S. 12.
- (6) Weber, S. 13 f.
- (7) Siehe: Schulz, S. 157 f.
- (8) Schulz S. 156.
- (9) Vergleiche Kuhn-Dreetz, a.a.O., S. 813.
- (10) Rgbl. 1919, S. 1429.
- (11) So hoffte man, jährlich mindestens 10 000 neue Siedlerstellen zu schaffen und allmählich ca. 2 Millionen ha Moor und Ödland der Kultivierung entgegenzuführen. Ein Drittel der in der Hand des Großgrundbesitzers befindlichen landwirtschaftlichen Nutzfläche sollte nach freiwilliger Abtretung der Großagrarier zur Besiedlung gelangen.
(Hepp. Das Siedlungsproblem, S. 174).
- (12) Von 1919 - 1925 wurden in Preußen insgesamt 14 313 neue Siedlerstellen mit einer Fläche 138 731 ha geschaffen. Auf dem Wege der Anliegersiedlung sind im gleichen Zeitraum 110 845 Stellen um 120 321 ha vergrößert worden. Bei den Neusiedlungen, um die es im bevölkerungspolitischen Zusammenhang vor allem ging, wurden also jährlich nur ungefähr 2000 neue Stellen geschaffen, von denen nur wiederum 7 - 800 Stellen als wirkliche Bauernwirtschaften (Betriebe mit einer Fläche von 10 bis 15 ha) anzusprechen sind. Etwa 1200 bis 1300 Stellen bestanden aus kleinen Arbeiter- und Handwerkerstellen, teilweise aus Parzellen mit weniger als 1 ha Land (Hepp, a.a.O., S. 174).

- (13) Hinweis: Bei der Anliegersiedlung werden kleinere Agrarbetriebe auf Kosten angrenzender Großbetriebe in ihrem Besitz vergrößert und zur vollen Ackernahrung emporgehoben.
- (14) Hepp, S. 170 f.
- (14a) Hepp, S. 171 führt hier folgende Tabelle als Beleg an (er stützt sich auf: Statistisches Jahrbuch 1927).

Bevölkerungsdichte in den Grenzgebieten des deutschen Ostens (Einwohnerzahl je qkm)			
Gebiet	Dichtungs- zahl	Gebiet	Dichtungs- zahl
Ostpreußen	61	Galizien	104
Pommern	62	Weichselpolen	99
Brandenburg		Preußischpolen	75
(ohne Berlin)	66		
Mecklenburg	38 - 51	Böhmen	125

- (15) Siehe zu den deutsch-polnischen Beziehungen die grundlegende Arbeit von M. Roos (Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931 - 1939. Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, NR. 7, Tübingen 1967).
- (16) Vergleiche zusammenfassend: A. Hesse. Die Einwirkung der Gebietsverluste und Grenzveränderungen auf die Landwirtschaft des deutschen Ostens, in: Sering, a.a.O., S. 195 ff.
- (17) Dieser Weg war spätestens seit 1926 allerdings durch den Abschluß des Berliner Paktes zwischen Deutschland und Russland erschwert worden, der für Polen gewissermaßen für die Zukunft die Gefahr einer doppelseitigen Grenzrevision (Abtrennung von Grenzgebieten im Westen und Osten Polens, wenn nicht gar eine neue Teilung) eröffnete.
- (18) E. Lang. Bedeutung und Organisation der ländlichen Siedlung in Deutschland, in: Sering, a.a.O., S. 695.
- (19) Kuhn-Dreetz, S. 814. Kuhn-Dreetz bringt auch eine knappe Zusammenfassung über die Motivverschiebungen in der landwirtschaftlichen Siedlung bis 1930.

- (20) Brüning (Ursachen und Folgen, 8, S. 512): "Kann ich es verantworten vor dem übrigen Deutschland, den lebensfähigen Grundbesitz im Osten des Reiches mit der Aufbietung aller denkbaren Möglichkeiten zu retten und gleichzeitig darauf zu verzichten, den nicht lebensfähigen Grundbesitz der Siedlung zuzuführen? Das war eine Zumutung, die ich nie und nimmer annehmen konnte. Es war meine Pflicht, auch daran zu denken, daß Hunderttausende von armen Kleinbauern im Westen und Süden sehnsüchtig Ausschau halten, um einmal eine Scholle auch für sich zu bekommen. Das war kein Siedlungsbolschewismus, wie uns vorgeworfen wurde ..."
- (21) Siehe besonders Hepp, S. 172 f, S. 177 f sowie Kuhn-Dreetz, S. 814.
- (22) Hepp, S. 177.
- (23) Hepp, S. 172.
- (24) Raupach, Interregionaler Wohlfahrtsausgleich, bes.: S.18 f, S. 27 f.
- (25) Daß die moderne Wirtschaft nur die Alternative hat, ständig zu wachsen oder zu schrumpfen und daß es auf Grund der in der Wirtschaftswirklichkeit vorhandenen gestuften Kostenstrukturen in den einzelnen Betrieben auch kein wirtschaftliches Gleichgewicht gibt, hat in besonders wirkungsvoller Weise mein Lehrer H.J. Rüstow, (Theorie der Vollbeschäftigung in der freien Marktwirtschaft. Tübingen 1951) zum Ausdruck gebracht:
H.-J. Rüstow. Sparen, Investieren und wirtschaftliches Gleichgewicht, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Bd. 107. 1955.
H.-J. Rüstow. Die Entwicklung der Lohn- und Gewinnquote, in: Laissez-Faire - Pluralismus. Hg. von G. Briefs. Berlin 1966.
- (26) Die folgende Argumentation bringt auch Kuhn-Dreetz S. 814 f).
- (27) Kuhn-Dreetz, S. 815.
- (28) Hepp, S. 171 f.
- (29) M. von Braun. Weg durch vier Zeitepochen. Vom ostpreussischen Gutsleben der Väter zur Weltraumforschung des

Sohnes. Limburg 1964, S. 218.

- (30) Muth. Agrarpolitik und Parteipolitik, S. 342.
- (31) Ebenda.
- (32) Siehe: Muth. Agrarpolitik und Parteipolitik sowie: Muth. Zum Sturz Brünnings. Der agrarpolitische Hintergrund.
- (33a) Vgl. Statistisches Jahrbuch 1934, S. 67 sowie die weiteren Ausführungen des Verfassers in diesem Paragraphen.
- (33b) Den genannten Problemen wird sich der Verfasser im § 13 seiner Abhandlung "Ökonomie als Schicksal?" in einem anderen Kontext ausführlich widmen. Einstweilen sei in der Sekundärliteratur auf erste knappe Hinweise bei H. Köhler verwiesen (H. Köhler. Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparationen in der Schlußphase der Regierung Brüning, in VZG, 1969, S. 276 ff).
- (33) A. v. Batocki-Bledau. Ostpreußische Probleme, in: DAZ, NR. 205, 2.5.1925.
- (34) Ursachen und Folgen, 8, S. 21 ff; hier: S. 23.
- (35) Rgbl. 1930, I, S. 311 ff; hier: S. 316 ff. Dritter Abschnitt: Osthilfe.
- (36) Dies wurde auch in der Abhandlung von F.W. Boyens (Geschichte der ländlichen Siedlung. Bonn 1960. Band II) herausgearbeitet.
- (37) § 3 von Abschnitt 3 (Osthilfe) der Notverordnung vom 26. 7. 1930: "Die Reichsregierung wird ermächtigt, alle bisher für Siedlungszwecke aus Reichsmitteln gewährten Geldbeträge einschließlich der Rückeinnahmen, Rückflüsse und Zinsen in bar oder durch Abtretung der hiermit begründeten Forderungsrechte in eine vorhandene oder für diesen Zweck neu zu errichtende Anstalt des öffentlichen Rechts einzubringen und deren Organisation auszugestalten. Die Anstalt muß die Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung zum Zwecke haben." (Rgbl. 1930, I, S. 316).
- (38) Zahlenangabe nach: (L. die Endform der Osthilfe, S. 897 (C.L. = Carl Landauer). Siehe hier überhaupt Landauers Besprechung des Siedlungsgesetzes in diesem Artikel.
- (39) Hier sei auch daran erinnert, daß in der Krise die Ersparnis der Haushalte sogar negativ wurde (Keese. Volkswirtschaftliche Gesamtgrößen, S. 49 Konto 4: Einkommenskonto der Haushalte).

- (40) Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6.10.1931 . Vierter Teil: Wohnungs- und Siedlungswesen, in: Rgbl. 1931, I. S. 538 ff, hier: S. 551 ff.
- (41) Abschnitt 4, Kapitel II, § 1 der Verordnung: Um die Seßhaftmachung der Bevölkerung auf dem Lande zu fördern, um die Erwerbslosigkeit zu vermindern und Erwerbslosen den Lebensunterhalt zu erleichtern, werden die landwirtschaftliche Siedlung sowie die Kleinsiedlung in der Umgebung von Städten und größeren Industriegemeinden (Vorstädtische Kleinsiedlung) und die Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen gefördert ...⁴
- (42) Siehe dazu: Abschnitt 4, Kapitel II, § 10 - 12 der Verordnung.
Entsprechend bescheiden waren auch die Ergebnisse der vorstädtischen Kleinsiedlung und der Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose. Die Reichsregierung stellte zunächst 48 Mill. RM für 20 000 Kleinsiedlungen und 80 000 Kleingärten in Form der Vergebung von Darlehen zur Verfügung. Bis August 1932 konnte dann der neuernannte Reichskommissar für die vorstädtische Siedlung und die Kleingärten (Abschnitt 4, Kapitel II § 9 der Verordnung) lediglich die Erstellung von 18 000 Kleinsiedlungen und 51 000 Kleingärten mitteilen.
(Angaben nach L. Preller. Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart 1949, S. 491 f).
- (43) Zitiert nach Muth. Agrarpolitik und Parteipolitik, S.321.
- (44) Siehe Ursachen und Folgen, 8, S. 512: Aus einer Rede Brünings in Mainz während des hessischen Wahlkampfes vom 17.6.1932. Weitere Belege für diese Einstellung Brünings finden sich in: Schultheß 1930 - 1932, passim sowie in: Ursachen und Folgen, 8, passim.
- (45) Akten der Reichskanzlei: R 43 I/1454: Kabinettsprotokolle.

- (46) Muth. Agrarpolitik und Parteipolitik, S. 321. Im folgenden stützt sich der Verfasser, was die Rekonstruktion der historischen **Fakten** betrifft, soweit keine andere Primär- oder Sekundärliteratur angegeben ist, vor allem auf die zitierte Abhandlung Muths.
- (47) Akten der Reichskanzlei R 43 I/1456. Kabinettsprotokolle.
- (48) Einzelheiten bei Muth, S. 328 ff.
- (49) Siehe Muth, S. 338.
- (50) Der Verfasser stützt sich hier auf:
- a.) Entwurf einer Verordnung vom Mai 1932 zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung, abgedruckt in: H. von Borcke Stargardt. Der ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt, Krise und Politik. Ein Beitrag zur Agrar- und Wirtschaftsgeschichte. Würzburg 1957, S. 166 ff. (Das Dokument fand sich im Nachlaß des Freiherrn von Gayl).
 - b.) Schreiben Stegerwalds an Staatssekretär Pünder vom 13.5.1932, abgedruckt in: B. Buchta, a.a.O., S.134 f.
 - c.) H. Muth, a.a.O., S. 338 über die Unterredung Stegerwalds und Schlange-Schöningens vom 21.5.1932.
 - d.) Antwortschreiben Schlange-Schöningens an Hindenburg vom 27.5.1932, abgedruckt in: Schlange-Schöningens. Am Tage danach, S. 70 f.
- (51) Bracher. Auflösung, S. 514; T. Vogelsang. Reichswehr, Staat und NSDAP. Stuttgart 1962, S. 194.
- (52) Aus dem Schreiben Meißners an Schlange-Schöningens vom 26.5.1932, abgedruckt bei: B. Buchta, a.a.O., S. 139: "Bei meinem gestrigen Vortrag in Neudeck habe ich dem Herrn Reichspräsidenten in der Frage der Ostsiedlung den bisherigen Entwurf der Verordnung mit dem gesamten Material vorgelegt und ihm gleichzeitig auch die hier eingegangenen Einsprüche und Proteste vorgetragen."
- (53) Siehe (50) d.
- (54) Siehe (50) a.
- (55) Siehe (50) b.
- (56) Muth, S. 338.

- (57) Siehe (50) d.
- (58) Siehe hier vor allem M. Muth. Agrarpolitik und Parteipolitik.
- (59) Schlange-Schöningen an Hindenburg (siehe 50 d): Wenn Teile des Großgrundbesitzes, für den im übrigen von meinem Amt alles geschehen ist, was aus volkswirtschaftlichen Gründen gerechterweise geschehen konnte, wiederum die Zeichen der Zeit nicht begreifen wollen, so fürchte ich, sie graben sich selbst ihr Grab, und eine stürmische Entwicklung wird eines Tages über sie hinweggehen."
- (60) Muth, S. 360.
- (61) So explizite in der Entschliebung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion vom 24.5.1932 (zitiert nach Muth, S. 352).
- (62) Aus dem Schreiben des Präsidenten des Reichslandbundes Graf Kalckreuth, an den Reichspräsidenten v. Hindenburg vom 24.5.1932, abgedruckt in: B. Buchta, a.a.O., S.137.
- (63) Schreiben des Freiherrn von Gayl an den Reichspräsidenten v. Hindenburg vom 24.5.1932; zuerst abgedruckt bei: W. Conze. Zum Sturz Brünings, in VZG, 1953, hier: S. 276 f; wieder abgedruckt in: Ursachen und Folgen, 8, S. 508 f.

§ 7: Kritische Zusammenfassung.

(1) Die folgende zusammenfassende Statistik ist entnommen aus:
Wirtschaft und Statistik, 30.9.1933, S. 578.

Produktionsziffern der aus der Landwirtschaft zum Verkauf gelangenden Erzeugnisse in Wirtschaftsdurchschnitten 1929/30 - 1931/32.

(Durchschnitt 1909/10 - 1913/14 = 100) (Wirtschaftsjahre immer Juli/Juni).

a: Pflanzliche Erzeugnisse.

Wirtschaftsjahre	Getreide						Pflanzliche Erzeugnisse insgesamt
	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	zusammen	Speisekartoffeln	
1929/30	108	124	108	95	111	107	110
1930/31	102	129	116	97	112	95	109
1931/32	122	116	99	91	112	89	107

b: Vieh- und Vieherzeugnisse

Wirtschaftsjahre	Schlachtvieh				Vieherzeugnisse				
	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	zusammen	Euter	Eier	zusammen	Vieh und Vieherzeugnisse insgesamt
1929/30	110	134	144	137	132	128	166	132	132
1930/31	101	114	102	120	103	109	145	113	106
1931/32	65	76	81	85	75	95	117	97	82

c: Gesamtindex

Wirtschaftsjahr	Gesamtindex
1929/30	126
1930/31	107
1931/32	89

- (2) Vergleiche die Statistiken des Verfassers in § 4, Abschnitt 4.
- (3) Detaillierte Ausführungen zu dem bei den asynchronen Lohn-Preissenkungsmaßnahmen der Regierung Brüning auftretenden Absinken der Kaufkraft der gesamten Arbeitnehmerschaft (Arbeiter, Angestellte, Kurzarbeiter, Arbeitslose) bringt der Verfasser in § 7 von "Ökonomie als Schicksal ?"

Bis jetzt siehe zu diesem Problem u.a.: L. Preller. Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart 1949, S. 150 ff.

- (4) H. Muth Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932, in Brüning-Festschrift, S. 320.
- (5) Den besten Überblick über den Abbau der sozialstaatlichen Leistungen, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und die Maßnahmen zur Lohn- und Gehaltssenkung in der Ära Brüning bietet bis jetzt mit großem Abstand noch immer die Studie Prellers (L. Preller. Sozialpolitik in der Weimarer Republik , a.a.O.).
- (6) Siehe: K.E. Born. Die deutsche Bankkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967, S. 54; er stützt sich wieder auf die Ausarbeitung des Reichsverbandes der deutschen Industrie vom Februar 1931,
- (7) Siehe: Born, a.a.O., S. 54; eine Abschrift dieser Denkschrift fand Born im Nachlaß Silverberg (Fasz. Nr. 363); siehe hierzu ferner: Die Besprechung dieser Denkschrift in: Volkswirt, 23.5.1930, S. 1137: Die Industrie zum Agrarproblem, in der Rubrik "Aus der Woche".
- (8) Siehe hierzu:
 - a.) Rede des Abgeordneten Stolling (SPD) vom 24.3.1931 im Reichstag über das Osthilfegesetz (Ursachen und Folgen, 8, S. 493 ff).
 - b.) H. Arons in der Rubrik: Rundschau der Arbeit. Wirtschaftspolitik S. 893 ff Osthilfe und Industriebank; S. 395 ff. Kostspielige Agrarpolitik (in: Die Arbeit, 1931, Heft 5).

- (9) EntschlieBung des Vorstandes des Reichslandbundes vom 1. Februar 1931, abgedruckt in: Ursachen und Folgen, 8, S. 489 ff; hiernach wurde im folgenden zitiert.
- (10) Aus der EntschlieBung (Ursachen und Folgen, 8, S.489 f): "Auf dem Gebiete der Veredelungswirtschaft ist nicht das geringste geschehen. Aber auch in der Frage der Unterbringung der durch den deutschen Boden bedingten Roggen- und Kartoffelernte ist trotz praktischer Vorschläge der Landwirtschaft eine Regelung nicht gefunden worden. Aber auch die weiteren Einzelgebiete der heimischen Erzeugung sind in gleicher Weise vernachlässigt. Durch diese Mißhandlungen sind alle Teile des Landvolkes, alle Betriebsgrößen und Betriebsarten im ganzen Reiche so betroffen, daß die Gesamtheit der deutschen Landwirtschaft schwersten wirtschaftlichen und seelischen Erschütterungen preisgegeben ist. Insbesondere vermissen wir jedes Verständnis und die erforderliche rasche Hilfeleistung für den wirtschaftlich zusammenbrechenden und damit nationalpolitisch gefährdeten deutschen Osten."
- (11) Ursachen und Folgen, 8, S. 490. Hier zeigt sich übrigens, daß in der Zeit der Wirtschaftskrise die organisierten Agrarinteressen weit weniger Rücksicht auf die Industrie nahmen, als dieses umgekehrt der Fall war. Diese Radikalität der Agitation der organisierten Agrarinteressen sollte sich im weiteren Verlauf der Wirtschaftskrise noch mehr steigern. Der Verfasser verweist hier auf die Erklärung des Reichslandbundes vom 11.1.1933, aus der er einige bezeichnende Sätze zitiert (nach Ursachen und Folgen, 8, S. 512): "Die Verelendung der Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, hat unter Duldung der gegenwärtigen Reichsregierung (damals die Regierung Schleicher) ein selbst unter einer rein marxistischen Regierung nicht für möglich gehaltenes Ausmaß angenommen. Die Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen Geldbeutelinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten dauert an."

Wir sehen also, wie die in der Wirtschaftskrise auch für die Landwirte zu erfahrende Not, dieselten, da sie weit geringer als etwa andere Gruppen der Bevölkerung politisch in die Gesamtgesellschaft integriert waren und sich nun, da sie sich so lange in einer Vorzugsstellung gegenüber den übrigen Gruppen der Gesellschaft hatten sonnen können, plötzlich umso schmerzhafter ihrer angeschlagenen ökonomischen Position und ihrer Minderheitsituation in der deutschen Industriegesellschaft bewußt wurden, zu einem verantwortungslosen Radikalismus bewog, bei dem man, ohne zu differenzieren, alle jene, die bisher noch nicht im gewünschten Maße nach Ansicht der Agrarier geholfen hatten, verunglimpfte, ohne sich um die Rückwirkungen einer derartigen Agitation auf das bestehende ökonomische und politische System zu sorgen, dem man ja schon immer weitgehend verständnislos gegenübergestanden hatte.

- (12) Alle Zitate nach Ursachen und Folgen, 8, S. 490.
- (13) Entschließung des Reichslandbundes gegen Hindenburg vom 22.3.1932, abgedruckt in: Ursachen und Folgen, 8, S. 417 f.
- (14) Die Ergebnisse der beiden Wahlgänge zur Reichspräsidentenwahl finden sich in: Ursachen und Folgen, 8, S. 421.
- (15) Ursachen und Folgen, 8, S. 417.
- (16) Siehe hierzu eine ausführliche Darstellung des Verfassers im § 3 von "Ökonomie als Schicksal ?" .
- (17) Zu diesem Problemkomplex sei als einführende Lektüre verwiesen auf:

S.M. Lipset. Soziologie der Demokratie. Neuwied 1962, S. 131 ff: Faschismus - rechts, links und in der Mitte.
H. Heberle. Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Stuttgart 1963.

C.P. Loomis, A.J. Beegle. The Spread of German Nazism in Rureal Areas, in: American Soziological Review, 11, 1946.

J.K. Pollock. An Areal Study of the German Electorate, 1930 - 1933, in: American Political Science Review, 38, 1944.

D. Schoenbaum. Die braune Revolution. Köln, Berlin 1968, passim.

R.M. Lepsius. Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung. Stuttgart. 1966.

- (17a) In einer schweren ökonomischen Depression wird bei tendenziell sinkenden Staatseinnahmen bzw. tendenziell steigenden Staatsausgaben und unter Berücksichtigung der Maximen einer strikten Parallelpolitik auf der Ausgaben-seite des Etats eine besondere Stützung für den Agrarsektor notwendigerweise Abstriche bzw. u.U. auch Streichungen bei den übrigen Ausgabeposten des Haushalts nach sich ziehen, wobei im allgemeinen (so die Regierung nicht gerade eine besonders starke Betonung der sozialstaatlichen Komponenten vornimmt!) vor allem die am wenigsten "starren" Kosten, nämlich die konjunkturabhängig-sozialen Ausgaben Gefahr laufen, zugunsten des Agrarsektors mehr oder minder stark beschnitten zu werden.
- (18) Siehe hierzu dann einmal vor allem die im Entstehen begriffene Abhandlung des Verfassers (Ökonomie als Schicksal ?" § 7); bis jetzt siehe zu diesem Problemkomplex vor allem Sanmann (a.a.O.)
- (19) In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß in einem dominant privatkapitalistischen Wirtschaftssystem eines Industriestaates die Wirtschaft nur die Möglichkeit besitzt, entweder zu wachsen oder zu schrumpfen (siehe hier vor allem die bereits zitierten Abhandlungen meines Lehrers H. -J. Rüstow).
- (20) Man wird kaum behaupten können, daß diese Konkruenz der Zielvorstellungen in den einzelnen EWG-Staaten heute, 1970, auch nur annäherungsweise gegeben ist.
- (21) Die Agrarpolitik im Rahmen der EWG ist unter diesem Aspekt nur als ein Trauerspiel zu bezeichnen.

Literaturverzeichnis

a: Quellen (ausgenommen Memoiren, memoirenähnliche Darstellungen und Dokumentenzusammenstellungen in den einschlägigen Fachzeitschriften der Gegenwart).

a.1: Unveröffentlichte Quellen

Akten der Reichskanzlei R 43 I/1456 Kabinettsprotokolle
Akten der Reichskanzlei R 43 I/1825, 1826, 1827 Denkschrift des Deutschen Reiches über die Ergebnisse einer Prüfung auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Osthilfe.

a.2: Ämtliche und halbamtliche Veröffentlichungen

Berichte der Reichskreditgesellschaft (erschieneu zweimal jährlich).

Deutsche Rentenbankkreditanstalt. Die Kreditlage der deutschen Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1928/29 , Berlin 1930

Der Heimatdienst. Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst (erschien zweimal monatlich).

Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, Hg. E. Wagemann, Berlin 1935

Reichsgesetzblatt, Teil I und II.

Statistisches Handbuch von Deutschland 1928- 1944, Hg. Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, München 1949.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Hg.

Statistisches Reichsamt (erschien einmal jährlich; im Text vom Verfasser abgekürzt als Stat. Jahrbuch).

Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Teil A und B (erschieneu viermal jährlich).

Wirtschaft und Statistik, Hg. Statistisches Reichsamt (erschien zweimal jährlich).

a.3: Weitere grundlegende Quellen

Deutsche Verfassungen. Die grundlegenden Dokumente deutscher Demokratie von der Paulskirche bis zum Grundgesetz, Hg. D. Kakies, München o. J.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hg. von E. Michaelis und E. Schraepfer,

Bd. 6: Die Weimarer Republik. Die Wende der Nachkriegszeit 1924 - 1928. Rapallo- Dawesplan - Genf (Berlin o.J.)

Bd. 8: Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems. Brüning-Papen-Schleicher (Berlin o.J.)

Die beiden Bände aus der Dokumentensammlung werden fortan zitiert als: Ursachen und Folgen , 6 bzw. Ursachen und Folgen, 8)

a.4: Periodika

American Political Science Review

American Sociological Science Review

Die Arbeit

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik

Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung

Deutsche Allgemeine Zeitung (DAZ)

Deutsche Rundschau

Der deutsche Volkswirt

Erlanger Forschungen

Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU)

Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Historische Zeitschrift (HZ)

Industriekurier-Zeitung für Wirtschaft, Politik und Technik

Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik

Jahrbuch des öffentlichen Rechtes

Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS)

Politische Vierteljahresschrift (PVS)

Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart

Schultheß, Europäischer Geschichtskalender, Hg. U.

Thuerauf (erscheint einmal jährlich; im Text vom Verfasser abgekürzt als Schultheß)

Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, öffentliches
Recht und Verfassungsgeschichte
Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte (VZG)
Die Wirtschaftskurve
Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie
Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) (erscheint
in der DDR).

Bemerkung: Ob und inwieweit die Artikel, Darstellungen
usw. in den Periodica Quellencharakter be-
sitzen, ging jeweils aus dem Gesamtzusammenhang
des Textes und des kritischen Textapparates
hervor, so daß hier nicht mehr weiter diffe-
renziert zu werden brauchte. Ebenso wurde in
diesem Literaturverzeichnis in den Sektoren
"amtliche und halbamtliche Veröffentlichun-
gen" und Periodica" auf die Angabe der im Text
verwendeten Jahrgänge (eventuell auch Nummern)
verzichtet. Hierüber gibt der kritische Text-
apparat Aufschluß.

b: Sammelwerke. Festschriften.

Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren
Wirtschaftspolitik, Hg. F. Beckmann, u.a., Teil I. Die
Lage der deutschen Landwirtschaft und die Gestaltung der
agrarischen Einzelmaßnahmen, Berlin 1932.

Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches
1929/33 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeits-
kreises für moderne Sozialgeschichte, Band 8), Hg. W.
Conze u. H. Raupach, Stuttgart 1967.

Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, 2
Bde., Hg. B. Harms, Berlin 1928.

Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HdSW), Band
1, 5; 6; 11; Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956 bzw.
1969 bzw. 1961.

Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik,
Festschrift für Heinrich Brüning, Hg. F.A. Hermens und
T. Schieder, Berlin 1967.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften (HdStW), Bd. 2, 4. Auflage, Jena 1924.

E. Lang, C. v. Dietze, O. Bazlen, F. Beckmann, H. Niehaus, Grundlagen und Formen der deutschen Landwirtschaft, Berlin 1933 (Veröffentlichungen aus dem deutschen Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen).

Die deutsche Landwirtschaft unter Volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dargestellt unter Verwertung und Ergänzung der Arbeiten des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft in Gemeinschaft mit O. Appels u.a., Hg. von M. Sering, Berlin 1932.

Zur Geschichte und Problematik der Demokratie. Festgabe für H. Herzfeld, Hg. W. Berges u. C. Hinrichs, Berlin 1958.

c: Weitere Primär- und Sekundärliteratur.

Areboe, F., Überblick über die heutige Lage der deutschen Landwirtschaft, in: B. Harms (Hg'), Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, a.a.O., I., S. 109 ff.

Altschul, E., Agrarwirtschaft und Industriezyklus, in: Die Wirtschaftskurve, 1931, Heft 4 (Januar 1932, erschienen), S. 394 ff.

Aron, R., Die moderne Industriegesellschaft, Frankfurt 1964

Arons H., in der Rubrik: Rundschau der Arbeit, Wirtschaftspolitik, S. 983 ff.: Osthilfe und Industriebank, sowie S. 305 ff.: Kostspielige Agrarpolitik (in: Die Arbeit 1931).

Baade, F., Die Technik der neuen Roggenpolitik, in: Volkswirt, 5.12.1930, S. 307 ff.

- Deutsche Roggenpolitik, in: Volkswirt, 7.11.1930, S. 171 ff

- Roggenpolitik und bäuerliche Veredelungswirtschaft, in: Volkswirt 14.11.1930, S. 211 ff.

- Der Eosinroggen, in: Volkswirt 21.11.1930, S. 244.

- Roggenstützung, in: Volkswirt 28.11. 1930, S. 273 ff.
Batocki-Bledau A. v., Roggenkrise, in: Volkswirt 4.4. 1930, S. 896.

- Ostpreussische Probleme, in: DAZ, Nr. 205.

Barzlen, O., Süddeutschland, in: E. Lang u.a., Grundlagen und Formen der deutschen Landwirtschaft, a.a.O., S. 173 f.

Beck, R., Die Geschichte der Weimarer Republik im Spiegel der sowjetzonalen Geschichtsschreibung. Eine Studie über den Zusammenhang zwischen Geschichtsschreibung, Politik und Ideologie, Diss., Erlangen 1963

Beckmann, F., Westdeutschland, in: E. Lang, u.a., Grundlagen und Formen der deutschen Landwirtschaft, a.a.O., S. 232 ff.

- Die weltwirtschaftlichen Beziehungen der deutschen Landwirtschaft, in: Harms, (Hg.) Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, a.a.O., I., S. 139 ff.

- Landwirtschaftliche Kreditfragen, in: Harms (Hg.) Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, I.

Bernstein, E., Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (1899), Hannover 1964

Bethmann-Hollweg, F.v., Probleme der Ostsiedlung, in: Volkswirt, 29.8.1930, S. 1633 ff.

Bissing, W.M. v., Der Realkredit der deutschen Landwirtschaft, Berlin und Leipzig 1930

- Die Reform des landwirtschaftlichen Kreditwesens und die Schuldentlastung, in: Fering (Hg.), Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, a.a.O., S. 659 ff.

Bloch, K., Kritik der Roggenpolitik, in: Volkswirt 12.12. 1930, S. 335 ff.

Flum, J., Das Milchgesetz, in: Der Heimatdienst, 1930, S. 291 ff.

Böhme, H., Deutschlands Weg zur Großmacht, Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründerzeit 1848 - 1881. Köln, Berlin 1966.

Born K.E., Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967

- Borcke-Stargordt, H. Graf v., Der ostdeutsche Landbau zwischen Fortschritt, Krise und Politik (Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. III) Würzburg 1957
- Boyens, F.W., Geschichte der ländlichen Siedlung, Band II, Bonn 1960
- Bracher K.D., Die Auflösung der Weimarer Republik, Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 4. Aufl., Villingen 1964.
- Brand K., Das Roggenproblem, in: Volkswirt 26.9. 1930. S. 1768 ff.
- Braun, O., Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949.
- Brüning H., "Ein Brief, in: Deutsche Rundschau 1947, S. 1 ff., H. 7 -
- Heinrich Brüning. Memoiren 1918 - 1934, Stuttgart 1970.
- Buchta, B., Die Junker und die Weimarer Republik, Charakter und Bedeutung der Osthilfe in den Jahren 1928 - 1933, Berlin 1959.
- Clausing, G., Artikel: Konjunkturen, in: HdSW. Bd. 6, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1959, S. 133 ff.
- Conze W., Zum Sturz Brünings - Dokumentation, in: VZG 1953, S. 161 ff.
- Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929/33, in: Conze, Kaupach (Hg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches, a.a.O., S. 176 ff.
- Conze., W., Quellen zur Geschichte der deutschen Bauernbefreiung, Göttingen, Berlin, Frankfurt 1957.
- Dietze, C. v., Über ländliche Siedlung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 73, 1928.
- Mitteldeutschland, in: E. Lang u.a., Grundlagen und Formen der deutschen Landwirtschaft, a.a.O., S. 109 ff.
- Dorner J., Bauernstand und Nationalsozialismus, München 1930 (Nationalsozialistische Bibliothek, Heft 15)
- Dorpalen, H., Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1966.
- Easton, E., The Political System, New York 1953
- Erbe, R., Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933 - 39 im Lichte der modernen Theorie, Zürich 1958.

Eucken, W., Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl., Berlin, Göttingen, Heidelberg 1959.

Fichte, J.G., Der geschlossene Handelsstaat. Ein philosophischer Entwurf als Anhang. Zur Rechtslehre und Probe einer künftig zu liefernden Politik. Leipzig 1943, unveränderter Abdruck der 2. Aufl. von 1922

- Reden an die deutsche Nation, Neu Hg. von F. Medicus, Leipzig o.J.,

Finckenstein, H.W. v., Die Getreidewirtschaft Preußens von 1800 bis 1930, in: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Berlin 1932, Sonderheft Nr. 35

Fourastié, J., Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Köln 1954

Fraenkel, E., Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat, in: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, 219/220, Tübingen 1958
Galbraith, J.K., Die moderne Industriegesellschaft, München 1968

Geiger T., Die soziale Schichtung des deutschen Volkes (1932), Neudruck: Stuttgart 1964.

Geiger, T., Die Mittelschichten und die Sozialdemokratie, in: Die Arbeit, 1931, S. 619 f

Gerloff, W., Die Besteuerung der Landwirtschaft vor und nach dem Kriege, in: Sering (Hg), Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, S. 156 ff.

Gottschalch, W., Strukturveränderungen der Gesellschaft und politisches Handeln in der Lehre von Rudolf Hilferding. Berlin 1962.

Gronau, H., Die soziologische Rollenanalyse als betriebsorganisatorisches und berufspädagogisches Instrument, Stuttgart 1965.

Gutmann, F., Artikel: Bauernbefreiung, in: HdStW., Bd. 2, 4. Auflage, Jena 1924, S. 378 ff.

Habermas J., Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus, Erwiderung eines Pamphlets, in: KZfSS, Jg. 16, 1964, S. 635 ff.

- Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 3. Aufl. Neuwied, Berlin 1968
- Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien, 2. Aufl. Neuwied, Berlin 1967.
- Hansen H., Entwicklung und Leistung der deutschen Viehzucht, in: Sering (Hg.), Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, a.a.O., S. 442 ff.
- Heberle, R., Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Stuttgart 1963.
- Hegel, G.W. F., Studienausgabe, 3 Bde., Hg. K. Löwith u. M. Riedel, Frankfurt, Hamburg 1968, Bd. 2: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse.
- Helbich, W.J., Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Planes für die deutsche Politik 1930 - 1932, Berlin 1962.
- Hepp, C., Das Siedlungsproblem, in: Harms (Hg). Strukturwandel der deutschen Volkswirtschaft, a.a.O., I, S. 169 ff.
- Herlemann, H.-H., Vom Ursprung des deutschen Agrarprotektionsismus, in: Agrarwirtschaft und Agrarpolitik, Hg. E. Gerhardt u. P. Kuhlmann, Köln, Berlin 1969, S. 183 ff
- Hesse A., Die Entwicklung der Gebietsverluste und Grenzveränderungen auf die Landwirtschaft des deutschen Ostens, in: Sering (Hg.), Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, a.a.O., S. 195 ff.
- Holborn, H., Der deutsche Idealismus in sozialgeschichtlicher Beleuchtung, in: HZ 1952, 174, S. 359 ff
- Hock, W., Deutscher Antikapitalismus. Der ideologische Kampf gegen die freie Wirtschaft im Zeichen der großen Krise. Veröffentlichungen des Institutes für Bankwirtschaft und Bankrecht an der Universität Köln, Band IX, Frankfurt 1960.
- Hornung, F., Rationalisierung - Zollschutz. Ein Beitrag zum deutschen Agrarproblem, Heidelberg 1932
- Hüllbüsch, U., Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, in: Raupach, H., Conze, W. (Hg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise, a.a.O., S. 126 ff.

Hunt, R.N., German Social Democracy 1918 - 1933, New Haven 1964

Ipsen, G., Die preußische Bauernbefreiung als Landesausbau, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 1954, Heft 2.

Jasny, N., Deutsche Roggenpolitik, in: Volkswirt 10.4.1931, S. 933 ff.

- Deutsche Roggenpolitik, in: Volkswirt 17.4.1931, S. 969 ff.

- Deutsche Roggenpolitik, in: Volkswirt 24.4.1931, S. 1003 ff.

- Die Zukunft des Roggens, Vierteljahreshefte des Instituts für Konjunkturforschung, Berlin 1930, Sonderheft Nr. 20.

Jöhr, W.A., Konjunktur (II). Politik, in: HdSW, Band 6, S. 114 ff.

Keese, D., Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925 - 1936, in: Conze, Raupach (Hg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des deutschen Reiches, a.a.O., S. 35 ff.

Kautsky, K., Der Weg zur Macht, Berlin 1920

Keil, W., Erlebnisse eines Sozialdemokraten, II. Bd., Stuttgart 1948.

Keiser, F., Futtergrundlagen der deutschen Viehhaltung und Möglichkeiten des Ersatzes von roh und veredelt eingeführtem Futtereiweiß, in: Sering (Hg.), Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, a.a.O., S. 475 ff.

Klein, F., Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie (1929 - 1932), in: ZfG 1953, S. 851 ff.

Knapp, G.F., Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landesarbeiter in den älteren Teilen Preußens, 2. unveränderte Auflage, 2 Bde, Leipzig 1927.

Köhler, H., Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparationen in der Schlußphase der Regierung Brüning, in: VZG 1969, S. 276 ff.

König, R., Zur Soziologie der zwanziger Jahre, in: Reimisch, L. (Hg), Die Zeit ohne Eigenschaften, Stuttgart 1961.
Kracauer, S., Die Angestellten. Eine Schrift vom Ende der Weimarer Republik (Frankfurt 1930), Neudruck: Allensbach, Bonn 1959.

Kühn- Dreetz, J., Beitrag zum Siedlungsproblem, in: Volkswirt 20.3.1931, S. 813 ff.

Kuczynski, J., Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Aus diesem vieltändigen Werk folgende Bände:

Ed. 5: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin 1965.

Bd.15: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1963.

Ed.16: Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1963.

Landauer, Carl, Neuer Agrarschutz, in: Volkswirt 15.1.1932, S. 116 ff.

L., C. (= wahrscheinlich Carl Landauer), Die Endform der Osthilfe, in: Volkswirt 3.4.1931, S. 895 ff.

Lang, E., Bedeutung und Organisation der Ländlichen Siedlung in Deutschland, in: Sering (Hg), Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, a.a.O., S.

Lang, E., Ostdeutschland, in: E. Lang, u.a., Grundlagen und Formen der Deutschen Landwirtschaft, a.a.O., S. 9 ff.

Lenk, K., Ernst Moritz Arndt, Ein Wegbereiter des deutschen Nationalismus, in: Erlanger Forschungen, 1968

Lenz, F., Agrarlehre und Agrarpolitik der deutschen Romantik, Berlin 1912

Leibholz, G., Strukturprobleme der modernen Demokratie, 3. Aufl., Karlsruhe 1967.

Lepsius, R.M., Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Stuttgart 1966.

Lipset, S.M., Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962

Loomis, C.P., A.J. Beeple, The Spread of German Nazism in Rurea Areas, in: American Sociological Science Review, 11, 1946.

- Lütge, F.R., Artikel: Bauernbefreiung, in: HdSW, Bd. 1, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956, S. 658 ff.
- Mackenroth, G., Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1953.
- Matthias, E., Die sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Matthias E., Morsey R., Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960, S. 101 ff.
- Meinhold, H., Artikel: Investitionen, in: HdSW, Bd. 5, S. 333 ff.
- Mendelson, F., Bedeutung, Lage und Aussichten der deutschen Milchwirtschaft, in: Sering (Hg), Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, a.a.O., S. 503 ff.
- Merton, R.K., Social Theory and Social Structure. Revised and enlarged edition, Glencoe 1964.
- Messelken, K., Politikbegriffe der modernen Soziologie. Eine Kritik der Systemtheorie und Konflikttheorie - begründet aus ihren Implikationen für die gesellschaftliche Praxis, Köln, Opladen 1968
- Mises, L., Die Wurzeln des Antikapitalismus, Frankfurt 1958
- Mohler, A., Die konservative Revolution in Deutschland 1918 - 1932, Grundriß ihrer Weltanschauungen, Stuttgart 1950.
- Mommsen, W., Größe und Versagen des deutschen Bürgertums, Ein Beitrag zur politischen Bewegung des 19. Jahrhunderts, insbesondere der Revolution 1848/49, 2. Auflage, München 1964.
- Morsey, R., Die Oberste Reichsverwaltung unter Bismarck (Neue Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung, Bd. 3), Münster 1957
- Muth H., Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932, in: Brüning-Festschrift, a.a.O., S. 311 ff.
- Zum Sturz Brünings. Der agrarpolitische Hintergrund, in: GWU, 1965, S. 749 ff.
- Quellen zu Brüning, in: GWU 1963, S. 221 ff.
- Myrdal, G., Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen, Stuttgart 1959.
- Naphtali, F., Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel (1928 erschienen) Neudruck 1966, 2. unveränderte Auflage, Frankfurt/Main 1968 (mit einem Vorwort von Ludwig

Rosenberg und einer Einführung von Otto Brenner).

Niehaus, H., Nordwestdeutschland, in: E. Lang u.a. Grundlagen und Formen der deutschen Landwirtschaft, a.a.O., S. 272ff.

Niehaus, H., Nordwesten und Osten in der deutschen Futterpolitik, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 68. Bd., H.5, 1933.

Ohm, H., Allgemeine Volkswirtschaftspolitik, Bd. II, : Der volkswirtschaftliche Gesamtorganismus als Objekt der Wirtschaftspolitik, Berlin 1967.

Parsons, T., Structure and Process in Modern Societies, Glencoe 1960.

-, A.E.Shils, Toward a General Theory of Action, Cambridge, Mass. 1951.

Poetzsch-Heffter, F., (in Zusammenarbeit mit Ule, L.-H., Dernedde, K., Brennet, J.), Vom Staatsleben unter der Weimarer Verfassung. III (letzter) Teil (Vom 1. Januar 1929 bis 31. Januar 1933), in: Jahrbuch des öffentlichen Rechtes, Bd.21, 1933/34, Tübingen 1934, S. 1ff.

Pollock, J.K., An Areal Study of the German Electorate, 1930-1933, in: American Political Science Review, 38, 1944.

Predöhl, A., Das Ende der Weltwirtschaftskrise. Eine Einführung in die Probleme der Weltwirtschaft, Reinbeck 1962 (rororo).

- Artikel: Weltwirtschaftskrise, in: HdSW, Bd. 11, Stuttgart, Göttingen, Tübingen 1965.

- Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931, in: VZG, 1953, S. 97ff.

Preiser, E., Investieren und Sparen, in: E. Preiser, Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, 2. Aufl., Göttingen 1961.

Preller, L., Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949.

Pross, H., Vor und nach Hitler. Zur deutschen Sozialpathologie, Freiburg 1962.

Puhle, H.-J., Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893-1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1967.

R.L., Um den Gerstenzoll, in: Volkswirt. 4.7.1930, S. 1373 ff.

Rathenau, F., Die Leidensgeschichte der deutschen Osthilfe, in: Volkswirt, 27.3.1931, S. 895 ff.

Raupach H., Der interregionale Wohlfahrtsausgleich als Problem der Politik des Deutschen Reiches, in: Conze, Raupach (Hg), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches, a.a.O., S. 13ff.

Rörig F., Die europäische Stadt und die Kultur des Bürgertums im Mittelalter. Göttingen 1964.

Rogmann, H., Ostdeutschlands große Not. Berlin 1930.

Roos, H., Polen und Europa, Studien zur polnischen Außenpolitik 1931 - 1939, Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 7. Tübingen 1967.

Rosenberg, H., Die "Demokratisierung" der Rittergutsbesitzerklasse, in: Herzfeld-Festschrift, a.a.O., S. 459 ff.

Rosenberg, H., Große Depression und Bismarckzeit. Berlin 1967.

Rothkegel, W., Die Entwicklung der Kauf- und Pachtpreise für Landgüter und Stückländereien, in: F. Beckmann, u.a. (Hg.), Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äußeren Wirtschaftspolitik, a.a.O., I., S. 406 ff.

Rüstow, H.-J., Perspektiven der zukünftigen Wirtschaft, in: Industriekurier, 29.10.1968, Sonderbeilage: Die nächsten zwanzig Jahre.

- Sparen, Investieren und wirtschaftliches Gleichgewicht, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 167, 1955.

Rüstow, H.-J., Die Entwicklung der Lohn- und Gewinnquote, in: Laissez-faire-Pluralismus. Demokratie und Wirtschaft des gegenwärtigen Zeitalters. Hg. G. Briefs, Berlin 1966 .

- Theorie der Vollbeschäftigung in der freien Marktwirtschaft, Tübingen 1951.

Sanmann, H., Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1965, S. 109 ff.

- Scheuner, U., Die Anwendung des Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung unter den Präsidentschaften von Ebert und Hindenburg, in: Brüning-Festschrift, S. 249 ff.
- Schindler A., Der Getreideabsatz in Deutschland und die Bestrebungen zu seiner Vervollkommnung, in: Sering (Hg), Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, a.a.O., S. 424 ff.
- Schieder, T., Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat. Köln, Opladen 1961.
- Schieder, T., Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich, in: B. Gebhardt, Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 3, 8. Auflage, Stuttgart 1960.
- Schlömer F., die Zollgesetzgebung nebst ihren Hilfsmaßnahmen und ihre Wirkung auf die Preise. Abschnitt A: Die Zollgesetzgebung, in: Sering, a.a.O., S. 829 ff.
- Schlangé-Schöningen, H., Am Tage danach, Hamburg 1946.
- Schönbaum, D., Die braune Revolution . Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln, Berlin 1968.
- Schulz, G., Staatliche Stützungsmaßnahmen in den deutschen Ostgebieten. Zur Vorgeschichte der Osthilfe der Regierung Brüning, in: Brüning Festschrift, a.a.O., S. 141 ff.
- Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung, in: PVS 1961, S. 124 ff.
- Schumpeter, J., Konjunkturzyklen, Bd. 1, Göttingen 1961.
- Solmssen, G., Das Reichsmilchgesetz. Ein Wendepunkt der deutschen Agrarpolitik, in: Volkswirt, 5.9.1930, S. 1667 ff.
- Sombart, W., Die Zukunft des Kapitalismus, Berlin 1932.
- Stauss, W., Entwicklungsfaktoren der Weltlandwirtschaft, in: Volkswirt 27.2.1931, Beilage, S. X ff.
- Stern, F., Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, Bern, Stuttgart, Wien 1964.
- Stolper, G., - Schuldnerschutz oder Kreditschutz, in: Volkswirt, 20.11.1931, S. 243 ff.

Teichmann, U., Die Politik der Agrarpreissstützung. Markteinflussung als Teil des Agrarinterventionismus in Deutschland, Köln 1955.

Thünen, H.v., Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, Jena 1921 (Erstausgabe: Rostock 1842).

Treue, W., A. Smith in Deutschland, in: Deutschland und Europa. Historische Studien zur Völker- und Staatenordnung des Abendlandes. Festschrift für Hans Rothfels, Hg. W. Conze. Düsseldorf 1951, S. 101 ff.

Ohne Verfasser (o.V.), Das deutsch-polnische Handelsabkommen, in: Volkswirt, 17.1.1930, S. 977.

O.V., Die Bedeutung des deutsch-polnischen Handelsabkommens, in: Volkswirt, 25.4.1930, S. 1009 ff.

O.V., Die Osthilfe, in: Volkswirt, 1.8.1930, S. 1496,
Victor, M., Verbürgerlichung des Proletariats und Proletarisierung der Mittelschichten, in: Die Arbeit, 1931, S. 17 ff.

Vierhaus, R., Politisches Bewußtsein in Deutschland vor 1789, in: Der Staat, 1967, S. 175 ff.

Vollmar, L., Wandlungen und Bedeutung der Getreideeinfuhrscheinpolitik, Frankfurt 1964.

Vogelsang, T., Reichswehr, Staat und NSDAP, Stuttgart 1962.

Vopelius, M.E., Die altliberalen Ökonomen und die Reformzeit, Stuttgart 1968.

Waller, P., Die Rohstoffbaisse, in: Volkswirt, 25.12. 1931, S. 442 ff.

Walter, A., H. Engel, Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Zölle seit 1902, Berlin 1931 (Veröffentlichungen des deutschen Landwirtschaftsrats, Heft 6).

Weber A., Agrarpolitik. Neu bearbeitet von W. Meinhold, Berlin 1951.

Weber, M., Kapitalismus und Agrarverfassung (Vortrag, gehalten 1904 in St. Louis), abgedruckt in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1932, S. 124 ff.

- Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik, in: Max Weber, Gesammelte politische Schriften, 2. Auflage, Hg. J. Winckelmann, Tübingen 1958.

Weippert, G., Der späte List. Ein Beitrag zur Grundlegung der Wissenschaft von der Politik und zur politischen Ökono-

mie als Gestaltungslehre der Wirtschaft, Erlanger Forschungen , Bd. 7, Erlangen 1956.

Wenske, H.J., Siedlung und Osthilfe in der Problemstellung der Verwertung nicht sanierungsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe, in: Die Arbeit, 1932, S. 228 ff.

Woermann, E., Die Veredelungswirtschaft. Betriebsformen und Rentabilitätsfragen der Nutztviehhaltung, Berlin 1933.

Wurzbacher, G., u.a., Der Pfarrer in der modernen Gesellschaft, Hamburg 1960.

Zitzewitz-Kottow, K. v., Wirtschaftliche Betrachtungen zur Osthilfe. Berlin 1932.

Lebenslauf

Am 3. 8. 1944 wurde ich, Dieter Walz, als Sohn des kaufmännischen Angestellten Richard Walz (gest. am 8. 9. 1969) und seiner Ehefrau Emma Walz (geb. Rackel - mann) in Ebermannstadt geboren . Im Herbst 1950 trat ich in die Volksschule in Affalterbach (Oberfranken) ein; im September 1954 trat ich in die Hans - Sachs - Oberrealschule in Nürnberg über , die ich im Juli 1963 mit dem Reifezeugnis ver - ließ. Nach juristischen Studien wandte ich mich seit dem Wintersemester 1965/66 an der Universität Erlangen - Nürnberg dem Studium der Fachrichtungen Volkswirt - schaftslehre (einschließlich: Wirtschaftliche Staatswissenschaften), Politik - wissenschaften, Soziologie, Geschichte und Germanistik zu. Im Frühjahr 1971 be - stand ich die Promotionsprüfung für den Grad eines Dr. phil.

Offsetdruck-Fotodruck

J. Hög, 8520 Erlangen Hauptstr. 109, (Nähe Martin-Luther-Platz) Tel. 22990